

Doppelt unsichtbar

Innermigrantischer Rassismus in Deutschland und
die organisierte türkische Rechte

KURD-AKAD

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**

Impressum

Der Sammelband Doppelt unsichtbar – Innermigrantischer Rassismus in Deutschland und die organisierte türkische Rechte ist ein gemeinsames Projekt der Amadeu Antonio Stiftung und des Netzwerks kurdischer AkademikerInnen (KURD-AKAD) unterstützt von der Bundeszentrale für Politische Bildung. Der Publikation ging eine gemeinsame Fachtagung voraus, die sich am Beispiel der türkischen Rechten mit Rassismus und Ausgrenzung unter Migrant*innen auseinandersetzt.

Herausgeber:

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12
10115 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Timo Reinfrank, Geschäftsführer
der Amadeu Antonio Stiftung

Kurd-Akad. Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e. V.

Anschrift / Adress / Navnîşan

Postfach 102801
44028 Dortmund

info@kurd-akad.com
www.kurd-akad.com

Idee: Dastan Jasim

Redaktion: Dastan Jasim, Dersim Dağdeviren, Tahera Ameer,
Judith Rahner, Lea Lochau

Lektorat: Dr. Julia Roßhart/Britta Kollberg

Gestaltung: Wigwam eG

Satz: bureau zanko

Titelbild: Asli Filiz; www.aslifiliz.com

Die vorliegende Publikation wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und der Freudenberg Stiftung. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Zugleich möchten wir all unseren Spender*innen danken, die die Arbeit der Stiftung überhaupt erst ermöglichen und mittragen.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

FREUDENBERG
STIFTUNG



Inhalt

- 4 Vorwort**
Doppelt unsichtbar! – Innermigrantischer Rassismus in Deutschland und die organisierte türkische Rechte
Tahera Ameer, Dersim Dağdeviren und Judith Rahner

- 7 Monopol DITIB, eine unterschätzte Gefahr**
Civan Akbulut

- 19 Zwischen Soft Power und Drohkulisse**
eine Bestandsaufnahme des Netzwerks der türkischen Rechten in Deutschland
Lennart Pfahler

- 29 Wir sind nicht alle gleich**
Antikurdischer Rassismus, deutsch-türkische Beziehungen und die Grenzen des deutschen Antirassismus
Dastan Jasim

- 38 Der Genozid an den Armenier*innen, deutsche Mitverantwortung und die Leugnung durch deutsch-türkische Vereinigungen**
Ilias Kevork Uyar

- 51 Wie (deutsch-)türkische Gruppierungen Aktivistinnen bedrohen, Diaspora-Communitys einschüchtern und den innermigrantischen Rassismus schüren**
Ninve Ermagan

- 60 Antikurdischer Rassismus in der Schule**
eine Interviewstudie
Selda Akbayir

- 71 Der türkische Rassismus gegenüber Griech*innen**
Erfahrungen und Analysen
Pontosgriechische Jugend in Europa

- 76 Ein Genozid und seine Folgen**
Geschichte und Gegenwart der anatolischen und pontischen Griech*innen
Pontosgriechische Jugend in Europa

- 81 Antikurdischer Rassismus gegen Jugendliche in Deutschland**
Linda Peikert

- 83 Verschwörungsmymen und Feindbilder über Ezid*innen**
Ein Interview
Ferda Berse

- 92 Glossar**

Vorwort

Doppelt unsichtbar! – Innermigrantischer Rassismus in Deutschland und die organisierte türkische Rechte

Tahera Ameer, Dersim Dağdeviren und Judith Rahner

Mehmet Kubaşık flieht 1991 vor den rechtsextremen Grauen Wölfen aus der Türkei nach Deutschland. 15 Jahre später wird er hier vom rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) ermordet. Seyfettin Kalan wird 1995 in Neumünster, Schleswig-Holstein, während eines Streits von einem Mitglied der Grauen Wölfe getötet. Die Polizei ordnet die Tat fälschlicherweise nicht als politisch motivierte bzw. rassistische Gewalttat ein. Die beiden Schicksale stehen beispielhaft für die doppelte Bedrohung von Menschen, die Rassismus und rechtsextremen Terror von mehreren Seiten erleben: aus einer mehrheitsdeutschen Gesellschaft und aus migrantischen Communities.

Dass Rechtsextremismus eine der größten Bedrohungen für liberale Demokratien ist, wird zumindest in Teilen der hiesigen Gesellschaft und von einigen politisch Verantwortlichen anerkannt. Dennoch zeigen die Zustimmungsraten in Bevölkerungsumfragen zu rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Einstellungen, dass die Sympathien für eine in Teilen rechtsextreme AfD und für politisch motivierte Hassgewalt oder rechts-extreme Übergriffe auf die Zivilgesellschaft signifikant gestiegen sind. Dies macht deutlich, wie groß die Herausforderungen sind und die Anstrengungen sein müssen, um Hassgewalt wirksam entgegenzutreten und Betroffene besser zu schützen.

Gleichzeitig bleibt in sämtlichen öffentlichen Auseinandersetzungen zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus eine große Leerstelle: die fehlende Auseinandersetzung mit und fachliche Reflexion von Ungleichwertigkeitsideologien und Formen des Rechtsextremismus, die von migrantisch geprägten Communities ausgehen. Rom*nja, armenische, kurdische, alevitische oder ezidische Aktivist*innen, Selbstorganisationen oder Wissenschaftler*innen weisen schon lange darauf hin, dass sich extrem rechte und nationalistische Haltungen und Handlungen natürlich auch bei Menschen mit

Migrationsbezügen finden: Autoritarismus, Antifeminismus, Antisemitismus, Homosexuellenfeindschaft oder Sexismus können ebenfalls Teil sehr unterschiedlich geprägter migrantischer und diasporischer Communitys in Deutschland sein. In der Mehrheitsgesellschaft und in der deutschsprachigen Praxis und Forschung zu Rechtsextremismus gibt es, bis auf wenige Ausnahmen, für dieses Themenfeld nicht besonders viel Aufmerksamkeit.

Auch nationalistische Mobilisierungen gibt es nicht nur aufseiten einer sich als homogen verstehenden Weiß-deutschen Bevölkerung. Ultrationalismus und Menschenfeindlichkeit können gleichermaßen in russischsprachigen, unterschiedlichen arabischen oder türkischen Communitys in Deutschland eine Rolle spielen. Dabei demonstrieren nationalistische Gruppierungen gegenüber „anderen“ ein übersteigertes Nationalbewusstsein und definieren den Wert des Menschen über die Zugehörigkeit zur eigenen ethnischen oder religiösen Gruppe. Ein solches biologistisches und auf Abstammung beruhendes Verständnis steht dem Gleichheitsgrundsatz und den Bürgerrechten diametral entgegen – egal, von wem es ausgeht. Die damit verbundenen Ideologien und Haltungen sind zugleich an internationale Diskurse, Entwicklungen und Netzwerke gekoppelt sowie an politische Entwicklungen in den jeweiligen Herkunftsländern. Das alles lässt sich in den diasporischen Communitys in Deutschland wiederfinden.

Und die politische Haltung beispielsweise rechtsnationaler türkeistämmiger Menschen hat Einfluss: nicht erst dann, wenn der ehemalige deutsche Nationalspieler Mesut Özil sich über sein Brust-Tattoo zu den rechtsextremen Grauen Wölfen bekennt. Oft von der Öffentlichkeit unbemerkt nehmen migrantische Rechtsextremist*innen auf lokale und regionale Verhältnisse Einfluss, sie können Lehrer*innen, Kommunalpolitiker*innen, Lokaljournalist*innen sein oder sind in der Integrationsarbeit und in Vereinen aktiv. Mit ihren

menschenfeindlichen Haltungen können sie Menschen in ihrer unmittelbaren Umgebung einschüchtern, bedrohen oder ihnen Gewalt antun.

Herausforderungen eines konsequenten Antirassismus

Erschwert wird die nötige fachliche und politische Auseinandersetzung in der mehrheitsdeutschen Bevölkerung in den letzten Jahren durch einen aggressiven Rassismus, vor allem gegenüber Muslim*innen und Asylsuchenden, der eine Debatte beinahe verunmöglicht, da diese entweder instrumentalisiert und als Beleg für die angebliche Rückständigkeit ganzer Bevölkerungsgruppen missbraucht wird oder um restriktive Migrations- und Integrationspolitiken durchzusetzen.

Rechtsextreme machen mit Rassismus Stimmung gegen eine angeblich homogene Masse der Einwander*innen, die sie alle als Muslim*innen lesen und angreifen. Jeden innermigrantischen Konflikt nutzen sie als strategische Möglichkeit, rassistische Hetze zu propagieren, die bis weit in die sogenannte „Mitte“ der deutschen Gesellschaft verfängt.

Vereinnahmt wird der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus aber auch von Akteur*innen des türkischen Nationalismus oder des politischen Islam, die Protagonist*innen einer öffentlichkeitswirksamen antirassistischen Bewegung sind. Diese versuchen im Namen eines antirassistischen Anliegens, ihre antidemokratische Agenda umzusetzen.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und ein konsequenter Antirassismus darf sich jedoch nicht vereinnahmen lassen und darf auch keine Angst vor Vereinnahmung haben. Das ist eine große Herausforderung in einer Gesellschaft, die gerade erst begonnen hat, sich mit Rassismus auseinanderzusetzen. Dennoch und eben deshalb ist es an der Zeit, dass die Mehrheitsgesellschaft die Bedrohung durch die organisierte türkische Rechte wahr- und ernstnimmt.

Kurd*innen werden in der Mehrheitsgesellschaft als türkisch gelesen und diskriminiert und zugleich von türkischen Nationalist*innen in Deutschland diffamiert. Ezid*innen, die in Deutschland als muslimisch gelesen und diskriminiert werden, werden von nationalistischen

und rechtsextremen Muslim*innen bedroht. Sie leben als Minderheit in der Minderheit. Dieses Verhältnis gilt es anzuerkennen, sonst können Betroffene rechter, rassistischer Gewalt nicht wirksam geschützt werden. Sonst kann die Demokratie ihrem Versprechen, Minderheiten zu schützen, nicht nachkommen.

Zum Sammelband: Türkische Rechte in Deutschland

Die Amadeu Antonio Stiftung und das Netzwerk kurdischer AkademikerInnen KURD-AKAD richteten im April 2023 gemeinsam eine Fachtagung aus, die sich am Beispiel der türkischen Rechten mit Rassismus und Ausgrenzung unter Migrant*innen auseinandersetzte. Gruppen wie Assyrer*innen, Aramäer*innen, Armenier*innen, Kurd*innen, Alevit*innen, Ezid*innen u.v.m. sind neben dem „autochthonen“ deutschen Rassismus auch in unterschiedlicher Weise von Aktivitäten der türkischen Rechten betroffen. Sie erleben innermigrantischen Alltagsrassismus, organisierte Einschüchterung und Terror. Über diese Bedrohung sprachen Angehörige der Communities aus Wissenschaft, Journalismus und Aktivismus als zugleich Betroffene und Expert*innen. Ihre Überlegungen und Auseinandersetzungen sind im vorliegenden Band zusammengetragen.

Ziel dieses Sammelbandes ist es, die vorhandenen Bedrohungen sichtbar zu machen, ein solidarisches Netzwerk aufzubauen und die Kräfte im Kampf gegen die türkische Rechte in Deutschland zu bündeln. Die einzelnen Beiträge zeigen die historische Entwicklung der türkischen Rechten über Ländergrenzen hinweg. Sie machen deutlich: Die Akteure sind gut vernetzt und verfügen über ein starkes Mobilisierungspotential – und das nicht zuletzt aufgrund deutscher politischer Präferenzen. Die geschichtliche Analyse wird ergänzt durch eine Betrachtung des transnationalen Politikraums Deutschland-Türkei unter der Fragestellung, warum beim Thema türkische Rechte Innenpolitik auch Außenpolitik ist. Den zweiten Teil des Sammelbandes bilden eine Bestandsaufnahme und Akteursanalyse mit konkreten Beispielen aus verschiedenen Communities. In diesen Beiträgen steht u.a. auch die Frage im Zentrum, wie Widerstand und Empowerment gegen Unterdrückung und Diskriminierung organisiert werden.

Konsequent antirassistisch zu handeln bedeutet, Rassismus als das allumfassende zersetzende Moment von täglicher Abwertung, Hass und Mord innerhalb dieser Gesellschaft anzuerkennen. Und dabei ebenfalls zu sehen, dass das Feld der Akteur*innen, die diesen Rassismus verbreiten, dazu aufrufen und ihn auch tödlich umsetzen, nicht auf deutsche Rechtsextreme beschränkt ist. Wir können es uns als Gesellschaft nicht leisten, hier wegzuschauen, denn innermigrantischer Rassismus hat eine ebenso alltägliche und tödliche Bedrohung zur Folge. Dafür braucht es Sichtbarkeit.

Ohne Angst verschieden sein zu können, ist das Versprechen, das die Demokratie gibt. Wir als Amadeu Antonio Stiftung wollen Betroffene darin unterstützen, wahrgenommen zu werden und den Rassismus, dem sie ausgesetzt sind, auch den innermigrantischen, zum Thema zu machen.

Monopol DITIB, eine unterschätzte Gefahr

Civan Akbulut

Die Geschichte der Aktivitäten, denen Staaten außerhalb ihres Staatsgebiets nachgehen, ist mindestens so alt wie die Staaten selbst. Staatliche Interessen hören nämlich nicht an den Grenzen auf, manchmal beginnen sie sogar dort. Zu den aktivsten Geheimdiensten und grenzüberschreitenden Netzwerken in Europa und in Deutschland jedenfalls gehören die der Türkei.¹ Das wird seine Gründe haben: Wählerstimmen, Bespitzelungen und Einschüchterung von Oppositionellen. Das ist auch der Grund, weshalb über wenige Präsident*innen in Deutschland so regelmäßig und kontrovers diskutiert wird wie über Erdoğan.

Laut dem türkischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten leben über 6,5 Millionen Türkeistämmige außerhalb der Türkei, alleine 5,5 Millionen in Westeuropa, davon über 2,7 Millionen in der Bundesrepublik. Das ist eine beträchtliche Zahl, vor allem wenn man bedenkt, dass unter ihnen auch viele an den türkischen Wahlen teilnehmen dürfen. Zu den türkischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahre 2018 waren etwa drei Millionen Türkeistämmige im Ausland wahlberechtigt, ungefähr die Hälfte davon lebte in Deutschland. Blickt man auf die Ergebnisse der Wahlen, wird vor allem eines klar: Die Mehrheit der Wahlberechtigten, die auch tatsächlich wählen gehen, stimmen für die AKP und Erdoğan. So auch beim Referendum 2017. Abgestimmt wurde darüber, ob das Präsidentsystem eingeführt und damit die Gewaltenteilung abgeschafft werden sollte. Damals haben 63 Prozent der Wähler*innen hierzulande für „Ja“ gestimmt, in der Türkei waren es hingegen knappe 51,41 Prozent. Im Zweifel können die Stimmen aus Deutschland also sehr wichtig sein, in der Regel zugunsten der Erdoğan'schen türkischen Regierung.

Auch bei der Präsidentschafts- und Parlamentswahl 2023 ging die Mehrheit der in Deutschland abgegebenen Stimmen an die AKP und Erdoğan. Diese Wahl war in vielerlei Hinsicht besonders spannend. Für Erdoğan, der sich mit der Verfassungsänderung 2017 nahezu uneingeschränkte Macht gesichert hat, stand vieles auf dem Spiel. Die Türkei durchlebt seit geraumer Zeit eine beispiellose Hyperinflation, die grundlegendsten Dinge sind für viele Menschen nicht mehr erschwinglich. Innenpolitisch steht es um die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit besonders schlecht, mit dem Präsidentsystem wurde die Gewaltenteilung abgeschafft. Erdoğan ist seither der Mann für alles und gegen alles. Auch wenn Erdoğan sich bei der russischen Invasion in die Ukraine erfolgreich als Vermittler inszenieren konnte, steht das Land außenpolitisch vor Herausforderungen: seien es seine brutalen Kriege gegen die kurdische Bevölkerung oder seine Rolle beim Angriff von Aserbaidschan gegen die Republik Arzach (auch: Bergkarabach), seien es die regelmäßigen Konfrontationen mit den Nachbarstaaten oder die Blockade des NATO-Beitritts Schwedens. Am 6. Februar 2023 kam ein neues Ereignis hinzu, auf das sich nicht nur die Blicke der Türkei richteten: Das verheerende Erdbeben in Kurdistan, Syrien und der Türkei kostete über 60 000 Menschen das Leben, mehr als 130 000 Menschen wurden verletzt. Mit der Katastrophe wurde auch die Kritik groß: Wieso hatte die türkische Regierung die Warnungen ignoriert, wichtige Gelder zweckentfremdet² und konnte kaum organisierte Hilfe leisten, vor allem nicht in den stark militarisierten und heruntergewirtschafteten kurdischen Gebieten der Türkei? Die staatliche Hilfe kam vielerorts schleppend an, meist deutlich zu spät oder auch gar nicht. All diese Dinge stellen die Regierungspartei AKP vor große Herausforderungen.

1 Schmidt-Eenboom, Erich im Gespräch mit Stephanie Rohde (2016): Türkischer Geheimdienst in Deutschland: „Sammelwut eines aus dem Ruder gelaufenen Nachrichtendienst“, in: Deutschlandfunk (online: Interview), 22.08.2016, <https://www.deutschlandfunk.de/tuerkischer-geheimdienst-in-deutschland-sammelwut-eines-aus-100.html> (abgerufen am 26.02.2023).

2 Pehlivan, Erkan (2023): Erdbebensteuer kam nicht an: Kritik an Erdoğan nach Katastrophe mit tausenden Toten wächst, in: Frankfurter Rundschau (online), 10.02.2023, <https://www.fr.de/politik/vetternwirtschaft-katastrophe-news-erdbeben-tuerkei-recep-tayyip-erdogan-steuer-zweckentfremdet-betrug-92073382.html> (abgerufen am 15.07.2023).

Im Namen der Religion

Die Religionsbehörde *Diyanet* ist in der Türkei die religiöse Autorität schlechthin. Sie schult und erzieht die mehrheitlich muslimische Bevölkerung in allerlei religiösen Fragen. Sie gehört wohl zu den stärksten Instrumenten der türkischen Regierung überhaupt. 2007 hat sie 2500 Beschäftigte in die kurdischen Gebiete entsandt, um in Kooperation mit Polizei und Geheimdienst unter anderem den Einfluss der kurdischen Arbeiterpartei PKK zu schwächen und „Patriotismus, Heimatverteidigung und Einheit“ zu predigen. Bereits 2005 hatten die Arbeiten dahingehend begonnen.³ Die Behörde untersteht direkt dem türkischen Präsidenten. Mit dem erdrutschartigen Sieg der AKP bei der Parlamentswahl im Jahre 2002 hat sich die Rolle der *Diyanet* im Staat maßgeblich verändert. Die Gelder wurden erhöht, und die Inhalte wurden rauer, radikaler, islamistischer. Sie ist mit ihren über hunderttausend Beschäftigten und ihrem absurd hohen Etat nicht mehr nur eine herkömmliche Behörde, sondern eine gefestigte Machtstruktur im Staat.

Die islamischen Rechtsgutachten der *Diyanet*, auch Fatwa genannt, haben einen enormen Einfluss auf das alltägliche Leben vieler Menschen. 2016 erklärte die Behörde auf ihrer Internetseite, es sei keine Sünde, wenn ein Vater seine Tochter „ansieht und dabei Lust empfindet“ oder sie „mit Wollust küsst“; später hieß es dann, dass dem eine „Fehlinterpretation“ des Arabischen zugrunde gelegen habe.⁴ Jenen Medien, die die Fatwa verständlicherweise kritisiert hatten, wurde vonseiten der *Diyanet* islamfeindlicher Hass vorgeworfen. Beim verheerenden Erdbeben am 6. Februar 2023 fühlte sich die *Diyanet* dazu berufen, den Menschen in ihrer Ratlosigkeit auszuhelfen: Von der Katastrophe betroffene Kinder solle man bei Adoption nicht wie seine eigenen behandeln, und es gebe „kein Hindernis für die Ehe zwischen dem Adoptierenden und dem Adoptivkind“⁵, so schrieb sie auf ihrer Internetseite. Dies sorgte für

dermaßen viel Kritik, dass der entsprechende Eintrag wieder entfernt wurde. Den kritisierenden Medien warf die *Diyanet* dennoch vor, in respektloser Art den Inhalt aus dem Kontext gerissen zu haben. Gegen den Journalisten Fatih Altaylı wurde gar Anzeige erstattet, weil er „schwere Beleidigungen gegen die Einrichtung und ihr Personal“ verbreitet habe.⁶

Der Religionsbehörde unterstehen die meisten Moscheen in der Türkei. Sie ist aber auch in vielen anderen Ländern aktiv, hauptsächlich in Zentralasien und Europa. In Deutschland ist sie als Dachverband *Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion* (kurz: DITIB) aktiv. Die DITIB, die vollständig der *Diyanet* untersteht, unterhält ungefähr 35 Prozent aller Moscheen in Deutschland, etwa um die 900 an der Zahl. Die DITIB ist damit der größte Islamverband hierzulande. Immer wieder erregt sie Aufmerksamkeit durch schlechte Publicity, vor allem wird folgender Vorwurf erhoben: Der Islamverband DITIB sei ein verlängerter Arm Erdoğan's, es gehe ihr um Politik im Sinne der Türkei, für die Türkei, durch die Türkei. Erdoğan's Besuch 2018 bei der DITIB-Moschee-Eröffnung in Köln reiht sich perfekt in das ohnehin schon von Kritik überhäufte Bild des Verbands ein. In der Presse gerne vorsichtig als „umstritten“ bezeichnet, entbrannte erneut eine Diskussion um die DITIB.

Nicht ohne Grund. 2016 wurden Oppositionelle und mutmaßliche Anhänger*innen des islamischen Predigers Fethullah Gülen, aber auch Lehrkräfte, die an staatlichen Schulen in Deutschland Religionsunterricht gegeben hatten, von DITIB-Imamen in Deutschland bespitzelt. Die Geistlichen dienten als Informationszuträger für den türkischen Geheimdienst MİT. In einem Schreiben soll die *Diyanet* ihre Beschäftigten zur Spionage aufgerufen haben, auch in Deutschland. In internen Nachrichten der DITIB wurde dazu aufgefordert, auf Anweisung des türkischen Präsidenten Erdoğan und des Geheimdienstes alle Gülen-Anhänger*innen zu

3 Konuralp, Okan (2007): Hizbullah ve PKK'ya karşı 'vaaz ve irşat' timleri, in: Hürriyet (online), 10.01.2007, <https://www.hurriyet.com.tr/gundem/hizbullah-ve-pkk-ya-karsi-vaaz-ve-irsat-timleri-5749697> (abgerufen am 15.07.2023).

4 ntv (2016): „Lust auf die eigene Tochter“: Inzest-Fatwa war „Übersetzungsfehler“, in: ntv (online), 16.01.2016, <https://www.n-tv.de/panorama/Inzest-Fatwa-war-Ubersetzungsfehler-article16782361.html> (abgerufen am 15.07.2023).

5 Duvar English (2023): In new fatwa, Turkey's top religious body says foster families can marry adopted quake children, in: Duvar English (online), 18.02.2023, <https://www.duvarenglish.com/in-new-fatwa-turkeys-top-religious-body-says-foster-families-can-marry-adopted-quake-children-news-61870> (abgerufen am 15.07.2023)

6 Duvar English (2023): Top Turkish religious body files criminal complaint against journalist over criticism of fatwa, in: Duvar English (online), 21.02.2023, <https://www.duvarenglish.com/top-turkish-religious-body-diyenet-fils-criminal-complaint-against-journalist-fatih-altayli-over-criticism-of-fatwa-news-61891> (abgerufen am 15.07.2023).

melden. Gegenüber dem Hessischen Rundfunk erklärte die DITIB, dass es solche Anweisungen nicht gegeben habe und sie sich als Opfer einer Rufschädigungskampagne sehen,⁷ also ähnlich trotzig reagierend, wie es die *Diyanet* bei Skandalen tut. Später räumte der DITIB-Bundesverband die Vorwürfe ein, bestätigte, dass einige Imame aus ihrem Hause „fälschlicherweise“ für die türkische Regierung Menschen bespitzelt hatten; man entschuldigte sich, bezeichnete den Vorfall als „Panne“.⁸ Der ehemalige Präsident der *Diyanet* hingegen verteidigte die Bespitzelung, widersinnig sprach er von „Vorichtsmaßnahmen“: Man habe Deutschland und Europa vor terroristischen Gefahren schützen wollen.⁹

2019 erklärte die DITIB hinsichtlich der Neuwahlen des Vorstandes, dass man „die seit nahezu drei Jahren andauernden Debatten entschärfen und einen Neuanfang starten“ wolle. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde ausgerechnet Ahmet Dilek gewählt, dieser soll laut dem Kölner Stadt-Anzeiger zu den maßgeblich Verantwortlichen des Spionageskandals gehören.¹⁰ Im Februar 2017 stellte die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen aufgrund der Bespitzelungen ihre Zusammenarbeit mit dem Verband ein. Vier Jahre später wurde die gemeinsame Arbeit in der Kommission für den islamischen Religionsunterricht allerdings wieder aufgenommen; die Kommission ist unter anderem zuständig für die Erarbeitung von Lehrplänen für den islamischen Religionsunterricht. Für die erneute Einbeziehung der DITIB soll auch ein Ex-Berater der Landesregierung verantwortlich gewesen sein, dem insgesamt 29 Straftaten vorgeworfen werden, unter anderem Betrug und Urkundenfälschung; er soll über persönliche Verbindungen zur DITIB verfügt haben.¹¹

Was für sich genommen schon Grund genug sein müsste, jegliche Zusammenarbeit mit der DITIB zu beenden, ist tatsächlich nur der Anfang einer schier unendlichen Liste von Skandalen. Nach eigenen Angaben die Mehrheit der Muslim*innen in Deutschland vertretend, weht in dem Verband vor allem ein Wind: jener der mächtigen Türkei und des glorreichen osmanischen Erbes. Derlei Vorstellungen sind in der Türkei heute üblich, tatkräftig angefeuert von den Regierungsparteien AKP und MHP, der perfekten Symbiose von Islamismus und Rechtsextremismus. Am 15. April organisierte die DITIB-Moschee in Siegen eine Wahlkampfveranstaltung mit dem AKP-Abgeordneten Akif Çağatay Kılıç. Bilder dazu wurden im Internet geteilt. Im lokalen DITIB-Verein hing neben einer riesigen Türkeiflagge auch das Wappen des Osmanischen Reiches. Großreichnostalgie oder wieder nur ein Versehen? Kılıç ist ein Berater von Erdoğan, Expert*innen sehen in ihm den AKP-Mann für Deutschland schlechthin. Als Erdogans Chefberater versuchte er unter anderem, in dessen Auftrag den Nato-Streit zwischen Ankara und Stockholm beizulegen. Doch es geht noch extremer, zum Beispiel theatralisch in einer DITIB-Moschee in Gelsenkirchen: Uniformierte Schauspieler setzten sich in Szene, der ehrenhafte Kampf für die Türkei wurde glorifiziert, das Publikum wehte voller Stolz türkische Fahnen.¹² Solche Bilder sind keine Ausnahmen, auch wenn sie sicherlich nicht für Außenstehende gedacht waren.

Es gibt einen inhaltlichen roten Faden, der Verband springt von Skandal zu Skandal, die er aber selbst nicht als solche ansieht. Im Januar 2018 startete die Türkei gemeinsam mit islamistischen Milizen ihre Invasion in den kurdischen Kanton Efrîn in der Autonomen Administration von Nord- und Ostsyrien (AANES,

7 Hessischer Rundfunk (2016): Bespitzelungsvorwürfe gegen Ditib, in: Hessischer Rundfunk (online/Youtube), 13.12.2016, <https://www.youtube.com/watch?v=IrYWYauYyL4> (abgerufen am 15.07.2023).

8 Berliner Morgenpost (2017): Islamverband: Ditib unter Druck wegen Bespitzelung von Gülen-Anhänger, in: Berliner Morgenpost (online), 12.01.2017, <https://www.morgenpost.de/politik/article209253127/Islamverband-Ditib-bedauert-Bespitzelung-von-Guelen-Anhaengern.html> (abgerufen am 15.07.2023).

9 Topel, Hüseyin (2017): Islamverband: Krisenmanagement von Ditib: Ankara gibt noch immer den Ton an, in: Deutschlandfunk (online), 08.02.2017, <https://www.deutschlandfunk.de/krisenmanagement-von-ditib-ankara-gibt-noch-immer-den-ton-an-100.html> (abgerufen am 15.07.2023).

10 Frank, Joachim (2019): Verantwortlicher für Spionageskandal als Verbands-Vize bestätigt, in: Kölner Stadt Anzeiger (online), 09.02.2019, <https://www.ksta.de/koeln/ditib-in-koeln-verantwortlicher-fuer-spionageskandal-2016-als-verbands-vize-bestaetigt-169507> (abgerufen am 15.07.2023).

11 Pehlivan, Erkan (2023): Kurz vor Türkei-Wahl: Ditib-Skandal um fragwürdigen Berater in NRW, in: Frankfurter Rundschau (online), 25.04.2023, <https://www.fr.de/politik/tuerkei-wahl-nrw-ditib-berater-skandal-landesregierung-druck-erdogan-92232078.html> (abgerufen am 15.07.2023)

12 Panorama 3 (2017): Spalten statt integrieren: Einblick bei DITIB, in: Panorama 3 (online), 21.02.2017, <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Spalten-statt-integrieren-Einblick-bei-DITIB,panoramadrei2400.html> (abgerufen am 15.07.2023).

auch: Rojava). Eine brutale Schreckensherrschaft voller Gewalt und Vertreibung wurde installiert.¹³ Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags stellte die grundsätzliche Rechtmäßigkeit der türkischen Offensive infrage und zweifelte ihre Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht an.¹⁴ Der Islamverband DITIB aber sah augenscheinlich kein Problem. In Freitagsgebeten riefen DITIB-Gemeinden dazu auf, für die türkischen Soldaten zu beten. In einer DITIB-Erklärung heißt es perfide, dass es jeder Gemeinde freistehe, „sich entsprechend der Bedürfnislage dem Gebet für den Frieden hinzuwenden“, und dass dies vom Grundgesetz geschützt sei; an diesem Tage würden ihre „Gebete dem Frieden“ gelten.¹⁵ Die eigentlichen Situation wird verdreht, das Ganze schön bürgerlich verpackt. Wie viel hinter der vorgeblichen pazifistischen Grundhaltung tatsächlich steckt, zeigt ein weiterer Skandal. Die übergeordnete türkische Religionsbehörde *Diyanet* hat anlässlich des „Tags der Gefallenen“ einen Comic für Kinder herausgegeben; darin wird der Märtyrertod für die Türkei verherrlicht, offenbar ganz nach dem Motto: Früh übt sich. Für die DITIB, die in Köln doch tatsächlich Träger des Präventionsprogrammes „Wegweiser – Gemeinsam gegen Islamismus“ war, erwies sich das als äußerst ungünstig. Das Land Nordrhein-Westfalen beendete 2016 die Zusammenarbeit. Brisant ist vor allem, dass in der vom NRW-Innenministerium angeforderten Stellungnahme des DITIB-Verbands eine „ausreichende Distanz“ zur Glorifizierung des Märtyrertums fehlte, so der ehemalige NRW-Innenminister Ralf Jäger.¹⁶ Auch war dies nicht das einzige Mal, dass man in Sachen Kinderbildung negativ auffiel: In mehreren DITIB-Moscheegemeinden spielten Vorschul- und Grundschulkinder auf Bühnen Krieg, uniformiert und mit nachgeahmten Maschinengewehren bewaffnet.¹⁷

Auch abgesehen von kriegsverherrlichenden Theaterstücken und Freitagsgebeten schafft es der Verband immer wieder, negativ aufzufallen. Da wäre zum Beispiel jene dubiose Spendenpraxis, in die 36 Moscheen der DITIB-Nord (Hamburg und Schleswig-Holstein) involviert waren. Mit Sprüchen wie „Möge Allah Eure Spenden mit dem Paradies belohnen“ wurde bei Freitagsgebeten fleißig Geld gesammelt, angeblich für die Finanzierung des Islamunterrichts. Mindestens 18.000 Euro wurden von Gemeindemitgliedern gespendet, überwiesen wurden sie an das türkische Generalkonsulat in Hamburg. Aus einem internen Schreiben geht hervor, dass das Geld für den türkischen Religionsattaché in Hamburg, Osman Dikec, und dessen „Bildungsausgaben“ gedacht war. Jenen Gemeinden, die nicht genug gespendet hatten, sollten die Kurslehrer gestrichen werden oder wurde gar mit Abzug der Imame gedroht.¹⁸ Dieser Vorgang lässt grundsätzliche Fragen zur Finanzierung der DITIB-Moscheen aufkommen, zumal der Verband stets behauptet, dass diese zu einem erheblichen Anteil durch Spenden finanziert würden. Die Kölner Zentralmoschee hat dreißig Millionen Euro gekostet, genau so viel soll das Prestigeprojekt des Verbandes in Wuppertal kosten. Wie kam man an diese Gelder?

13 Bähr, Sebastian (2019): Afrin: Plünderungen, Morde, Raub, in: nd (online), 23.01.2019, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1110700.afrin-pluenderungen-morde-raub.html> (abgerufen am 15.07.2023).

14 ZEIT ONLINE (2018): Militäroffensive in Afrin: Zweifel an Rechtmäßigkeit von türkischer Offensive, in: Zeit (online), 08.03.2018, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/militaeroeffensive-afrin-tuerkei-bundestag-voelkerrecht> (abgerufen am 15.07.2023).

15 DITIB-Bundesverband Pressestelle: Meldung zu den aktuellen Diskussionen (Pressemeldung), 23.01.2018, in: DITIB (online), <https://www.ditib.de/detail1.php?id=631&lang=de> (abgerufen am 15.07.2023).

16 ntv (2016): NRW beendet Kooperation: Ditib stolpert über Märtyrer-Comic, in: ntv (online), 05.09.2016, <https://www.n-tv.de/politik/Ditib-stolpert-ueber-Maertyrer-Comic-article18566476.html> (abgerufen am 15.07.2023).

17 Röhlig, Marc (2018): Türkische Gemeinden lassen Kinder in Deutschland Krieg spielen, in: Spiegel (online), 20.04.2018, <https://www.spiegel.de/panorama/ditib-in-herford-und-wien-verkleidet-kinder-als-tuerkei-soldaten-a-00000000-0003-0001-0000-000002296792> (abgerufen am 15.07.2023).

18 Bongen, Robert (2022): DITIB-Moscheegemeinden: Fragwürdige Spendenpraxis, in: NDR (online), 26.01.2022, <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/DITIB-Moscheegemeinden-Fragwuerdige-Spendenpraxis,ditib214.html> (abgerufen am 16.07.2023).

Hetze statt Integration und Antirassismus

Vorfälle wie eben beschrieben sind keine Ausrutscher, sondern haben System in den Gemeinden, es zeichnet sich ein klares Bild ab. Daher stellt sich die Frage, ob die DITIB tatsächlich als Ansprechpartnerin für Extremismus- und Islamismusprävention taugt – oder ob ihre Ausrichtung eher ein Hindernis darstellt. Rechte Hetze in Deutschland ist ein großes Problem, als Gesellschaft stehen wir deshalb vor immensen Herausforderungen. Der Sache wird jedoch ein Bärendienst erwiesen, wenn man dabei mit Akteur*innen zusammenarbeitet, die den Rechten, um die es dabei geht, in nichts nachstehen. „In Deutschland links, in der Türkei rechts“, so hört man oft von Betroffenen über die DITIB – wobei „in Deutschland links“ natürlich nur das öffentliche Auftreten beschreibt, in den Moscheen sieht es anders aus. Mit Fug und Recht darf behauptet werden, dass die DITIB nicht antirassistisch ist, dies durch ihre Inhalte gar nicht sein kann; ihre Verflochtenheit mit einem autoritären Staat wie der Türkei macht es gänzlich unmöglich. Daran ändert auch die verbandseigene Antidiskriminierungsstelle herzlich wenig und auch nicht die Schönfärberei, mit der sich der Verband, der Diskurse für seine Sache zu nutzen weiß, so gut auskennt.

Nicht ohne Grund findet die rechtsextreme türkische *Graue Wölfe-Bewegung* Anklang sowohl bei Funktionären als auch bei Gemeindemitgliedern der DITIB.¹⁹ Dass der damalige DITIB-Vorsitzende Kazım Türkmən 2022 zu einem Treffen nach Ankara reiste, an dem neben dem türkischen Präsidenten Erdoğan auch Vertreter der *Graue-Wölfe*-Dachorganisationen ADÜTDF und ATİB beteiligt waren, passt ins problematische Bild.²⁰ Im Mai 2023 feierte die Ulu-Moschee der DITIB in Hamm ein Fest, Bilder der Feierlichkeiten teilte sie im Internet. Vor

allem eines der Bilder sticht hervor: Eine Gruppe von Männern und Jugendlichen zeigen den Wolfsgruß und den Tauhid-Finger (ausgestreckter Finger, islamisches Bekenntnis). Während der Wolfsgruß als bekanntestes Symbol der *Grauen Wölfe* dient, wird der Tauhid-Finger in diesem Kontext vor allem von islamistischen Strömungen innerhalb des türkischen Rechtsextremismus verwendet. Eine andere Person auf dem Bild trägt eine Kochschürze, auf der drei Halbmonde abgebildet sind. Dieses Symbol ist bekannt als osmanische Kriegsflagge, wird aktuell von der rechtsextremen türkischen Regierungspartei MHP als Logo verwendet und gilt ebenso als Symbol der *Grauen Wölfe*.²¹ Auch leugnet die DITIB bis heute den Völkermord an den Armenier*innen durch das Osmanische Reich, bei dem etwa 1,5 Millionen Menschen ermordet wurden (siehe dazu den Beitrag von Uyar in diesem Band). Eine entsprechende Resolution im Bundestag, die diesen Völkermord anerkannte, wollte der DITIB-Verband gemeinsam mit der AKP-Lobbyorganisation UID durch Protest verhindern. Allgemein ist der Umgang des Verbandes mit dem Osmanischen Reich ziemlich problematisch. Vergeblich sucht man nach einer kritischen Aufarbeitung, stattdessen verbreiten fragwürdige Historiker*innen bei Veranstaltungen der DITIB extremen Geschichtsrevisionismus. Im April 2022 wollte das *Initiativforum türkischer Vereine* in Köln ein Mahnmal für den Völkermord an den Armenier*innen verhindern, es bezeichnete diesen in einer Erklärung als „sogenannten“ Völkermord. Im Mai 2023 gab die Initiative aus Protest gegen das Denkmal vor dem Kölner Dom eine Presseerklärung ab, anwesend waren auch Politiker*innen der AKP und der regierungsnahe türkische Fernsehsender TRT Haber. Zum *Initiativforum türkischer Vereine* gehören auch mehrere DITIB-Gemeinden.²²

19 Elger, Katrin (2022): Extremismus in deutschen Moscheen: „Wo stehen wir? An Erdoğans Seite“, in: Spiegel (online), 25.01.2022, <https://www.spiegel.de/panorama/extremismus-bei-der-ditib-ein-faible-fuer-die-grauen-woelfe-a-579a9134-bda7-475c-bdac-c9e3adaa52c9> (abgerufen am 16.07.2023).

20 Pfahler, Lennart (2021): DITIB, UID, GRAUE WÖLFE: „Hat eine neue Dimension“ – Türkei-Experte kritisiert Gipfeltreffen der Erdogan-Lobby, in: Welt (online), 30.04.2021, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article230775615/Ditib-UID-Graue-Woelfe-Gipfeltreffen-der-Erdogan-Lobby-in-Ankara.html> (abgerufen am 16.07.2023).

21 Dokumentation und Recherche des Autors auf Twitter, 18.07.2023, https://twitter.com/civan_akbu/status/1681382314113212416 (abgerufen am 19.07.2023).

22 Recherche von Eren Güvercin auf Twitter, 07.05.2023, <https://twitter.com/erenguevercin/status/1655220191649775616?s=20> (abgerufen am 16.07.2023) und Recherche von Lennart Pfahler auf Twitter, 29.04.2022, <https://twitter.com/LennartPfahler/status/1519911496515522561> (abgerufen am 16.07.2023)

Dass Erdoğan und die *Diyanet* der islamistischen *Muslimbruderschaft* nahestehen, ist kein Geheimnis. Das berühmte Emblem „R4bia“ als Erkennungszeichen wurde Teil der Marke Erdoğan. Sehen konnte man es zum Beispiel bei seinem Besuch 2018 in Deutschland, als er aus dem Auto heraus seine Anhänger*innen mit den vier gehobenen Fingern grüßte. Ein Jahr später organisierte die türkische Regierung in der Kölner Zentralmoschee der DITIB eine Islamkonferenz zur „Zukunft der Muslime in Europa“, an der auch Muslimbrüder teilnahmen.²³ *Diyanet*-Präsident Ali Erbaş sprach dort von einer besorgniserregenden Islamfeindlichkeit; mit Islamisten auf der Veranstaltung hatte man aber keine Probleme. Der türkische Präsident Erdoğan, dem die *Diyanet* unterstellt ist, ist übrigens auch der Meinung, dass die Hamas keine Terrororganisation sei, sondern eine „Widerstandsbewegung“. Dies äußerte er nach dem von der Hamas verübten Massaker am 7. Oktober 2023. Im November 2023 kam es zu einem weiteren Eklat: In einer DITIB-Moschee in Köln-Chorweiler hatte Abdulbari Omar, Leiter der afghanischen Lebensmittel- und Arzneimittelbehörde, eine Veranstaltung abgehalten und für die Taliban geworben. Die DITIB behauptete anschließend in einer Erklärung, dass sie davon nichts gewusst hätte. Später stellte sich heraus, dass während der Taliban-Rede ein DITIB-Vorstandsmitglied anwesend war. Als Verantwortlicher wurde fälschlicherweise ein afghanischer Kulturverein angegeben, nur um sich in einer späteren Presseerklärung für diesen „höchst unglücklichen Fehler“ zu entschuldigen. Der Kulturverein kündigte wegen „missbräuchlicher Nennung“ Strafanzeige gegen DITIB an.^{24,25} Auch ist es erst einige Jahre her, dass sich in Dinslaken mehrere Jugendliche, auch aus dem DITIB-Umfeld, kollektiv der Terrororganisation IS in Syrien angeschlossen haben. Ausgerechnet

in Dinslaken, wo sich ein DITIB-Vorstandsmitglied mit ausgestrecktem Finger fotografieren ließ. Die Person neben ihm, auch mit ausgestreckten Finger, hatte dabei ein T-Shirt mit der Flagge des IS an. Das Foto entstand in der Lohberger DITIB-Moschee.²⁶

Wer jetzt ernstgemeinte Aufarbeitung erwartet, muss leider enttäuscht werden. Die zahlreichen Vorfälle von Antisemitismus, Islamismus und Hetze durch DITIB-Gemeinden im Netz sprechen nämlich eine andere Sprache. „Die Juden“ und „die Amerikaner“ werden für den Putschversuch 2016 verantwortlich gemacht, Weihnachten wird als Blasphemie bezeichnet, Freundschaften und Beziehungen zu sogenannten „Ungläubigen“ werden verboten. Der Verband weist jegliche Kritik von sich, betont seine wichtige Rolle im Dialog und dass es sich lediglich um Aussagen einzelner Gemeinden handle.²⁷ Bei der enormen Anzahl von Vorfällen noch immer von Einzelfällen zu sprechen, zeigt einmal mehr, wie unkritisch und unehrlich der Verband mit den Problemen umgeht und dass er sich gar nicht erst in der Verantwortung sieht, gegen Hetze aus den eigenen Reihen vorzugehen.

Anfang 2022 wurde in Göttingen Mustafa Keskin, damaliger Vorsitzender der dortigen DITIB-Gemeinde, wegen Volksverhetzung zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Im Internet hatte er Beiträge verfasst, welche die versuchte Ermordung von Papst Franziskus verteidigte, weil dieser den Völkermord an den Armenier*innen anerkenne. Zudem hatte Keskin Armenier*innen beleidigt und die antisemitische Verschwörungstheorie von der jüdischen Weltherrschaft verbreitet. Keskin hatte sich in Göttingen für den interreligiösen Dialog eingesetzt, war Teil des *Runden Tisches der Religionen*

23 Berger, Peter (2019): Islamkonferenz: Radikale Islamisten nahmen an DITIB-Konferenz in Köln teil, in: Kölner Stadt Anzeiger (online), 06.01.2019, <https://www.ksta.de/koeln/islamkonferenz-radikale-islamisten-nahmen-an-ditib-konferenz-in-koeln-teil-212779> (abgerufen am 16.07.2023).

24 Gaasterland, Hendrik (2023): Bericht im Innenausschuss: Kölner DITIB-Vorstandsmitglied war bei Taliban-Auftritt vor Ort, in: t-online (online), 23.11.2023, https://www.t-online.de/region/duesseldorf/id_100288040/koeln-ditib-vorstandsmitglied-war-bei-taliban-auftritt-in-chorweiler-dabei.html (abgerufen am 26.11.2023)

25 Deutschlandfunk (2023), Moschee: DITIB-Dachverband räumt fehlerhafte Erklärung zu Auftritt eines Taliban-Offiziellen in Köln ein, in: Deutschlandfunk (online), 21.11.2023, <https://www.deutschlandfunk.de/ditib-dachverband-raeumt-fehlerhafte-erklaerung-zu-auftritt-eines-taliban-offiziel-len-in-koeln-ein-100.html> (abgerufen am 26.11.2023)

26 Hagmann, Ulrich/Şenyurt, Ahmet (2015): Welche Konsequenzen zieht die DITIB-Gemeinde in Dinslaken?, in: report München (online), 21.07.2015, <https://www.br.de/fernsehen/das-erste/sendungen/report-muenchen/videos-und-manuskripte/islamisten-dinslaken-100.html> (abgerufen am 16.07.2023).

27 Hessischer Rundfunk (2017): defacto deckt auf: DITIB-Hetze gegen Juden und Christen?, in: Hessischer Rundfunk (online: Youtube), 30.01.2017, <https://www.youtube.com/watch?v=VKAUkHfubIU> (abgerufen am 16.07.2023).

Abrahams gewesen.²⁸ Dies ist eine gängige Strategie, die von Akteur*innen der türkischen Rechten und von Islamist*innen sehr erfolgreich angewendet wird: Man gibt sich bewusst bürgerlich und tolerant, auch wenn die tatsächliche Gesinnung eine andere ist – Hauptsache, man kann sich als Akteur etablieren und somit Einfluss auf das Geschehen nehmen. Ähnlich ging auch das Bündnis *Plattform Türkischer Vereine Reutlingen, Tübingen und Umgebung* vor. Die Plattform wurde Ende 2022 von etwa zwanzig türkischen Vereinen gegründet, offiziell zur Förderung der türkischen Kultur und Sprache. Durch Erdbebenspenden konnte sie innerhalb weniger Wochen etwa 170.000 Euro sammeln. Was auf den ersten Blick nach einer guten Sache aussieht, erwies sich als ziemlich besorgniserregend. Gegründet in der Tübinger DITIB-Zentralmoschee, sind in dem Bündnis neben DITIB-Gemeinden weitere äußerst problematische Vereine eingebunden. Dazu gehört unter anderem die *Türkische Gemeinschaft Organisation Reutlingen* (TGO), die der bereits erwähnten ADÜTDF – der deutsche Ableger der ultranationalistischen MHP und eine der Dachorganisationen der rechtsextremen *Grauen Wölfe* – zugeordnet wird. Außerdem sind Vereine der *Millî Görüş*, der einflussreichsten islamistischen Organisation in Deutschland, Teil der Plattform, so wie der Tübinger Ableger der AKP-Lobbyorganisation UID.²⁹

Vor allem auf Ebene der Kommunalpolitik erlebt man immer wieder, wie die Gefahren der DITIB relativiert werden. Es gibt meiner Erkenntnis nach keine namhafte Stadt, in der die DITIB keinen Einfluss ausübt. Unterstützt wird dies in der Regel durch die jeweiligen Kommunalpolitiker*innen, oftmals wegen einer falsch verstandenen Toleranz und eines naiven Blicks auf die Problematik. „Die sind nicht so, die gehen regelmäßig gemeinsam Müll picken“ ist eine der absurden Aussagen, die mir dazu begegnet sind. Sicherlich hätte man auch vom ehemaligen Vorsitzenden der DITIB-Gemeinde in Göttingen, Mustafa Keskin, behauptet, dass er „nicht so“

sei, immerhin war er am *Runden Tisch der Religionen Abrahams* beteiligt. Nur hinderte ihn das nicht daran, volksverhetzende Inhalte zu verfassen.

Vasall von Herzen: DITIB als verlängerter Arm von Erdoğan und der AKP

Die DITIB betont stets, dass die Gemeinden und Länderverbände unabhängig und Skandale daher nicht pauschalisiert werden dürften. Doch das ist nicht wahr und dient lediglich dem Zweck, sich aus der Verantwortung zu ziehen. Besonders deutlich wurde dies durch ein Ereignis in Norddeutschland. 2018 trat der gesamte DITIB-Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen und Bremen zurück, ebenso die Vorsitzenden der Frauen-, Jugend- und Elterngruppe. Grund dafür war die zunehmende Einflussnahme aus der Türkei, der DITIB-Zentrale in Köln und des türkischen Religionsattachés. Der zurückgetretene DITIB-Landesvorsitzende Yilmaz Kilic sagte damals, der DITIB-Verband stehe „Veränderungen leider distanziert gegenüber“, und die Religionsattachés der Bundesländer würden sich in die Arbeit einmischen und diese zu steuern versuchen. Auch kritisierte er die politische Art des Verbandes: „DITIB sollte sich aus der Politik raushalten. [...] Aber das hat die Zentrale leider nicht verstanden.“³⁰

Die Strukturen hinter der DITIB sind pfiffig. Sie sind kein irgendwie spontanes Produkt der religiösen Bedürfnisse von Muslim*innen in Deutschland, sondern ein ausgesprochen durchdachtes und hierarchisches System. Der Verband hat drei wichtige Organe: Vorstand, Beirat und Mitgliederversammlung. „So besteht der mächtige Beirat, der an Entscheidungen über alle grundlegende Fragen des Verbands beteiligt werden muss und zumeist die

28 ZEIT ONLINE (2022): Ehemaliger Göttinger Ditib-Chef wegen Volksverhetzung verurteilt, in: ZEIT ONLINE, 10.02.2022, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-02/volksverhetzung-ditib-vorsitzender-mustafa-keskin-verurteilung-antisemitismus> (abgerufen am 16.07.2023); Göttinger Tageblatt: Göttinger Ditib-Vorsitzender tritt nach Antisemitismus-Vorwurf zurück, in: Göttinger Tageblatt, 04.03.2021, <https://www.goettinger-tageblatt.de/lokales/goettingen-1k/goettingen/goettinger-ditib-vorsitzender-tritt-nach-antisemitismus-vorwurf-zurueck-GIUN4NEEALYVAS67FZU-VEB57L4.html> (abgerufen am 16.07.2023).

29 Üna, Erol (2023): Fragwürdige Organisatoren: Erdbebenhilfe mit Hintergedanken, in: Stuttgarter Nachrichten (online), 21.04.2023, <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.fragwuerdige-organisatoren-erdbebenhilfe-mit-hintergedanken.780ff5a6-4f46-4f5f-9f6d-97e7815a6aae.html> (abgerufen am 16.07.2023).

30 Topcu, Hülya (2018): Ex-DITIB-Vorsitzender Kilic: „Wir mussten ‚Stopp‘ sagen“, in: dw (online), 28.11.2018, <https://www.dw.com/de/ex-ditib-vorsitzender-kilic-wir-mussten-stopp-sagen/a-46482160> (abgerufen am 16.07.2023).

endgültige Entscheidungsbefugnis hat, ausschließlich aus *Diyanet*-Funktionären“, heißt es in einem Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages. Der Beirat empfiehlt außerdem den DITIB-Vorstand. Dies ist deshalb so problematisch, da der Vorsitzende des Beirats ausgerechnet der *Diyanet*-Chef Ali Erbaş ist – und somit auch die oberste religiöse Autorität der DITIB. Noch im April 2020 erklärte Erbaş, dass Homosexualität die Ursache für Krankheiten sei und „Generationen verrotten“ lasse. Der türkische Präsident Erdoğan verteidigte ihn, bezeichnete das Gesagte als „vollkommen korrekt“ und als bindend für Muslim*innen. Gegen Kritiker*innen dieser Äußerungen ermittelte die türkische Staatsanwaltschaft wegen „Herabwürdigung religiöser Werte“. ³¹ Erbaş bezeichnete außerdem Israel kurz nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023, bei dem viele hunderte jüdische Zivilisten brutal ermordet wurden, als „rostigen Dolch im Herzen der muslimischen Welt“ und sprach dabei von einem „schmutzigen und perversen Glauben“. Der vom Beirat vorgeschlagene Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt, in der „Diyanet-Vertreter [...] ein größeres Stimmengewicht als die Vertreter der 960 DITIB-Ortsgemeinden“ haben. Der DITIB-Vorstand wird also von der türkischen Religionsbehörde *Diyanet* vorgeschlagen und maßgeblich gewählt. Wie man trotzdem unironisch behaupten kann, dass der Verband unabhängig sei, bleibt schleierhaft. Bis Anfang 2023 war Kazım Türkmen, ehemaliger Abteilungsleiter der *Diyanet* in Ankara, Vorsitzender der DITIB. Schon vor der Wahl des neuen Vorstands wurde er abgezogen, offiziell weil seine Amtszeit vorüber sei und er in seine Hauptarbeit in die Türkei zurückkehre. Neuer Vorsitzender ist Muharrem Kuzey; dieser möchte die bundesweite Anerkennung seines Verbands als Religionsgemeinschaft.

Der besagte Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags stellt fest, dass sich die „enge Anbindung an das Diyanet und der dadurch gewährleistete Einfluss des türkischen Staats auf die DITIB“ auch darin zeige, „dass die DITIB die Entsendung hauptamtlicher Hodschas (Gemeindeleiter und Vorbeter) aus der Türkei für die Leitung und Durchführung religiöser und

seelsorgerischer Dienste organisiert.“ ³² Diese Imame (im Bericht als Hodschas bezeichnet) sind türkische Beamte, bekommen ihren Lohn von der türkischen Regierung und werden nach einem Rotationsprinzip in der Regel alle fünf Jahre ausgetauscht. Wenn der eine gehen muss, wird ein neuer aus der Türkei eingeflogen. Das ist ein ziemliches Problem, denn diese türkischen Beamte kommen in ein für sie fremdes Land und haben dort die Verantwortung, vor allem junge Menschen religiös zu schulen, meistens ohne die deutsche Sprache verstehen und sprechen zu können.

Die engen Beziehungen zur türkischen Regierung und der Fakt, dass sie einer türkischen Behörde untersteht, zeigt deutlich, dass die vermeintliche Staatsferne der DITIB nichts anderes als ein Ammenmärchen ist. Punktuelle Satzungsänderungen werden daran auch nichts ändern, dafür sitzt das Problem viel zu tief. Der unverbesserliche Verband vertraut auf seine Alternativlosigkeit, er weiß nämlich um seine Monopolstellung. Ernsthafte Änderungen gibt es deshalb keine. Vielleicht entscheidet die Türkei nicht über die Farbe der Stühle im Vorhof, dafür aber über die grundsätzlichen religiösen und politischen Linien des Verbands. Diesem wiederum unterstehen die zahlreichen DITIB-Gemeinden, ganz gleich, wie oft sie etwas anderes behaupten mögen. Die Behauptung, überparteilich zu sein, ist blanker Hohn für all jene, die von ihren Imamen bespitzelt oder durch das Türkeinetzwerk im Umfeld der DITIB bedroht werden. Für Minderheiten aus der Türkei und Oppositionelle der türkischen Regierung sind solche Moscheen niemals sichere Orte. Daran wird sich auch so schnell nichts ändern. Die DITIB ist schließlich nicht nur abhängig von der türkischen Regierung, sondern aktiver Teil ihres Netzwerks. So wird auch der türkische Wahlkampf in Deutschland gemeinsam bestritten, und die Gemeindeglieder können sich auf Auftritte von AKP-Abgeordneten in ihrer Moschee freuen.

Zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2023 mobilisierten zahlreiche Akteur*innen in Deutschland, vor allem jene, die der türkischen Regierung und Erdoğan nahestehen. Mindestens 120 Mal kamen

31 Schindler, Frederik (2020): Homophobe Predigt in der Türkei – und DITIB schweigt, in WELT, 28.04.2020, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article207588303/Hetze-gegen-Unzucht-Homophobe-Predigt-in-der-Tuerkei-und-Ditib-schweigt.html> (abgerufen am 16.07.2023)

32 Aus dem Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages: Muslimische Dachverbände in Deutschland. Zur rechtlichen Organisation (WD 1 - 3000 - 018/18 / WD 7 - 3000 - 112/18), 29.05.2018, <https://www.bundestag.de/resource/blob/575546/ef315aed25f0a1713f792f9ad351b7d/WD-1-018-18-pdf-data.pdf> (abgerufen am 16.07.2023).

AKP-Abgeordnete und Funktionäre nach Deutschland, die Wahlkampfveranstaltungen wurden als Fastenbrechen oder Kulturveranstaltungen getarnt. Auf diese Weise konnte das generelle Auftrittsverbot für Amtsträger*innen aus Nicht-EU-Ländern drei Monate vor einer Wahl in Deutschland umgangen werden. Am 13. Januar 2023 rief der AKP-Abgeordnete Mustafa Açıkgöz in der Yunus-Emre-Moschee der rechtsextremen ADÜTDF in Neuss zur Vernichtung der Gegner*innen auf. In einem Video, das er selbst ins Netz gestellt hatte, sagte er: „Genauso wie wir ihnen kein Lebensrecht in der Türkei geben, werden wir ihnen es auch in Deutschland nicht geben. Egal wohin sie in der Welt flüchten, wir werden die PKK- und FETÖ-Terroranhänger vernichten.“³³ Daraufhin wurde der türkische Botschafter ins Auswärtige Amt einbestellt, auf Twitter schrieb das Amt: „Hetze & Hassrede haben in Deutschland nichts verloren.“ Ich selbst habe Anzeige gegen Açıkgöz erstattet. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf erklärte mir dazu in einer dreiseitigen Begründung, dass das Video „keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat“ geboten habe. Argumentiert wurde mit der Meinungsfreiheit und der Doppeldeutigkeit türkischer Begriffe, wenn sie ins Deutsche übersetzt würden. Es kam erst gar nicht zur Einleitung von Ermittlungen.

Der stumpfe Wahlkampf für die AKP fand noch sehr viel unverhohlener statt. In der Kleinstadt Hechingen legte ein Bus, der Anhänger*innen von Erdoğan und der AKP zum Wahllokal nach Stuttgart fahren würde, einen Stopp vor der dortigen DITIB-Moschee ein und sammelte die Menschen ein. Jegliche Kritik prallte ab, die Hechinger DITIB fand lediglich, dass es „dumm gelaufen“ sei.³⁴ Das Ganze war keine Ausnahme, an zahlreichen Orten gab es ähnliche Vorfälle: unzählige Wahlkampfveranstaltungen, Busse und Werbung für die AKP vor Moscheen und an den Wahllokalen. „Es ist an der Zeit, die Feinde

der Türkei traurig zu machen, es ist an der Zeit, Recep Erdoğan zu wählen. Es ist an der Zeit auf dem Weg zur großen und starken Türkei, Erdoğan zu unterstützen. Gott sei mit euch allen!“, hieß es aus dem Lautsprecher eines solchen Busses, das Video landete im Internet.³⁵ Die DITIB, die von sich behauptet, politisch unabhängig und neutral zu sein, trug maßgeblich zur Mobilisierung für die AKP in Deutschland bei. *Diyanet*-Präsident Ali Erbaş rief im August 2022 seine Imame dazu auf, beim Wahlkampf die Regierungspartei AKP zu unterstützen.³⁶ Die DITIB hat dies wohl auch als Anweisung für sich verstanden. Ein Team des investigativen Fernsehformats *Monitor*, das eine versteckte Kamera dabei hatte, nahm bei einer DITIB-Moschee einen Bus zum Wahllokal und bekam darin die Anweisung, Erdoğan zu wählen; zur Opposition hieß es: „Wer die wählt, gehört in die Hölle. Das sind Verräter. Die arbeiten nicht für die Türkei.“³⁷ Dass diese Mobilisierung System hat, wird sogar offen zugegeben: Ende 2022 teilte die AKP-Lobbyorganisation UID auf Twitter mit, dass man in den letzten anderthalb Jahren insgesamt 1250 gemeinsame Veranstaltungen mit Moscheegemeinden organisiert habe, 670 davon mit der DITIB.³⁸ Durch den Wahlkampf dürfte die Zahl noch mal erheblich gestiegen sein.

Wie zu Anfang des Kapitels dargelegt, stimmt in Deutschland die Mehrheit derjenigen, die für türkische Wahlen wahlberechtigt sind und auch tatsächlich wählen gehen, für die AKP und Erdoğan. Mit diesem Ergebnis flammte eine Diskussion auf, die ich als ziemlich unverschämt empfand – unverschämt gegenüber all jenen, die schon lange auf dieses Problem aufmerksam machen. Nun war es also wieder da, das große Erstaunen darüber, dass türkische Faschist*innen in Deutschland auch türkische Faschist*innen in der Türkei wählen. Gegenstand der Debatte war der große Anteil an Stimmen aus Deutschland für eine antidemokratische und unterdrückerische

33 Pehlivan, Erkan (2023): AKP-Abgeordneter hetzt in Moschee von Grauen Wölfen in Neuss, in: Frankfurter Rundschau (online), 15.01.2023, <https://www.fr.de/politik/akp-abgeordneter-moschee-graue-woelfe-neuss-hetze-gewalt-erdogan-tuerkei-92028541.html> (abgerufen am 16.07.2023).

34 Kromer, Hardy (2023): Ditib in Hechingen: Wahlkampf für Erdoğan gemacht? - Hechinger Moscheeverein distanziert sich: „Dumm gelaufen“, in: Südwest Presse (online), 03.05.2023, https://www.swp.de/lokales/hechingen/ditib-wahlkampf-fuer-erdogan_-hechinger-moscheeverein-distanziert-sich_-dumm-gelaufen_-70518103.html (abgerufen am 16.07.2023).

35 MONITOR (2023): Schmutziger Undercover-Wahlkampf: Türkeiwahlen in Deutschland, in: *Monitor* (online), 11.05.2023, <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/schmutziger-undercover-wahlkampf-tuerkei-wahlen-100.html> (abgerufen am 16.07.2023).

36 Turkish Minute (2022): Imams ordered to campaign for the AKP ahead of elections: report, in: *Turkish Minute* (online), 24.08.2022, <https://turkishminute.com/2022/08/24/ordered-to-campaign-for-the-akp-ahead-of-elections-report/> (abgerufen am 16.07.2023).

37 MONITOR (2023): Schmutziger Undercover-Wahlkampf: Türkeiwahlen in Deutschland, in: *Monitor* (online), 11.05.2023, <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/schmutziger-undercover-wahlkampf-tuerkei-wahlen-100.html> (abgerufen am 16.07.2023).

38 UID auf Twitter, 29.12.2022, https://twitter.com/U_ID/status/1608525934549671937?s=20 (abgerufen am 16.07.2023).

Türkei. Die Sorge ist berechtigt, das ist tatsächlich ein großes Problem: Bei der Präsidentschaftswahl 2023 haben in Deutschland 65,4 Prozent für Erdoğan gestimmt, prozentual mehr als in der Türkei. Nur ist das keine zufällige Entwicklung, sie resultiert aus der desaströsen Türkeipolitik unserer Bundesregierungen und der Kommunen. Wer AKP-nahe Verbände und Vereine hofiert, ihnen sogar den Zugang in die Jugendarbeit verschafft und erleichtert, braucht sich anschließend nicht über die Radikalisierung türkischer Menschen zu wundern. Diese tun letztendlich genau das, was ihnen seit vielen Jahren und ohne nennenswerte Konsequenzen gepredigt wird. Dass man von gescheiterter Integration spricht, während man türkische Islamisten und Rechtsextremisten in den eigenen Reihen, in Parteien, Bündnissen und bei Runden Tischen, duldet, ist heuchlerisch. Nach wie vor werden sie unterstützt im politischen Elfenbeinturm, in den Rathäusern der Bundesrepublik, auch finanziell. – 364 Tage wegschauen und sich dann für einen Tag empört auf Twitter die Finger wund tippen!

Wer sich hingegen für eine demokratische Türkei stark macht, muss in Deutschland Kriminalisierung befürchten und ertragen. Kurdische Aktivist*innen stehen unter Generalverdacht, politisch Verfolgte werden regelmäßig in die Türkei abgeschoben; dort drohen ihnen Haft und Folter. Vereinsdurchsuchungen sind keine Seltenheit, die Daten aller kurdischen Vereine werden seit 1994 bis heute automatisch an das BKA und den Verfassungsschutz übermittelt.³⁹ Deutschland lässt also nicht nur zu, dass problematische Akteur*innen hier Menschen radikalieren, sondern ist maßgeblich daran beteiligt, die demokratische Opposition zu schwächen. Kurd*innen können dazu ganze Bücher schreiben.

Widerstand von links gegen DITIB in Essen und Wuppertal

Am 14. Dezember 2021 sollte im Jugendhilfeausschuss darüber entschieden werden, ob der Verein *DITIB – Türkisch Islamische Gemeinde zu Essen* als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII werden soll. Am 24. November 2021 kam die entsprechende Vorlage in den Integrationsrat Essen, dessen Mitglied ich als Politiker der Linken war. Bei der Sitzung war ich die einzige Person, die sich gegen die Anerkennung aussprach. Ich habe in meiner Rede auf die Gefahren des DITIB-Verbandes aufmerksam gemacht und dafür appelliert, sich gegen diesen Antrag zu stellen. Leider schloss sich im Integrationsrat aber keine andere Fraktion der Position an. Stattdessen wurde ich für meine Rede kritisiert. Die Allianz Essener Demokraten (AED) behauptete, dass DITIB gute Arbeit in der Jugendarbeit leiste und dass die Anerkennung seitens der Stadt einen wichtigen Zugang zu den Jugendlichen verspreche. Auch die Grünen nahmen die Kritik nicht auf, stattdessen gab es Lob für die DITIB. Die SPD behauptete, dass sich der Verband im Rechtsrahmen des Grundgesetzes bewege. All diese Reden hatten gemeinsam, dass darin auf keinen einzigen Kritikpunkt, den ich geäußert hatte, eingegangen wurde. Das ist ein wahres Armutszeugnis. Nachvollziehbar nehmen bis heute viele Menschen in Essen dem Gremium diesen Vorfall übel.

Der skandalöse Umgang mit der Kritik an der DITIB gab letztendlich den Anstoß für die Initiative *#DITIBverhindern*. Ihr Ziel war zunächst, die Situation transparent zu machen und die Menschen in Essen, aber auch außerhalb zu informieren. Ein Bündnis aus 32 Vereinen, vor allem kurdischen und ezidischen, formte sich gegen die geplante Anerkennung des Essener DITIB-Vereines als Jugendhilfeträger. In den digitalen Medien und in der Presse erlangte das Thema immer größere Aufmerksamkeit. Als der öffentliche Druck zu groß wurde, um ihn länger zu ignorieren, wurde die entsprechende Abstimmung wiederholt vertagt. Damals hieß es, dass „die Verwaltung die im Vorfeld dieser Sitzung aufgeworfenen Fragestellungen prüfe und Gespräche – auch mit dem

39 Rath, Christian (2022): Überwachung von kurdischen Vereinen: Der unauffindbare Erlass, in: taz (online), 25.05.2022, <https://taz.de/Ueberwachung-von-kurdischen-Vereinen/!5853706/> (abgerufen am 17.07.2023).

Verein – führe.“⁴⁰ Ein Jahr nachdem die Vorlage in den Integrationsrat gekommen war, am 8. November 2022, erklärte der Essener Jugenddezernent Muchtar Al Ghusain, dass die Verwaltung die Anerkennung ausgesetzt habe. Grund dafür sei, dass der Essener DITIB-Verein in Altendorf trotz wiederholter Bitte, Fragen zu beantworten und Unterlagen einzureichen, nicht reagiert habe. Im Januar 2023 erklärte die DITIB plötzlich, dass sie erneut versuchen wolle, Jugendhilfeträger zu werden. Bezüglich der unbeantworteten Fragen hieß es nur, dass man dies wegen Arbeiten an der Moschee zeitlich nicht geschafft habe. Der Vorsitzende der Gemeinde, Muzaffer Bilgin, behauptete, dass man unabhängig und unpolitisch sei; er finde es „schade, dass oft über uns geredet wird, ohne uns zu kennen“.⁴¹

Wer die DITIB und ihre Organisationsstruktur samt Verflechtungen und Skandalen kennt, weiß sehr wohl, dass die behauptete Unabhängigkeit unglaubwürdig ist. Angesichts des brutalen Wahlkampfes zur Türkeiwahl, an der DITIB-Gemeinden bundesweit maßgeblich beteiligt waren, ist es fast schon zynisch, davon zu sprechen, dass man als Verein unpolitisch sei. Man kann als Verein nicht Teil der DITIB sein, ihren Namen und ihr Logo übernehmen, aber von anderen ganz selbstverständlich erwarten, dass sie die Skandale des Verbandes bei der Beurteilung des Vereines ignorieren. Wer trotz unzähliger Vorfälle der Kriegsverherrlichung, des Antisemitismus, der Völkermordleugnung, der Spionage und des Islamismus kein Problem damit hat, Teil dieser Struktur zu sein, darf sich über Einwände nicht wundern.

Aufgrund meiner Arbeiten zu Rechtsextremismus und Islamismus bekomme ich schon länger Morddrohungen, im Juni 2021 hatte der Integrationsrat dazu überparteilich seine Solidarität erklärt. Diese Anfeindungen nahmen, als ich mich gegen die Anerkennung der DITIB als Jugendhilfeträger einzusetzen begann, zu. Dabei wurde ein Fall besonders prominent: Eine Person hatte mir mehrfach Morddrohungen, Bilder von Leichen und Waffen geschickt; brisant war, dass diese Person behauptet hatte, Kontakte zu den türkischen

rechtsextremistischen *Grauen Wölfen* und zur DITIB zu haben.⁴² Inwiefern tatsächlich Kontakt zum DITIB-Verband bestand, kann ich nicht beurteilen. Interessant ist aber so oder so, dass weder der Verband noch die DITIB-Gemeinde in Essen sich jemals von dieser Äußerung und den Drohungen distanziert haben. Ein Verband, der sich nicht dagegen verwehrt, wenn ein türkischer Rechtsextremist, der einen kurdischen Kommunalpolitiker mit dem Tod bedroht, mit ihm in Kontakt zu stehen behauptet? Das Ganze sorgt bei mir noch immer für ein äußerst mulmiges Gefühl.

Bezeichnend für den Umgang mit Kritiker*innen ist übrigens die Reaktion eines bestimmten Mitglieds des Essener Integrationsrates. Wenige Minuten vor der Sitzung am 15. März 2023 ließ er mich wissen, dass ich wegen meiner Arbeit zur DITIB keine Bittgebete verdient hätte. Zuvor, in der Sitzung des Integrationsrates am 24. November 2021, hatte er sich für die DITIB besonders stark gemacht und die Vorwürfe gegen den Verband als unwahr abgetan. Auch wurde mir von ihm indirekt mit den Anwälten der DITIB gedroht. Dass diese Person bereits einen Graue Wölfe-Skandal hinter sich hat, passt hervorragend ins Bild.

Auch in Wuppertal ereignet sich gerade ein Vorfall, der mir schier die Sprache verschlägt. Im März 2023 stimmte der Rat der Stadt mit großer Mehrheit für den Bau eines dreißig Millionen Euro teuren Gemeindezentrums. Darin sollen neben der eigentlichen Moschee auch Büros, Lebensmittelläden, betreutes Wohnen, eine Tiefgarage und ein Kindergarten untergebracht werden. Der Bauplatz ist nicht irgendwo, sondern dort, wo sich heute noch ein Autonomes Zentrum befindet. Die Entscheidung der Stadt fällt zeitlich genau auf das fünfzigjährige Bestehen des linken Zentrums, das seit jeher Treffpunkt vieler Menschen ist. Aktuell befindet sich die DITIB-Moschee noch gegenüber. Die neue Moschee soll Platz für etwa 700 Menschen haben, würde also nicht mehr Menschen als gegenwärtig fassen. Was für ein Symbol, dass ausgerechnet die DITIB, die in der Kritik steht, ein verlängerter Arm von Erdoğan zu sein, einen

40 Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.02.2022: https://ris.essen.de/sdnetrim/UGHVM-0hpd2NXNfFcExjZX6wiXhA9uLzeRCHFZA1LH9e5THKYdbGkdJZpzATeDWv/Beschlusstext_TOP_19_-oeffentlich_Jugendhilfeausschuss_08.02.2022.pdf#search=DITIB (abgerufen am 17.07.2023).

41 Wandt, Christina (2023): Essen: Ditib versucht erneut, Jugendhilfe-Träger zu werden, in: WAZ (online), 16.01.2023, <https://www.waz.de/staedte/essen/essen-er-zentralmoschee-nach-15-jahren-bauzeit-vor-eroeffnung-id237334671.html> (abgerufen am 17.07.2023).

42 Ađar, Volkan/Belghaus, Nora/Çelikkan, Ali (2022): Rechtsextreme „Graue Wölfe“: Hass aus 3.000 Kilometern, in: taz (online), 15.01.2022, <https://taz.de/Rechtsextreme-Graue-Woelfe/!5825751/> (abgerufen am 17.07.2023).

beliebten linken Treffpunkt verdrängt! Und das mit dem Segen der Wuppertaler Politik; und das, ohne dass dem Autonomen Zentrum eine Alternative angeboten würde. Offenbar möchte man den Stadtteil Elberfeld „aufwerten“ (wobei genau das Gegenteil der Fall wäre), ohne städtische Mittel in die Hand nehmen zu müssen; denn um die Finanzierung kümmert sich alleine der Islamverband DITIB. Das Bündnis *Gathe für alle* hat ein Bürgerbegehren gestartet: gegen die Verdrängung und gegen die Ignoranz der Politik in Wuppertal. Denn mit diesem Megakomplex droht die Stadt unsichere Räume für Minderheiten und für Oppositionelle aus der Türkei zu schaffen, diese Menschen werden den Stadtteil meiden müssen. Sowohl Wuppertal als auch Essen probieren sich, vielleicht ohne es so recht zu realisieren, an einem Spagat zwischen den Interessen der DITIB und dem sozialen Frieden. Doch wenn sie so weitermachen, reißt ihnen bald die Hose.

Zwischen Soft Power und Drohkulisse

eine Bestandsaufnahme des Netzwerks der türkischen Rechten in Deutschland

Lennart Pfahler

Ende September 2016: Fatih S., damals 31 Jahre alt, sitzt in einem Flugzeug nach Ankara. Er soll dort seine Führungsoffiziere des türkischen Geheimdienstes MİT treffen. S. arbeitet zu diesem Zeitpunkt bereits seit drei Jahren als Agent. Zuletzt war er vor allem in Norddeutschland im Einsatz. Der Spion hat an diesem Spätsommertag mehrere handgeschriebene Zettel dabei, die er seinen Kontaktmännern beim MİT übergeben wird. Darauf zu lesen sind Details über die politische Arbeit des Bremer Kurdenfunktionärs Yücel Koç – und: anerkennende Worte für einen türkischstämmigen CDU-Politiker. Ein Jahr später steht S. in Hamburg vor Gericht und hört dem Urteilsspruch zu: Er ist aufgefliegen. Die Folge: zwei Jahre Haft auf Bewährung. S. habe sich der geheimdienstlichen Agententätigkeit schuldig gemacht, befindet der Richter. Rund 20.000 Euro hat er vom türkischen Staat erhalten, um die lokale kurdische Szene auszuforschen, übergeben in bar bei mehreren Reisen in die Türkei. S. hatte sich zur Informationsbeschaffung in Deutschland als Journalist ausgegeben.¹

Im Juli 2021 verlässt mit Erk Acarer ein echter Journalist seine Wohnung im Berliner Bezirk Neukölln-Rudow. Im Innenhof lauern ihm mehrere Personen auf. Sie haben Messer dabei, bedrohen Acarer, traktieren ihn mit Fausthieben. Der Journalist geht zu Boden. „Einer brüllte: ‚Du hörst auf mit dem Schreiben!‘“, erinnert sich Acarer später.² Die Angreifer können fliehen. Gefasst werden sie nie. Der Journalist glaubt: Drahtzieher hinter dem Angriff waren regierungsnahen Kreise in der Türkei. Denn seit Jahren recherchiert Acarer – zuletzt im deutschen Exil – kritisch über Geheimdienste, Kriminalität und Korruption in der Türkei.

Anfang 2023 befindet sich diese Türkei wieder einmal im Wahlkampf. Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vorziehen lassen. Schon die Umfragen prognostizieren ein enges Rennen zwischen einer Koalition um die Erdoğan-Partei AKP und die ultranationalistische MHP einerseits, einem Bündnis verschiedener Oppositionsparteien, angeführt von der kemalistischen CHP, andererseits. (Später wird Erdoğan die Präsidentschaftswahl für sich entscheiden. Auch im Parlament wird seine AKP die Regierungsmehrheit erreichen.) Im Januar findet in den Räumen der Moschee eines rechtsextremen Kulturvereins im nordrhein-westfälischen Neuss ein Wahlkampfevent statt. Der Verein wird der *Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland* (ADÜTDF) zugerechnet. Sein Vorsitzender sitzt zu diesem Zeitpunkt als sachkundiger Bürger für die CDU im Neusser Stadtrat.³ Auch er ist im Publikum, applaudiert während der Rede des aus der Türkei angereisten AKP-Abgeordneten Mustafa Açıkgöz. Açıkgöz spricht über die Anhänger*innen der in der Türkei und Deutschland verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK und des islamischen Predigers Fetullah Gülen. Diese hätten „kein Lebensrecht“, ruft er; es gelte, sie „aus den Löchern herauszuziehen, in die sie gekrochen sind“ – und zu „vernichten“. Immer wieder brandet Applaus auf.

Die Spionage von Fatih S., der Angriff auf Erk Acarer und die aufwiegelnde Rhetorik beim AKP-Wahlkampfauftritt in Neuss sind nur drei Beispiele dafür, wie Akteur*innen, die dem türkischen Staat, seinen Institutionen und Regierungsparteien nahestehen, in Deutschland den gesellschaftlichen Frieden bedrohen. Es sind Szenen, die sich zu einer Drohkulisse der türkischen

1 HansOLG, Urteil vom 10.10.2017, 4 St 2/17.

2 Yücel, Deniz (2021): „Einer brüllte: ‚Du hörst auf mit dem Schreiben!‘“, in: WELT (online), 08.07.2021, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article232367859/Erk-Acarer-wird-attackiert-Einer-bruellte-Du-hoerst-auf-mit-dem-Schreiben.html> (abgerufen am 11.02.2023).

3 Janßen, Simon (2023): Krisen-Gespräch nach Moschee-Video, in: Rheinische Post (online), 26.01.2023, https://rp-online.de/nrw/staedte/neuss/neuss-krisen-gespraech-nach-moschee-video_aid-83574769 (abgerufen am 11.02.2023).

Rechten zusammenfügen. Die beschriebenen Fälle liegen Jahre auseinander, sie haben sich in verschiedenen Städten und Bundesländern zugetragen. Was sie verbindet, ist die Motivlage ihrer Täter: Sie wollen Kritiker*innen, politische Gegner*innen und persönliche Feind*innen einschüchtern und sie – zur Not unter Einsatz von Gewalt – handlungsunfähig machen. Die Akteur*innen der türkischen Rechten erfahren dabei immer wieder Unterstützung aus der politischen Mitte und werden von ihr – bewusst oder unbewusst – als Dialogpartner*innen aufgewertet.

Nicht nur staatliche türkische Akteure wie der MİT-Agent Fatih S. oder der AKP-Abgeordnete Mustafa Açıkgöz tragen zu dieser Drohkulisse bei. Im Falle des Angriffs auf Erk Acarer kann davon ausgegangen werden, dass die Täter sich zwar ideologisch auf die Agenda von AKP oder MHP berufen – und vielleicht auch glauben, in ihrem Sinne zu handeln –, jedoch keine nachweisliche institutionelle Bindung an den türkischen Staatsapparat vorweisen. Dennoch profitiert der türkische Staat von den Einschüchterungsversuchen. Und immer öfter verschwimmen die Grenzen zwischen staatlichem Handeln und unabhängigen Proxy-Gruppen.⁴ Die türkische Rechte in Deutschland hat ein System geschaffen, das in Teilen zentral organisiert ist, auf operativer Ebene aber vieles dem Eigenengagement und Fanatismus frei agierender Gruppen überlässt. Sie baut auf ein Netzwerk aus heterogenen Gruppierungen, in dem Akteur*innen mit verschiedenen, teils auch gegenläufigen politischen Positionen zusammenwirken. Der gemeinsame Nenner ist die Berufung auf die türkische Nation als höchsten Wert – sowohl politisch-territorial

als auch ethnisch-kulturell – sowie auf die häufig damit einhergehende Herabsetzung anderer Volksgruppen.⁵

Die türkische Regierung hat dieses Netzwerk aus Lobbygruppierungen, Moscheevereinen, Propagandamedien und frei agierenden Einflussgruppen teils mit aufgebaut und teils im Sinne der eigenen Diasporapolitik nutzbar gemacht. Das Netzwerk funktioniert auf zwei Ebenen. Zum einen wirkt es in die türkische Community hinein, indem es – durch Bildungs- und Kulturaktivitäten und religiöse Angebote – auf eine Bewahrung der türkischen Identität hinwirkt und gleichzeitig von der türkischen Regierungslinie abweichende Positionierungen und Lebensentwürfe unter Verdacht stellt.⁶ Im Sinne eines *soft power approach* versucht es zum anderen, der türkischen Regierungsagenda auch gegenüber der deutschen Mehrheitsgesellschaft und in der Politik Gehör zu verschaffen sowie die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen beiden Ländern zu vertiefen.⁷

Wissenschaftler*innen betonen, dass Ankara bereits seit Beginn der Arbeitsmigration nach Westeuropa versuche, „den Finger am Puls ‚seiner‘ Communities im Ausland“ zu haben; unter der AKP und insbesondere seit ihrem Bündnis mit der ultranationalistischen MHP hätten die Versuche, politische Gegner*innen in der Diaspora zu überwachen und einzuschüchtern, aber zugenommen.⁸ Ein wesentlicher Grund dafür sei die wachsende politische Bedeutung der türkischen Staatsbürger*innen im Ausland als Teil des Wahlvolkes; diese würden zunehmend breit mobilisiert.⁹ Damit diese Mobilisierung funktioniert und nicht durch oppositionelle Strömungen gefährdet wird, ist es für die türkische

4 Verfassungsschutzbericht 2021, Kap. IV: Türkischer Rechtsextremismus („Ülkücü“-Bewegung), S. 254, https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2022-06-07-verfassungsschutzbericht-2021.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (abgerufen am 31.05.2023).

5 Ebd., S. 248.

6 Beispielsweise durch die Einrichtung von Bildungsinstituten wie dem *Yunus-Emre-Institut* oder der *Türkiye Maarif Vakfı* versucht die AKP, die kulturelle Bindung der Türkeistämmigen in der Diaspora an das Land zu fördern. Im Auslandswahlkampf der AKP kommt solchen Einrichtungen als Verdienste des türkischen Staates für seine Bürger*innen eine wichtige Rolle zu, wie in einem Schreiben deutlich wird, das die Partei bei Veranstaltungen in Deutschland und den USA an potenzielle Wähler*innen verteilte; siehe: AKP-Wahlkampfbroschüre, 2022, <https://efile.fara.gov/docs/7115-Informational-Materials-20221229-1.pdf> (abgerufen am 31.05.2023).

7 Die Aktivitäten AKP-naher Wirtschaftsverbände wie MÜSIAD und staatlicher Institutionen zur Außenwirtschaftsförderung wie des *Investment Office of the Presidency of the Republic of Turkey* (ISPAT) müssen im Folgenden aus Gründen des Umfangs ausgeklammert bleiben.

8 Houtkamp, Christopher/de Bruijne, Kars (2012): *Whose Long Arm? Challenges to Understanding Turkish Diaspora Politics*, in: Netherland Institute of International Relations – Policy Brief (online), Februar 2021, https://www.clingendael.org/sites/default/files/2021-02/PB_UNDERSTANDING_TURKISH_DIASPORA_POLITICS_Febr2021.pdf (abgerufen am 31.05.2023).

9 Göğüş, Sezer İdil (2018): *Die neue Diasporapolitik der Türkei und Türkeistämmige in Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ, online), 23.11.2018, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/280578/die-neue-diasporapolitik-der-tuerkei-und-tuerkeistaemmige-in-deutschland/> (abgerufen am 31.05.2023).

Regierungskonstellation von entscheidender Bedeutung, Anhänger*innen emotional zu binden und ihnen Spielräume zu bieten, im Sinne der türkischen Regierungsideologie politisch, geschäftlich und im Extremfall sogar paramilitärisch oder pseudogeheimdienstlich tätig zu werden. Sie tun dies aus Nationalstolz – und immer wieder auch, weil sie sich persönliche und finanzielle Vorteile versprechen.

Im Folgenden sollen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, einige der wichtigsten Akteur*innen des rechten türkischen Netzwerks in Deutschland beschrieben und zueinander ins Verhältnis gesetzt werden. Dabei fällt auf, dass Verbindungen zwischen nationalistischen und islamistischen Akteur*innen nicht ausschließlich oder in erster Linie auf professioneller Ebene bestehen, sondern auch durch Freund- und Seilschaften, soziale Sicherungsnetze oder Familienzugehörigkeiten existieren. Kurzum: Das Netzwerk ragt in alle Lebensbereiche.

Im November 2005 war es Erdoğan selbst, der die Zentrale der im Vorjahr gegründeten *Union of European Turkish Democrats* (UETD), später UID, in Köln-Porz eröffnete. Die UETD versprach damals, die rund drei Millionen Türkischstämmigen in Deutschland zu vertreten; ihr Ziel sei es, „im Rahmen der demokratischen Grundrechte und des Wertesystems einen positiven gesellschaftlichen Beitrag zur Europäischen Union zu leisten“.¹⁰ Noch immer hallten zu diesem Zeitpunkt die hoffnungsvollen Loblieder nach, mit denen deutsche Medien und Politiker*innen den Aufstieg Erdoğan zu Beginn des Jahrtausends begleitet hatten. Reformen, Demokratisierung, der unbedingte Wille, die Türkei in die EU zu führen – der neue türkische Ministerpräsident versprach einen Aufbruch. Im Jahr 2004 verlieh der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) Erdoğan gar die Auszeichnung „Europäer des Jahres“.¹¹ Beflügelt von dieser Aussicht auf ein neues Kapitel in den nicht immer problemfreien deutsch-türkischen

Beziehungen, lud die damalige Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer (CDU), die UETD im Jahre 2006 auch gleich zum Integrationsgipfel der Bundesregierung ein; damit verhalf sie ihr zu einem Traumstart.¹² Schon damals bezeichneten türkische Medien die UETD allerdings als das, was sie von Beginn an war: ein „langer Arm der AKP“.¹³ Mit der zunehmenden Abkehr der islamistischen Partei AKP von ihrem anfangs proeuropäischen Kurs stellte sich schnell heraus, dass es sich bei dem „positiven gesellschaftlichen Beitrag“ der UETD stets um eine Illusion gehandelt hatte.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz führt die Organisation seit 2017 in seinem Jahresbericht. Die UETD stelle sich als weltanschaulich neutrale „Nichtregierungsorganisation“ dar, befand der Verfassungsschutz, sei aber eigentlich eine „regierungsnahe Vorfeldorganisation der AKP“.¹⁴ Schon damals fiel die UETD der Behörde durch die Organisation von Wahlkampfveranstaltungen auf. Für den Auftritt des damaligen türkischen Ministerpräsidenten Binali Yıldırım im Zuge des türkischen Verfassungsreferendums stellte die UETD in Oberhausen kostenlose Bustransfers zur Verfügung; rund 10 000 Menschen nahmen an der Veranstaltung teil.

2018 wurde die UETD umbenannt in die *Union Internationaler Demokraten*, kurz: UID. Deren Vertreter*innen aus 26 Ländern trafen sich im Oktober 2021 auf Einladung Erdoğan in Istanbul, um unter Ausschluss der Öffentlichkeit über die Strategie der AKP in Europa zu beraten. Von dem Treffen sickerte wenig nach außen. Der AKP-Politiker und UID-Funktionär Adem Taflan aus Baden-Württemberg verbreitete via Twitter zumindest die Agenda, die Präsident Erdoğan seiner Gefolgschaft mit auf den Weg gab: „Verteidigt euch nicht, attackiert nicht. Erklärt unseren Fall!“¹⁵ Erdoğan, das zeigt sich hier, versteht die UID als sein Sprachrohr in Deutschland; gleichzeitig gesteht er dem inneren Zirkel der

10 Beucker, Pascal (2006): Schöner integrieren mit Erdogan, in: taz (online), 26.06.2006, <https://taz.de/Schoener-integrieren-mit-Erdogan/!413328/>, (abgerufen am 19.02.2023).

11 Schlötzer, Christiane (2018): Erdoğan, ein fast Allmächtiger, in: Süddeutsche Zeitung (online), 25.06.2018, <https://www.sueddeutsche.de/politik/wahl-in-der-tuerkei-erdogan-ein-fast-allmaechtiger-1.4027278-0> (abgerufen am 31.05.2023).

12 Beucker: Schöner integrieren mit Erdogan.

13 Ebd.

14 Verfassungsschutzbericht 2017, S. 287, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2017.html> (abgerufen am 18.07.2023).

15 Pfahler, Lennart (2022): Erdogans Trolle schwören sich auf den Wahlkampf in Deutschland ein, in: WELT (online), 27.03.2022, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article237771983/Erdogans-Trolle-schwoeren-sich-auf-Wahlkampf-in-Deutschland-ein.html> (abgerufen am 31.05.2023).

Organisation offensichtlich Freiräume zu, proaktiv im Sinne der türkischen Regierungsagenda Einfluss auf nationale Diskurse zu nehmen. In anderen Fällen fungiert die UID ganz eindeutig als direkte Verlängerung der Auslandsabteilung der AKP: etwa wenn sie Wahlkampfveranstaltungen für AKP-Abgeordnete in Deutschland organisiert oder – im Stile diplomatischer Interventionen – Stellungnahmen zu innen- und außenpolitischen Vorgängen außerhalb der Türkei veröffentlicht.¹⁶

Besonderes Aufsehen erregte 2016 der Brief des damaligen UETD-Generalsekretärs Bülent Bilgi an alle Bundestagsabgeordneten anlässlich der Abstimmung über jene Resolution, die den Völkermord an den Armenier*innen anerkennen würde. „Indem der Bundestag für eine Seite Partei ergreift und die andere beschuldigt, trägt er eben nicht zur Lösung des Konflikts zwischen Türken und Armeniern bei, sondern reißt noch tiefere Gräben auf“, schrieb Bilgi darin. Die UETD lobte dagegen die Position der heutigen Bundestagsvizepräsidentin und damaligen Integrationsministerin Aydan Özoğuz (SPD), die die Resolution kritisiert hatte (später allerdings dafür stimmen würde): Diese habe erkannt, dass „hier eher Türen zugeschlagen als geöffnet“ würden.¹⁷ Im Zusammenhang mit der Abstimmung wurden Mordaufrufe gegen elf türkischstämmige Bundestagsabgeordnete publik. Der Grünen-Abgeordnete Özcan Mutlu nahm nicht an der Abstimmung teil – offenbar hatte der Druck gewirkt. Bei einem Nominierungsparteitag in Berlin im Jahre 2020 sagte Mutlu rückblickend, er habe damals aus Sorge um seine Eltern nicht abgestimmt. Bei diesen seien am Vorabend der Abstimmung Sicherheitskräfte aufgetaucht, was ihn unter Druck gesetzt habe. „Ich habe mich für die Sicherheit meiner Eltern entschieden“, so Mutlu.¹⁸ (Zum

Genozid an den Armenier*innen und zu den Geschehnissen rund um die Armenienresolution siehe den Beitrag von Uyar.)

Der hybride Charakter der UID wurde in den vergangenen Jahren immer deutlicher: Einerseits versucht die Organisation, Abstimmungen und demokratische Prozesse in Deutschland zu beeinflussen; andererseits dient sie als Talentbecken für die AKP in der Türkei. Die UID ist dabei bemüht, junge Akademiker*innen und aufstrebende Unternehmer*innen, häufig aus konservativen Familien, früh in ihrer Karriere an sich zu binden – und damit auf Dauer an den türkischen Staat. Sogar der kurdische Linken-Politiker Cindi Tuncel berichtet, Anwerbeversuche erlebt zu haben.¹⁹ Ihren Mitgliedern bietet die UID ein informelles Netzwerk, das Karrierechancen eröffnet, sei es in der Politik oder in der Wirtschaft: wie im Falle des ehemaligen UID-Vorstandsmitglieds Bülent Aydin, dessen Firma VFT GmbH mit Sitz in Köln seit 2021 Visaanträge für die türkischen Generalkonsulate bearbeitet – mutmaßlich ein Millionengeschäft.²⁰ In der Vergangenheit fungierte die UID darüber hinaus als Verbindung zwischen Politik und Straße: Unvergessen sind die Fotoaufnahmen, die Schläger der (bald vom Bundesinnenministerium verbotenen) rockerähnlichen Gruppierung *Osmanen Germania* als Saalordner bei einer UETD-Veranstaltung in Köln im Februar 2018 zeigen. Neben *Osmanen*-Präsident Mehmet Bağcı und seinem Vize Selçuk Şahin: Metin Külünk, AKP-Abgeordneter, Kindheitsfreund Erdogans und einer der mächtigsten Strippenzieher der AKP in Europa, von Anhänger*innen der Partei liebevoll „großer Bruder genannt“ – aber dazu später mehr.²¹

16 Mehr als 1000 Veranstaltungen hat die UID allein in den achtzehn Monaten bis zum Januar 2023 zusammen mit DITIB, IGMG, ATİB, *Türk Federasyon* und der *Organisation of Islamic Cooperation* organisiert, die Mehrzahl davon Wahlkampfauftritte. Das erklärte UID-Berater Adem Taflan in einer Jahrespräsentation, vgl.: Redaktion Global Influence Operations Report (GIOR) (2023): Turkish Lobby Organization Worked Together with Mosques & NGO's More than 1000 Times, in: GIOR (online), <https://www.global-influence-ops.com/turkish-lobby-organization-worked-together-with-mosques-ngos-more-than-1000-times/> (abgerufen am 18.07.2023).

17 Bilgi, Bülent: Offener Brief an die Fraktionsvorsitzenden und Abgeordneten des Bundestages, 09.06.2016.

18 Bachner, Frank/Salmen, Ingo/Weiss, Julia (2020): Niederlage für Özcan Mutlu nach Mausechlei-Vorwürfen, 04.10.2020, in: Tagesspiegel (online), <https://www.tagesspiegel.de/berlin/niederlage-fur-ozcan-mutlu-nach-mausechlei-vorwurfen-5377408.html> (abgerufen am 31.05.2023).

19 Pfahler, Lennart (2019): „Das ist eine selbstzerstörerische Integrationspolitik“, in: WELT (online), 24.04.2019, <https://www.welt.de/politik/p191644305/Erdogans-Einfluss-in-Deutschland-Das-ist-eine-selbstzerstorerische-Integrationspolitik.html> (abgerufen am 31.05.2023).

20 Der lukrative Auftrag an den UID-Mann verwundert auch deshalb, weil die VFT GmbH erst wenige Monate zuvor gegründet worden war. Gründer der Bülent Aydin gilt als enger Vertrauter des AKP-Politikers Zafer Sirakaya, Vize-Präsident der AKP-Auslandsabteilung. Vgl.: Deutsche Welle Türkçe (2022): CHP'den Almanya'daki vize şirketi için soru önergesi, in: DW (online), 17.01.2022, <https://www.dw.com/tr/vize-i%C5%9Flemelerin-akpye-yak%C4%B1n-%C5%9Firkete-devredilmesine-tepki/a-60448978> (abgerufen am 18.07.2023).

21 Zum Agieren Metin Külünks hat der Autor Informationen und Anekdoten auf Twitter zusammengetragen: <https://twitter.com/LennartPfahler/status/1107290150063800321> (abgerufen am 31.05.2023).

Im Februar 2022 lud Erdoğan erneut seine europäischen UID-Stadthalter*innen nach Kızılcahamam, nordwestlich von Ankara, ein. Fotos von dem Treffen zeigen Erdoğan neben Innenminister Süleyman Soylu an einem weiß gedeckten Tisch. Aus ganz Deutschland und weiteren europäischen Ländern waren Delegationen angereist, Abgesandte der UID aus Metropolen und aus der Provinz, aus Orten mit so klangvollen Namen wie Heinsberg-Hückelhoven. Die prominenten Redner bei der Veranstaltung zeugen von der Bedeutung, die die AKP ihrer Diasporapolitik beimisst: Neben Erdoğan persönlich sprachen laut einem vorläufigen Konferenzprogramm – nach der obligatorischen Eröffnung samt Koranrezitation und Nationalhymne – Fatih Toprak, Koordinator der AKP für Wahlangelegenheiten im Ausland, die stellvertretenden AKP-Vorsitzenden Mustafa Şen, Ömer Çelik, Mahir Ünal, Ali İhsan Yavuz und Efan Ala, Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu sowie der Präsident des *Amtes für Auslandstürken* (YTB), Abdullah Eren.²² Videos der Veranstaltung zeigen, dass zusätzlich Metin Külünk eine Rede hielt, der die Angereisten auf ein Jahr des Wahlkampfes ein schwor. Külünks Worte lassen sich als Anerkennung und Mahnung zugleich interpretieren: „Ich verfolge euch genau. Seid diszipliniert! Disziplin ist das A und O.“²³

Die UID besteht laut den Erkenntnissen deutscher Sicherheitsbehörden aus fünfzehn Regionalverbänden und 120 Ortsvereinen. Der UID-Vorstand ist direkt an die Auslandsabteilung der AKP angeschlossen, die vom ehemaligen Innenminister Efan Ala geleitet wird. Vorstandschef der UID ist seit 2021 Köksal Kuş. Er ist in deutschen Sicherheitskreisen bereits seit den Neunzigerjahren als türkischer Rechtsextremist bekannt. Kuş war demnach mehrere Jahre aktives Mitglied in der ADÜTDF, die als Tochterorganisation der MHP zum

rechtsextremistischen Ülkücü-Spektrum, den *Grauen Wölfen*, zählt. Auf seiner privaten Facebookseite huldigte Kuş laut einer „Tagesschau“-Recherche immer wieder Vertretern aus dem neofaschistischen Spektrum, darunter Abdullah Çath, einem in den Siebzigerjahren führenden Paramilitär der *Grauen Wölfe*.²⁴ Noch heute umgibt sich Kuş immer wieder mit Vertretern des organisierten Rechtsextremismus wie dem Belgier Emin Karadeniz.²⁵ Dennoch gibt sich die Bundesregierung auf Anfragen hin – etwa seitens der Linken-Fraktion im März 2021 – regelmäßig ratlos, wenn es um Erkenntnisse über ultranationalistische Umtriebe innerhalb der UID geht. Informationen über Kuş’ rechtsextreme Bezüge kenne man nur aus der „Medienöffentlichkeit“, auf Fragen zum Einfluss der Ülkücü-Bewegung auf die UID könne man aus „Gründen des Staatswohls“ nicht offen antworten.²⁶ Vielleicht liegt es auch an dieser mangelnden Klarheit, dass die UID noch immer mit einigem Erfolg deutsche Politiker*innen, häufig mit türkischen Wurzeln, umwerben und mutmaßlich auch auf Linie bringen kann.

Ein Beispiel für mangelnde Distanz zu dem AKP-Lobbyverband ist der Bremer CDU-Abgeordnete Oğuzhan Yazıcı. Yazıcı unterhält seit Jahren enge Verbindungen zum Bremer UID-Verband. Vor einem Banner der UETD warb er in einem Video im Jahre 2015 auf Türkisch um Stimmen bei der Bürgerschaftswahl,²⁷ vier Jahre später nahm er erneut bei einer von der UID organisierten Kandidatenvorstellung teil.²⁸ Noch im November 2022 teilte er bei einer UID-Veranstaltung das Podium mit dem AKP-Abgeordneten Şeyhmuz Dincel und mit UID-Chef Kuş.²⁹ Yazıcı war es auch, den der MİT-Agent Fatih S. lobend in den für seine Führungsoffiziere gedachten handschriftlichen Aufzeichnungen erwähnte. Darin hieß es laut Urteilsbegründung, S. habe den Namen Yazıcı „permanent im Umkreis von Yüksel Koç“ gehört, auf den der

22 Das Programm der Veranstaltung liegt dem Autor vor.

23 Pfahler: Erdogans Trolle schwören sich auf den Wahlkampf in Deutschland ein.

24 Stichler, Christian (2021): Nun mit „Grauem Wolf“ an der Spitze, in: Tagesschau (online), 27.01.2021, <https://web.archive.org/web/20210203205635/https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/akp-graue-woelfe-koeln-101.html> (abgerufen am 31.05.2023).

25 GÜNDEM (2023): Emin Karadeniz: „Birlikteliğimiz pazara kadar değil, mezara kadardır“, 28.01.2023, in: GÜNDEM (online): <http://www.gundem.be/haberler/belcika/emin-karadeniz-birlikteligimiz-pazara-kadar-degil-mezara-kadardir/> (abgerufen am 17.07.2023).

26 Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE: Einfluss der Grauen Wölfe auf die türkische Regierungslobby UID, BT-Drucksache 19/26862, https://www.ulla-jelpke.de/wp-content/uploads/2021/03/KA-19_26862-1.pdf (abgerufen am 31.05.2023).

27 UETD Bremen (2015): CDU Bremen Milletvekili Sayın Dr. Oguzhan Yazici, in: YouTube, 15.03.2015, https://www.youtube.com/watch?v=qOxp_v0kgn8 (abgerufen am 18.07.2023).

28 UID Bremen (2019): Bremer Wahl – Kandidatenvorstellung, in: Facebook, <https://www.facebook.com/773584942721799/posts/2230173293729616/> (abgerufen am 18.07.2023).

29 POST AKTÜEL (2022): UID Bremen kültür şölenu büyük ilgi gördü, in: POST AKTÜEL (online), <https://www.postaktuel.com/uid-bremen-kultur-soleni-buyuk-ilgi-gordu/> (abgerufen am 24. Juli 2023).

Agent angesetzt war; Yazıcı mische sich „ständig in die Angelegenheiten“ ein – gemeint war wohl die Einmischung bezüglich der kurdischen Verbände YEK-KOM und KCD-E.³⁰ Tatsächlich hatte die CDU im Mai 2016 eine Kleine Anfrage an den Bremer Senat gestellt, um sich von der Landesregierung über die „Situation der PKK bzw. ihrer Ausführungsorgane in Bremen“ informieren zu lassen; in der Vorbemerkung der Anfrage erwähnte die Partei explizit Yüksel Koç.³¹

Auch zur SPD in Bremen pflegt die UID gute Verbindungen. Der Linken-Abgeordnete Cindi Tuncel berichtete im April 2019: „In Bremen war die UETD schon bei der letzten Bürgerschaftswahl sehr aktiv, hat zum Beispiel mit Abgeordneten der SPD und der CDU Videos gedreht, wo diese vor einem UETD-Logo auf Türkisch um Wählerstimmen geworben haben.“ Die offenkundige Nähe habe auch greifbare politische Folgen: „Anträge, die sich etwa kritisch mit der Politik Erdoğan's auseinandersetzen, werden in diesen Fraktionen auf einmal weichgespült“, kritisiert Tuncel. So schaffe es die UETD, direkten Einfluss im Sinne der AKP zu nehmen.³² Ein mutmaßliches Beispiel dafür ereignete sich 2016: Laut Medienberichten wurde damals ein Antrag, der die Reaktion der türkischen Regierung auf den Putschversuch im Sommer klar verurteilen sollte, durch Abgeordnete von SPD und Grünen abgeschwächt.³³

Die Strategie, mit der die AKP versucht, die deutsche Politik zu beeinflussen, hat sich über die Jahre immer wieder gewandelt. Mit dem *Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit* (BIG-Partei) und der *Allianz Deutscher Demokraten* (ADD) gründeten sich 2010 und 2016 zwei Parteien, die sich explizit an eine migrantische Wählerklientel

wendeten; Medien identifizierten sie allerdings schnell als Sammelbecken für Erdoğan-Sympathisant*innen.³⁴ Wahlerfolge blieben – von einigen Achtungserfolgen der BIG-Partei auf kommunaler Ebene abgesehen – aus. Trotzdem lohnt ein Blick besonders auf die ADD, um zu verstehen, welche verstörende Implikationen es hat, wenn AKP-Ideologie in den deutschen politischen Diskurs transportiert werden. Wie auch im Falle der BIG-Partei gehört zu den Mitgründer*innen der ADD ein ehemaliges UID-Mitglied – in diesem Fall Remzi Aru.³⁵ Erdoğan persönlich wünschte der Partei vor der Bundestagswahl 2017 „viel Glück“.³⁶ Der türkische Präsident warb bei türkischstämmigen Wähler*innen dafür, keine „türkeifeindlichen Parteien“ zu unterstützen und zur Not auch „kleine Parteien“ zu wählen.³⁷ Offiziell bezieht die ADD in ideologischer Hinsicht Position für die „gesellschaftliche Gleichberechtigung von Menschen mit Migrationshintergrund“ und „gegen deren kulturelle Assimilierung“.³⁸ Tatsächlich aber vertreten Funktionär*innen der Partei, vor allem der Parteivorsitzende Ramazan Akbas, in der Öffentlichkeit jüden- und kurdenfeindliche Positionen und polemisieren gegen die deutsche Mehrheitsgesellschaft. So heißt es etwa in einer internen Einschätzung der *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus* (RIAS) über Akbas:

„Im Zeitraum vom 29.11. bis 03.12.2018 verbreitete der Twitteraccount @RamazanAkbas³⁷ mehrere antisemitische Inhalte. In diesen wird eine jüdische Allmacht imaginiert: So dürfe man aufgrund der

30 HansOLG, Urteil vom 10.10.2017, 4 St 2/17.

31 Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 24. Mai 2016: Situation der PKK bzw. ihrer Ausführungsorgane in Bremen, BB Drucksache 19 / 665, <https://www.bremische-buergerschaft.de/dokumente/wp19/land/drucksache/D19L0665.pdf> (abgerufen am 31.05.2023).

32 Pfahler: „Das ist eine selbstzerstörerische Integrationspolitik“.

33 Ebd.

34 BuzzFeed.News (2017): Diese türkischen Parteien wollen für Erdogan Stimmen holen – und bekämpfen sich hart, in: BuzzFeed.News (online), 24.09.2017, <https://www.buzzfeed.de/recherchen/diese-tuerkischen-parteien-wollen-fuer-erdogan-stimmen-holen-und-bekaempfen-sich-hart-90134726.html> (abgerufen am 18.07.2023).

35 Topel, Hüseyin (2017): Erdogans Integrationsblocker, in: Correctiv (online), 05.01.2017, <https://correctiv.org/ruhr/2017/01/05/erdogans-integrationsblocker> (abgerufen am 31.05.2023).

36 YouTube-Video, am 08.09.2017 eingestellt von *AD-Demokraten*: Recep Tayyip Erdoğan, Alman Demokratlar Birliği, <https://www.youtube.com/watch?v=RgXCjCJ26A> (abgerufen am 18.07.2023).

37 YouTube-Video, am 21.08.2017 eingestellt von *AD-Demokraten*: Recep Tayyip Erdogan Wahlempfehlung - Bundestagswahlen 2017, <https://www.youtube.com/watch?v=IAIPFV1eT4> (abgerufen am 18.07.2023).

38 Fiegler, Juliane/Tasdemir, Ebru (2017): Keine Partei für „Haustürken“, taz.gazete (online), 30.08.2017, <https://gazete.taz.de/article/index.html%3Farticle=!5443813.html> (abgerufen am 31.05.2023).

Schoa in Deutschland das Judentum nicht ‚kritisieren‘. Dem Zentralrat der Juden wird Macht und Unversöhnlichkeit unterstellt. Die antisemitischen Verbrechen im Nationalsozialismus werden relativiert, indem sie mit dem Umgang der Bundesregierung mit der Organisation Ditib verglichen werden. Somit wird implizit das Ausmaß der Schoa bestritten. Es wird ein jüdisches Kollektiv imaginiert, das[] nicht Teil des türkischen Volkes sein kann – demzufolge darf sich Soros, als „#Jude“ markiert, nicht in der Türkei engagieren. Hierbei handelt es sich um eine antisemitische Fremdkonstruktion.“³⁹

Akbas' ultranationalistisches, imperialistisches und menschenfeindliches Weltbild ist in hunderten Tweets, Facebookposts und Videos dokumentiert. Dort erklärte Akbas etwa, „Europa sollte an uns Türken zurückgegeben werden, sonst machen wir es langsam von Innen“, kündigte an, Fotos kurdischer Demonstrierender in Hamburg „nach Ankara“ zu schicken, beklagte einen „verbalen Holocaust an Türken“ und einen „Völkermord der Juden an den Türken“ oder erklärte: „Ich bete heute für die Wiedervereinigung der Türkei mit Mosul.“ In einem live aus seinem Auto gestreamten Video rief Akbas: „Erdoğan ist der fairste, liberalste Mensch dieser Welt und bekämpft nur terroristische Zellen der PKK.“⁴⁰

Die ADD konnte nie in der Breite Wähler*innen mobilisieren, wohl auch aufgrund dieses offenkundigen Fanatismus und einer mangelnden Professionalität. Sie versäumte es zudem mehrfach, beim Bundeswahlleiter

Rechenschaftsberichte abzugeben, und schon 2021 trat sie nicht mehr zur Bundestagswahl an. Das gescheiterte Experiment sorgte dafür, dass sich die UID fortan wieder darauf zurückbesann, AKP-freundliche Politiker*innen in den etablierten Parteien zu unterstützen. Enge Verbindungen zwischen türkischen Ultranationalist*innen und der CDU bestehen seit den Siebzigerjahren,⁴¹ später wurde auch die SPD zu einer Heimat für nationalistische Türk*innen.⁴² Mit der *Union der Vielfalt* (2015-2016) und der im Jahre 2017 gegründeten Gruppe *Muslimen in der Union* starteten türkische Nationalist*innen und AKP-nahe Kreise einen neuen Versuch, Strukturen innerhalb der Union zu etablieren. Parteiintern sorgte vor allem erstere Gruppierung für Verstimmungen. In einer innerhalb der CDU kursierenden Broschüre warnten die Verfasser*innen davor, dass türkische „Lobbyorganisationen“ wie die UETD, MÜSIAD und die IGMG die Gruppierung als Einfallstor nutzen würden. „Tragende Mitglieder“ der *Union der Vielfalt* und damit der türkisch-nationalistischen Unterwanderungsversuche seien unter anderem die heutige Bundestagsabgeordnete Serap Güler und die ehemalige integrationspolitische Sprecherin Cemile Giousouf.⁴³

Hinter den mittlerweile ebenfalls gescheiterten *Muslimen in der Union* steckte neben dem Gründer Cihan Süğür vor allem eine Ankerfigur der türkischen Rechten in Deutschland: Mehmet Alparslan Çelebi. Diesen beschrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Februar 2017 als „einflussreichen Freund“ des damals erst 26-jährigen Süğür,⁴⁴ Weggefährten bezeichnen ihn als Strippenzieher und Netzwerker. Mehmet Alparslan Çelebi ist der Sohn des ATİB-Gründers Musa Serdar Çelebi, der einst wegen des Verdachts auf Mitwirkung an dem Attentat auf Papst Johannes Paul, das der türkische Rechtsextremist Mehmet Ali Ağca 1981

39 Bericht liegt dem Autor vor.

40 Belege liegen dem Autor vor.

41 Föderation der Arbeitervereine der Türkei (FİDEF) (1981): Graue Wölfe der MHP in der Bundesrepublik, (Türkei Informationen: Sonderheft Juni/Juli 1981).

42 Goerres, Achim (2017): Wie wählten Deutsche mit Migrationshintergrund? Ergebnisse der ersten Migrantenwahlstudie zur Bundestagswahl 2017 (Vortrag), in: Universität Duisburg Essen (online: Videomitschnitt und Präsentationsfolien): <https://www.uni-due.de/kleine-form/goerres> (abgerufen am 31.05.2023).

43 O. A. (o. J.): Einfluss türkisch-islamischer Lobby-Organisationen auf die Politik der deutschen Parteien, in: DOCPLAYER (online: Präsentation), <https://docplayer.org/37847013-Einfluss-tuerkisch-islamischer-lobby-organisationen-auf-die-politik-der-deutschen-parteien.html> (abgerufen am 17.07.2023).

44 Rosenfelder, Lydia (2017): Politischer Islam mit Machtanspruch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (online), 15.02.2017, https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/muslimen-in-der-union-polarisieren-14873404.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (abgerufen am 31.05.2023).

verübt hatte, in Untersuchungshaft saß.⁴⁵ Die von Çelebi gegründete ATİB (*Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa*) charakterisiert das Bundesamt für Verfassungsschutz als Abspaltung der MHP-Tochter ADÜTDF. Im Vergleich zu ihr stehe die ATİB mit ihren derzeit etwa 1200 Mitgliedern für einen stärker islamisch orientierten Teil der rechtsextremistischen Ülkücü-Bewegung.⁴⁶ Laut Selbstdarstellung will sie die „Schaffung von islamischen Institutionen in westeuropäischen Ländern, die wir brauchen, um unseren Glauben zu schützen und zu bewahren“ vorantreiben und die „türkische Kultur in Westeuropa schützen und entwickeln“.⁴⁷ Die ATİB entfalte dabei eine desintegrative Wirkung und fördere einen türkischen Nationalismus mit rechtsextremistischen Einflüssen, der von einem extremen Freund-Feind-Denken geprägt sei, heißt es dazu im Verfassungsschutzbericht.⁴⁸

Laut Erkenntnissen aus Sicherheitskreisen ist die Organisation in den vergangenen Jahren zunehmend an die AKP herangerückt, was durch Dutzende Treffen und Fototermine zwischen ATİB-Funktionär*innen und AKP-Parteirepräsentant*innen dokumentiert ist. Innerhalb des deutschen Diskurses präsentiere sich die ATİB geschickter als andere Gruppierungen, die den *Grauen Wölfen* nahestehen; das Extremismuslabel weise sie von sich. So klage die ATİB zum Beispiel gegen die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht. Gründer-Sohn Mehmet Alparslan Çelebi, der im Vorstand der ATİB sitzt, ist bemüht, dem Verband ein bürgerliches Image zu verpassen. Dazu passt, dass Çelebi über den *Zentralrat der Muslime (ZdM)*, dessen größtes

und wichtigstes Mitglied die ATİB ist und dem er in der Vergangenheit stellvertretend vorsah, immer wieder Einfluss auf die deutsche Islamdebatte nimmt; der ZdM gehört schließlich seit Jahren zu den wichtigsten muslimischen Dialogpartnern der Bundesregierung.⁴⁹ Die völkerrechtswidrige türkische Militäroffensive im Norden Syriens kommentierte Çelebi im Oktober 2019 mit den Worten: „Möge Allah sie segnen und sie mit seiner unsichtbaren Armee unterstützen.“⁵⁰ Und nach dem verheerenden Erdbeben im Südosten der Türkei im Februar 2023 beteiligte er sich – ebenso wie der AKP-Kader Metin Külünk – an einer Desinformationskampagne, die den USA eine Mitschuld an der Naturkatastrophe gab.⁵¹ Der Journalist Abdullah Bozkurt, der der Gülen-Bewegung nahesteht, vertritt die These, dass diese Verschwörungstheorie Teil der psychologischen Kriegsführung des türkischen Geheimdienstes MİT war. Verbreitet wurde sie demnach durch bekannte Persönlichkeiten wie den einflussreichen antiwestlichen Politiker Doğu Perinçek und die private regierungsnahe Miliz SADAT.⁵²

Weniger verdeckt verbreitet die ADÜTDF rechtsextreme Narrative. Die Mitgliederzahl des MHP-Ablegers beziffert der Verfassungsschutz auf 7000, die Hamburger Sicherheitsbehörden gehen sogar von 10 000 Anhänger*innen und Unterstützer*innen aus.⁵³ Rund 160 lokale Vereine gehören ihr an. Der Verfassungsschutz charakterisiert sie als „Urgorganisation“ der antisemitischen und rassistischen Ülkücü-Bewegung. Im Bericht 2021 heißt es:

45 Sendker, Marion/Panning, Jonas (2021): Der Traum vom großtürkischen Reich, in: Deutschlandfunk (online), 18.02.2021, <https://www.deutschlandfunk.de/graue-woelfe-in-deutschland-der-traum-vom-grosstuerkischen-100.html> (abgerufen am 31.05.2023).

46 Verfassungsschutzbericht 2021.

47 Internetseite von ATİB, <https://atib.org/hakkimizda/>, (abgerufen am 1. November 2023).

48 Verfassungsschutzbericht 2021.

49 Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) (o. J.): Lebenslauf Mehmet Çelebi. In: ZMD (online), <https://zentralrat.de/27526> (abgerufen am 31.05.2023).

50 Schindler, Frederik (2019): „Allah, führe unsere glorreiche Armee zum Sieg!“, in: WELT (online), 14.10.2019, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article201888152/Moscheen-fuer-Tuerkei-Allah-fuehre-unsere-Armee-zum-Sieg.html> (abgerufen am 18.07.2023).

51 Der Journalist Eren Güvercin hat dies auf Twitter dokumentiert: <https://twitter.com/erenguevercin/status/1624333464265687043> (abgerufen am 31.05.2023).

52 Bozkurt, Abdullah (2023): Turkish intelligence agency MIT executed PSYOP to save Erdoğan's battered image after quake, in: Nordic Monitor (online), 15.02.2023, <https://nordicmonitor.com/2023/02/turkish-intelligence-mit-executed-psyops-to-save-erdogans-battered-image-after-quake/> (abgerufen am 31.05.2023); Bozkurt, Abdullah (2023): Erdoğan's paramilitary unit SADAT peddles conspiracies amid quake NATO expansion, in: Nordic Monitor (online), 23.02.2023, <https://nordicmonitor.com/2023/02/erdogans-paramilitary-unit-sadat-peddles-conspiracies-amid-quake-nato-expansion/> (abgerufen am 31.05.2023).

53 Behörde für Inneres und Sport Hamburg (o. J.): ADÜTDF/Türkische Nationalisten, in: hamburg.de (online), <https://www.hamburg.de/innenbehoerde/auslandsbezogener-extremismus/16799788/aduutf-tuerkische-nationalisten/> (abgerufen am 31.05.2023).

„Zu den Feindbildern der ADÜTDF gehören neben der PKK und allgemein den Kurden unter anderem auch Juden und Armenier. Am 11. Mai 2021 postete ein hoher ADÜTDF-Funktionär auf seiner Facebook-Seite sinngemäß: ‚Möge Gottes Zorn über euch und eure Unterstützer sein, Israel.‘“⁵⁴

Neben der dritten großen *Graue-Wölfe*-Organisation, der *Föderation der Weltordnung in Europa* (ANF) mit weiteren 1200 Mitgliedern, beobachten die Sicherheitsbehörde auch eine freie, also lose oder nicht organisierte *Ülkücü*-Szene. Der Verfassungsschutz schätzt den Personenkreis auf rund 2000 Menschen; angesichts des immer wieder sichtbaren Mobilisierungspotenzials der Szene – etwa bei Auftritten prominenter türkischer Politiker*innen in der Bundesrepublik – und der in sozialen Medien massenhaft präsentierten Symbole der *Grauen Wölfe* scheint diese Schätzung allerdings extrem konservativ zu sein. (Zu den *Grauen Wölfen* siehe v. a. auch Akbulut, Ermagan und Pontosgriechische Jugend in Europa, Text II.)

Das mutmaßliche Unterschätzen des Phänomens durch die Sicherheitsbehörden geht mit einer offenkundigen Ignoranz in Politik und Verwaltungskreisen einher. Ein Beispiel von vielen: Im Jahre 2022 verlieh die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker mit Canan Durna einer ausgewiesenen Rechtsextremistin den mit 1000 Euro dotierten „Miteinander-Preis für Demokratie und Vielfalt“ der Stadt für ihr Engagement für Obdachlose. Zuletzt hatte Durna, die sich auf ihrem Facebookprofil regelmäßig mit Symbolen der *Grauen Wölfen* zeigt, die dem neofaschistischen MHP-Gründer Alparslan Türkeş

huldigt und die als Mitglied der bereits erwähnten ADD in der Vergangenheit an israelfeindlichen Demonstrationen teilgenommen hatte, die Hilfsorganisation *Merhaba und Mahlzeit* mitinitiiert.⁵⁵ Vorstandsvorsitzender der Organisation: Tolga Özgül. Dieser ist seit Jahren einer der lautstärksten Sprachrohre der Erdoğan-Regierung in Deutschland und hat in der Vergangenheit an Veranstaltungen teilgenommen, auf denen der Völkermord an den Armenier*innen geleugnet wurde. In einem Video, das Özgül bei Facebook und Youtube hochlud, behauptet der Sprecher, Russland, Großbritannien und Frankreich hätten zu Beginn des 20. Jahrhunderts versucht, das Osmanische Reich zu „zerstückeln“, zu diesem Zweck hätten sie armenische Organisationen angeworben; die Armenier seien der osmanischen Armee „in den Rücken gefallen“, die „Bestrebungen endeten in einer großen Tragödie“. Keine Rede ist von den Massakern, den Todesmärschen oder der *jungtürkischen* Vorstellung eines ethnisch homogenen Staates.⁵⁶ Im Frühjahr 2018 warb Özgül zusammen mit dem ehemaligen ADD-Mitglied und Videoblogger Bilgili Üretmen für die völkerrechtswidrige türkische Militäroffensive im Norden Syriens. Özgül lässt sich immer wieder mit Bundespolitiker*innen ablichten, Bürgermeisterin Reker verlieh ihm mehrfach Urkunden für sein zivilgesellschaftliches Engagement.

Eine klarere Haltung entwickelten deutsche Politiker*innen zur rockerähnlichen Gruppierung *Osmanen Germania*. Im Juli 2018 verfügte das Bundesinnenministerium ein Verbot gegen die Organisation, die im Jahre 2015 vom vorbestraften ehemaligen Profikickboxer Mehmet Bağcı gegründet worden war.⁵⁷ Die *Osmanen* bauten ihre Strukturen, bundesweit 31 Chapter mit jungen kampfsportaffinen Rekruten, zu einer Zeit auf, als in der Türkei Wahlkampf herrschte und Erdoğan um eine Verfassungsänderung zur Einführung eines Präsidialsystems kämpfte. Die Gruppierung stand bald darauf im Verdacht, Druck auf Kritiker*innen der Erdoğan-Regierung in Deutschland auszuüben.⁵⁸ Für Aufsehen

54 Verfassungsschutzbericht 2021.

55 Pfahler, Lennart (2023): Wenn die Graue Wölfin einen Demokratiepreis gewinnt, in: WELT (online), 22.02.2023, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus243885775/Koeln-Obdachlosenhilfe-bezieht-Stellung-zu-Rechtsextremismusvorwurf.html> (abgerufen am 31.05.2023).

56 O. A. (2018): Die Tragödie von 1915 – Der armenische Traum, in: Facebook (Video), am 01.04.2018 eingestellt von Tolga Özgül, <https://www.facebook.com/oezgueltolga/videos/951565351676850> (abgerufen am 31.05.2023).

57 LG Stuttgart, Urteil vom 11.03.2019, 3 KLS 201 Js 117340/16 jug.

58 Pfahler, Lennart (2019): Seinen Porsche fuhr der „Osmane“ unter das Heck des Regierungsfliegers, in: WELT (online), 06.08.2019, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus198045325/Osmanen-Germania-Der-Rocker-mit-dem-Kontakt-zu-Erdogans-Ministern.html?> (abgerufen am 17.07.2023).

sorgten Medienberichte über ein Telefonat zwischen Erdoğan und Metin Külünk, abgehört am 1. Juni 2016 durch das Polizeipräsidium Südosthessen. Külünk berichtete dem Präsidenten darin von einer Demonstration gegen die Armenienresolution des Bundestages, die er in Berlin zusammen mit den *Osmanen* organisiert hatte. Beamt*innen notierten später, diese seien der „Schlägertrupp“ des türkischen Staates. In einem anderen abgehörten Telefonat sprachen *Osmanen*-Boss Bağcı und ein UETD-Vertreter über die Ausforschung des Satirikers Jan Böhmermann. Dieser hatte zuvor ein Schmähedicht über Erdoğan veröffentlicht. Der UETD-Mann sprach in dem besagten Telefonat von einem „Auftrag“ an die Rockergruppe.⁵⁹ Führende Mitglieder der Gruppierung wurden im Januar 2019 wegen gefährlicher Körperverletzung und räuberischer Erpressung zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Neben zahlreichen Gewaltdelikten und für das Milieu der Organisierten Kriminalität üblichen Revierkämpfen fielen die *Osmanen* insbesondere durch ihre chauvinistisch-rassistische Ideologie auf. So wurden mehrere ihrer Opfer gezwungen, auf eine kurdische Flagge zu urinieren und zu erbrechen.⁶⁰

Weniger bekannt als die Verbindungen der *Osmanen Germania* zur UETD, für die die Rocker bei Veranstaltungen den Saalschutz organisierten, und zu Erdoğan's langjährigem Europa-Verbindungsmann Külünk ist der direkte Draht der Gruppierung zum türkischen Außenministerium und mutmaßlich auch zum türkischen Geheimdienst MİT. So unterhielt der mittlerweile bei einem Autounfall verstorbenen Solinger Taner Ay, der auf Fotos aus dem Jahre 2016 als sogenannter Vice-Präsident eines *Osmanen-Germania*-Chapters erkennbar ist, enge Kontakte zum ehemaligen türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu. Ay bekam zwischen dem 16. und 18. Februar 2017 sogar Zugang zur G-20-Außenministerkonferenz in Bonn – mutmaßlich als Mitglied der Entourage der türkischen Regierung. Fotos zeigen, dass Ay ein portables Blaulicht auf seinen Porsche Panamera montiert hatte und damit auf dem Düsseldorfer Flughafen bis an die türkische Regierungsmaschine heranfuhr. Ein anderes Foto zeigt Ay neben dem ehemaligen MİT-Chef

Hakan Fidan. Der Schnapsschuss entstand auf der Hochzeit eines AKP-Politikers in Istanbul im Sommer 2019.⁶¹

Inwieweit das Foto als Beweis einer engeren Anbindung der 2019 bereits aufgelösten *Osmanen Germania* an den MİT taugt, ist fraglich. In abgehörten Telefonaufnahmen brüsteten sich Vertreter der rockerähnlichen Gruppierung jedenfalls mit Kontakten zum Geheimdienst.⁶² Mitunter ist allerdings schwer zu unterscheiden, wer im offiziellen Auftrag des türkischen Geheimdiensts handelt und wer eine Legende vermeintlicher MİT-Kontakte entwirft, um das eigene soziale Prestige im Umfeld der türkischen Rechten zu erhöhen. Beispielhaft ist die Festnahme von Ali D. in einem Düsseldorfer Hotel im September 2021. Polizist*innen fanden bei D. eine Schreckschusswaffe, scharfe Munition und eine mutmaßliche Liste von Zielpersonen. Anfangs hielten Ermittler*innen den Vierzigjährigen für einen MİT-Agenten. Auch in seinem eigenen Umfeld hatte D. mit seiner angeblichen Tätigkeit für den MİT geprahlt. Rekrutiert wurde D. allerdings von der Gendarmerie der Türkei, einer allgemeinen Strafverfolgungsbehörde mit nachrichtendienstlichen Kompetenzen. D. sammelte für die Behörde Informationen über Gülen-Anhänger, blieb aber weitgehend wirkungslos. Am 14. Juli 2022 wurde er zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt.⁶³

59 Diehl, Jörg/Siemens, Ansgar (2018): Die Rocker und der Staatschef, in: DER SPIEGEL, 13/2018, S. 52-53.

60 LG Stuttgart, Urteil vom 11.03.2019, 3 KLS 201 Js 117340/16 jug.

61 Pfahler: Seinen Porsche fuhr der „Osmane“ unter das Heck des Regierungsflugers.

62 Diehl/Siemens: Die Rocker und der Staatschef.

63 OLG Düsseldorf, Urteil vom 22.07.2022, III-7 StS 3/19.

Wir sind nicht alle gleich

Antikurdischer Rassismus, deutsch-türkische Beziehungen und die Grenzen des deutschen Antirassismus

Dastan Jasim

Der Krieg vor der Haustür

Es ist August 2014, als der sogenannte *Islamische Staat* (IS) mit unvorstellbarer Geschwindigkeit Kilometer um Kilometer Land in Syrien und dem Irak gewinnt. Viele Menschen sitzen gebannt vor ihren Fernsehern und können nicht glauben, was geschieht. Das gewonnene Gebiet erstreckt sich vor allem über die Grenzgebiete dessen, was Kurd*innen „Westkurdistan“ und „Südkurdistan“ nennen, diejenigen kurdischen Siedlungsgebiete, die vom Irak und von Syrien besetzt sind. Einige erahnen aus den Jahren des islamistischen Terrors im Irak, was bevorsteht, doch viele sind schockiert, als sie dabei zusehen müssen, wie sich nicht weniger als einer der größten kontemporären Genozide ereignet: der an den Ezid*innen¹ im Nordwesten des Irak. Tausende schließen sich dem Kampf gegen den IS an, Kurd*innen aus allen Teilen Kurdistans sowie aus der Türkei, dem Iran und der europäischen Diaspora nehmen die Reise in die Kriegsgebiete auf sich, um Land gegen die Terrororganisation zu verteidigen. In den nächsten Jahren werden sie sich als effektivste Bodenkraft im Kampf gegen den IS erweisen.

Dieser Krieg spielt sich mitnichten nur auf irakischem und syrischem Boden ab. Denn auch Tausende IS-Kämpfer*innen aus Europa, teilweise aus denselben Städten, denselben Communitys, manchmal sogar denselben Schulklassen wie die Angehörigen der traumatisierten kurdischen und ezidischen Diaspora, schaffen es, vor allem über die Türkei, in das selbst ernannte Kalifat des IS einzureisen. Darüber hinaus fängt der Krieg meistens auch nicht erst dort an: Es sind islamistische Organisationen hier in Deutschland, die offen zum Krieg gegen „Abtrünnige“, vor allem gegen all diejenigen, die eine andere Religion oder eine andere religiöse Vorstellung haben als der IS, aufrufen. - Ein Umstand, der sich in Deutschland für viele Kurd*innen und Ezid*innen sofort bemerkbar macht, die hier lautstark zum Protest gegen die Terrororganisation und sie unterstützende¹ Länder wie die Türkei aufrufen und in Konflikt mit denjenigen geraten, die den islamistischen und auch türkischen Krieg in Kurdistan befürworten².

Es entfaltet sich also ein Kampf in der migrantischen Community, der kaum deutlicher machen könnte, dass die politischen Hintergründe der eigenen Migrationsgeschichte nicht nur enorm wichtig sind, sondern in

1 Es ist vielfach dokumentiert, wie die Türkei den IS unterstützte: Das Land war Haupt-Transitland für den IS, siehe: Karakaş, Burcu (2019): Will Turkey again become an IS transit country?, in: Deutsche Welle (online), 21.02.2019, <https://www.dw.com/en/leaving-syria-many-islamic-state-members-to-transit-turkey/a-47623491> (abgerufen am 26.06.2023); die Türkei agierte zurückhaltend bis unterstützend gegenüber dem IS, siehe: Tol, Gönül (2014): Turkey: A Reluctant Partner in the Fight against the Islamic State, in: Middle East Institute (online), 15.09.2014, <https://www.mei.edu/publications/turkey-reluctant-partner-fight-against-islamic-state> (abgerufen am 26.06.2023); die Türkei unterstützte und unterstützt bis heute islamistische Gruppen in Syrien, die vielfach Überschneidungen mit dem IS haben, siehe: Küper-Büsch, Sabine (2022): Einkaufen für den Terror, in: jungle.world (online), 24.02.2022, <https://jungle.world/artikel/2022/08/einkaufen-fuer-den-terror> (abgerufen am 26.06.2023).

2 So griffen 2014 Islamist*innen Ezid*innen in der von vielen Ezid*innen bewohnten Stadt Herford an, was medial als importierter Konflikt interpretiert wurde, siehe: Burger, Reiner (2014): Glaubenskrieg erreicht Deutschland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (online), 07.08.2014, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nahe-osten/auseinandersetzung-in-herford-glaubenskrieg-erreicht-deutschland-13085857.html> (abgerufen am 26.06.2023). Ebenfalls 2014 marschierten gewaltbereite IS-Unterstützer*innen am Hamburger Steindamm, wogegen sich Kurd*innen zur Wehr setzten, siehe: Knaack, Benjamin (2014): Die Chaos-Nacht von St. Georg, in: SPIEGEL ONLINE, 08.10.2014, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/hamburger-steindamm-randale-zwischen-kurden-und-salafisten-a-996055.html> (abgerufen am 12.07.2023). 2015 verteidigten Kurd*innen sich gegen den bekannten islamistischen Aktivisten Abou-Nagie, der die Koranverteilungskampagne „Lies“ voranbrachte, den IS verharmloste und gar unterstützte und aus dessen Reihen viele für den IS rekrutiert wurden, siehe: Hämmelmann, Christoph (2017): Mannheim: Prügel für Islamisten – Freispruch bleibt bestehen, in: Die Rheinpfalz (online), 26.06.2017 https://www.rheinpfalz.de/pfalz_artikel,-mannheim-pr%C3%BCgel-f%C3%BCr-islamisten-freispruch-bleibt-bestehen-_arid,918969.html (abgerufen am 26.06.2023).

einer globalisierten Welt auch nicht an Staatsgrenzen Halt machen. Dennoch titulieren deutsche Medien, die hellhörig werden, wenn islamistische Gefährder*innen ihr Unwesen treiben oder hier Straftaten begehen, dass es sich um „importierte Konflikte“ handle.³ Protest und ganz direkter Widerstand gegen Menschen, die zu Genozid und Auslöschung von Volksgruppen aufrufen, werden darin als Symbol mangelnder Integration⁴ interpretiert, und der Einsatz gegen religiösen Fundamentalismus – den sich westliche Länder selbst auf die Fahne geschrieben haben – dient als Beweis dafür, dass migrantische Personen hier in Deutschland nicht richtig angekommen seien. Wer wirklich integriert ist, wer wirklich hier ist, der demonstriert nicht, so lautet offenbar die Devise von Leitmedien und bürgerlichem Mainstream. Und so wird vielen, die in diese Auseinandersetzungen involviert sind, zugerufen, sie sollten doch in ihre Heimat gehen und dort kämpfen. Als wären die Anschläge nur in Rakka, Shengal oder Mosul geschehen, als hätte es kein Berlin, kein Paris, kein Nizza gegeben. Gleichzeitig sehen sich diejenigen, die in Deutschland durch islamistische, türkisch-rechte, iranisch-rechte oder panarabistische Menschen angegriffen werden, einem antirassistischen Diskurs gegenüber, der beteuert, dass alle von Rassismus Betroffenen einfach nur zusammenhalten müssten, damit in einer gemeinsamen Einheitsfront⁵ der deutsche Rassismus besiegt werde – als wären alle anderen Rassismen sekundär.

Geht man nun aber einen analytischen Schritt weiter, muss dieses Bekenntnis zur Depolitisierung kurdischer Migrant*innen in Deutschland bzw. die Forderung danach als Fortführung einer spezifisch deutschen Politik gegenüber dieser Community verstanden werden; dann zeigt sich nämlich ganz deutlich, dass der politische Hintergrund der Migrationsgeschichte dieser Gruppe eng mit der außenpolitischen Geschichte Deutschlands zusammenhängt. Der Krieg gegen den IS bedeutete, so sehr er ein einschneidendes traumatisches Erlebnis in der kurdischen und ezidischen Community war, auch ein historisch mobilisierendes Momentum⁶ für ebendiese Gruppen, die nämlich nun so deutlich wie nie zuvor gesehen haben, wer sie angreift, wer den Angreifenden hilft und wer dem Geschehen tatenlos zusieht.⁷ Diese starke kurdisch-ezidische Mobilisierung war nicht nur eine Gefahr für den IS, sondern auch und besonders für die Türkei, die seit Jahren einen eigenen blutigen und transnationalen Krieg gegen Kurd*innen führt – und dies nahtlos auch in der schätzungsweise⁸ größten kurdischen und türkischen Diaspora, nämlich der in Deutschland, tut. Dass das möglich war und ist, hat viel mit der Geschichte der deutsch-türkischen Beziehungen zu tun, und die Ausformung der Diskriminierung und Kriminalisierung von Kurd*innen in Deutschland hängt direkt damit zusammen. Ich werde darauf zurückkommen.

-
- 3 Beispiele für eine solche Berichterstattung sind: Sanches, Miguel (2018): Der importierte Konflikt zwischen Kurden und Türken, in: WAZ (online), 20.03.2018 <https://www.waz.de/politik/der-importierte-konflikt-zwischen-kurden-und-tuerken-id213769729.html> (abgerufen am 26.06.2023); Bardeleben, Betania (2022): Import von Konflikten, in: taz (online), 24.05.2022, <https://taz.de/Die-PKK-und-die-Grauen-Woelfe/!5856276/> (abgerufen am 26.06.2023); Şenyurt, Ahmet (2016) „Die Lage spitzt sich zu“, in: tagesschau (online: Interview), 06.11.2016, <https://www.tagesschau.de/inland/tuerkei-deutschland-kurden-101.html> (abgerufen am 26.06.2023).
- 4 Siehe dazu meinen Artikel im Kontext des Afrin-Krieges: Jasim, Dastan (2019): Protest ohne Alternative, in: nd (online), 18.10.2019, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1127368.kurden-protest-ohne-alternative.html> (abgerufen am 26.06.2023).
- 5 Ein Beispiel ist Daniel Bax: Nicht nur wollte er in der kurdischen Mobilisierung in Deutschland ein Momentum deutscher Toleranz für die PKK gesehen haben. Zudem setzte er die politische Mobilisierungsfreiheit von Kurd*innen mit der Mobilisierungsfreiheit türkischer Rechter, in diesem Fall Erdoğan-Unterstützer*innen, gleich. Siehe: Bax, Daniel (2016): Mustergültige Gelassenheit, in: taz (online), 04.09.2016, <https://taz.de/Kommentar-Kurden-Demo-in-Koeln/!5333209/> (abgerufen am 26.06.2023).
- 6 Zum mobilisierenden pankurdischen Momentum des Krieges gegen den IS vgl.: Çiçek, Cuma (2015): HDP: focus of left-wing opposition beyond pro-Kurdish mobilization, in: openDemocracy (online), 15.06.2015, <https://www.opendemocracy.net/en/hdp-focus-of-leftwing-opposition-beyond-prokurdish-mobilization/> (abgerufen am 26.06.2023).
- 7 Ein besonders gravierendes Beispiel war für viele Kurd*innen die Besetzung der nordsyrischen kurdischen Stadt Kobanê im Herbst 2014 durch den IS. Die innerkurdisch direkt an der türkischen Grenze liegende Stadt wurde fast komplett vom IS eingenommen, flüchtende Zivilist*innen durften nicht in kurdische Gebiete auf der anderen Seite der Grenze fliehen. Siehe: Phillips, David L. (2015): Kobani Crossroads, in: Huffpost (online), 20.11.2014, https://www.huffpost.com/entry/kobani-crossroads_b_6194334 (abgerufen am 26.06.2023).
- 8 Nur deshalb „schätzungsweise“, da Kurd*innen in Deutschland formell nicht statistisch erfasst werden.

Ich bin nicht von hier.

Fangt an zu fragen!

Schon lange dominiert im antirassistischen Diskurs in Deutschland die Auffassung, dass Rassismus überwunden sei, wenn Menschen mit Migrationshintergrund nicht mehr nach ihrer Herkunft gefragt würden. Die unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung Ferda Ataman und ihr 2019 erschienenes Buch „Ich bin von hier. Hört auf zu fragen!“⁹ stehen fast schon repräsentativ für diese Auffassung, und in der Tat ist es für viele Menschen in Deutschland so, dass sie persönlich das Thema Diskriminierung und Rassismus ad acta legen könnten, würden sie als Deutsche wahrgenommen. An Migrations- und Einwanderungsdebatten aus Nordamerika angelehnt, geht es bei dieser Utopie darum, einen gesellschaftlichen *melting pot* zu schaffen, in dem letztlich unwichtig ist, wo man herkommt. Auf den ersten Blick ist sie durchaus verführerisch, und final ist es das erklärte Ziel aller antirassistischen Bewegungen, dass alle Gesellschaftsgruppen als gleichwertig anerkannt werden und von rassistischen Stereotypen befreit leben können. Zudem unterscheiden sich die Migrationsgeschichten der verschiedenen Gruppen dermaßen stark, dass es für viele „genug“ wäre, einfach nicht als fremd wahrgenommen zu werden; das als ultimatives Ziel zu haben, ist vollkommen valide.

Die Frage ist nur, ob dieses erklärte Ziel der Gleichheit (und eben nicht nur der Gleichberechtigung) wirklich sinnvoll ist, ob es dem Ziel, Rassismus zu überwinden, zuträglich ist und ob die dabei unausgesprochen vorausgesetzte Gleichheit unter den von Rassismus Betroffenen überhaupt existiert. Um den grundsätzlichen Mechanismus zu verstehen, können wir uns die Frage der Frauenquote oder des Genderns anschauen: Gegner*innen monieren oftmals, dass dadurch Unterschiede oder gar neue Formen der Diskriminierung erschaffen und dass am Ende Männer unterdrückt würden. Dabei geht es darum, realistisch mit existierenden Ungleichheiten umzugehen und Mechanismen

zu finden, um diese schrittweise abzubauen. Die Gegner*innen aber verwechseln das Thematisieren von Ungleichheit mit der Ungleichheit selbst bzw. der Schaffung von Ungleichheit. Überraschend ist nun, dass in vielen antirassistischen Diskursen genau das – die Notwendigkeit, Ungleichheiten zu adressieren – nicht aufgegriffen wird, wenn es um Unterschiede untereinander geht. Wie aber soll man über die Diskriminierung von Personen mit Migrationshintergrund und Personen of Color reden, wie soll man sie bekämpfen, wenn man über Unterschiede zwischen ihnen nicht redet? Zur Realität gehört nun mal, dass Menschen aus vollkommen unterschiedlichen Kontexten nach Deutschland gekommen sind: als Gastarbeiter*in oder als Genozidüberlebende*r – das macht einen Unterschied. Diesen Umstand zu ignorieren oder zu depolitisieren, hilft bei der Analyse nicht weiter.

Einer, der die Depolitisierung und Vereinheitlichung antirassistischer Diskurse in diesem Sinne früh ablehnte, ist Eike Geisel.¹⁰ Geisel setzte sich mit jüdischem Leben und deutscher Aufarbeitungspolitik nach dem Ende des Nationalsozialismus auseinander und stellte sich vehement gegen das, was Klaus Bachmann im Kontext deutsch-polnischer Beziehungen „Verbrüderungskitsch“¹¹ nannte. Ein Antirassismus, der von vornherein auf absolute Versöhnung, Vergebung und letztlich Gleichheit statt Gleichberechtigung pocht, lege mehr Wert auf das eigene Image als auf die Präferenzen und die teilweise irreparablen Traumata betroffener Gruppen¹². Fast ähnlich muss man den herrschenden deutschen Antirassismus dieser Tage betrachten, der nämlich die systematische Ausblendung des innermigrantischen Rassismus forciert. Denn, um auf den zuvor genannten Buchtitel zurückzukommen: Wo Kurd*innen, Ezid*innen, Alevit*innen, Armenier*innen, Assyrer*innen, Aramäer*innen und viele mehr herkommen, bestimmt durchaus ihre Realität in Deutschland, und für viele ist es ein inhärent antirassistischer Akt, diese Identität nicht aufzugeben, sondern sie verteidigen zu wollen, nicht zuletzt weil sie bis heute in real existierenden und transnationalen Kriegen unter Beschuss

9 Ataman, Ferda (2019): Ich bin von hier. Hört auf zu fragen!, Berlin.

10 Geisel, Eike (2015): Die Wiedergutwerdung der Deutschen. Essays und Polemiken, Berlin. Darin sind zentrale Texte dieser Debatte versammelt; u. a. wird gezeigt, wie sich deutsche Aufarbeitungspolitik vor allem an der eigenen Absolution orientiert und damit Kontinuitäten des Nationalsozialismus verbirgt, während die Aufarbeitung ihrerseits zu einem patriotischen bis nationalistischen Momentum wird.

11 Erstmals in: Bachmann, Klaus (1994): Die Versöhnung muß von Polen ausgehen, in: taz, 05.08.1994, Ausgabe 4383, S. 12, <https://taz.de/Die-Versöhnung-muss-von-Polen-ausgehen!/1549739/> (abgerufen am 12.07.2023).

12 Geisel: Die Wiedergutwerdung der Deutschen, S. 47 f.

steht. Für diese Realität ist jedoch in Deutschland oft kein Platz.

Dass Mevlüde Genç, Überlebende des Brandanschlags von Solingen, von Rassismus betroffen ist *und* den Preis einer türkischen Gruppe nicht akzeptierte, weil ein anderer Preisträger den Armeniergenozid anerkennt¹³, hat in diesem Antirassismus keinen Platz. Dass Rechtsanwält*innen, die Betroffene des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) juristisch vertreten, es aber für moralisch unbedenklich halten, IS-Mörder*innen zu verteidigen (während sie niemals ein Mandat für Neonazis aufnehmen würden), wird in diesem Antirassismus nicht thematisiert, geschweige denn skandalisiert. Dass kurz nach dem rassistischen Attentat von Hanau türkische Konsulate und türkische Staatsmedien alles dafür taten, um *ihre*, also türkeistämmige Opfer – egal ob kurdisch oder nicht – zu vereinnahmen, darf in diesem Antirassismus nicht angesprochen werden¹⁴. Pietätlos, spalterisch, hetzerisch – das sind die Attribute, mit denen diejenigen beworfen werden, die auf eine ungemütliche Realität aufmerksam machen: dass migrantische Menschen und Menschen of Color, deren Ziel Gleichberechtigung ist, untereinander nicht gleichberechtigt sind.

Hinter manchen migrantischen Communitys, etwa der türkischen, stehen große Länder und große religiöse Institutionen, sie haben Konsulate und Interessensvertretungen, sie haben ihre Füße auf dem diplomatischen Parkett, Einrichtungen, die sich für ihre Existenz, ihren muttersprachlichen Unterricht, ihre religiöse Pflichtausübung, ihre Geburten, ihre Beerdigungen, ihr ganzes Leben einsetzen.¹⁵ Sie sind gewiss von Rassismus in Deutschland betroffen. Aber sie haben im Vergleich zu anderen Betroffenen gewisse Privilegien, um dagegen vorzugehen. Für viele Kurd*innen oder beispielsweise Rom*nja und Sinti*zze ist derlei undenkbar. Zu ihrer Realität gehört, dass sie in Deutschland kulturell und ethnisch nicht oder kaum anerkannt und hier diskriminiert

werden, während sie von ihren Herkunftsländern nicht als gleichwertige Bürger*innen angesehen werden. Eine bulgarische, rumänische oder albanische Interessensvertretung wird sich angesichts der horrenden antiziganistischen Gewalt in diesen Ländern nicht um Antiziganismus in Deutschland kümmern, und genauso wenig schert sich ein irakisches, iranisches, syrisches oder türkisches Konsulat um die kulturelle Vertretung oder Verteidigung von Kurd*innen oder anderen Gruppen, gegen die das eigene Land Krieg führt.

Im kurdischen Fall kommt zum Fehlen einer staatlichen Präsenz und Repräsentation und der Verfolgung von Kurd*innen in ihren Herkunftsländern der Umstand hinzu, dass das Land, in das sie migriert sind, eine Außenpolitik fährt, die zum Krieg gegen sie beigetragen hat. Dieser Fall soll nun in einer kurzen historischen Abhandlung genauer angesehen werden. Dabei werden zwei Thesen untermauert. Zum einen zeigt sich, dass antikurdischer Rassismus sowohl historisch-politisch als auch tagesaktuell-politisch re-/konstruiert wird, auch in Deutschland; deshalb taugt der gegenwärtig dominierende Antirassismus, solange er dies nicht wahrnimmt, thematisiert und politisiert, nicht als politisches Handlungsfeld kurdischer Akteur*innen. Zum anderen steht Deutschland durch seine historische Partnerschaft mit der Türkei in einem ganz anderen Verhältnis zur türkischen Community als zur kurdischen, und sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart war und ist Deutschland an dem Konflikt und am Krieg gegen die Kurd*innen beteiligt. Der antirassistische politische (dabei: transnationale) Handlungsraum von Kurd*innen in Deutschland ist deshalb abgetrennt vom Handlungsraum hegemonialer und staatlich vertretener migrantischer Gruppen, und es ist für sie unmöglich, ihre spezifische Herkunfts- und Migrationsgeschichte im antirassistischen Kampf auszuklammern.

13 Mevlüde Genç sollte den Preis der TD-Plattform 2019 erhalten – und lehnte ihn ab, weil neben ihr auch der Komiker Fatih Çevikkollu den Preis bekommen sollte; dieser hatte zuvor Schlagzeilen gemacht, als er den Armeniergenozid anerkannte. Genç sagte wörtlich, dass sie nicht mit Feinden der Türkei auf einem Foto sein wolle. Siehe: DW (2019): Mevlüde Genç TD Platformu'nun ödülünü reddetti, in: Deutsche Welle (online), 29.01.2019, <https://www.dw.com/tr/mevl%C3%BCde-gen%C3%A7-td-platformunun-%C3%B6d%C3%BCl%C3%BCn%C3%BC-reddetti/a-47273474> (abgerufen am 26.06.2023).

14 Thematisiert haben dies u. a.: Othmann, Ronya/Sahin, Cemile (2020): Die Mutter aller Probleme, in: taz (online), 26.02.2020, <https://taz.de/Hanau-und-Rechtsextremismus/!5664458/> (abgerufen am 26.06.2023).

15 Über Dynamiken staatenloser Diasporas siehe: Baser, Bahar/Swain, Ashok (2010): Stateless Diaspora Groups and their Repertoires of Nationalist Activism in Host Countries, in: Journal of International Relations, Vol. 8, No. 1, S. 37-60.

Kurd*innen: Fremde in der Heimat, Fremde in Deutschland

Antikurdischer Rassismus ist eine historische Realität, die tief in der Geschichte des Mittleren Ostens verwurzelt ist und bis heute anhält. Die Entstehung dieses Rassismus liegt vor allem in der politischen Konstruktion der Nationalstaaten der Region, allen voran der Türkei und des Iran, später spielten panarabische Bewegungen eine bedeutende Rolle. Die Zwanzigerjahre, in denen diese Länder als unabhängige Staaten respektive Besatzungszonen kreiert wurden, waren von Genoziden gegen die kurdische Bevölkerung geprägt; Kurdischsein bedeutete von Anfang an, Angriffen und Genoziden ausgesetzt zu sein, denn die bloße Existenz der Kurd*innen stellte die Souveränität der umliegenden Staaten infrage. Die kurdische Bevölkerungsgruppe, die im Norden Mesopotamiens beheimatet ist, wehrte sich dagegen, keinen Nationalstaat und keine Anerkennung zu bekommen. Dagegen ging besonders rabiat die Türkei vor. Die Gründung der Republik Türkei 1923 als nationalistischer Einvolkerstaat ging einher mit der kategorischen Ablehnung jeglicher kurdischen Forderungen nach Anerkennung geschweige denn Unabhängigkeit: Kurd*innen existierten nicht, in der Türkei gebe es nur *ein Volk, eine Flagge, eine Nation*, und überhaupt seien distinkte kulturelle Eigenschaften der Kurd*innen lediglich eine Abwandlung des Türkischen. Daher beinhaltet Kurdischsein sowohl in der Heimatregion als auch in den Fluchtländern ganz maßgeblich, die eigene Existenz gegen diese ganz grundsätzliche Verleugnung zu verteidigen.

Gepaart war die fundamentale Ablehnung alles Nicht-Türkischen mit einem übergroßen türkischen Militär, das allerlei Befugnisse hatte und ab 1952 sogar ein NATO-Militär war. Auch im Iran wurden kurdische Unabhängigkeits- und Autonomiebestrebungen im Keim erstickt, kurdische Organisationen wurden kriminalisiert, und kurdisches kulturelles Leben wurde teils kriminalisiert, teils verhöhnt. Im Irak und in Syrien tat es sich ähnlich zu. Wenn es in der dortigen politischen Gemengelage gerade nützlich war, wurde eine minimale Anerkennung der Gruppe forciert – um sie sogleich wieder zurückzuziehen, wenn diese die politische Allmacht

von Despoten wie Saddam Hussein oder Hafis al-Assad infrage stellte. Rassismus gegen Kurd*innen hatte immer auch mit staatlichem Machterhalt zu tun, und der war, gerade im Kalten Krieg, sowohl dem Westen als auch dem Osten wichtig.

Aus diesem geopolitischen Ursprung heraus haben die Unterdrückung und Diskriminierung der Kurd*innen zahlreiche Formen angenommen. Sie werden als Verräter*innen der arabischen Welt dargestellt, da ihnen nachgesagt wird, dass sie Israel unterstützten. Ihnen werden Hinterhältigkeit und Diebstahl unterstellt, da viele Kurd*innen in der Vergangenheit eine seminomadische oder nichtsesshafte Lebensweise hatten. Diese Zuschreibung wickelt den fortwährenden Widerstand der Kurd*innen, der sich oftmals in den Bergen der Region formiert, in eine rassistische Bildsprache; typisch ist sie unter iranischen und türkischen Nationalist*innen. Solche Stereotype werden ganz bewusst genutzt, um eine negative Stimmung gegenüber Kurd*innen zu schüren und um sie zu kriminalisieren. Ein weiteres elementares Moment in diesem Rassismus ist es, Kurd*innen als undankbar und fremd zu charakterisieren: Sie würden Ärger machen und sich zur Wehr setzen, obwohl sie doch die „Vorzüge“ jenes Landes genießen dürften, in dem sie leben (wofür sie sich allerdings nie entschieden haben). Kurd*innen werden gewissermaßen zu Ausländer*innen ihrer eigenen Heimat gemacht. Weniger ein territorialer oder politischer Kampf, ist der kurdische Kampf folglich einer, der immer wieder beweisen muss, dass Kurd*innen existieren und auch, dass sie schon immer in dieser Region gelebt haben.

Die Darstellung von Kurd*innen in den deutschen Medien orientiert sich oft an den erwähnten antikurdischen Vorurteilen. Der antikurdische Rassismus in Deutschland, so argumentiere ich, bringt den gängigen Rassismus oder Ausländerhass deutscher Herkunft zusammen mit Elementen des Rassismus gegen Kurd*innen in Mittelost. Diese besondere Mischung ist kein Zufall; sie ist Ergebnis der Beziehungen der Türkei zu vielen Ländern in Mittelost sowie zu Deutschland, während Deutschland zu vielen anderen Herkunftsländern migrantischer Personen keine vergleichbaren Beziehungen unterhält. Zum Beispiel unterstützte Deutschland während des Kalten Krieges die Türkei und ging dabei gegen linke Gruppen einschließlich

kurdischer Organisationen vor. Auch zum Iran und zum Irak hatte Deutschland gute Beziehungen, obwohl diese Länder Kriege gegen die Kurd*innen führten. Als das deutsch-türkische Gastarbeiterprogramm an Fahrt aufnahm und Millionen Menschen mit einer rechtsradikalen Einstellung nach Deutschland kamen, hat das Deutschland wenig interessiert. Ganz im Gegenteil: Inmitten des Kalten Kriegs konnte man nebst der eigenen außerparlamentarischen Opposition gewiss nicht auch noch kurdische und türkische Linksradikale brauchen; dass gegen linke türkeistämmige Organisationen vorgegangen wurde, während türkischen rechtsradikalen Organisationen, die gewaltsam gegen Erstere vorgingen, Amnestie gewährt wurde, steht in diesem Zusammenhang.¹⁶

Mehr und mehr Kurd*innen flohen, auch nach dem Gastarbeiterprogramm, aus den verschiedensten konfliktgeladenen Gründen nach Deutschland. Insbesondere seit den Fünfzigerjahren führten mehrere kurdische Fluchtwellen in die Bundesrepublik. Hier angekommen, wurde höchstens das Herkunftsland, nicht aber die Ethnie registriert. Das hat eine gewisse und tragische Ironie, da ja gerade die Verleugnung und spezifische Verfolgung ihrer Ethnie oft der Grund für die Flucht der Kurd*innen waren. Der Überlebenskampf kurdischer Aktivist*innen, die seit den Achtzigerjahren vermehrt in Deutschland politisches Asyl suchten und die sich gegen die Unterdrückung in ihren Herkunftsländern, insbesondere der Türkei, zur Wehr setzten, wurde jedenfalls auch dadurch vollkommen unsichtbar gemacht. Das ändert aber nichts daran, dass es eben diese kurdische Diaspora war, die eine entscheidende Rolle bei der Organisierung des Widerstands gegen türkischen Rechtsradikalismus und Militarismus spielte. Durch Demonstrationen, Kundgebungen und politisches Engagement machten sie auf die fortwährende Unterdrückung der Kurd*innen aufmerksam.

Fatal war für Kurd*innen in der deutschen Diaspora aber auch die Rolle, die Deutschland in ihrer Herkunftsregion spielte. So mischte Deutschland im türkischen Rechtsradikalismus mit und tolerierte und unterstützte verschiedenste Gruppen der türkischen Rechten. Franz Josef Strauß beispielsweise unterstützte in den Siebzigerjahren ganz offen rechte Gruppierungen in anderen Ländern inklusive der Türkei, um gegen den Kommunismus zu kämpfen.¹⁷ Während der Hochphase des Kalten Krieges unterstützten die Gladio-Truppen der NATO in vielen Ländern Rechtsradikale, in der Türkei stachelten sie den Krieg gegen die Kurd*innen massiv an¹⁸; der MHP-Chef Alparslan Türkeş, den Strauß damals traf, stellte mit seinen Unterstützer*innen einen großen Teil dieser Truppen in der Türkei.¹⁹ Dieser hochmilitarisierte Kampf gegen die kurdische Zivilbevölkerung bildete auch den Kontext, in dem sich 1978 die kurdische Arbeiterpartei PKK gründete, die sich 1984 schließlich in den bewaffneten Kampf begab.

Der deutsche Fußabdruck zeigte sich auch in den Neunzigerjahren, als der türkische Krieg in Kurdistan einen weiteren grausamen Höhepunkt erreichte: Mehr als 8000 kurdische Dörfer wurden zerstört unter dem Vorwand, die PKK besiegen zu wollen. Die Sozialstruktur dieser kurdischen Gebiete wurde nachhaltig zerstört, ganze Regionen ausgelöscht, Tausende getötet und Zehntausende in die Binnenmigration und Armut gezwungen. Genutzt wurden für diese Dorfzerstörungen vor allem deutsche Leopardpanzer, die zwischen 1990 und 1992 vermehrt in das Land gebracht worden waren.²⁰

Auch war Deutschland eines der ersten Länder, das die PKK verbot, nämlich im Jahr 1993, womit es einen Präzedenzfall für die spätere Aufnahme der PKK in die EU-Terrorliste schuf. Zentral war hierbei der sogenannte Düsseldorfer PKK-Prozess, in dem verschiedenste Gewaltdelikte auf die PKK zurückgeführt wurden. Was wurde nicht alles dafür getan, ein Bild blutrünstiger

16 Fischer, Ralf (2022): „Wer seinen Gott liebt, erschlägt die Kommunisten“, in: jungle.world (online), 19.05.2022, <https://jungle.world/artikel/2022/20/wer-seinen-gott-liebt-erschlaegt-die-kommunisten> (abgerufen am 26.06.2023).

17 DER SPIEGEL (1980): Dann kommt alles ins Rollen, in: DER SPIEGEL, 9/1980, <https://www.spiegel.de/politik/dann-kommt-alles-ins-rollen-a-4ad6664a-0002-0001-0000-000014327589> (abgerufen am 26.06.2023)

18 DER SPIEGEL (2005): Die dunkle Seite des Westens, in: DER SPIEGEL, 15/2005, <https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/39997525> (abgerufen am 26.06.2023)

19 Erzeren, Ömer (1990): Vieles bekommt nun einen (schrecklichen) Sinn, in: taz, 3273, <https://taz.de/Vieles-bekommt-nun-einen-schrecklichen-Sinn/!1742523/> (abgerufen am 26.06.2023)

20 Buchterkirchen, Ralf (2016): Militärputsch in der Türkei mit deutschen Waffen, in: DFG-VK (online), 16.06.2016, <https://dfg-vk.de/militaerputsch-in-der-tuerkei-mit-deutschen-waffen/> (abgerufen am 26.06.2023)

Kurd*innen zu zeichnen, um das Verbot möglichst rasch durchzudrücken! Besonders makaber: Als der iranische Geheimdienst 1992 kurdische Oppositionelle in Berlin erschoss, wurde im Zuge des Düsseldorfer Verfahrens und der politischen Wiederannäherung zwischen Deutschland und dem Iran politischer Druck auf die zuständigen Ermittlungsbehörden ausgeübt, einen Bezug zur PKK – als möglicher Auftraggeber der Morde – herzustellen.²¹ Das Land, das heute behauptet, solidarisch mit dem Kampf gegen die Autokratie im Iran zu sein, hat damals vieles versäumt: Es hätte das damalige Verfahren auch zu einem Präzedenzfall für ein Verbot der *Iranischen Revolutionsgarde* (IRGC) machen können.

In diesem gesellschaftlichen Klima, das von Desinformation und Manipulation geprägt war, gingen 1999, nach der Verhaftung des PKK-Gründers Abdullah Öcalan, Tausende Kurd*innen in Deutschland auf die Straße, sie errichteten Blockaden, und einige verbrannten sich in ihrer Verzweiflung sogar selbst. Die deutsche Öffentlichkeit erfuhr wenig über die Hintergründe: über den Krieg gegen die Kurd*innen und die Rolle Deutschlands darin. Störrische, unkalkulierbare, blutrünstige Ausländer – das sollte für Jahre das prägende Bild der Kurd*innen in der kollektiven deutschen Erinnerung sein.

Viele Teilnehmende meiner Bildungsformate wundern sich über die vielen fatalen deutsch-türkischen Überlappungen und Kooperationen, etwa wenn es um den Genozid an den Armenier*innen, Assyrer*innen oder Pontosgriech*innen oder eben an den Kurd*innen geht. Bezogen auf Letztere würde man doch eigentlich davon ausgehen, dass man von einer so kontinuierlichen politischen Kooperation und einem so maßlosen Kampf gegen eine Bevölkerungsgruppe in den Nachrichten, in der öffentlichen Wissensvermittlung, irgendwo etwas mitbekommen würde. Stattdessen haben mediale Ignoranz und Stimmungsmache, die institutionelle Unsichtbarmachung hunderttausender Kurd*innen in Deutschland und die Nichterfassung rechtsradikaler Straftaten durch die türkische Rechte eine Gemengelage geschaffen, in der antikurdischer Rassismus problemlos in deutsche Arbeitsplätze, Schulhöfe und politische Institutionen Einzug halten konnte. Dabei wird systematisch ignoriert, dass je nach Migrationshintergrund und Migrationswelle vollkommen andere Privilegien greifen

und Bedrohungen bestehen. Unter syrischen Flüchtlingen sind es die kurdisch-syrischen, die oftmals keinerlei Papiere haben, weil sie seit 1963 zu Staatenlosen erklärt wurden. Unter türkeistämmigen sind es insbesondere kurdisch-oppositionelle Personen, die von den institutionellen Angeboten der Türkei für Türk*innen in Deutschland nicht profitieren. Unter den irakstämmigen sind es ganz besonders ezidisch-kurdische Personen, die in den Flüchtlingscamps Todesangst haben müssen, weil sie dort Islamist*innen gegenüberstehen können, von denen sie in ihrer Heimat verschmäht oder verfolgt wurden. Unter den iranischstämmigen sind es die Kurd*innen, die besondere Angst vor der transnationalen Repression durch den Iran haben müssen. – Und unter allen Menschen mit Migrationshintergrund macht es eben auch einen Unterschied, ob man aus Armut, wegen eines Krieges oder wegen eines Genozids, ob man als Bürger*in eines Landes oder als Landlose*r migriert bzw. geflohen ist.

Antikurdischer Rassismus ist ein historisches Problem mit einer inzwischen hundertjährigen Konfliktgeschichte, das im Mittleren Osten bis heute besteht. Kurd*innen wurden angegriffen und verfolgt, weil ihre Existenz die Macht der umliegenden Staaten bedrohte. Medien, auch in Deutschland, verbreiteten negative Vorurteile gegenüber den Kurd*innen. Deutschland unterstützte während des Kalten Krieges die Türkei, obwohl diese gegen die Kurd*innen kämpfte. Daher ist es nicht nur analytisch falsch, von einem importierten Konflikt zu reden. Diese Lesart verbiegt auch die Verantwortung auf deutscher Seite, und zudem vermittelt sie den fehlgeleiteten Eindruck eines irgendwie symmetrischen Konfliktes zwischen einem Staat mit NATO-Militär einerseits und einer entrechteten Bevölkerung andererseits. Festzuhalten ist auch, dass Kurd*innen in Deutschland sich organisiert und versucht haben, auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Das ist kein Zeichen mangelnder Integration, sondern im Lichte der beschriebenen Umstände eine rationale Reaktion auf einen transnationalen Konflikt und eine Diskriminierung, die in der Diaspora fortgeführt wurde.

21 Stein, Hannes (2012): Die Wahrheit über den iranischen Terror in Berlin, in: WELT (online), 26.08.2012, <https://www.welt.de/kultur/history/article108772854/Die-Wahrheit-ueber-den-iranischen-Terror-in-Berlin.html> (abgerufen am 26.06.2023).

Die Scheuklappen ablegen

Dieser kurze geschichtliche Exkurs macht deutlich: Dass wir als Menschen mit Migrationshintergrund vereint und automatisch in derselben Unterdrückungslage vis-à-vis dem deutschen Staat seien, diese Vorstellung ist inkorrekt. Auch kaschiert sie die Verantwortung türkeistämmiger Menschen, die bis heute für politische Parteien stimmen, die den Krieg in der Region Kurdistan weiterführen, denn sowohl die regierende rechts-islamistische Koalition Erdogans als auch die Hauptoppositionspartei CHP²² haben wiederholt für Kriegseinsätze gestimmt. In Deutschland, Belgien und anderen europäischen Ländern mit großer türkeistämmiger Bevölkerungszahl hat ein Großteil der Wählenden für Erdoğan und dessen antidemokratische Politik gestimmt.²³ (Siehe dazu die Beiträge von Akbulut, Ermagan und Pfahler.) Stimmen aus der antirassistischen und migrantischen Öffentlichkeit warnten sogleich vor Pauschalisierungen²⁴ und deflektierten, indem sie auf die deutsche Rechte verwiesen: Der türkische Rechtsradikalismus habe sich nur wegen der deutschen Rechten entwickelt. Da möchte man dann doch gerne wissen, ob die hunderttausenden Stimmen für Erdoğan aus der Türkei auch auf das Konto der deutschen Rechten gehen mögen; und ob die Mehrheit für die Opposition unter den türkischen Wähler*innen in den USA²⁵ daran liegt, dass sie in den USA keinen Rassismus erleben würden. Beides ist stark zu bezweifeln. Derweil geht es denjenigen, die auf die Rolle Deutschlands hinweisen, in den seltensten Fällen um eine wirkliche inhaltliche Aufarbeitung der deutschen Unterstützung türkischer Rechter. Stattdessen nutzen sie den Vergleich lediglich als *whataboutism*, frei nach dem Motto: Wenn die Deutschen rechts sein dürfen, dürfen Türkeistämmige das auch. Die wenigen Erdoğan-kritischen Stimmen, die es gibt, helfen ihrer Rhetorik wegen oft auch nicht. Sie interpretieren die Situation zwischen Kurd*innen und Türk*innen als tickende Zeitbombe, als Pulverfass oder importierten Konflikt, womit sie eine falsche Symmetrie nahelegen und Deutschland aus der Verantwortung nehmen.

Kurdischsein, das ist in Deutschland etwas, was eine*n, ob man es will oder nicht, meist das ganz Leben lang begleitet. Selbst wenn man Kurdistan nie gesehen hat, kein Kurdisch spricht, kaum mit Kurd*innen zu tun hat: Die politischen Pfadabhängigkeiten sorgen dafür, dass es immer Probleme mit sich bringt, Teil dieser Gruppe zu sein – weil die Diskriminierung real existiert, politisch aber kaum aufgegriffen wird. Zudem ist der Kurdenkonflikt eben kein Relikt der Vergangenheit, der Konflikt geht bis heute weiter, und er geht mit deutscher Hilfe weiter, was die persönliche (herkunfts-spezifische) Betroffenheit immer wieder aktualisiert. Als Kurd*innen 2017, 2018 und 2019 gegen türkische Großoffensiven in der kurdischen Autonomie Rojava protestierten, protestierten sie auch dagegen, dass es wieder deutsche Leopardpanzer waren, die diese Offensive ermöglichten. Der gängige Antirassismus, der als Konfliktlinie nur Deutschland vs. Personen of Color / mit Migrationshintergrund gelten lässt und der so viel Wert darauf legt, dass Herkunft nicht angesprochen wird, kann kurdische Realitäten nicht abbilden und nicht auffangen.

Wenn das Ziel antirassistischer Bildungsarbeit, Politik und Mobilisierung ist, dass in Deutschland alle unbesorgt und unverfolgt leben können, dann müssen einige Scheuklappen abgelegt werden. Erstens muss wahrgenommen und thematisiert werden, dass der Fluchtgrund vieler geflohener Gruppen in Deutschland nicht erledigt ist, sondern dass er bestehen bleibt, weitergeht; insbesondere wenn dabei eine politische (Mit-)Täterschaft Deutschlands oder innerhalb Deutschlands eine Rolle spielt, handelt es sich eben nicht einfach um einen importierten Konflikt, vielmehr steht dann die Bundesrepublik in der Mitverantwortung.

Zweitens muss auch der Rassismus von Gruppen, die ihrerseits von Rassismus betroffen sind, adressiert werden; dabei gilt es anzuerkennen, dass dieser eigene Wurzeln haben kann und nicht zwingend eine Konsequenz

22 Cumhuriyet Halk Partisi, Kurzbezeichnung: CHP, übersetzt: Republikanische Volkspartei.

23 Kreuzmann, Susann (2023): Der Gewinner steht schon fest: Bei den Deutschtürken hat die Opposition keine Chance, in: Neue Züricher Zeitung (online), 28.05.2023, <https://www.nzz.ch/international/tuerkei-wahl-fuer-die-deutsch-tuerken-heisst-der-sieger-erdogan-ld.1739544?reduced=true> (abgerufen am 26.06.2023).

24 Linß, Vera et al. (2023): Das Misstrauen gegenüber deutschen Medien ist weitverbreitet, in: Deutschlandfunk Kultur (online: Audio), 13.05.2023, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/tuerkei-wahl-wird-die-berichterstattung-den-tuerkeistaemmigen-menschen-gerecht-dlf-kultur-b173cffa-100.html> (abgerufen am 26.06.2023).

25 Haddad, Mohammed (2023): How did Turks living abroad vote in Turkey's run-off election?, in: Al Jazeera (online), 29.05.2023, <https://www.aljazeera.com/news/2023/5/29/how-did-turks-living-abroad-vote-in-turkeys-run-off-election> (abgerufen am 26.06.2023).

des deutschen Rassismus ist. Gleichberechtigung bedeutet auch, gleichberechtigt mündig zu sein: Wenn sich Personen of Color oder mit Migrationshintergrund etwa rassistisch oder sexistisch äußern oder wenn sie allgemein rechts sind, dann ist das eine Entscheidung – und nicht einfach eine Reaktion. Der vorherrschende deutsche Antirassismuskurs hilft hier leider nicht weiter. Denn er tendiert dazu, Unterschiede zwischen verschiedenen migrantischen Gruppen zu verschleiern und nach absoluter Gleichheit statt nach Gleichberechtigung zu streben. Diese Depolitisierung und Vereinheitlichung führen dazu, dass spezifische Diskriminierungen und traumatische Erfahrungen betroffener Gruppen nicht angemessen berücksichtigt und angegangen werden können. Die Realität der Kurd*innen und die vieler anderer Gruppen mit ihren unterschiedlichen Migrationsgeschichten wird dadurch negiert.

Im Falle der Kurd*innen sind der Einfluss der deutsch-türkischen Beziehungen auf ihre Diskriminierung zu berücksichtigen und der Umstand, dass Deutschland mit seiner Außenpolitik zur Eskalation des Konflikts im Mittleren Osten beigetragen hat. Dieser historische Kontext verdeutlicht, dass antikurdischer Rassismus nicht nur auf individueller Ebene existiert, sondern auch von staatlichen Entscheidungen und internationalen Beziehungen beeinflusst wird. Daraus folgt auch, dass es anzuerkennen gilt, dass die einzelnen migrantischen Communities unterschiedliche politische Hintergründe und Privilegien haben. Während einige Gemeinschaften von großen Ländern und beispielsweise religiösen Institutionen unterstützt werden, stehen Kurd*innen und andere Gruppen oft alleine da. Sie kämpfen nicht nur gegen Rassismus in Deutschland, sondern werden auch von ihren Herkunftsländern nicht als gleichwertige Bürger*innen anerkannt, was sich wiederum auf ihre Lage in Deutschland auswirkt.

Die politischen Hintergründe der jeweiligen Migrationsgeschichte zu berücksichtigen und die Vielfalt der Erfahrungen und Diskriminierungen migrantischer Gruppen anzuerkennen, ist für eine effektive Bekämpfung von Rassismus unerlässlich. Denn diese erfordert ein tiefes Verständnis der Herausforderungen, mit denen spezifische migrantische Communities konfrontiert sind, und Wissen und Sensibilität bezüglich der politischen Zusammenhänge, die zu ihrer Diskriminierung beitragen. Es ist an der Zeit, dass wir uns von vereinfachenden

Narrativen und Stereotypen lösen und dass wir anerkennen, dass Diskriminierung und Rassismus vielschichtige Ursachen haben.

Die deutsche Gesellschaft muss sich bewusst machen, dass die deutsch-türkischen Beziehungen und die geopolitischen Entwicklungen direkte Auswirkungen auf die Kurd*innen in Deutschland haben. Indem wir die politischen Hintergründe verstehen und uns für eine gerechtere Außenpolitik einsetzen, können wir dazu beitragen, die Spannungen innerhalb der migrantischen Community zu verringern und eine multidimensionale antirassistische Praxis aufzubauen. Von entscheidender Bedeutung ist auch, dass die Medien ihre Verantwortung wahrnehmen und eine differenzierte Berichterstattung bieten: Statt Konflikte in Deutschland als „importiert“ darzustellen und letztlich abzutun, könnten sie zum Beispiel individuelle Geschichten und Perspektiven von Kurd*innen in den Vordergrund stellen; dadurch lassen sich Vorurteile abbauen und das Verständnis in der Gesellschaft fördern. Schließlich müssen sich staatliche Institutionen und die Zivilgesellschaft aktiv dafür einsetzen, den Schutz und die Rechte der Kurd*innen und anderer migrantischer Gruppen, die von einer mehrfachen Marginalisierung betroffen sind, zu gewährleisten. Dies beinhaltet die Förderung von Bildung, Beschäftigungsmöglichkeiten und politischer Teilhabe, um Diskriminierung und Ausgrenzung entgegenzuwirken.

Die Herausforderungen, mit denen Kurd*innen und andere migrantische Gruppen konfrontiert sind, erfordern ein gemeinsames Engagement von Regierung, Politik, Verwaltung, Medienvertreter*innen, Zivilgesellschaft und der gesamten Gesellschaft. Nur durch eine umfassende Anerkennung und Unterstützung bezüglich der Rechte und Bedürfnisse migrantischer Gruppen *in ihrer Unterschiedlichkeit* – inklusive der Kurd*innen – und durch eine aktive und differenzierte Bekämpfung von Diskriminierung können wir eine inklusivere und gerechtere Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, gleiche Chancen und Rechte haben.

Der Genozid an den Armenier*innen, deutsche Mitverantwortung und die Leugnung durch deutsch-türkische Vereinigungen

Ilias Kevork Uyar

„Ich hoffe, dass die deutsch-türkischen Beziehungen durch die Resolution nicht belastet werden und wir weiter gut zusammenarbeiten können.“ Besser hätte der deutsche Umgang mit dem Völkermord an den Armenier*innen hundert Jahre danach nicht zusammengefasst werden können. Der darauffolgende Satz konkretisierte die Haltung zu besagtem Völkermord: „Wir werden uns jedenfalls auch weiterhin gegenüber der Türkei und Armenien für eine in die Zukunft weisende Versöhnung und Verständigung einsetzen: Zum Beispiel durch grenzüberschreitende Projekte, die zwischenmenschliche Begegnungen zwischen Armeniern und Türken fördern.“¹ Die beiden Sätze stammen aus einem Interview von 2016 mit dem damaligen Außenminister und aktuellen Bundespräsidenten Steinmeier. Als Außenminister hatte Steinmeier die Bundestagsresolution zur Anerkennung des Völkermordes an den Armenier*innen anfänglich zu verhindern versucht, nun war er darum bemüht, Ankara die Haltung der deutschen Regierung zu erläutern. Deutschlands Verbundenheit mit den Tätern und mit deren Nachfolgestaat war ihm offenbar wichtiger, als sich der Perspektive der Opfer zu verpflichten, die einem Menschheitsverbrechen zum Opfer gefallen waren. In demselben Interview hielt Steinmeier übrigens auch an der Behauptung fest, Deutschland sei unbeteiligter Dritter an diesem Verbrechen gewesen. Ganz so, als seien Steinmeiers Amtsvorgänger während der Kaiserzeit unter Wilhelm II. nicht an dem Massenmord an den Armenier*innen beteiligt gewesen. Mit seinem Vorschlag, Deutschland könne als Mittler zwischen zwei

Kontrahenten auftreten, bediente er ein Narrativ, das zum einen die deutsche Beteiligung, Verantwortung, Mitschuld am Völkermord an den Armenier*innen 1915 völlig ausblendete und zum anderen die Türkei und Armenien gewissermaßen gleichsetzte, ungeachtet des Täter-Opfer-Verhältnisses des Genozids.

Dabei hätte Steinmeier damals nur ins Politische Archiv seines Auswärtigen Amtes hinüberzugehen brauchen: Mit seinen Depeschen und Berichten aus dem Osmanischen Reich ist es eine der wichtigsten Anlaufstellen, wenn es um Recherchen über die Auslöschung der Armenier*innen im Osmanischen Reich geht. Die diplomatischen Akten des Archivs liegen durch die ausgezeichnete Arbeit des Journalisten Wolfgang Gust seit Jahren digitalisiert vor und sind online für alle zugänglich.² Aus den dort einsehbaren Aktenvermerken der kaiserlichen Militärs, Diplomaten und von Privatleuten ergibt sich ein recht klares Bild, das sich in Deutschland allerdings bis heute nicht verfestigt hat: nämlich dass Deutschland während des Völkermordes an den Armenier*innen mitnichten ein unbeteiligter Dritter war, sondern einen aktiven Part aufseiten des kriegsverbündeten Osmanischen Reiches übernahm, und nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg die jungtürkische Führung aus der Türkei evakuierte, schützte und ihr in Deutschland Unterschlupf gewährte.

1 Tagesspiegel: Interview mit Außenminister Steinmeier: „Es bringt nichts, den Konflikt mit der Türkei anzuheizen“, in: Tagesspiegel (online), 15.05.2016, <https://www.tagesspiegel.de/politik/es-bringt-nichts-den-konflikt-mit-der-turkei-anzuheizen-5216344.html> (abgerufen am 04.10.2023).

2 Siehe die Webseite: Armenocide - The Armenian Genocide during the First World War, Documents from State Archives: www.armenocide.de (abgerufen am 20.10.2023).

Deutsche Mitschuld und Mitverantwortung

Im Juni 1915 berichtete der Generalkonsul in Konstantinopel Johann Heinrich Mordtmann: „Das lässt sich nicht mehr durch militärische Rücksichten rechtfertigen; es handelt sich vielmehr, wie mir Talaat Bej vor einigen Wochen sagte, darum, die Armenier zu vernichten.“³ Der Deutsche Botschafter Wangenheim in Konstantinopel berichtet am 7. Juli 1915 unmittelbar an Reichskanzler Bethmann Hollweg: „Dieser Umstand und die Art, wie die Umsiedelung durchgeführt wird, zeigen, daß die Regierung tatsächlich den Zweck verfolgt, die armenische Rasse im türkischen Reiche zu vernichten.“⁴

Doch Berlin blieb untätig. Für Kaiser Wilhelm II. war die Waffenbrüderschaft mit den Jungtürken von großer Bedeutung, sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus imperialistischen Gründen. Er hatte bereits vor dem Krieg deutsche Militärs als Ausbilder und Kommandanten in die veraltete osmanische Armee entsandt, um diese zu modernisieren und militärisch aufzurüsten. Nutznießer der Rüstungsaufträge für die osmanische Armee, die oftmals von kaiserlichen Offizieren in ebendieser initiiert wurden, waren deutsche Firmen, insbesondere Krups und Mauser. Während des Krieges wurden zahlreiche Führungsstellen im Osmanischen Heer und in der Osmanischen Marine von deutschen Offizieren bekleidet. Insbesondere im Bereich der Logistik und des Eisenbahnwesens waren Deutsche auch außerhalb des Militärwesens unmittelbar an den Maßnahmen zur Deportation beteiligt.

Zu berücksichtigen bei der Beurteilung der deutschen Mitverantwortung ist auch die Einstellung ranghoher Angehöriger der kaiserlichen Militärmission im Osmanischen Reich. Diese war durchweg antiarmenisch, strukturell ähnelte sie den antijüdischen Abneigungen: Viele deutsche Offiziere sahen in Armenier*innen und Jüdinnen*Juden „Wucherer“ und „Ausbeuter“; Generalmajor Friedrich Bronsart von Schellendorf, Generalstabschef des osmanischen Feldheeres und enger Berater des Kriegsministers Enver, äußerte sich kurz nach Kriegsende folgendermaßen: „Der Armenier ist, wie der Jude, außerhalb seiner Heimat ein Parasit, der die Gesundheit des anderen Landes, in dem er sich niedergelassen hat, aufsaugt.“⁵ Korvettenkapitän Hans Humann, ein enger Freund des Ministers Enver, kommentierte ein Telegramm des deutschen Konsuls in Mosul, Walter Holstein, der darin am 10. Juni 1915 von der Abschichtung von 614 Armenier*innen, darunter Kinder, berichtet hatte⁶: „Die Armenier werden jetzt mehr oder weniger ausgerottet. Das ist hart, aber nützlich!“⁷ An solchen Zitaten zeigt sich, dass sich deutsche Militärs wie auch Diplomaten schon früh des genozidalen Charakters der antiarmenischen bzw. antichristlichen Maßnahmen ihres osmanisch-jungtürkischen Bündnispartners bewusst waren.

Einzelne deutsche Militäranghörige machten sich aber auch persönlich unmittelbar mitschuldig am Tod zahlreicher Armenier*innen. Eberhard Graf Wolffskeel von Reichenberg belagerte mit seiner Artillerie im Oktober 1915 unter türkischem Oberbefehl das Armenierviertel von Urfa und schoss es zusammen. Sylvester Boettrich, Oberstleutnant, unterzeichnete als Leiter der Eisenbahnabteilung des osmanischen Generalstabs mindestens einen Deportationsbefehl, der zur Entlassung und Deportation tausender beim Bau der Bagdadbahn eingesetzter Armenier führte. Über die Bedeutung dessen war man sich klar:

3 Diplomatische Aktenstücke des Politischen Archives des Auswärtigen Amtes, Quelle: DE/PA-AA/R 22404, in: Armenocide (online), [http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/\\$\\$AllDocs/1915-01-03-DE-003](http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/$$AllDocs/1915-01-03-DE-003) (abgerufen am 04.10.2023).

4 Diplomatische Aktenstücke des Politischen Archives des Auswärtigen Amtes, Quelle: DE/PA-AA/BoKon/169, in: Armenocide (online), <http://www.armenocide.de/armenocide/armgende.nsf/e6b76f959bbba2fec1256d060042df1c/d2d51b90fea5e094c1256b8200553bae> (abgerufen am 04.10.2023)

5 Gust, Der Völkermord an den Armeniern. 1993, S. 267.

6 Diplomatische Aktenstücke des Politischen Archives des Auswärtigen Amtes, Quelle: DE/PA-AA/BoKon/169, in: Armenocide (online): [http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/\\$\\$AllDocs/1915-06-10-DE-011](http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/$$AllDocs/1915-06-10-DE-011) (abgerufen am 23.10.2023).

7 Lehrerinnenfortbildung Baden Württemberg (o. J.): AB 3 -3 Deutsche Verstrickung, M1 Telegramm, Quelle Bundesarchiv: BARCH RM 40/456, in: Lehrerinnenfortbildung Baden-Württemberg (online), https://lehrerfortbildung-bw.de/u_gewi/geschichte/gym/bp2016/fb8/3_kl10/11_armenier/03_ue3/03_verrickung/ (abgerufen am 04.10.2023).

„Unsere Gegner werden einmal viel Geld bezahlen, um dieses Schriftstück zu besitzen, denn mit der Unterschrift eines Mitglieds der Militärmission werden sie beweisen, daß die Deutschen nicht allein nichts getan haben, um die Armenierverfolgung zu verhüten, sondern daß gewisse Befehle zu diesem Ziel sogar von ihnen ausgegangen, d. h. unterschrieben worden sind.“⁸

Auch zu nennen ist Otto von Feldmann, der als „Feldmann Pascha“ (Ehrentitel) Chef der Operationsabteilung in der türkischen Obersten Heeresleitung war (Osmanisches Großes Hauptquartier). In dieser Funktion wirkte er unmittelbar am Genozid an den Armenier*innen mit. Gemeinsam mit dem bereits erwähnten General Friedrich Bronsart von Schellendorf stimmte er sich regelmäßig und im Detail mit dem türkischen Kriegsminister Enver ab. Feldmann äußerte hierzu: „Es soll und darf aber nicht geleugnet werden, dass auch deutsche Offiziere – und ich selbst gehöre zu diesen – gezwungen waren, ihren Rat dahin zu geben, zu bestimmten Zeiten gewisse Gebiete im Rücken der Armee von Armeniern freizumachen.“⁹ Der damalige Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg formulierte die deutsche Linie während des tobenden Völkermordes wie folgt: „Unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht. Bei länger andauerndem Kriege werden wir die Türken noch sehr brauchen.“¹⁰ Der Schätzung der deutschen Botschaft in Konstantinopel nach wurden von 2,5 Millionen Armenier*innen zwei Millionen deportiert; davon kamen bis Oktober 1916 1,5 Millionen um.¹¹

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg wurde ab 1919 in Gerichtsverhandlungen, die als Istanbul Prozesse bekannt wurden, siebzehn Machthabern und Verantwortlichen des Völkermordes an den Armenier*innen der Prozess gemacht. Man verurteilte sie - in Abwesenheit - zum Tode, darunter die jungtürkischen Machthaber und faktischen Staatslenker Talaat Pascha, Enver Pascha und Cemal Pascha („Pascha“ war ein Zivil- und Militärtitel). Mithilfe der deutschen Verbündeten hatten sich die verurteilten Massenmörder bereits nach Deutschland abgesetzt.

Wegen der Militärzensur während des Ersten Weltkrieges hatte die deutsche Öffentlichkeit sehr wenig über die Völkermörder unter ihnen und überhaupt von der Vernichtung der Armenier*innen erfahren – und das Reich sah auch nach 1918 keinen Grund zur Aufklärung. Schlagartig unterbrochen wurde das Schweigen im März 1921: Der armenische Student Soghomon Tehlirian, dessen Familie vor seinen Augen im Völkermord ermordet worden war, spürte den Hauptverantwortlichen Talaat auf und erschoss ihn in Berlin auf der Hardenbergstraße, Ecke Fasanenstraße. Danach ließ er sich widerstandslos festnehmen. Das zwölfköpfige Geschworenengericht sprach Soghomon Tehlirian nach nur zwei Tagen frei, wegen Schuldunfähigkeit. Nach dem Urteil wurde er von den preußischen Justizbehörden umgehend abgeschoben. Deutschland hatte offenbar kein Interesse daran, die Vernichtung der Armenier*innen im Rahmen eines längeren Prozesses in der Öffentlichkeit debattieren zu lassen. So blieben die Zeit des Völkermordes und ihre Täter weiter im Dunkeln: außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung, vor den Augen der Öffentlichkeit geschützt.

Der Direktor der osmanischen Geheimorganisation *Teşkilât-ı Mahsusa*, Bahattin Şakir, der die Ermordung der Armenier*innen organisiert hatte, wurde 1922 ebenfalls in Berlin erschossen. Er liegt bis heute in einem Marmor-Ehrengrab der Şehitlik-Moschee der DİTİB, direkt neben Cemal Azmi, einem weiteren Verantwortlichen

8 Diplomatische Aktenstücke des Politischen Archives des Auswärtigen Amtes, Quelle: DE/PA-AA/BoKon/171, in: Armenocide (online), [http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/\\$\\$AllDocs/1915-11-18-DE-001](http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/$$AllDocs/1915-11-18-DE-001) (abgerufen am 04.10.2023).

9 Feldmann, Otto von (1921): Zuschrift von Otto v. Feldmann zum Prozess gegen Soghomon Tehlirian, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 30.06.1921.

10 Diplomatische Aktenstücke des Politischen Archives des Auswärtigen Amtes, Quelle: DE/PA-AA/R14089, in: Armenocide (online), [http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/\\$\\$AllDocs/1915-12-07-DE-001](http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/$$AllDocs/1915-12-07-DE-001) (abgerufen am 04.10.2023).

11 Diplomatische Aktenstücke des Politischen Archives des Auswärtigen Amtes, Quelle: DE/PA-AA/R14093, in: Armenocide (online), [http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/\\$\\$AllDocs/1916-10-04-DE-002](http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/$$AllDocs/1916-10-04-DE-002) (abgerufen am 04.10.2023).

des Genozids an den Armenier*innen und bekannt als „Schlächter von Trapezunt“. In der deutschen Hauptstadt wird also 108 Jahre nach dem Genozid an den Armenier*innen den Völkermördern mit Ehrengräbern gehuldigt, öffentlich und unwidersprochen.

1915

Die Jungtürken wurden in den Anfangsjahren als eine liberale modernistische Bewegung wahrgenommen. Das *Komitee für Einheit und Fortschritt* (*İttihâd ve Terakki Cemiyeti*, später eine Partei) bildete sich als stärkstes Organ aus der Bewegung heraus. Es stürzte den Sultan und versuchte, den kranken Mann am Bosphorus durch Reformen zu stützen und eine konstitutionelle Monarchie zu etablieren. Viele Minderheiten im Osmanischen Reich setzten große Hoffnungen in diese Bewegung, weil sie sich von ihr Gleichberechtigung versprochen. Mit der Zeit radikalisierte sich die Bewegung: Der Weg in einen rassistisch-völkischen Panturkismus wurde eingeschlagen, wesentlich vom Vordenker der Jungtürkenbewegung Ziya Gökalp vorbereitet. Er wurde 1910 ins Zentralkomitee der *Partei für Einheit und Fortschritt* gewählt und hatte großen Einfluss auf die Programmatik der Jungtürken. Gökalp befürwortete eine Türkisierung des Osmanischen Reiches, indem er alleinig die türkische Sprache und Kultur für alle osmanischen Bürger*innen forderte. Armenier*innen, Griech*innen und Jüdinnen*Juden betrachtete er als Fremdkörper im türkischen Nationalstaat. Exemplarisch sei hier aus Gökalps „Kizilelma“¹² zitiert: „Das Volk ist wie ein Garten, / wir sollen seine Gärtner sein! / Man schneide erst die schlechten Triebe / und pflanze dann das Edelreis!“¹³

Gökalps Idee vom einheitlichen Türkentum war ein wesentlicher ideologischer Wegbereiter für die Vernichtung der Armenier*innen. Denn diese lagen mit ihren jahrtausendealten anatolischen Siedlungsgebieten in den Augen der Turanist*innen wie ein Keil zwischen den Turkvölkern des Osmanischen Reiches und Zentralasiens, und mit ihrem christlichen Glauben, ihrer eigenen Sprache, ihrer ausgeprägten Kultur und Identität ließen sie sich nicht türkisieren und assimilieren. Als

das jungtürkische Komitee unter dem Triumvirat Talat, Enver und Djemal mit einem Staatsstreich 1913 das Osmanische Reich in eine Ein-Parteien-Diktatur lenkte, war die Grundlage für die genozidale Ausmerzung aller „Nichttürkischen“ gelegt.

International wird des Genozids an den Armenier*innen am 24. April gedacht. An jenem Tag des Jahres 1915 wurden in Istanbul, der Hauptstadt des Osmanischen Reiches, hunderte armenische Persönlichkeiten unter dem Vorwurf des Hochverrats festgenommen. Die Verhaftungsaktion zielte darauf ab, die armenische Elite unschädlich zu machen. Unter den Festgenommenen dieses sogenannten Roten Sonntags befanden sich Parlamentarier, Schriftsteller*innen, Musiker, Mediziner, Verleger, Geistliche. Fast alle armenischen Persönlichkeiten wurden nach dem Roten Sonntag zunächst ins Landesinnere verbracht, wo sie dann ermordet wurden. Schon bevor die armenische Elite im Frühjahr 1915 verhaftet und umgebracht wurde, waren mit dem Kriegseintritt des Osmanischen Reiches Ende 1914 die wehrfähigen armenischen Männer in die osmanische Armee eingezogen worden, um nach und nach in Arbeitsbataillone gesteckt oder als Zwangsarbeiter im Straßenbau oder für das deutsch-türkische Vorzeigeprojekt der Bagdadbahn eingesetzt zu werden. Nachdem die armenische Gemeinschaft damit sowohl ihren wehrfähigen männlichen Anteil als auch ihre kulturelle Elite verloren hatte, war sie nahezu wehrlos. Die verbliebene armenische Bevölkerung bestand nun vor allem aus Frauen, aus Kindern und Greisen sowie aus Kranken.

Mit dem sogenannten Verschickungsgesetz (*Tehcir-Gesetz*) im Mai 1915 wurde die rechtliche Grundlage für die Deportation sämtlicher Armenier*innen aus allen Landesteilen – auch der nicht kriegsbetroffenen Regionen – angeordnet. Damit beauftragt wurde die Geheimorganisation *Teşkilât-ı Mahsusa*, die die Befehle aus Istanbul vor Ort vollstreckte. Die als Verschickung getarnte Vernichtung in den verschiedenen Landesteilen folgte oftmals einem Muster, es gab aber auch lokale Besonderheiten. So wurden im Westen die Bagdadbahn und auch die Anatolische Eisenbahn, die in deutscher Hand war, zur Deportation der Armenier*innen

12 In Würdigung Ziya Gökalps erhielt das unbemannte Kampfflugzeug aus der Rüstungsschmiede des Schwiegersohns des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan den Namen „Bayraktar Kizilelma“, in Anlehnung an die zitierte Veröffentlichung.

13 Dabag, Mihran (2014): Der Genozid an den Armeniern, in: Bundeszentrale für politische Bildung (online), 22.08.2014, <https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/184983/der-genozid-an-den-armeniern/#footnote-target-8> (abgerufen am 04.10.2023).

eingesetzt. Die Ausführung lag unter anderem in den Händen deutscher Unternehmen: der Philipp Holzmann AG und von Krupp. Für den Bau der Bagdadbahn hatte man armenische Zwangsarbeiter eingesetzt, um sie nun, ab Oktober 1915, mit selbiger Bahn – in Viehwaggons gepfercht – in den Tod zu schicken; man zwang sie gar, für ihre Deportation eine Fahrkarte zu kaufen. Franz Günther, der Vizepräsident der Anatolischen Eisenbahngesellschaft, berichtete im August 1915 an den Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank: „Man muss in der Geschichte der Menschheit weit zurückgehen, um etwas Ähnliches an bestialischer Grausamkeit zu finden wie die Ausrottung der Armenier in der heutigen Türkei.“¹⁴

In den übrigen Landesteilen ging die Regierung ebenfalls nach einem Muster vor: Die verbliebenen Männer wurden zunächst aus der Stadt getrieben und meist direkt vor den Stadttoren umgebracht. Wenig später gab man den armenischen Familien Anweisung, sich auf die sogenannte Umsiedlung vorzubereiten, um zu ihren Männern zu gelangen. Frauen und Kinder wurden unter der sengenden Hitze in Fußmärschen kreuz und quer durch Anatolien getrieben. Wer unterwegs nicht den Raubüberfällen, dem Durst, Hunger oder Krankheit zum Opfer fiel, wurde in Konzentrationslagern in der mesopotamischen Wüste dem Tode überlassen.

Türkische Kontinuitäten: Vom Osmanischen Reich in die Republik Türkei

An den sogenannten Befreiungskämpfen unter dem späteren türkischen Staatsgründer Mustafa Kemal (1934 wurde ihm der Ehrentitel „Atatürk“, „Vater der Türkei“, verliehen) waren viele Offiziere und Verantwortliche aus dem jungtürkischen Staatsapparat beteiligt. Mit der Gründung der türkischen Republik wurde das Band zwischen dem Osmanischen Reich und der Türkei keineswegs zerschnitten. Es besteht bis heute – im hundertsten Jahr der Republikgründung - fort. Nach den

Hauptverantwortlichen des Genozids, Talat, Enver und Cemal, wurden Straßen, Plätze und Schulen benannt, ihre sterblichen Überreste liegen in Ehrengräbern.

Mustafa Kemal („Atatürk“) manifestierte auf vielerlei Ebenen eine Politik des nahtlosen ideologischen Übergangs von der osmanischen jungtürkischen Bewegung zur modernen Türkei. Wichtige Amtsträger, die Vernichtungsaufgaben während des Völkermordes an den Armenier*innen übernommen hatten, setzten ihre Karrieren ungehindert fort. Über den einstigen Verschickungskommissar Şükrü Kaya berichtet der Deutsche Konsul von Aleppo:

„Alle Maßnahmen, die den Armeniern gegenüber getroffen wurden, was ich gesehen habe und beobachten konnte, gehen darauf hinaus, was mir der Direktor der Emigranten Schuekri Bey [Şükrü Kaya] sagte: ‚Das Endresultat muss die Ausrottung der armenischen Rasse sein. Es ist der ständige Kampf zwischen Muselmanen und Armeniern, der jetzt definitiv ausgefochten wird. Der Schwächere muss verschwinden.‘“¹⁵

In der Türkei unter Kemal war Şükrü Kaya Minister für Landwirtschaft, des Inneren sowie Außenminister. Von 1935 bis 1939 war er Generalsekretär der von Kemal gegründeten Partei *Cumhuriyet Halk Partisi* (CHP).¹⁶

Tevfik Rüstü Aras folgte Kaya als Außenminister, ab 1938 war er türkischer Botschafter in London. Während des Völkermords an den Armenier*innen war Aras verantwortlich gewesen für die „hygienische“ Beseitigung/Vernichtung armenischer Leichen. Er war es, der massenhaft Leichen in Brunnen stopfen und mit Kalk auffüllen

14 Pohl, Manfred (1999): Von Stambul nach Bagdad. Die Geschichte einer berühmten Eisenbahn, München, S. 93 f.

15 Diplomatische Aktenstücke des Politischen Archives des Auswärtigen Amtes, Quelle: DE/PA-AA/R14090, in: Armenocide (online), [http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/\\$\\$AllDocs/1916-01-03-DE-002](http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/$$AllDocs/1916-01-03-DE-002) (abgerufen am 04.10.2023).

16 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Türkiye (o. J.): Sayın Şükrü Kaya'nın Özgeçmişi, in: mfa.gov (online), https://www.mfa.gov.tr/sayin-sukru-kaya_nin_ozgecmisi.tr.mfa (abgerufen am 04.10.2023).

ließ, um sie verschwinden zu lassen.¹⁷ Auch Mustafa Abdülhalik Renda, dem während des Völkermordes als Gouverneur in Bitlis und Aleppo bei der Deportation der Armenier*innen eine Schlüsselrolle zugekommen war, bekleidete verschiedene Ministerposten, war von 1935 bis 1946 Präsident der türkischen Nationalversammlung und nach dem Tod Kemals sogar kurzzeitig und kommissarisch Staatspräsident.

Die steilste Karriere eines ehemaligen Völkermörders machte jedoch Celâl Bayar, türkischer Staatspräsident zwischen 1950 und 1960. Seine Karriere startete er 1907 als Mitglied der Jungtürken, er war umtriebiger als Mitglied der Geheimorganisation *Teşkilât-ı Mahsusa* beim Völkermord und der Vernichtung der Griech*innen in Smyrna (Izmir). Bis zuletzt hielt er an seiner jungtürkisch-pantürkischen Haltung fest, den Völkermörder Talat bezeichnete er noch in den Achtzigerjahren als „seinen Chef“¹⁸. Celâl Bayar wurde mit dem Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Dies waren nur einige der prominentesten Vertreter des türkischen Staates, die unmittelbar am Völkermord beteiligt waren und völlig straffrei blieben. Obwohl sich die Türkei offiziell einer vermeintlichen Modernität zuwandte, war ein Bruch mit den Jungtürken und Völkermördern für Mustafa Kemal undenkbar, das Gegenteil war der Fall. Ein Beispiel ist die Rehabilitierung von Mehmet Kemal. Der Landrat von Boğazlıyan hatte großen Eifer bei der Ermordung der Armenier*innen gezeigt. Während der Istanbul Prozesse 1919 wurde er zum Tode verurteilt, und tatsächlich wurde das Urteil noch im selben Jahr vollstreckt. Der Staatsgründer Mustafa Kemal rehabilitierte ihn 1922 durch ein Gesetz, erklärte ihn posthum zum „Märtyrer der Nation“ und sprach seiner Familie einen lebenslangen Ehrensold zu.¹⁹ Mit diesen Männern hat Mustafa Kemal die Politik der Türkisierung in der Türkei fortgesetzt.

Die von ihm gegründete und bis 1945 im Sinne eines Einparteienstaats regierende CHP nennt als eine ihrer sieben Säulen den Nationalismus. Welcher Platz dabei

den überlebenden christlichen Armenier*innen in der Türkei beschieden war, machte Kemal noch vor der Gründung der Republik im März 1923 deutlich:

„Die Armenier haben [...] sich als Eigentümer dieses Landes aufgespielt. Die Armenier haben keine Rechte in diesem fruchtbaren Land. Eure Heimat ist euer Land, es gehört den Türken. Dieses Land war in der Geschichte türkisch, deshalb ist es türkisch und wird für immer türkisch bleiben.“²⁰

Die Türkisierung wurde in allen Bereichen vorangetrieben. Nicht einmal mehr armenische, griechische, aramäische oder kurdische Ortsnamen wurden geduldet: Ortschaften, Berge und Flüsse wurden auf Türkisch umbenannt, die neuen Namen hatten oft eine nationalistische Konnotation. Mit dem Familiennamengesetz, das 1935 in Kraft trat, wurde die Bevölkerung verpflichtet, einen türkischen Nachnamen anzunehmen; nicht-türkische Namensendungen wie -yan (eine typische armenische Endung) oder -viç, -pulos, -of, -ef, -ic, -is, -idis, -zade wurden verboten. Nichts in der modernen Türkei sollte mehr an eine Türkei mit Nichttürk*innen erinnern. Schon 1928 begann mit der vom Staat unterstützten Kampagne „*Vatandaş, Türkçe konuş!*“ (Bürger/in, sprich türkisch!) eine Politik, mit der Minderheiten daran gehindert werden sollten - etwa durch Geldstrafen -, ihre Muttersprache zu sprechen.

Eine wesentliche ökonomische Grundlage für den türkischen Staat bildete das Eigentum der Opfer des Genozids. Neben den illegalen Enteignungen auf lokaler Ebene hatte das jungtürkische Regime mit dem „Gesetz über das verlassene Eigentum“ im September 1915 ein Regelwerk geschaffen, mit dem es sich die Vermögenswerte der Todgeweihten einverleiben konnte. In der

17 Akçam, Taner (2007), *A Shameful Act*, S. 362-364

18 <https://www.cumhuriyet.com.tr/yazarlar/ozgur-mumcu/komik-aynalar-106369>

19 TBMM: Zabıt ceridesi (o. J.), PDF in: TBMM/Große Nationalversammlung der Türkei, <https://www.tbmm.gov.tr/tutanaklar/TUTANAK/TBMM/d01/c023/tbmm01023119.pdf> (abgerufen am 04.10.2023), S. 18.

20 Hohe Atatürk-Gesellschaft für Kultur, Sprache und Geschichte (1923): Rede an die Geschäftsleute in Adana, in: ATAM (online), <https://www.atam.gov.tr/ataturkun-soylev-ve-demecleri/adana-esnafliyiyla-konusma> (abgerufen am 04.10.2023).

Erinnerungspolitische Realitäten in Deutschland

modernen Republik Türkei wurde diese Politik gewissermaßen fortgesetzt, mit anderen Mitteln. So waren von der 1942 eingeführten Vermögenssteuer „Varlık Vergisi“ fast ausschließlich Angehörige nationaler Minderheiten betroffen: Armenier*innen, Griech*innen und türkische Jüdinnen*Juden, wobei Erstere mit 232 Prozent die mit Abstand höchste Steuer entrichten mussten. Wer sie nicht bezahlen konnte, wurde enteignet und in Arbeitslager interniert. Zwar wurde die Vermögenssteuer 1944 wieder abgeschafft; zu diesem Zeitpunkt aber war das Ziel, Nichtmuslim*innen aus dem Wirtschaftsleben herauszudrängen, bereits fast abgeschlossen, und ein erheblicher Teil der Vermögenswerte war entweder dem Staat zugefallen oder in Notverkäufen an türkische Menschen zwangsverkauft und somit türkisiert worden.

Mit der fortgesetzten Türkisierung allein war es nicht getan. Der Völkermord wurde und wird seit der Republikgründung 1923 und bis heute von allen türkischen Regierungen abgestritten. Während in der Gründungsphase noch viele Stellen im Staat mit aktiven Tätern und Nutznießern des Völkermordes besetzt waren, wurde in der Folgegeneration über das Thema Völkermord staatlicherseits geschwiegen. Diese Phase war nach dem Militärputsch 1980 gewissermaßen beendet: Seitdem wird die politische Leugnung des Völkermordes seitens der Türkei international aktiv forciert. Kern des Gründungsmythos der Türkei ist das Heldentum von Mustafa Kemal, und dieser Mythos verträgt sich nicht mit der Barbarei gegen die Menschheit der in der Türkei als Helden verehrten Völkermörder. Die Nichtaufarbeitung der eigenen Geschichte trieb in der Türkei seltsame Blüten, sodass alles Armenische im Land schlicht geleugnet wurde und wird. Diese Leugnung schlägt sich umfassend nieder: in der staatlichen Geschichts-, Erinnerungs- und Bildungspolitik ebenso wie in der Strafgesetzgebung.

Das Naziregime, das sehr genau über den Genozid an den Armenier*innen und die Straflosigkeit der verantwortlichen Staatslenker informiert war, verehrte die Türkei unter Mustafa Kemal als starke und beispielhafte Nation. Kurz vor dem deutschen Überfall auf Polen zerstreute Hitler bei einer Ansprache vor den Oberbefehlshabern der Heeresgruppen am 22. August 1939 deren etwaige Bedenken gegen Pläne zur Vernichtung „slawischer Untermenschen“ mit dem Hinweis auf die Vergesslichkeit des Weltgewissens und fragte: „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“²¹ Hitler persönlich war über die Geschehnisse im Osmanischen Reich bestens informiert. Einer seiner treuesten Anhänger und Berater war der Vizekonsul von Erzurum Max Erwin von Scheubner-Richter, ein Augenzeuge der Vernichtung der Armenier*innen im Osmanischen Reich. Er war wie viele Offiziere im Osmanischen Reich als Waffenbruder stationiert gewesen und machte später bei den Nazis Karriere. Als weiteres Beispiel sei Konstantin von Neurath erwähnt, während des Genozids an den Armenier*innen Geschäftsträger der Kaiserlichen Botschaft in Konstantinopel. Wohl wissend, was mit den Armenier*innen geschieht, erstattete er am 26. Oktober 1915 folgenden Bericht an den deutschen Reichskanzler: „Das Vertrauen der Türken ist aber für uns zu wichtig, um es durch den Versuch, den Armeniern ihre alte Rolle wiederzuschaffen, zu gefährden.“²² Auch Neurath machte unter den Nazis Karriere und wurde zum Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, wo er unter anderem für die Unterdrückung der Kultur der Tschech*innen und für die Durchsetzung der Nürnberger Gesetze zuständig war.²³

Auf die Frage von Adolf Hitler im Jahre 1939 „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“ hat die Bundesrepublik Deutschland jahrzehntelang keine Antwort gefunden. Bis zur Rede des Bundespräsidenten

21 Gauck, Joachim (2015): Worte des Gedenkens im Anschluss an den ökumenischen Gottesdienst anlässlich der Erinnerung an den Völkermord an Armeniern, Aramäern und Pontos-Griechen, 23.04.2015, in: Der Bundespräsident (online), <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/04/150423-Gedenken-Armenier.html> (abgerufen am 04.10.2023).

22 Diplomatische Aktenstücke des Politischen Archives des Auswärtigen Amtes, Quelle: DE/PA-AA/R14088 in: Armenocide (online), Link: [http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/\\$\\$AllDocs/1915-10-26-DE-001](http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/$$AllDocs/1915-10-26-DE-001) (abgerufen am 04.10.2023).

23 Eikenberg, Gabriel/DHM (2014): Konstantin Freiherr von Neurath 1873-1956, in: Lebendiges Museum (online), <https://www.dhm.de/lemo/biografie/konstantin-neurath> (abgerufen am 04.10.2023).

Joachim Gauck 2015, der Rede des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert 2016 und der Verabschiedung der Bundestagsresolution zur Anerkennung des Genozids an den Armenier*innen im selben Jahr war Schweigen die Konstante der diesbezüglichen Politik in Deutschland: Schweigen über das türkische Staatsverbrechen und Schweigen über den deutschen Anteil daran.

Bereits dreißig Jahre zuvor brachte die Dokumentation „Die armenische Frage existiert nicht mehr – Tragödie eines Volkes“ das Thema des Völkermordes an den Armenier*innen einem größeren Publikum in Deutschland nahe. Der Film, den der Journalist und Autor Ralph Giordano 1986 für die ARD produziert hatte, löste wütende Proteste der türkischen Vereine und Verbände und türkischer Diplomaten aus:

„Da die Türkei die Leugnung des Genozids quasi zum Staatsdogma erhoben hatte und aus Deutschland nie etwas anderes gekommen war als Schweigen über die Mitverantwortung des kaiserlichen Bundesgenossen, konnte wohl eine heftige Reaktion erwartet werden, nicht aber das Erdbeben, das den Sender dann bis in seine Grundfesten erschütterte.“²⁴

Giordano erhielt damals zahlreiche Morddrohungen aus türkisch-nationalistischen Gruppierungen – und ließ sich doch nicht einschüchtern. Ähnlich erging es dem Magazin DER SPIEGEL, als es 1992 eine Serie zum Bergkarabach-Konflikt und zum türkischen Genozid an den Armenier*innen brachte. In verschiedenen Städten kaufte die türkische Community massenweise die betreffenden Ausgaben des Magazins auf, um sie der

deutschen Leserschaft vorzuenthalten oder um sie, wie in Ulm geplant, auf dem Marktplatz zu verbrennen.²⁵ Auch die türkischen Auslandsvertretungen in Deutschland werden schnell aktiv, wenn der Völkermord an den Armenier*innen in der Öffentlichkeit thematisiert wird. Exemplarisch zeigt GEO EPOCHE in seinem Beitrag „Mord an Armeniern: kein Genozid?“, wie eine solche Agitation vor sich geht. Das Geschichtsmagazin berichtet darin über Interventionen des türkischen Botschafters in Berlin.²⁶

Wo das Wirken der türkischen Diplomaten*innen in Deutschland nicht ausreicht, werden örtliche türkische Vereine und Verbände mobilisiert, um in der „Armenierfrage“, wie der Genozid in der Sprache der Leugner*innen und Nationalist*innen genannt wird, aktiv zu werden. 2004 verlangten türkische Vereine und Verbände im Rahmen einer öffentlichen Protestwelle und flankiert vom türkischen Konsul die Absetzung des Theaterstücks „Beast on the Moon“ von Richard Kalinoski. Das Stück hätte auf den „17. Europäischen Kulturtagen Karlsruhe“ aufgeführt werden sollen; der Generalintendant des Badischen Staatstheaters Karlsruhe reagierte auf die Proteste, indem er das Stück aus dem Programm strich. Die Stadt Karlsruhe teilte dazu mit: „Aufgrund der Sensibilität unserer türkischen Freunde bezüglich der Thematik wurde das Schauspiel vom Generalintendanten des Badischen Staatstheaters aus dem Festivalprogramm herausgelöst.“²⁷

Auch gegen das Theaterstück „Das Märchen vom letzten Gedanken“ des jüdischen Schriftstellers Edgar Hilsenrath wurde heftiger Protest entfacht, als es 2014 in Konstanz uraufgeführt werden sollte. Der Türkische Generalkonsul verlangte, dass vor jeder Aufführung sein Brief verlesen und auf der Webseite des Theaters veröffentlicht werden solle; in dem Brief wird der Genozid geleugnet. Diesem Wunsch ist das Theater umgehend gefolgt, wer sich zu dem Stück informieren wollte, fand den Brief des Generalkonsuls auf der Seite des Konstanzer Theaters. Die Reaktion der Armenischen Gemeinde

24 Giordano, Ralph (2007): Erinnerungen eines Davongekommenen, Köln, S. 432.

25 DER SPIEGEL Ausgabe 15/1992, Hausmitteilung Boykott, 05.04.1992, in Spiegel.de (online), <https://www.spiegel.de/politik/hausmitteilung-boykott-a-6341d692-0002-0001-0000-000009276342> (abgerufen am 04.10.2023)

26 Redaktion GEO EPOCHE (2012): Mord an den Armeniern: kein Genozid?, in GEO (online), <https://www.geo.de/magazine/geo-epoche/3082-rtkl-osmanisches-reich-mord-den-armeniern-kein-genozid> (abgerufen am 04.10.2023).

27 Der gesamte Briefwechsel findet sich als PDF unter: Arbeitsgruppe Anerkennung - Gegen Genozid, für Völkerverständigung e. V., https://www.aga-online.org/wp-content/uploads/Karlsru_Antwort.pdf (abgerufen am 04.10.2023), Zitat von S. 1 im PDF.

Baden-Württemberg zu dem Vorgang wurde auf der Homepage nicht veröffentlicht.²⁸

Fast unabhängig davon, welchem türkischen (partei-) politischen Spektrum jemand angehört – ob Anhänger*in der AKP, anderer islamistischer Parteien, der kemalistischen CHP, linksnationalistischer oder neofaschistischer Gruppen - besteht Einigkeit bei der Leugnung des Genozids an den Armenier*innen. Das gilt in Deutschland ebenso wie in der Türkei. Eine Ausnahme bildet die HDP, die den Völkermord als einzige Partei, die im Parlament vertreten war, anerkennt und sich um Aufarbeitung bemüht. Für die Mehrheit der Türk*innen jedoch hat es den Völkermord nicht gegeben. In der Türkei, aber auch in Deutschland wird diese Haltung von einer erdrückenden Mehrheit vertreten. Von der DITIB, der *Union Internationaler Demokraten* (UID), den Vereinen der Ülkücü-Ideologie, über die Atatürk-Vereine, den türkischen sozialdemokratischen Vereine, aserbajdschanischen Vereinigungen bis hin zur *Türkischen Gemeinde in Deutschland* (TGD): Über alle politischen Grenzen hinweg besteht eine seltene Einheitsfront, wenn es um die „Armenierfrage“ geht.²⁹

Die Relativierung, Verfälschung und Leugnung des Völkermordes an den Armenier*innen wird von diesen Organisationen permanent durchzusetzen versucht – seit Jahrzehnten. Keine Veranstaltung dazu - egal ob Vortrag, Ausstellung oder Lesung - an einer deutschen Universität, Volkshochschule, bei einem Bildungsträger oder einer Kirchengemeinde findet statt, ohne von einem mahnenden oder bedrohlichen Schreiben des örtlichen türkischen Konsulats begleitet zu werden; deutsch-türkische Vereine und Verbände üben zusätzlichen Druck

aus. Vielfach müssen entsprechende Veranstaltungen unter Polizeischutz abgehalten werden, weil die Reaktionen mitunter heftig und bedrohlich ausfallen.³⁰ All dies geschieht hier in Deutschland, durch Vereine und Verbände, die die Leugnungsideologie Ankaras übernommen haben und die der deutschen Mehrheitsgesellschaft diese Sichtweise aufzudrücken versuchen. Ähnliches spielt sich in den sogenannten Integrationsräten - Migrant*innenvertretungen auf kommunaler Ebene - ab, wenn die „Armenierfrage“ virulent wird.³¹

Dass die DITIB eine von der Türkei gelenkte staatliche Institution ist, dürfte mittlerweile bekannt sein (zur DITIB siehe auch den Beitrag von Akbulut). Die Imame, die in den hunderten DITIB-Moscheen in Deutschland eingesetzt werden, sind türkische Beamte, die vom türkischen Amt für Religionsangelegenheiten *Diyanet* in Ankara entsandt werden. Nach Recherchen des Autors unterhält jede türkische Auslandsvertretung in Deutschland einen örtlichen Religionsattaché, der unmittelbar auf die Staatsbediensteten Einfluss nehmen kann. Erheblich hat die DITIB gegen die Resolution des Bundestages zur Anerkennung des Völkermordes an den Armenier*innen agiert. In Schreiben und in persönlichen Ansprachen³² warnte sie die Bundestagsabgeordneten davor, der „Armenien-Resolution“ 2016 zuzustimmen: Nicht nur werde sie das Verhältnis zwischen Berlin und Ankara negativ beeinflussen, sondern auch das Zusammenleben in Deutschland, so der damalige Koordinator der DITIB-Landesverbände Murat Kayman.³³ In einem Protestschreiben von 2016 an den Deutschen Bundestag gegen die Anerkennung des Genozids fanden sich unter den 557 unterzeichnenden Vereinen³⁴ mehr als 160 DITIB-Moscheegemeinden³⁵.

28 Freudenreich, Josef-Otto (2014): Hass am Bodensee, 26.03.2014, in: Kontext: Wochenzeitung (online), <https://www.kontextwochenzeitung.de/macht-markt/156/hass-am-bodensee-2109.html> (abgerufen am 04.10.2023).

29 Vgl. Hür, Kemal (2016): Protest eint Säkulare und Erdogan-freundliche Konservative, in: Deutschlandfunk (online), 02.06.2016, <https://www.deutschlandfunk.de/tuerkische-reaktionen-auf-armenier-resolution-protest-eint-100.html> (abgerufen am 20.10.2023).

30 O. A. (2019): Genozid-Gedenken der Armenier: Drohungen und Verbindungen zum türkischen Konsulat, in: RUHRBARONE (online), 03.05.2019, <https://www.ruhrbarone.de/genozid-gedenken-der-armenier-drohungen-und-verbindungen-zum-tuerkischen-konsulat/166389/> (abgerufen am 04.10.2023).

31 Vgl. taz (2016): Integrationsrat leugnet Völkermord, in: taz (online), 18.06.2016, <https://taz.de/Zoff-in-Duisburg-um-Armenien-Resolution/!5314402/> (abgerufen am 20.10.2023).

32 Vgl. taz (2016): Protest gegen Bundestags-Resolution, 25.05.2016, <https://taz.de/Voelkermord-an-den-Armeniern/!5307743/> (abgerufen am 20.10.2023).

33 Rheinische Post: Breite Mehrheit für Völkermord-Resolution erwartet, in: Rheinische Post (online), 02.06.2016, https://rp-online.de/politik/deutschland/armenien-resolution-abgeordnete-rechnen-mit-breiter-mehrheit_aid-17999265 (abgerufen am 04.10.2023).

34 Vgl. Erol, Merve/Gottschlich, Jürgen (2015): ERMENİ SOYKIRIMINDA ALMANYA'NIN ROLÜ (Interview), in: Heinrich Böll Stiftung (online), <https://tr.boell.org/tr/2015/11/06/ermeni-soykiriminda-almanyanin-rolu-acik-ittifak-ortuk-sorumluluk> (abgerufen am 20.12.2023).

35 Das Schreiben an die Bundestagsabgeordneten vom März 2016 wurde nicht veröffentlicht, es liegt dem Autor als Scan vor.

Dass eine revisionistische Haltung zum Genozid an den Armenier*innen der Karriere in Deutschland nicht schadet, zeigt sich bei der aktuellen Leiterin der *Deutschen Islam Akademie* (DIA). Als DITIB-Funktionärin in Berlin war Pinar Çetin bei den geschichtsleugnenden Protesten 2016 eine der unüberhörbaren Stimmen.³⁶ Auch aufgrund ihrer expliziten Anfeindungen gegen vor allem türkeistämmige Bundestagsabgeordnete mussten nach der „Armenien-Resolution“ die Sicherheitsmaßnahmen für diese Abgeordneten verstärkt werden.³⁷ Çetins Karriere hat die Leugnung des Genozids nicht geschadet. Als Mitbegründerin und Vorstandsvorsitzende der DIA, die politische Bildung und Jugendarbeit betreibt, wurde sie „für ihren langjährigen, innovativen und humorvollen Einsatz für eine interkulturelle und interreligiöse Begegnung, ihr mutiges, vorbildhaftes Engagement, auch in Konflikten Brücken zu bauen, sowie für ihren leidenschaftlichen Einsatz gegen Zuschreibungen und Vorurteile“ im Jahr 2020 mit dem „Band für Mut und Verständigung“ der Länder Berlin und Brandenburg ausgezeichnet. Erst aufgrund des Protestes des Verfassers wurde der Preis von ihr zurückgegeben.³⁸ Die Fördermittel für die DIA fließen anscheinend dennoch weiter.³⁹

Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD)

Großen Einfluss hat in der Debatte die *Türkische Gemeinde in Deutschland* (TGD). Obwohl sie als überparteiliche deutsche Organisation gegründet wurde, ist die Haltung der TGD in weiten Teilen mit der offiziellen Leugnungshaltung der Türkei identisch. Von den

ehemaligen Vorsitzenden Hakkı Keskin und Kenan Kolat bis hin zum aktuellen Co-Vorsitzenden Gökay Sofuoğlu haben sich die Herren allesamt als Posaunisten Ankaras betätigt. 2001 traf sich die TGD im April - dem Monat des weltweiten Gedenkens an den Genozid an den Armenier*innen - zum Wochenendseminar über die „Armenierfrage“ und zur anschließenden Bundesdelegiertensitzung der TGD. Das Treffen im nordrhein-westfälischen Extertal diente nicht etwa dazu, sich - frei von der in der Türkei üblichen Kriminalisierung - der Aufarbeitung des Völkermordes an den Armenier*innen zu widmen und sich mit den Erfahrungen und Kämpfen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft bezüglich der Aufarbeitung der Shoah oder anderer von Deutschen begangener Verbrechen auseinanderzusetzen; in der TGD machte man sich vielmehr Gedanken, wie die Vorwürfe der armenischen „Lobby“, es handele sich bei den „Ereignissen“ um einen Völkermord, zurückzuweisen seien.⁴⁰

Auch dem ehemaligen TGD-Vorsitzenden Hakkı Keskin, der als glühender Leugner dem SPIEGEL gegenüber erklärte, es gebe „keine Belege für einen Völkermord“⁴¹, verbaute die Genozidleugnung nicht die Karriere: Er zog 2005 in den Bundestag ein.⁴² Umtriebig war auch der ehemalige TGD-Vorsitzende Kenan Kolat, wenn es um den Völkermord an den Armenier*innen ging. Heute ist er Vorsitzender des *CHP Bund in Berlin* - und sich mit dessen Mutterpartei CHP einig, wenn es um die Leugnung des Genozids geht. 2009 wehrte er sich gegen die Aufnahme des Völkermordes an den Armenier*innen in die Schullehrpläne Brandenburgs: Diese „geschichtlichen Ereignisse“ seien „bisher unzureichend und einseitig behandelt worden“; das Thema im Unterricht zu behandeln, „gefährde den inneren Frieden“ und könne türkische Schüler*innen unter „psychologischen Druck“

36 ARD (2016): Armenien-Resolution: Türkische Verbände protestieren vor Bundestagsabstimmung, 2016, abrufbar auf: YouTube, https://youtu.be/K_wyKMS-9xk (abgerufen am 04.10.2023).

37 ZEIT ONLINE (2016): Türkischstämmige Abgeordnete stehen unter Polizeischutz, in: ZEIT ONLINE, 12.06.2016, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-06/parlamentarier-tuerkischstaemmig-reisen-tuerkei> (abgerufen am 04.10.2023).

38 Marken, Jennifer (2021): Scharfer Protest gegen eine fragwürdige Auszeichnung, in: haGalil (online), 08.03.2021, <https://www.hagalil.com/2021/03/cetin/> (abgerufen am 04.10.2023).

39 Deutsche Islam Akademie (o. J.): Etablierung der DIA, in: Deutsche Islam Akademie (online), <https://deutsche-islam-akademie.de/etablierung-der-dia/> (abgerufen am 04.10.2023).

40 Uyar, Armenien, Türkei und Deutschland: Vom Völkermord bis in die Gegenwart, Seite 204 mwN, in: Geisen, Karcher, Grenzen: Sozial-Politisch-Kulturell, 2003

41 Hengst, Björn (2007): Völkermord-Debatte löst Streit in Linksfraktion aus, in: SPIEGEL Politik (online), 09.01.2007, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/tuerkei-und-armenien-voelkermord-debatte-loest-streit-in-linksfraktion-aus-a-458727.html> (abgerufen am 04.10.2023).

42 Deutsch-Türkisches Journal (2015): Die doppelte Identität von Hakkı Keskin und das „muslimische Israel“, in: 06.05.2015, in: dtj (online), 06.05.2015, <https://dtj-online.de/die-doppelte-identitaet-von-hakki-keskin-und-das-muslimische-israel/> (abgerufen am 04.10.2023).

setzen.⁴³ Auch versuchte er zu verhindern, dass das ehemalige Haus des evangelischen Pfarrers Johannes Lepsius, der während des Völkermordes als einer der wenigen darum gekämpft hatte, möglichst viele Verfolgte zu retten, in eine Forschungs- und Begegnungsstätte umgewandelt wird. Der damaligen Bundeskanzlerin schrieb die TGD unter Kolat einen Protestbrief, um die Sanierung des Gebäudes und dessen Umwandlung in eine Bildungseinrichtung zu verhindern.⁴⁴

Gegen den 2010 erschienenen und mehrfach preisgekrönten Dokumentarfilm „Aghet – ein Völkermord“ von Eric Friedler, der den Genozid an den Armenier*innen im Osmanischen Reich anhand von Zeitzeugenaussagen und historischen Dokumenten beschreibt, protestierte der stellvertretende TGD-Vorsitzende Bahattin Kaya, der schon im Rahmen des Protestes gegen das Lepsius-Haus den Völkermord geleugnet hatte.⁴⁵ Nach der „Aghet“-Erstaufführung durfte er, als TGD-Vertreter, seine Haltung der Leugnung in einer Phoenix-Diskussionsrunde ausbreiten.⁴⁶ Konsequenzen innerhalb der deutschen Gesellschaft hatte er danach nicht zu fürchten. Mit seiner für die CDU im Bundestag sitzenden Schwägerin Serap Güler führte er Veranstaltungen mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Wulff und, im Juni 2023, mit dem CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz durch und ließ sich in prominenter Runde ablichten.⁴⁷ Beim Staatsbankett des Bundespräsidenten Steinmeier zu Ehren des Präsidenten der Republik Türkei Erdogan im September 2018 in Berlin war er ebenso Gast wie der aktuelle (Co-)Vorsitzende der TGD.⁴⁸

Im Übrigen werden der ehemalige TGD-Vorsitzende Hakkı Keskin und ebenso das ehemalige TGD-Vorstandsmitglied Bahattin Kaya als Kontakte der *Abteilung für Angelegenheiten des Präsidenten der Republik Aserbaidschan* geführt.⁴⁹ Letzterem wurde 2016 vom autokratischen Führer Aserbaidschans, İlham Aliyev, der Orden „Für den Dienst am Vaterland“ verliehen,⁵⁰ die berüchtigte „Aserbaidschan-Connection“, die wegen hoher Geldzahlungen an deutsche Parlamentarier*innen vor zwei Jahren aufflog, ist offenbar spendabel. Das Regime gehört jedenfalls zu den militanten Genozidleugnern staatlicherseits.

Der seit 2014 als (Mit-)Vorsitzender amtierende Sefa Gökyay steht bei der „Armenierfrage“ ganz in der Tradition der TGD. Über seine Haltung zum Genozid gibt sein Wikipedia-Eintrag, unter Zitierung von Medienberichten⁵¹, folgende Auskunft:

„Sofuoğlu leugnet den Völkermord an den Armeniern und kritisierte die Armenien-Resolution, mit der der Bundestag den Genozid am armenischen Volk am 2. Juni 2016 fast einstimmig anerkannte. Der Genozid an den Armeniern müsse nach Ansicht von Sofuoğlu zunächst ‚wissenschaftlich aufgearbeitet‘ werden und sei ‚juristisch und historisch [...] zu wenig beleuchtet‘.“⁵²

43 Krüger, Karen (2009): Die armen Schüler, in: FAZ.NET (online), 07.08.2009, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/voelkermord-im-lehrplan-die-armen-schueler-1838263.html> (abgerufen am 04.10.2023).

44 Tagesspiegel/Goltz, Hermann (2009): Lepsius-Haus Potsdam: „Wir sind keine anti-türkische Einrichtung“, in: Tagesspiegel PNN (online), 12.08.2009, <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/wir-sind-keine-anti-turkische-einrichtung-6524719.html> (abgerufen am 04.10.2023).

45 Tagesspiegel, Brandenburg: Bund gibt Gelder frei fürs Lepsius-Haus, 27.08.2009, „Die Ereignisse werden bereits ohne ernsthafte Beweise als Völkermord gesehen“, in: Tagesspiegel (online), <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/bund-gibt-gelder-frei-furs-lepsius-haus-6521629.html> (abgerufen am 04.10.2023)

46 phoenix Runde (2010): Aghet - Ein Völkermord?, abrufbar unter: YouTube, <https://youtu.be/JgIeTv2a1Ww>, (abgerufen am 04.10.2023).

47 Hürriyet: Merz, Türk iş insanlarıyla buluştu (Merz traf sich mit türkischen Geschäftsleuten), in: Hürriyet (online), 28.10.2022, <https://www.hurriyet.com.tr/avrupa/merz-turk-is-insanlariyla-bulustu-42161025> (abgerufen am 04.10.2023).

48 Vgl. Posting mit Foto auf Twitter von Aydan Özoguz am 28.09.2018 <https://twitter.com/oezoguz/status/1045779477379379203/photo/1>

49 HAYPRESS (2022): Post auf Twitter vom 26.09.2022, https://twitter.com/HAYPRESS_news/status/1574385066750320640 (abgerufen am 04.10.2023).

50 HAYPRESS (2023): Post auf Twitter vom 13.07.2023, https://twitter.com/HAYPRESS_news/status/1679505334769971200 (abgerufen am 20.10.2023).

51 Als Quellen für die Zitate im Wikipedia-Betrag werden angegeben: SPIEGEL Politik (2016): Türkische Gemeinde nennt Völkermord-Debatte „Polit-Show“, in SPIEGEL Politik (online), 02.06.2016, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/armenien-resolution-im-bundestag-tuerkische-gemeinde-spricht-von-politshow-a-1095395.html>; Hannoversche Allgemeine Zeitung (2016): Deutschtürken fühlen sich übergangen, in: HAZ (online), 09.06.2016, archiviert in: <https://web.archive.org/web/20211111003626/https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Tuerkische-Gemeinde-Deutschtuerken-werden-in-der-Armeniendebatte-uebergangen> (beide abgerufen am 20.10.2023).

52 Wikipedia (2023): Gökyay Sofuoğlu, in: Wikipedia, bearb. am 19.09.2023, https://de.wikipedia.org/wiki/G%C3%B6kyay_Sofuoğlu (abgerufen am 04.10.2023).

Öffentlich in Pressemitteilungen hat sich die TGD wiederholt im folgenden Sinne geäußert:

„Die TGD wiederholt die Forderung nach Gründung einer Kommission aus unabhängigen Historikerinnen und Historikern, die sich paritätisch aus armenischen und türkischen, aber auch anderen international renommierten Historikerinnen und Historikern zusammensetzt. Die Archive in der Türkei (diese sind bereits zugänglich) und Armenien sollen zur Sichtung seitens dieser Kommission bereitgestellt werden. Die Ergebnisse dieser Kommission sollen der Weltöffentlichkeit gemeinsam vorgestellt werden.“⁵³

Mit diesem Vorschlag übernimmt die TGD exakt die Forderung der Türkei⁵⁴, wie sie Ankara im internationalen Diskurs immer wieder stellt. Davon abgesehen, dass es während des Völkermordes an den Armenier*innen im Osmanischen Reich keinen armenischen Staat gab, der über Archive verfügen könnte, wird darin die Faktizität des Völkermordes als ungeklärte Frage dargestellt – entgegen der internationalen Geschichtswissenschaft. Außerdem wurde die von der TGD und Ankara vorgebrachte Forderung längst umgesetzt: Die *Türkisch-Armenische Versöhnungskommission* (TARC), die 2001 gegründet wurde und sich aus Vertreter*innen der türkischen

und der armenischen Seite zusammensetzte, beauftragte das *International Center for Transitional Justice* (ICTJ) damit, eine unabhängige juristische Studie über die Anwendbarkeit der Völkermordkonvention von 1948 auf die Ereignisse des frühen zwanzigsten Jahrhunderts durchzuführen. Das ICTJ kam im Frühjahr 2003 zu dem Urteil, dass die Ereignisse von 1915 um die Vernichtung der Armenier*innen im Osmanischen Reich alle Straftatbestände der „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ erfüllen.⁵⁵ Für den Vater der Völkermordkonvention, Raphael Lemkin, dem die Wortschöpfung *genocide* zu verdanken ist, waren die Vernichtung der Armenier*innen im Osmanischen Reich und der von den Nazis begangene Völkermord an den Jüdinnen*Juden in Europa diejenigen Ereignisse, die die UN-Völkermordkonvention motivierten. Er selbst hat sich zu beiden Völkermorden und zu deren Einfluss auf die Konvention geäußert.⁵⁶

Obwohl die TGD und andere türkische Organisationen und Einzelpersonen die Leugnung eines Menschheitsverbrechens propagieren, haben sie in Deutschland keine gesellschaftlichen Konsequenzen zu fürchten. Der Webseite der TGD ist zu entnehmen, dass zehn ihrer Projekte, die Landesverbände nicht mitgerechnet, mit staatlichen Mitteln gefördert werden. Insider der TGD gehen davon aus, dass die staatliche Förderung längst die Millionenmarke überschritten hat.⁵⁷ Dass eine Organisation, die seit Jahrzehnten den Völkermord an den Armenier*innen leugnet und in diesem Sinne bundesweit aktiv ist, heute ein Projekt namens „Beratungsstelle gegen Rassismus“ durchführt und von der Bundesregierung dafür Fördergelder erhält, ist deutsche Realität – oder besser: Absurdität.⁵⁸ Dass die TGD ihre „Forderung nach Gründung einer Kommission“ (s.o.), um den

53 Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) (2016): TGD ruft bei der Aufarbeitung der Armenierfrage zu Besonnenheit auf, in: TGD (online), 20.04.2016,

<https://www.tgd.de/2016/04/20/tgd-ruft-bei-der-aufarbeitung-der-armenierfrage-zu-besonnenheit-auf/> (abgerufen am 04.10.2023).

54 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Türkiye (o. J.): Başbakan Sayın Recep Tayyip Erdoğan 1915 olaylarına ilişkin bir mesaj yayımladı (Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan veröffentlichte eine Botschaft zu den Ereignissen von 1915), in: mfa.gov, <https://www.mfa.gov.tr/basbakan-sayin-recep-tayyip-erdogan-1915-olaylarina-iliskin-bir-mesaj-yayimladi.tr.mfa> (abgerufen am 20.10.2023).

55 International Center for Transitional Justice (ICTJ) (2003): International Center for Transitional Justice. „The applicability of the United Nations Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide to events which occurred during the early twentieth century, in: ICTJ, in: <https://www.ictj.org>, https://www.armenian-genocide.org/Affirmation.244/current_category.5/affirmation_detail.html (abgerufen am 04.10.2023).

56 Interviewausschnitt (Videoaufzeichnung) (2022 [1949]): Raphael Lemkin referring to the Armenian Genocide (full interview: CBS, 1949), in: YouTube, eingestellt am 5.04.2023, <https://youtu.be/IGUWQJ3Spyk?si=oYnTy5y7QwZDBGUT> (abgerufen 04.10.2023).

57 Recherchen des Autors unter Berücksichtigung der von der TGD angegebenen Projekte auf der Website unter der Rubrik Aktuelle Projekte, in: <https://www.tgd.de/projekte/> (abgerufen 04.10.2023)

58 Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) (o. J.): Community plus – Beratungsstellen gegen Rassismus, in: TGD (online), <https://www.tgd.de/projekte/communityplus/> (abgerufen am 04.10.2023)-

Völkermord an den Armenier*innen vorgeblich aufzuarbeiten, ausgerechnet an Hitlers Geburtstag veröffentlicht hat, zeigt, wie „sensibel“ in der TGD gearbeitet wird.

Von der Haltung der TGD und anderer türkischer Organisationen und den daraus resultierenden Aktivitäten geht die konkrete Gefahr aus, die Opfer eines rassistischen Staatsverbrechens zu verhöhnern und die Täter*innen zu feiern. Die Leugnung eines Völkermordes wird in der Genozidforschung als die letzte Stufe des Genozids angesehen, denn mit der Leugnung werden die Täter*innen rehabilitiert und die Opfer zu Schuldigen gemacht; demnach ist Leugnung ein integraler Bestandteil jeden Völkermordes.⁵⁹

Würde die Politik mit einer Organisation zusammenarbeiten, die die Shoa leugnet? Wieso ist es möglich, dass hier Kooperationen bestehen und Fördergelder in Organisationen gesteckt werden, die die systematische Vernichtung von 1,5 Millionen Armenier*innen bestreiten. Die kritische Überprüfung und Beendigung von Kooperationen mit türkischen Vereinigungen, wie der TGB, DITIB, ATIB und anderen Organisationen, die sich der türkischen Staatsräson verpflichtet fühlen, ist längst **überfällig**. Radikalisierte Anhänger*innen islamistischer und türkisch-nationalistischer Staatsverständnisse bedrohen und greifen sogar zu ganz direkter Gewalt gegen Armenier*innen oder deren Unterstützer*innen. Auch deshalb müssen gruppenbezogene menschenfeindliche Haltungen in türkischen Verbänden in Deutschland benannt, sichtbar gemacht und bekämpft werden. Und hier sind alle gleichermaßen gefordert: Politik, Kirche, Gesellschaft und Medien dürfen nicht nach Herkunft oder Pass unterscheiden, wenn es darum geht, die Leugnung eines Menschheitsverbrechens und die ideologische Pflege eines genozidalen Rassismus zu verurteilen.

59 Stanton, Gregory H. (2016): The Ten Stages of Genocide, in: Genocide Watch (online), <http://genocidewatch.net/genocide-2/8-stages-of-genocide/> (abgerufen: 04.10.2023).

Wie (deutsch-)türkische Gruppierungen Aktivistinnen bedrohen, Diaspora-Communitys einschüchtern und den innermigrantischen Rassismus schüren

Ninve Ermagan

Türkische Institutionen schaffen ein Klima der Angst

„Wir werden euch alle finden, und eure Kinder werden an euren Gräben stehen, bevor sie in ihr eigenes Grab fallen!“ – so lauten Drohungen rechtsextremer Türk*innen gegen Menschen assyrischer, armenischer und kurdischer Herkunft in Deutschland. Da hierzulande noch der Irrtum besteht, diese Konflikte und der Hass auf Minderheiten beschränkten sich nur auf die Heimatregion Türkei, verkennt die deutsche Öffentlichkeit, dass sich die Bedrohungslage für Kritiker*innen der türkischen Regierung ausweitet und verschärft. Von wem geht diese Gefahr aus? Für die letzten Jahre muss konstatiert werden, dass türkische Verbände, Institutionen und rechte Nationalist*innen ein Klima der Angst geschaffen haben. Im Auftrag der türkischen Regierung spionieren Akteur*innen hierzulande Menschen aus und gehen weltweit auf Dissidentenjagd. Präsident Erdoğan hat seit dem gescheiterten Putsch in der Türkei seine Maßnahmen verschärft und die Suche nach Gegner*innen seiner Politik ausgeweitet, auch in Deutschland.

Hierzulande wird die Gefahr verharmlost, da im öffentlichen Diskurs die Vorstellung herrscht, dass es sich ausschließlich um einen Konflikt zwischen türkischen

Nationalist*innen und PKK-Anhänger*innen handle. „Sollen sie sich ruhig die Köpfe einschlagen, nur bitte nicht hier.“ – Diese gleichgültige Haltung hat sich politisch und sozial weitgehend durchgesetzt. Dabei sollte es durchaus zu denken geben, dass es in Deutschland 800 offizielle und 6000 bis 8000 inoffizielle Mitarbeiter*innen des türkischen Geheimdienstes MIT gibt, die hier Kritiker*innen der türkischen Regierung, Armenier*innen, Assyrer*innen, Kurd*innen, Alevit*innen und türkische Linke bespitzeln.

Die Betroffenen müssen wachsam sein, denn der Geheimdienst ist perfide: Viele mögen glauben, dass Menschen kurdischer Herkunft nicht Teil dieses Apparats sein könnten, ebenso Aktivist*innen und Medienschaffende, die das AKP-Regime in der Öffentlichkeit verurteilen; doch unglücklicherweise schleusen sich entsprechende Personen, (inoffizielle) MIT-Mitarbeiter*innen, ein, um Zugang zum Anti-Erdoğan-Netzwerk zu erhalten. Die Methoden und Einschüchterungsversuche werden niederträchtiger, gefährlicher, und sie demonstrieren den Opfern: Wenn wir wollen, können wir dir ganz nah kommen. „Kein fremder Geheimdienst kann auf deutschem Boden auf so viele Leute zurückgreifen, so wie umgekehrt der MIT nirgendwo außerhalb der Türkei über so viel Personal verfügt“, schreibt Deniz Yücel in der WELT.¹

¹ Yücel, Deniz (2021): Erdogans Regime der Angst hat längst auf Deutschland übergreifen, in WELT (online), 18.07.2021, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article232586017/Tuerkische-Agenten-Ein-Regime-der-Angst-in-Deutschland.html> (abgerufen am 02.06.2023).

Aktivistinnen werden gezielt eingeschüchtert

Die Methoden werden wie gesagt perfider und gefährlicher. Ich durfte es am eigenen Leib erfahren. Nachdem ich im Dezember 2020 einen Artikel über die *Grauen Wölfe* verfasst hatte, bekam ich am Tag der Veröffentlichung einen Anruf von einem Kollegen. Er wollte mich darauf vorbereiten, was mich als Frau künftig erwarten werde. Er war außer sich vor Sorge. Ich habe ihn nicht ernst genommen, denn ein paar Beleidigungen türkischer Nationalisten auf Social Media tangieren mich nicht weiter. Doch das, was sich im Folgenden ereignete – darauf war ich nicht vorbereitet. Es macht mir Angst, und ich fühle mich seitdem in Deutschland nicht mehr sicher. Die Sorgen meines Kollegen erwiesen sich im Nachhinein als angemessen.

Meine assyrisch-christlichen Eltern sind 1990 aus der Türkei nach Deutschland geflüchtet. Deshalb setze ich mich für die Aufklärung und Aufarbeitung des Völkermordes an meinen Vorfahren im Jahr 1915 im Osmanischen Reich ein – den die türkische Regierung und die türkischen Nationalist*innen leugnen – und befasse mich mit der Situation religiöser und ethnischer Minderheiten. Nach besagtem Artikel zum 106. Völkermord-Gedenktag erhielt ich nachts anonyme Anrufe – und das über Wochen. Aber ich dachte mir nicht viel dabei. Dann wurde mein Facebook-Account gehackt, und selbst da machte ich mir noch keine Sorgen. Aber die Nachricht, die mir schließlich per Twitter zugeschickt wurde, würde mir den Schlaf rauben und mich in eine lang anhaltende Schockstarre versetzen. Ein Anhänger der türkischen *Grauen Wölfe* schrieb mir, dass ihnen meine „Fickstories“ bekannt seien; außerdem würden Sie meine sexuellen Abneigungen kennen und mich auslachen. Diese Nachricht war eine Demütigung, der reinste Albtraum, eines der schlimmsten Dinge, die man einer Frau antun kann, um sie zum Schweigen zu bringen. Des Weiteren wurde mir gedroht, man werde mich und meine Eltern finden, wenn ich nicht aufhörte mit meinen „Lügen“. Die Nachrichten enthielten, zusammenhanglos aufgelistet, Informationen, die nicht öffentlich bekannt sind. Um an sie heranzukommen, müsste man WhatsApp-Nachrichten gehackt, mein Telefon abgehört und – auch wenn ich den Gedanken zu verdrängen suche – mich beobachtet haben. Die Nervosität

und Angst führten dazu, dass ich mich ständig übergeben musste, mein Körper und meine Seele konnten die Belastung nicht mehr verkraften.

Eine Frage, die sich daraus ergibt, lautet: Warum bedrohen solche Akteure Frauen auf diese Art und Weise? Warum werden genau diese Methoden eingesetzt? Die türkischen rechten Organisationen sind patriarchalisch geprägt: Es gibt eine klare Hierarchie, und diese sieht vor, dass die Männer über den Frauen stehen und sie bevormunden können. Sexualität wird in patriarchalisch geprägten Gesellschaften tabuisiert und unterdrückt. Viele Migrant*innen aus solchen Kulturkreisen legen ihren Kindern einen mittelalterlich anmutenden Ehrbegriff auf, der die weibliche Sexualität verteufelt; häufig wird Frauen das Recht auf eine freie und selbstbestimmte Sexualität abgesprochen. So wird in einigen Kulturen die Jungfräulichkeit als wesentlicher Bestandteil der Familienehre betrachtet: Dass eine unverheiratete Frau ihre Jungfräulichkeit bewahrt, erhöht in dieser Logik den sozialen Status der Familie und gilt als Zeichen moralischer Integrität, während der Verlust der Jungfräulichkeit als Schande für die Familie angesehen wird. Die Überhöhung der Jungfräulichkeit kann in patriarchalen Gesellschaften als Mittel dienen, um die Sexualität und das Verhalten von Frauen zu kontrollieren, sie ist dann ein Zeichen der Unterordnung von Frauen unter eine männliche Dominanz. Türkischen Nationalist*innen ist bewusst, dass ihre Feind*innen zum Großteil aus einem streng orthodoxen Umfeld stammen – und dass Frauen in diesem Rahmen das schwächste Glied bilden. Wie trifft man assyrische, armenische, kurdische Frauen wohl am härtesten? Man bespitzelt sie und gibt ihnen beispielsweise zu verstehen: Wir wissen, „dass du außerehelichen Sex hast“; wir können rumerzählen, „wie wild du es magst“ oder „mit welchen Männern du es treibst“. Wenn diese Infos die Öffentlichkeit und die Familie der betroffenen Frau erreichen, kann das für sie fatale Folgen haben. Unter Umständen wird sie stigmatisiert und dafür geächtet, dass sie ihr wichtigste Ziel nicht erreicht habe: jungfräulich in die Ehe zu gehen.

Aus persönlicher Erfahrung weiß ich aber auch: Diese Menschen gewinnen zu lassen, sich zu verstecken oder gar die eigene Arbeit aufzugeben, das ist keine Option! Um einen Einzelfall handelte es sich übrigens nicht: Gespräche mit alevitischen und kurdischen Vertreter*innen ergaben, dass weitere Frauen von türkischen

Rechten erpresst werden. Viele von ihnen haben Angst, verstoßen zu werden, und aus diesem Grund ziehen sie sich aus der Öffentlichkeit zurück oder veröffentlichen ihre Texte nur noch anonym.

Die DITIB befeuert die Hetze gegen Kritiker*innen

Die Liste der Angriffe ist lang, und diese gehen sogar so weit, dass Exiljournalist*innen wie Erk Acarer vor ihrer Wohnung attackiert werden.² Im Juli 2021 tauchten erstmals Hinweise auf, dass unter türkischen Rechtsextremist*innen hierzulande Listen kursierten, auf denen bis zu 55 Exilant*innen, darunter Politiker*innen kurdischer und türkischer Herkunft, aufgezählt wurden.³ Dabei muss man, um unliebsamen Personen aufzulauern, nicht zwingend im Dienste Erdoğan stehen. Manche Deutschtürk*innen sehen es als ihre Pflicht an, Kritiker*innen anzuschwärzen: direkt bei der Zentralbehörde der türkischen Polizei, bequem per App.⁴ Veranlasst wird dieses Handeln durch den Einfluss nationalistischer, islamistischer und kriegsverherrlichender Verbände. Dazu zählt die DITIB, Deutschlands größter Moscheeverband.

Statt nur Glaubensinhalte zu vermitteln, wurden DITIB-Moscheen zum Dreh- und Angelpunkt für Erdoğan's Kriegspropaganda im Kampf gegen die Kurd*innen. Es scheint offenkundig, dass es sich bei der DITIB nicht um einen autonomen Verband handelt; vielmehr handeln die Akteur*innen im direkten Auftrag von Ankara. In der Vergangenheit haben DITIB-Imame Listen mit Anhänger*innen des Predigers Fethullah Gülen erstellt und an das *Präsidium für Religiöse Angelegenheiten*, die Religionsbehörde *Diyanet*, weitergegeben. (Zur *Diyanet*

siehe den Beitrag von Akbulut.) Ein türkischer Flüchtling berichtete im ZDF, von Gemeindemitgliedern verprügelt und der türkischen Botschaft in Berlin als Gülen-Anhänger gemeldet worden zu sein.⁵

Neben türkischen Dissident*innen und Kurd*innen wird im Umfeld der DITIB auch gerne gegen Armenier*innen Stimmung gemacht. Im Jahr 2016 wurde gegen jene Bundestagsresolution, die den Genozid an den Armenier*innen anerkennen würde, mobil gemacht und gegen türkeistämmige Abgeordnete gehetzt, die dafür gestimmt hatten. Die damalige Integrationsbeauftragte Aydan Özoğuz wurde gar von einem geplanten DITIB-Treffen wieder ausgeladen.⁶ Anstatt sich um Versöhnung und Aufklärung zu bemühen, entschieden sich DITIB-Vertreter*innen für jenen Weg, der die Opfer verhöhnt, und für die Leugnung der über drei Millionen Christ*innen im Osmanischen Reich. (Zum Genozid an den Armenier*innen und zu den Geschehnissen rund um die Armenienresolution siehe v. a. den Beitrag von Uyar, zur DITIB den von Akbulut.)

Wer angesichts der beschlossenen Resolution denkt, dass rechte türkische Institutionen und Nationalist*innen mit ihrer Leugnungspolitik keinen Erfolg hatten, der irrt gewaltig. So sieht die Resolution zwar vor, den Völkermord an den Armenier*innen in die schulischen Lehrpläne zu integrieren – jedoch ist er bis heute in keinem einzigen Bundesland als verpflichtendes Thema im Lehrplan enthalten. Engagierte Lehrer*innen, die das Thema im Unterricht zu behandeln versuchen, stoßen offenbar immer wieder auf massiven Widerstand und erleben Einschüchterungsversuche seitens türkischstämmiger Eltern.

2 Santana, Susana (2021): Erdogan-Kritiker fürchten um ihr Leben, in ZDFheute (online: Video), 09.07.2021, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/gewalt-journalisten-tuerkei-deutschland-100.html> (abgerufen am 02.06.2023).

3 Heine, Hannes (2021): Türkische Exilanten bedroht – Bundesregierung befasst sich mit „Todeslisten“, in: Tagesspiegel (online), 26.07.2021, <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-angriff-auf-tuerkischen-journalisten-in-berlin-tuerkische-exilanten-bedroht-bundesregierung-befasst-sich-mit-todeslisten/27454244.html> (abgerufen am 02.06.2023).

4 FAZ (2018): Türkische Polizei forscht aus: So werden Erdogan-Kritiker in Deutschland per App denunziert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (online), 25.09.2018, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/erdogan-kritiker-in-deutschland-offenbar-per-app-in-tuerkei-angezeigt-15805950.html> (abgerufen am 02.06.2023).

5 Müller, Simone/Santina, Susana (2022): Im Dienste Erdogans – Türkische Spitzel in Deutschland, in: ZDFzoom (online: Video), 08.04.2022, <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/zdfzoom-im-dienste-erdogans-100.html> (abgerufen am 02.06.2023).

6 ZEIT ONLINE (2023): Armenien-Resolution: DITIB lädt Özoğuz vom Fastenbrechen aus, in: ZEIT ONLINE, 16.06.2023, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-06/armenien-resolution-aydan-oezoguz-ditib-fastenbrechen> (abgerufen am 02.06.2023).

In der Schule: die verhinderte Assyrisch-AG

Nahrin, eine assyrische Lehrerin [Name geändert], berichtet, dass sie eine Assyrisch-AG gründen wollte, um etwas über die Geschichte des Alten Orients zu vermitteln. Immerhin sind die Assyrer*innen ein antikes Volk mit einer reichen Geschichte, das in der Region Mesopotamien im heutigen Irak, in Syrien, im Libanon, in der Türkei und im Iran beheimatet war. Das Reich existierte über einen Zeitraum von etwa 1200 Jahren, vom 18. Jahrhundert v. Chr. bis zu seiner Zerstörung um 609 v. Chr.⁷ Es erstreckte sich von Babylon im Süden bis Anatolien im Norden und von Ägypten im Westen bis Persien im Osten. Als Assyrerin prahle ich gerne damit, dass zahlreiche kulturelle und technologische Fortschritte auf unser Volk zurückzuführen sind, beispielsweise die Entwicklung der Keilschrift, die Errichtung prächtiger Paläste und fortschrittliche Bewässerungssysteme; manchmal reibe ich den Deutschen auch unter die Nase, dass sie uns ihr heiliges Bier zu verdanken haben. Was heute gemeinhin als „Zivilisation“ bezeichnet wird, hat hier seinen Ursprung. Im Laufe der Geschichte erlebten die Assyrer*innen jedoch auch herbe Rückschläge und wurden von verschiedenen Mächten erobert. Mit der Ausbreitung des Islams und dem Niedergang des assyrischen Reiches begann die assyrische Diaspora: Viele Assyrer*innen wurden vertrieben, flohen in andere Regionen und ließen sich dort nieder.

Heute ist das assyrische Volk überwiegend in den USA, in Kanada, Australien, Schweden, Deutschland und anderen europäischen Ländern verstreut; nur noch eine kleine Minderheit lebt in ihrer ursprünglichen Heimat im Nahen Osten. Assyrer*innen hängen überwiegend dem christlichen Glauben an, insbesondere der Assyrischen Kirche des Ostens, der Chaldäisch-katholischen Kirche, der Syrisch-Orthodoxen Kirche und anderen orientalisch-orthodoxen Kirchen. Assyrer*innen haben nach wie vor mit spezifischen Herausforderungen zu kämpfen. Dazu gehört, ihre Identität in der Diaspora zu bewahren, rechtliche Anerkennung zu erlangen und die

Auswirkungen der Konflikte und der Instabilität in ihrer ursprünglichen Heimat zu bewältigen. Es geht um eines der ältesten Völker der Welt, das seit Jahrtausenden existiert, das aber keine Heimat hat und das von Völkermorden, Verfolgungen und Vertreibungen geplagt ist; mit seinem Schwinden geht auch eine einzigartige Kultur und ein Teil des orientalischen Christentums unter.

All das wollte Nahrin ihren Schüler*innen in der Assyrisch-AG nahebringen. Nachdem sie ihnen das Konzept vorgestellt und dabei erwähnt hatte, dass auch der Völkermord an den Christ*innen im Osmanischen Reich behandelt werden würde, warf ein türkischstämmiger Vater der Schule Rassismus vor und drohte mit einer Anzeige. Auch im Elternbeirat fanden sich türkischstämmige Genozidleugner*innen, die die Rassismusschwärze gegen die Lehrerin bestärkten. Die Lehrerin musste ihr Vorhaben aufgeben: „Der Schulleiter stand kurz davor, mich zu entlassen. Ich durfte aber unter der Bedingung bleiben, nie wieder über das Thema zu sprechen.“⁸ Die Idee einer Assyrisch-AG wurde also begraben - und ebenso weitere Projekte, die sich mit der Geschichte verfolgter Minderheiten befassen sollten. Die Mathe- und Physiklehrerin wurde eingeschüchtert, und um ihren Job nicht zu gefährden, hielt sie sich an die Aufforderung des Schulleiters, „sensible“ Themen auszusparen.

Es ist wichtig, Jugendlichen solche historischen Zusammenhänge zu erklären und ihnen zu vermitteln, dass sich ohne Aufarbeitung und Aufklärung die Geschichte zu wiederholen droht; auch deshalb dürfen neben politischen Institutionen auch Bildungseinrichtungen nicht vor türkischen Nationalist*innen einknicken.

Die Grauen Wölfe bedrohen armenische und weitere Diaspora- Communitys

Neben dem Geheimdienst MIT und einigen großen deutsch-türkischen Verbänden geht die Gefahr von

7 Cancik-Kirschbaum, Eva (2015): Die Assyrer. Geschichte, Gesellschaft, Kultur, München, S. 11.

8 Ermagan, Ninve (2021): „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“, in Cicero (online), 24.04.2021, <https://www.cicero.de/innenpolitik/jahrestags-des-genozids-wer-redet-heute-noch-von-der-vernichtung-der-armenier-> (abgerufen am 02.06.2023).

einer weiteren Gruppe aus. Ihre Mitglieder propagieren einen „ethnischen Nationalismus“, der die Vereinigung aller Turkvölker zum Ziel hat, ihr großes Ideal ist „Turan“, ein großtürkisches Reich unter türkischer Vorherrschaft;⁹ ihre Ideologien des Turanismus und Pan-turkismus schließen die Emanzipation verschiedener Nationalitäten und Religionen aus. Die Rede ist von der größten rechtsextremen Bewegung in Deutschland: den *Grauen Wölfen*, zu deren Feind*innen Menschen armenischer, assyrischer, ezidischer, kurdischer und jüdischer Herkunft gehören.

Bei den rechtsextremen türkischen *Grauen Wölfen* handelt sich nicht um einen eingetragenen Verein, der sich „Graue Wölfe e. V.“ nennen würde. Stattdessen organisieren sich ihre über 18 000 Mitglieder in drei Dachorganisationen, denen bundesweit mehr als 300 Vereine angehören. Alle ihnen zugehörigen oder nahestehenden Organisationen gleichzeitig zu verbieten, ist schwierig – und folglich auch, ein Verbot durchzusetzen. Jedoch besteht die Möglichkeit, ihre Symbole – den Grauen Wolf, die drei Halbmonde und den Wolfsgruß – unter Strafe zu stellen, was in Österreich der Fall ist, nicht aber in Deutschland.¹⁰

Zu beobachten ist, dass Menschen, die die türkische Regierung kritisieren, die sich für die Aufklärung und Aufarbeitung des Völkermordes an den Armenier*innen, Assyrer*innen und Pontosgriech*innen einsetzen, zunehmend zur Zielscheibe verbaler und nonverbaler Angriffe aus dem Umfeld der *Grauen Wölfe* werden. Besonders traf es in den letzten Jahren die armenische Community in Europa. Seit der Bergkarabach-Konflikt im Kaukasus im September 2020 wieder aufflammte, häufen sich auch die Angriffe und Todesdrohungen der *Grauen Wölfe* und radikaler Aserbaidschaner*innen gegen in der Diaspora lebende Armenier*innen. In Frankreich zogen im

Oktober 2020 mehr als 200 Anhänger*innen der *Grauen Wölfe* durch die Innenstadt Dijons, riefen „Allahu akbar“ und machten gezielt Jagd auf die armenische Bevölkerung;¹¹ die Aktion war vorher in sozialen Netzwerken angekündigt worden. In Deutschland haben armenische Familien Drohbriefe erhalten, ihre Geschäfte wurden demoliert, ein Auto der armenischen Botschaft in Berlin wurde angezündet. Betroffene baten deutsche Politiker*innen um Hilfe, die jedoch ausblieb. In den Drohschreiben wird den betroffenen Armenier*innen und ihren Familien der Tod angedroht: „Ihr dreckigen Kinder Armeniens, wir werden euch alle finden und eure Kinder werden an euren Gräbern stehen, bevor sie in ihr eigenes Grab fallen. Wir stehen zu unseren Brüdern aus Aserbaidschan und wir werden nicht zulassen, dass ungläubige Hunde Armeniens in Deutschland in Frieden leben“, heißt es darin etwa. Oder: „Wir kennen euch, wir wissen, wo eure Kinder sind, Tag und Nacht.“¹² Der in Köln ansässige Bischof Serovpe Isakhanyan von der Armenischen Kirche in Deutschland schrieb am 9. November einen Brandbrief an Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) sowie an dessen Ministerkolleg*innen in den anderen Bundesländern; darin warnte er:

„Die ultranationalistischen türkisch-aserbaidschanischen Kreise versuchen, diese kriegerischen Eskalationen zum Anlass zu nehmen, den Konflikt auch nach Europa zu übertragen, indem sie auf den sozialen Netzwerken antiarmenische Hetzkampagnen führen und ihre Anhänger und Sympathisanten gegen die hiesigen Armenier aufhetzen.“¹³

9 Bozay, Kemal (2017): Graue Wölfe – die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung (online), 24.11.2017, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland/> (abgerufen am 02.06.2023).

10 O. A. (2018): Republik Österreich: Wolfsgruß und weitere extremistische Symbole werden in Österreich verboten. Nationalrat beschließt Novellierung des Symbole-Gesetzes, in: Parlament Österreich (online), 11.12.2018, https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK1480/ (abgerufen am 02.06.2023).

11 Ermagan, Ninve (2020): Armenier von türkischen Rechtsextremen terrorisiert – in Deutschland, in: WELT (online), 03.12.2020, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus221552028/Tuerkische-Graue-Woelfe-Armenier-in-Deutschland-werden-terrorisiert.html> (abgerufen am 03.12.2020).

12 Verfassungsschutz Baden-Württemberg (2021): Rechtsextremistische Türken reagieren auf Bergkarabach-Konflikt, in: verfassungsschutz-bw (online), 19.01.2021, <https://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Rechtsextremistische+Tuerken+reagieren+auf+Bergkarabach-Konflikt> (abgerufen am 11.07.2023).

13 Ermagan: Armenier von türkischen Rechtsextremen terrorisiert – in Deutschland.

Expert*innen sehen die *Grauen Wölfe* als eine der gefährlichsten militanten Gruppen aus der Türkei – und beobachten eine wachsende Aggressivität. In diesen Kreisen gelten Armenier*innen als natürlicher Feind: Unliebsame Stimmen, welche die Türkeipolitik kritisieren, werden als „Armenier“ beschimpft – ein gängiges Schimpfwort, das so viel bedeuten soll wie „Vaterlandsverräter.“¹⁴ (Zu den *Grauen Wölfen* siehe v. a. auch Pfahler und Pontosgriechische Jugend in Europa, Text II.)

Türkische Institutionen befördern den inner- migrantischen Rassismus, etwa gegen christliche Minderheiten

Ein weiteres großes Problem, mit dem sich die Politik und wir als Gesellschaft auseinandersetzen müssen, ist das folgende: Warum sehen sich so viele Deutsch-türk*innen, die hier in Deutschland geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen sind, nicht als Teil dieses Landes? Eine Hauptursache liegt bei den deutsch-türkischen Institutionen und Verbänden, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, sich für die Integration einzusetzen – tatsächlich aber oft eher als Integrationshindernis gelten müssen. Dazu schreibt die Autorin Tuba Sarica in ihrem Buch „Ihr Scheinheiligen! Doppelmoral und falsche Toleranz – die Parallelwelt der Deutsch-türken und die Deutschen“, dass türkische Institutionen wie die DITIB die Integrationsverweigerung unterstützen würden:

„Sie bestärken die Deutsch-türken förmlich darin, in ihrer Schutzblase zu verweilen. Wie die Minderheit, die sie vertreten, sind sie in den Strukturen der Parallelgesellschaft gefangen, und sie machen wenig Anstalten, aus ihnen auszubrechen. Dabei liegt das Gelingen der Integration in ihren Händen, denn anders als die deutsch-türkische Mehrheitsgesellschaft genießen sie im deutsch-türkischen Kulturkreis ein hohes Ansehen. Doch sie nutzen ihre Vorbildfunktion nicht, um etwas zu verändern – im Gegenteil: Sie stellen sicher, dass alles so bleibt, wie es ist, oder noch schlimmer wird.“¹⁵

Das gelte auch für jene Verbände, auf die die deutsche Regierung Hoffnungen in Sachen Integration setze. Befördert werde stattdessen, hinter einem modernen und liberalen Anstrich, eine pauschale Abneigung gegenüber westlichen Werten und Traditionen. Charakteristisch für entsprechende Institutionen sei, dass sie als Ursache für die Integrationsverweigerung immer die Fremdenfeindlichkeit der Deutschen ausmachten; Sarica fordert hingegen, auch „die deutsch-türkische Community in die Verantwortung zu nehmen“.¹⁶

Tatsächlich ist der öffentliche Diskurs in Deutschland stark geprägt von Debatten um die Fremdenfeindlichkeit der Deutschen. Diese gibt es, und sie ist durchaus problematisch: Entsprechende Vorurteile tragen dazu bei, dass sich viele Deutsch-türk*innen hier nicht zu Hause fühlen und dass sie sich stattdessen mit der Türkei als ihrer Heimat identifizieren. Zu wenig ins Bewusstsein gerückt wird aber bisher, dass viele Migrant*innen ihrerseits und untereinander einen gewissen Nationalismus pflegen. Sarica macht die Fremdenfeindlichkeit innerhalb der deutsch-türkischen Community als identitätsbildend aus:

14 Özbe, Ufuk (2015): Du Armenier!, in: ZEIT ONLINE, 14.05.2015 <https://www.zeit.de/2015/18/gedenktag-voelkermord-armenier-tuerkei-leugnung> (aufgerufen am 10.07.23).

15 Sarica, Tuba (2018): Ihr Scheinheiligen! Doppelmoral und falsche Toleranz – die Parallelwelt der Deutsch-türken und die Deutschen, München, S. 81.

16 Ebd., S. 81.

„Da sich die Parallelgesellschaft durch die Abgrenzung nach außen definiert, ist die Fremdenfeindlichkeit identitätsbildend. Das Gefühl der eigenen Überlegenheit gegenüber allen anderen Gruppen hält ihre Mitglieder zusammen. Und es ist schwer dazuzugehören, wenn man nicht fremdenfeindlich ist. Die Fremdenfeindlichkeit ist ein fester Bestandteil der Parallelgesellschaft.“¹⁷

Zum Nationalismus der Türk*innen – einer Community, für die die Volkszugehörigkeit besonders wichtig zu sein scheint – trägt maßgeblich auch die türkische Politik bei. Seit der Machtergreifung der AKP hat die Türkei ein autoritäres Regime etabliert, seit 2013 befindet sich die liberale Demokratie im freien Fall. Diese autoritären und nationalistischen Züge haben Einfluss auf die Einstellungen der Migrant*innen türkischer Herkunft in Deutschland.

Der Soziologe Emre Arslan erklärt, dass eine andere Integrationspolitik dazu beitragen könne, die demokratischen Einstellungen in der deutsch-türkischen Community zu fördern.¹⁸

An wissenschaftlichen Untersuchungen zu nationalistischen, autoritären und rechten Einstellungen unter Deutschtürk*innen mangle es zwar; es gebe aber Anhaltspunkte dafür, dass solche Einstellungen in „nicht geringem Umfang“ verbreitet seien, so Arslan 2017.¹⁹ Er zieht Untersuchungen aus dem Jahr 1997 von Heitmeyer, Müller und Schröder²⁰ heran, die ergaben, dass sich mehr als ein Fünftel der türkischstämmigen Jugendlichen mit den rechtsextremen *Grauen Wölfen* identifizierte. Zudem

zeigten türkische Wahlen und Abstimmungen, an denen in Deutschland lebende Türk*innen teilnehmen, „regelmäßig eine erhebliche Zustimmung für rechtsextreme Parteien oder autoritäre Politik, etwa beim Verfassungsreferendum 2017.“²¹ Deutschtürk*innen waren damals mit ihren Stimmen daran beteiligt, das parlamentarische System in der Türkei abzuschaffen. Die Folgen des nun gültigen Präsidialsystems: Die Macht des türkischen Präsidenten wurde erheblich gestärkt und die Gewaltenteilung geschwächt. Auch bei den türkischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2023 hat sich die Mehrheit der Deutschtürk*innen, die wählen gegangen sind, für den Autokraten Erdoğan ausgesprochen. Dass Nationalismus, autoritäre politische Vorstellungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit unter türkischen Migrant*innen in Deutschland existieren, lässt sich kaum bestreiten.

Seit der Verfassungsänderung im Jahre 2017 und der Einführung des Präsidialsystems haben sich nationalistische Tendenzen in der Türkei erkennbar verstärkt. Besonders assyrische, aramäische und armenische Christ*innen leiden unter dem türkischen Nationalismus. Im Osmanischen Reich waren Christ*innen Vertreibung und Völkermord ausgesetzt. Diese Verbrechen wurden nie aufgearbeitet, ganz im Gegenteil: Sie wurden und werden aktiv geleugnet. Diese staatliche Leugnungspolitik führt mit dazu, dass Christ*innen noch heute unter dem türkischen Nationalismus leiden: Sie werden selten als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft angesehen und stoßen auf rechtliche und bürokratische Hindernisse. Mit einem Anteil von etwa 0,2 Prozent der türkischen Bevölkerung stellen sie eine verschwindend kleine Minderheit dar; ihre Gesamtzahl dürfte bei etwa 150 000 bis 200 000 Personen liegen. Öffentlich missionieren wird nicht geduldet, und auch der Bau neuer Kirchen wird seit Jahren nicht mehr erlaubt. Das Misstrauen gegenüber Christ*innen ist groß, vor allem im Landesinneren der Türkei. Die Fronten zwischen den religiösen Minderheiten und den Türk*innen verhärten sich weiter; Christ*innen werden in der Türkei verstärkt zu einem Feindbild.

17 Ebd., S. 118.

18 Arslan, Emre (2017): Nationalismus und Autoritarismus auf Türkisch, in: Bundeszentrale für politische Bildung (online), 24.11.2017, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/260337/nationalismus-und-autoritarismus-auf-tuerkisch/#footnote-target-1>, (abgerufen am 25.05.2023).

19 Ebd.

20 Heitmeyer, Wilhelm/Müller, Joachim/Schröder, Helmut (1997): Verlockender Fundamentalismus Frankfurt am Main, S. 137. Zit. nach Arslan, Nationalismus und Autoritarismus auf Türkisch.

21 Arslan: Nationalismus und Autoritarismus auf Türkisch.

Diese Tendenzen und die Politik der Leugnung wirken sich auch auf die deutsch-türkischen Communitys in Deutschland auf. Ich und viele meiner christlichen Landsleute erfahren immer wieder Diskriminierung und Rassismus durch Deutschtürk*innen. Das Erschütterndste daran ist, dass viele kein Geheimnis aus ihrem Rassismus machen. Meine Vorfahren wurden in einem Genozid umgebracht, massakriert und vertrieben; die Überlebenden sind traumatisiert und geben das Trauma an die nächste Generation, an ihre Kinder, weiter. Diese Nachfahren der Genozidüberlebenden müssen sich nun von einigen Deutschtürk*innen anhören, dass es keine systematische Unterdrückung, kein Verbrechen gegeben habe. Die Massaker gegen Christ*innen im 19. und 20. Jahrhundert – die im Völkermord von 1915 in einer fast vollständigen Auslöschung der Christ*innen im Osmanischen Reich gipfelten – werden als bloße (symmetrische) Konflikte dargestellt oder als Auseinandersetzungen zwischen türkischen Gruppierungen und christlichen Milizen. Für mich als assyrische Christin aus der Türkei ist es demütigend, mir das anhören sowie Ereignisse diskutieren zu müssen, die historische Fakten sind. Die Türkei ist nicht für die Verbrechen der *Jungtürken* verantwortlich, aber sie trägt die Verantwortung dafür, was daraus wird.

Vor dem Wahllokal: ein Stimmungsbild

Mai 2023. Vor dem Frankfurter Wahllokal für die türkischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ist zu merken, wie angeheizt die Stimmung unter den Wähler*innen ist, und auch, wie unsicher sich Minderheiten aus der Türkei in Deutschland fühlen. Als Pressevertreterin spreche ich vor Ort mit einer ungeduldigen jungen Frau mit einem Dutt, die vor dem türkischen Generalkonsulat wartet. Als ihre Eltern herauskommen, atmet sie erleichtert auf: Endlich haben sie ihre Stimme abgegeben! Es ist ein historischer Tag, denn erstmals seit neun Jahren hat ein Oppositionskandidat realistische Chancen, den Autokraten Erdoğan zu besiegen. Die junge Frau selbst, Helin, hat ihre türkische Staatsangehörigkeit vor einem Jahr abgegeben - als Kurdin identifiziere sie sich nicht stark mit ihrem Herkunftsland. Sie schätze es, dass die Deutschen ihre Nationalität nicht so stark betonten wie die Türken: „Ich habe bisher nur ein

einziges Mal eine deutsche Flagge vor einer Wohnung gesehen“, sagt sie lachend. „In der Türkei siehst du die türkische Flagge überall.“ Ihre Familie habe sich überwinden müssen, heute zum Konsulat zu kommen; denn in der Vergangenheit seien es hauptsächlich Erdoğan-Anhänger gewesen, die zu Wahl gegangen seien. In der Warteschlange hätten sie sich unwohl dabei gefühlt, Kurdisch zu sprechen. Und tatsächlich: Wer wisse schon, ob die Person hinter ihnen nicht ein fanatischer Kurdenhasser oder ein rechtsextremer Türke war? „Warum dürfen Menschen hier für die Diktatur in der Türkei stimmen?“, schimpft Helin ein paar Meter von der Menschenmenge entfernt. Wir verstehen uns. Sie hat keine Scheu, sich mir gegenüber, einer Assyrerin, zu öffnen. Über 1,5 Millionen Türk*innen in Deutschland haben bereits ihre Stimme abgegeben. Die regierende AKP mobilisierte intensiv in Deutschland, aber auch der Oppositionskandidat der CHP, Kemal Kılıçdaroğlu, war präsent. Helins Familie unterstützt Kılıçdaroğlu - in ihren Augen alternativlos für säkulare und ethnisch-religiöse Minderheiten. Vor zwei Wochen war Helin noch im Erdbebengebiet in der Türkei, ihre Familie kommt aus einer der am schwersten betroffenen Städte. Sie ist enttäuscht vom Krisenmanagement der AKP-Regierung. „Aber, hey, Erdoğan hat doch Straßen und Krankenhäuser gebaut!“, gibt sie stichelnd die Sicht seiner Anhänger*innen wieder; dass er Menschen bombadiere, sei ihnen egal.

Die meisten Wartenden haben keine Lust, mit der Presse zu sprechen. Ein Mann bricht das Gespräch ab, da er der Meinung ist, dass die deutsche Presse die Situation immer falsch darstelle. Ein anderer junger Mann unterstützt Erdoğan, genauso wie seine ganze Familie. Außerdem habe er gehört, dass Erdoğans Herausforderer sehr viel lüge. Beispiele nennen kann er nicht: „So gut kenne ich mich nicht aus.“ Zum Glück werde ich von meinem Vater begleitet, der Türkisch und Kurdisch sprechen kann; so findet keiner heraus, dass wir Assyrer*innen sind.

Eine junge Frau mit Kopftuch ist skeptisch, ob sie mit mir sprechen soll, und mustert meine Bluse mit Leopardmuster. Sie zögert, dann äußert sie sich selbstbewusst: „Ich hoffe, es bleibt alles so, wie es ist.“ Hatice, 31 Jahre alt und in Hessen aufgewachsen, fährt regelmäßig mit ihrer Familie in die Türkei. Sie lobt Erdoğan dafür, dass er sich besonders für Frauen wie sie eingesetzt habe, indem er das Kopftuchverbot an Universitäten und in

öffentlichen Einrichtungen gelockert habe. Die Vorstellung, dass das Land in Zukunft von jemandem regiert werden könnte, der weniger islamisch und konservativ ist, bereitet ihr Panik. „Ich will mir gar nicht vorstellen, was ohne Erdoğan passiert“, sagt sie, und das gleich zweimal. Auf die schwere Wirtschaftskrise angesprochen, winkt Hatice ab und verweist darauf, dass Inflation und Krisen überall existierten.

Özgür, ein alevitischer Türke, der mit einem Oppositionsbus herumfährt, ist entschieden dagegen, dass Türk*innen, die im Ausland leben, die türkische Politik mitbestimmen dürfen:

„Ich lebe hier. Meine Kinder gehen hier zur Schule. Ich arbeite hier und zahle meine Steuern. Warum sollte ich Einfluss auf die Wahlen in der Türkei nehmen dürfen? Nur für ein paar Wochen Türkeiurlaub mit Strand und Sonne? Die Politik betrifft die Deutschtürken doch gar nicht direkt.“

Im Wahlkampf hat Özgür die angespannte Stimmung erlebt. Er ist der Meinung, dass „die Türken sehr kritikunfähig“ seien und dass viele Erdoğan-Anhänger die Kritik am Präsidenten persönlich nehmen würden. „Wir scheitern an unserem Stolz“, schlussfolgert er.

Antikurdischer Rassismus in der Schule

eine Interviewstudie

Selda Akbayir

Das Thema des antikurdischen Rassismus ist auch ein persönliches. Meine Eltern sind aus der Türkei nach Deutschland ausgewandert. Wir sind Kurd*innen, und ich war türkische Staatsangehörige, bis ich mich für die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden habe. Meine Fragestellung mit Fokus Schule entwickelte ich aus der Erinnerung an meine eigene Zeit als Schülerin im deutschen Schulsystem. Ich schöpfte also auch aus meiner persönlichen Erfahrung und betrachtete rückblickend Momente, in denen ich als Kurdin Ausschluss erfahren hatte.

Der Verständigungsprozess zur kurdischen Identität steht im deutschen Bildungssystem noch am Anfang; für viele Menschen, die in Bildungseinrichtungen arbeiten oder diese besuchen, ist das Thema noch abstrakt und wenig greifbar. Meine Qualifizierungsarbeit¹ für das Erste Staatsexamen bot mir die Möglichkeit, mich des Themas anzunehmen, und darauf gründet dieser Beitrag maßgeblich; zudem greife ich auf Fallbeispiele aus meiner Arbeit als Fortbildnerin zurück. Ich wollte wissen, wie antikurdischer Rassismus bei Jugendlichen wirkt, welche Zugehörigkeitserfahrungen sie machen und welche Handlungsmechanismen oder Selbstbilder sie dem entgegensetzen. Für diese qualitative Sozialforschung befragte ich fünf Gruppen von (ehemaligen) Schüler*innen zu türkisch-kurdischen Beziehungen im Schulalltag. Ich analysierte deren Wahrnehmungen im Hinblick auf die soziale Konstruktion kurdischer Identität, fragte nach den Zugehörigkeitsverhältnissen, die für Schüler*innen mit kurdischem und türkischem Hintergrund bestehen, und untersuchte, inwiefern sich diese auch in Form rassistisch hierarchisierender und diskriminierender Haltungen äußern.

Die Untersuchung bestätigte, dass die untersuchten Zugehörigkeitsverhältnisse diskriminierende Hierarchien und Ausschlüsse bedienen. So zeigte sich in den Interviews, dass türkische Schüler*innen ein anderes Verhältnis zu Mehrfachzugehörigkeit haben als kurdische: Die türkischen Schüler*innen haben offenbar die Freiheit, ihre Mehrfachzugehörigkeit selbst zu definieren, und konnten sie in der Schule ausleben; die kurdischen Schüler*innen hingegen stoßen immer wieder an Grenzen, sobald sie ihre kurdische Identität offenlegen. Erstere nehmen wahr, dass sie einen Schutzraum haben, in den sie sich zurückziehen, in dem sie sich auch verstecken können; Letztere müssen einen solchen Raum erst durch verschiedene Handlungsweisen schaffen.

Die empirischen Ergebnisse meiner Forschung waren angesichts meiner persönlichen Erfahrungen als kurdischer Schülerin im Grunde wenig überraschend für mich. Neben der Empirie eröffnet die Untersuchung aber auch eine neue Perspektive auf die (Theorie-)Debatten um Rassismus in Deutschland. Antikurdischer Rassismus verdeutlicht nämlich, was es für Betroffene heißt, von kulturellem Rassismus betroffen zu sein. Die Diskussion über kurdische Identität ist (auch) in der Schule mit einer Konfliktthematik verwoben, nämlich der des Kolonialismus; anders formuliert ist die koloniale Perspektive der Dreh- und Angelpunkt des antikurdischen Rassismus. Aus diesem Grund nutzte ich die post- und kontrakoloniale Diskursanalyse nach Hornscheidt² für die Analyse der Interviews.

1 Akbayir, Selda (o. J.): Kategoriale und theoretische Ansatzmöglichkeiten bei sozialisatorisch interkulturellen Problemen, unter Berücksichtigung von türkischen und kurdischen Heranwachsenden. Unveröff. wissenschaftliche Hausarbeit zur Ersten Staatsprüfung für das Lehramt Grund- und Mittelstufe, Universität Hamburg, 2013. Den zentralen Bezugsrahmen bildeten die Migrationspädagogik von Paul Mecheril und das Konzept der Mehrfachzugehörigkeit, das für die Kindern der zweiten und dritten Migrationsgeneration große Relevanz hat; damit lassen sich Schwierigkeiten und Hürden bei der Sozialisation von Heranwachsenden analytisch erfassen.

2 Hornscheidt, A. Lann (2013): Was ist post- und kontrakoloniale Diskursanalyse? In: Nduka-Aqwu, Adibeli/Hornscheidt, A. Lann (Hrsg.): Rassismus auf gut Deutsch. Ein kritisches Nachschlagwerk zu rassistischen Sprachhandlungen, Frankfurt a. M., S. 448–455.

Kurdische Identitäts- bildung als Aushandlung eines (tabuisierten) Konfliktes

Wie nehmen Schüler*innen „kurdisch“ im schulischen Erfahrungsraum wahr? Wie ist die Selbstwahrnehmung kurdischer Schüler*innen, und wie nehmen andere kurdische Identität wahr? In diesem Abschnitt geht es um die Wahrnehmungen der Jugendlichen, was die soziale Konstruktion kurdischer Identität betrifft. Diese Identitätswahrnehmung hängt zusammen mit dem Verständnis von kultureller Identität, das stets – sowohl für die Einzelnen als auch gesellschaftlich – in Veränderung begriffen ist.

Die interviewten Schüler*innen wissen, dass kein kurdischer Staat existiert – und offenbar gehen sie davon aus, dass kurdische Mitschüler*innen einem anderen, einem existierenden nationalen Gefüge zuzuordnen sind: Dies zeigt sich sprachlich in Ausdrücken wie „türkische Kurden“ und „arabische Kurden“, die letztlich koloniale Realitäten transportieren. Eine kurdische Schülerin erläutert ihre Sicht auf die Frage „Woher kommst du?“, die ihr Englischlehrer gestellt hat, und die Reaktionen auf ihre Antwort folgendermaßen:

„Also die dachten, ich wäre eher Türkin. Aber als ich gesagt habe, ne, ich bin Kurdin, dann sagten sie: Aha. Und die haben wirklich auch Interesse gezeigt, also: Wer sind Kurden, was für eine Sprache sprechen sie? Einige wissen überhaupt nichts davon, zum Beispiel mein Englischlehrer.“
(Interview V, 2013, 00:10:38)

Die Schülerin gibt hier Auskunft über die Fremdwahrnehmung seitens eines Lehrers, was ihre Identität als Kurdin betrifft, und über ihren Umgang damit, aber auch über kurdische Identität als solche. Hier zeigt sich bereits die Ambivalenz, wenn es um die nationale Zuordnung kurdischer Schüler*innen geht: Der Lehrer hatte sie als Türkin eingeordnet; sie selbst war im Gespräch bemüht, ihn bezüglich ihrer Identität zu korrigieren und aufzuklären, und um ihm erklären zu können, was sie als Kurdin von Türk*innen unterscheidet, musste sie seine Einordnung negieren. In dieser Situation realisierte sie zudem, dass es kein Wissen über Kurd*innen gibt und dass einige „keine Ahnung“ von kurdischen Realitäten haben; sie erlebte aber auch, dass ein Interesse an Aufklärung besteht.

Eine andere Schülerin nimmt in den Fragen, die ihr zu kurdischen Verhältnissen begegnen, eine vorsichtige Haltung wahr: dass das Gegenüber „nichts Falsches“ sagen möchte. Die Fragen wirkten „zurückhaltend“. Irgendwann käme dann immer die Problematik „mit den Türken“ als Thema auf (Interview V, 2013, 00:07:12).

Der Mehrheit der befragten kurdischen Schüler*innen zufolge gibt es in solchen Gesprächen immer einen Punkt, an dem sie sich in Bezug zu türkischen Identitäten behaupten und positionieren müssen. Die türkische/kurdische Identitätsaushandlung erweist sich dabei als eine Aushandlung des türkisch-kurdischen Konflikts in der Türkei, der auf die Schüler*innen projiziert wird. Die Aushandlung kurdischer Identität bewegt sich entlang der Einschätzung, in welchem Verhältnis jene zu diesem Konflikt steht, und entlang der persönlichen Positionierung dazu:

„Ich habe keine Probleme mit denen, halt mit der Regierung, aber das ist eine andere Sache so. Sonst habe ich auch türkische Freunde. Und dann waren die auch schon gleich schockiert, okay.“ (Interview V, 2013, 00:11:33)

„Also ich konnte mich mit zwei, drei Türiinnen nicht so gut verstehen. So, das war halt so. Da war so ein Abstand, weil die halt, sobald ich gesagt habe, irgendwas über Türken/Kurden, hieß es gleich so: nicht so. Und deswegen hatte ich immer so einen Abstand zu denen. Das war halt so.“ (Fallbeispiel II, 2023)

Kurdische Identität bildet sich im schulischen (und gesellschaftlichen) Kontext also in Zusammenhang mit der türkischen nationalen Identität ab und heraus. Alle Interviews geben Momente preis, in denen die Frage der kurdischen Identität sich mit der nach dem Verhältnis zum türkischen Nationalismus verband. Dass kurdische Identität mit der Existenz der türkischen Nation assoziiert wird, bedeutet auch, dass die Diskussion über kurdische Identität von einer Konfliktthematik begleitet und geprägt wird. Die Mehrheit der kurdischen Schüler*innen hat den Eindruck, ihre Existenz als Kurd*innen ständig begründen zu müssen. Kurdische Identitätsmomente, die als politisch neutral erlebt werden, sind rar. Dabei zeigen die Interviews auch, dass „der Konflikt“ als etwas wahrgenommen wird, was letztlich nur die Kurd*innen betreffe; sie sind es auch, die als Urheber*innen ausgemacht werden, wie das folgende Zitat zeigt:

Der Schüler (der selbst keine türkische Migrationsgeschichte hat, aber gewissermaßen aus einer türkischen Perspektive argumentiert) gibt also an, dass es „neuerdings“ eine Konflikt-„Welle“ gebe, weil „nationalstolze Kurden“ den „Konflikt“ in ihrer „Community“ in Deutschland aufleben ließen, und zwar mittels ihrer Kultur (z. B. „Musik“, „Rap“). In dieser Deutung sind es also „die Kurden“, die den Konflikt in Deutschland verursachen oder befeuern.

Nach der offiziellen türkischen Ideologie stellt es ein Vergehen dar, wenn man über die kurdische Frage und über Kurdistan spricht. In der Türkei werden Menschen auf der Grundlage dieses Tabus seit Jahrzehnten eines schweren Vergehens bezichtigt.³ So wird seit Gründung

der Republik Türkei vor hundert Jahren entschlossen gegen die kurdischen Sprachen vorgegangen, mit dem Ziel, die Kurd*innen zu assimilieren. In der Verfassung der Türkei gab es bis Mitte der Neunzigerjahre den Begriff „verbotene Sprache“ – gemeint war damit Kurdisch. Heute heißt es: „Keine andere Sprache als Türkisch darf türkischen Staatsangehörigen als Muttersprache gelehrt werden.“⁴ Da Sprache wichtig ist für das Selbstverständnis, das Bewusstsein, die eigene Zugehörigkeit und Identität und da Menschenwürde mit ihr zusammenhängen, wird sie als ideologisches Machtinstrument genutzt, um Diskriminierung gegenüber Kurd*innen in der Türkei zu rechtfertigen. Dabei handelt es sich um eine koloniale Praxis, die zu einer Tabuisierung des Kurdischen führt.

„Also ich finde persönlich, in Deutschland gibts diesen Konflikt nicht so stark – oder doch, neuerdings lebt der Konflikt wieder auf, und es kommt sehr stark von der kurdischen Seite. Es gibt jetzt viele, ich sag mal, nationalstolze Kurden, die in Deutschland sozusagen [...] ihre Solidarität für Kurdistan aussprechen und damit so eine Welle ausgelöst haben. Es gibt in Deutschland mittlerweile so eine Community von Kurden, die sich gegenseitig unterstützen für die Frage halt von Kurdistan, sagen sie andauernd; und Musik machen, einen Rap machen und irgendwie ihre Botschaften verteilen. Und das ist, was neuerdings gekommen ist, was ich gesehen habe. Aber es ist mehr von der kurdischen Seite aus gekommen.“ (Interview IV, 2013, 00:24:40)

³ Vgl. Art. 26 (Freiheit der Äußerung und Verbreitung der Meinung) Abs. 2 Türkisches Zivilgesetzbuch (tZGB).

⁴ Vgl. Art. 42 (Recht und Pflicht zu Erziehung und Bildung) Abs. 9 Satz 1 Türkisches Zivilgesetzbuch (tZGB).

Dieses Tabu gilt auch in der Diaspora: Auch Schüler*innen im deutschen Schulsystem vertreten es. Wie in den Interviews zu erkennen ist, prägen türkisch-nationale Hierarchien und Verbote die Diskurse über Kurd*innen in der Schule. Auch hier wird die Identität kurdischer Schüler*innen als Bedrohung und Tabubruch ausgedeutet. Im folgenden Zitat einer türkischen Schülerin deutet sich dieses Tabu an:

„[A]lso es gibt ja jetzt diese Konflikte mit Erdoğan und alle[m] drum und dran. Da haben sich – also davor kann ich mich wirklich nicht dran erinnern –, aber da haben sich jetzt auch die Kurden mehr gezeigt, und also, wie soll ich das ausdrücken, man sieht eigentlich schon die Seiten, wer wo steht. Also da gibt es schon starke Seiten. Also es gibt genauso türkisch-kurdische Mischgruppen, die sagen: Ne, wir sind gegen Erdoğan. aber es gibt genauso auch andersrum die, [die] für Erdogan sind. Aber wirklich hier so einen Unterschied sehe ich nicht.“ (Interview IV, 2013, 00:37:39)

Die Schülerin zeigt am Beispiel der aktuellen Geschehnisse („Erdoğan“), dass die Spaltung zwischen Kurd*innen und Türk*innen auffällt, sie macht allerdings auch „türkisch-kurdische Mischgruppen“ aus. Diese Wahrnehmung eines kurdischen Kollektivs („Community“, s. o.) wurde auch in den anderen Interviews deutlich. Die Schülerin stellt fest, dass Kurd*innen auch in aktuellen Konflikten gegen die politischen Ideale oder die Ordnung der türkischen Regierung („Erdoğan“) stünden: Ihrer Wahrnehmung nach sieht man „eigentlich schon die Seiten, wer wo steht.“ – Und doch schließt sie mit den Worten: „Aber wirklich hier so einen Unterschied sehe ich nicht“, was ich als Hinweis auf die Tabuisierung kurdischer Differenz interpretiere. Daneben zeigt auch dieses Zitat, dass eine Zuordnung in „kurdisch“

oder „türkisch“ vorgenommen wird, sobald über „Konflikte“ gesprochen wird – hier allerdings gebrochen durch die Kategorie „türkisch-kurdische Mischgruppen“.

Kurdische Schüler*innen geben in den Interviews zu verstehen, dass Kurd*innen und Türk*innen hierarchisch wahrgenommen werden; vermittelt wird diese Hierarchie offenbar durch einen rassistisch-kolonialistischen Sprach- und Bildgebrauch. Die Aussagen der Interviewten implizieren, dass das Kurdische tabuisiert wird und dass die Vorstellung vorherrscht, dass kurdische Perspektiven neutralisiert werden müssen, damit ein harmonisches Miteinander möglich ist.

Identität wird heute unter anderem entlang von Nationalstaaten und deren Grenzen bestimmt. Die nationale Zuordnung der befragten kurdischen Schüler*innen fällt mehrheitlich auf die Türkei – wodurch sie in ein national-historisches Verhältnis zu ihr gesetzt werden. Die Schüler*innen nehmen dies als ein Spannungsverhältnis wahr, was sich in allen Interviews zeigt. Ein türkischer Schüler äußert Folgendes: „Also ich will jetzt nicht beleidigen oder so, aber mir wurde früher gesagt, dass es Kurdistan gar nicht gibt [...]. Ein Freund, Doğan, hat mir erzählt, dass es Kurdistan gar nicht gibt.“ (Interview I, 2013, 00:05:19) Eine türkische Schülerin sagt: „Ich will das nicht sagen. Die haben kein Land für sich.“ (Interview I, 2013, 00:13:25) Beide Aussagen stehen auch exemplarisch dafür, dass die Identitätsdebatte zum Kurdischsein in der Diaspora im Grunde immer zu einer Nationalisierung kurdischer Verhältnisse führt – und in der Folge zur Aberkennung des Kurdischseins und einer fremdbestimmten Zuordnung zu einer kolonialen Nationalität.

Nur Späße?

Witze und Sprüche als

Mikroaggression

İsmail Beşikçi⁵ beschrieb den Rassismus gegenüber Kurd*innen 1991 folgendermaßen:

5 Beşikçi, İsmail (1991): Kurdistan. Internationale Kolonie, Frankfurt a. M., S. 24.

„Rassismus darf nicht so verstanden werden, wie er früher in den Vereinigten Staaten und jetzt in Südafrika existiert, z. B. in Form getrennter Wohngebiete, getrennter Schulen, getrennter Cafés, getrennter Strände. Der Rassismus türkischer Art sieht anders aus. Durch Anwendung von Staatsterror soll die kurdische Kultur vernichtet und den Kurden die türkische Sprache und türkische Kultur aufgezwungen werden. Die Existenz der kurdischen Sprache und der kurdischen Nation sollen abgestritten und alle Menschen als Türken gelten. Einen solchen Rassismus gibt es auf der Welt kein zweites Mal. [...] Er ist ein unzertrennbarer Teil des in Kurdistan angewendeten türkischen Kolonialismus.“

Die meisten von mir befragten Schüler*innen erleben, dass die kurdische Identitätsdebatte zum Schulalltag gehört und tatsächlich täglich eine (negative) Rolle spielt. Es sind nicht immer Streitereien. Mehrheitlich geht es, so formulierten es mehrere kurdische Schüler*innen, um beleidigende und unhöfliche Witze seitens ihrer Klassenkamerad*innen. Die meisten Befragten interpretierten diese Art von Witzen im schulischen Miteinander als „Spaß“. Ich möchte zeigen, dass es hierbei um eine Form der Aushandlung geht, die von Mikroaggressionen und Assimierungsdruck gekennzeichnet ist. Unter Assimilierung verstehe ich, die Gewohnheiten, Eigenschaften und Vorstellungen einer dominanten Gruppe zu übernehmen, um dazugehören zu können und/oder nicht aufzufallen.⁶ Mikroaggressionen sind alltägliche verbale oder nonverbale Beleidigungen, die schwer zu bemerken und benennen sein können, und oft werden sie unterbewusst eingesetzt; sie resultieren für gewöhnlich aus versteckten rassistischen Vorurteilen und gründen auf Othering, der Unterscheidung zwischen „uns“ und „den anderen“. Der Migrationsforscher Terkessidis (2010) beschreibt Mikroaggressionen folgendermaßen:

„Es geht hier um Erlebnisse, die zunächst nicht groß und gravierend erscheinen, die aber mit erheblicher Penetranz wiederkommen, manchmal in längeren Abständen, und die gerade in ihrer Alltäglichkeit sehr deutlich einen Unterschied markieren und dauerhaft eine Grenze zwischen ‚uns‘ und ‚ihnen‘ etablieren.“⁷

Folglich bezeichnet Rassismus nicht bloß die Absicht von Aktionen, also deren vorsätzliche und offensichtliche Intention, sondern auch deren Effekt sowie unreflektierte, unbeabsichtigte Reproduktionen verinnerlichter Denk- und Handlungsmuster, die rassistische Haltungen repräsentieren. Die Form von Rassismus, die den Schüler*innen in „schlechten Witzen“ zum Kurdischsein begegnet, interpretiere ich als eine Form der kolonialen Mikroaggression.

Dass und wie die Schüler*innen die Nichtbestimmbarkeit der nationalen Identität von Kurd*innen subjektiv wahrnehmen, zeigt, dass sie mit ihrer Logik und Idee von nationaler Identität hier an ihre Grenzen stoßen. Im Schulalltag konstruieren sie kurdische Identität mittels Ironie und „schlechter Witze“ als eine, die sich außerhalb legitimer Grenzen befindet und die sich der türkischen Identität unterordnen lässt. Ein türkischer Schüler beschreibt solche „Späße“ mit einem kurdischen Mitschüler folgendermaßen:

„Also wir haben ja einen Kurden in unserer Klasse, einen Halb-Kurden und Halb-Türken. Und wenn dann halt die Türken oder allgemein ... – manche schreien dann mal schon ‚Kurde ohne Land‘ oder ‚Landloser‘. Oder es gibt auch so eine Kampfarm, die heißt ‚Länderkampf‘ [...] ‚Wir spielen jetzt Länderkampf‘, hat einer gesagt, ‚der

6 Nguyen, Toan Quoc (2013): „Es gibt halt sowas wie einen Marionettentäter“: Schulisch-institutionelle Rassismuserfahrungen, kindliche Vulnerabilität und Mikroaggression, in: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 36(2), S. 20–24.

7 Terkessidis, Mark (2010): Interkultur. Berlin, S. 80.

Kurde kann nicht mitmachen, weil er kein Land hat, kann sein Land nicht beschützen.‘ Aber das waren alles nur Späße. So was sieht der auch ein und beleidigt da auch aus Spaß zurück. Aber die übertreiben unter Freunden [nicht].“ (Interview I, 2013, 00:14:05)

Die Witze gegenüber Kurd*innen sind zum größten Teil negativ, stigmatisierend oder rassistisch; dass „landlos“ eine negative Komponente in die Diskussion um kurdischen Identität einbringt, ist den meisten Schüler*innen auch bewusst. Eine Schülerin erzählt, dass sie „jeden Tag“ von einem Mitschüler als „landlos“ beleidigt werde. Weiter sagt sie: „Ja, also das nervt schon mit der Zeit, weil allgemein – ich finde das jetzt nicht so schlimm, aber allgemein: wenn [die] ganze Zeit nur das Gleiche kommt, dann – das regt einen voll auf.“ (Interview III, 2013, 00:35:47) Die Schülerin versucht, wie andere kurdische Befragte auch, mit solchen Situationen locker umzugehen und weitere stigmatisierende Konflikte zu vermeiden; dennoch fühlt sie sich belastigt von dieser Art von Angriffen. Ein anderer Schüler bestätigt die Alltäglichkeit solcher rassistischen Sprüche und Witze, die in der Schule etabliert und gepflegt würden. Ein solcher Spruch laute: „Wer nichts wurde, wurde Kurde.“ (Interview I, 2013, 00:28:44) Das Reimschema dürfte diesen Spruch als alltäglich anwendbares Wissen verfestigen – ein Wissen, welches das Kurdischsein so weit abwertet, bis es keinen Wert mehr hat.

Die Berichte über solche Sprüche und Witze machen deutlich, dass der kurdisch-türkische Konflikt in der Schule durchaus eine alltägliche Rolle spielt. Betroffen davon sind, wie sich in allen Interviews feststellen ließ, ausschließlich Kurd*innen. Sie und nur sie sind es, die den Beleidigungen ihrer Mitschüler*innen ausgesetzt sind. Allein auf der Grundlage ihrer kurdischen Herkunft werden sie dann negativ bewertet und zum Beispiel als „landlos“, „Terroristen“ oder „PKK-Anhänger“ bezeichnet. Ein Schüler erzählt:

„Also es gab bei uns in der Klasse einen kurdischen Jungen, der mit Nachnamen Öcalan hieß. Auf jeden Fall wurde er halt immer auf die PKK angesprochen, weil der PKK-Führer auch irgendwie Öcalan hieß, und dann wurden halt mit ihm immer Witze gemacht. Aber der ist auch relativ cool geblieben, weil er auch wusste, dass alles - auch wenn es schlechte Witze waren -, es war irgendwie gemeint, ein bisschen witzig zu sein. Der ist da nie wirklich eskaliert, sondern hat gesagt, jaja, redet ihr mal. Also so, das war das Einzige, was ich als Problem zwischen Kurden und Türken gesehen habe. Also es waren halt häufig Türken, die irgendwie gesagt haben: und was macht die PKK?, zu dem Kurden halt.“ (Interview III, 2013, 00:22:16)

Auch in dieser Schilderung werden die alltäglichen Mikroaggressionen, denen kurdische Schüler*innen ausgesetzt sind, deutlich: die durch Worte ausgeübte Gewalt in Form von Othering, Verachtung und Aggression. Der betroffene Schüler muss sich ständig bezüglich des zum politischen Feindbild erklärten Öcalan verhalten und abgrenzen und das nur, weil er, der Schüler, kurdisch ist und denselben Nachnamen trägt. Er hat in diesem diskursiven Setting im Grunde keine Möglichkeit, sich als Kurde (positiv) zu definieren und damit selbstbewusst umzugehen: Ein gewisser kurdischer National- bzw. Kulturstolz würde ihn sogleich in die negativen Assoziationen hineinfallen lassen, die die „Witze“ transportieren. Dass er „relativ cool“ reagiert, deute ich auch als Zeichen des großen Assimilationsdrucks.

In Witzen und Sprüchen werden Kurd*innen mit dem Adjektiv „landlos“ oder der Bezeichnung „Terrorist“ versehen und so als andere markiert, als Feindbild gar. Die „Späße“ auf Kosten kurdischer Schüler*innen schaffen und legitimieren mit Penetranz ein Bild der Fremden – auch als Feind*innen des türkischen Staates – und kriminalisieren kurdische Schüler*innen. Dadurch wird ihnen der Raum zur Selbstdefinition genommen und überhaupt die Möglichkeit, sich über die Thematik ernsthaft auszutauschen. In allen Interviews fällt auf, dass den kurdischen Schüler*innen eine

informelle Mitgliedschaft⁸ zugewiesen wird, die stets negativ besetzt und konflikthaft ist. Als Kurd*innen sind sie in der Schule alltäglich Beleidigungen ausgesetzt – kolonialen Mikroaggressionen, die letztlich die Existenz des Kurdischen negieren und die als Ausweg nur die Akzeptanz der türkischen Sprache, Kultur und Nation als eigene, also Assimilierung, zuzulassen scheinen. Die kurdischen Schüler*innen entwickeln angepasste Praktiken, um solchen Provokationen zu entgehen, oft um den Preis, dass ihre Aussagen zu ihrer Identität nicht wahr-, nicht ernstgenommen werden. Eine kurdische Schülerin berichtet:

„Also ich hatte auch türkische Freundinnen. Ich habe mich nie zwischen denen so fremd gefühlt oder diskriminiert gefühlt. Aber wir hatten natürlich unterschiedliche Meinungen. Also sie sagte jedes Mal: Ja ihr versucht immer, PKK zu verteidigen. Und ich habe ihr jedes Mal versucht ... also warum wir das machen und wofür. Ja, aber sie konnte das irgendwie ... sie wollte das irgendwie nicht verstehen. Sie wollte nicht verstehen, wie das Volk, das kurdische Volk unter türkischer Gewalt gelitten hat.“
(Interview II, 2013, 00:22:05)

Die oben beschriebenen „witzigen“ Formen des Otherrings, denen kurdische Schüler*innen begegnen, haben eine Funktion für die türkische Identitätsbildung. Aus den Interviews geht hervor, dass die türkischen Schüler*innen für sich eine formelle, nämlich nationalstaatliche Mitgliedschaft beanspruchen können, was inkludierend wirkt: Sie können sich mit den Mitgliedern dieser Gruppe, Türk*innen bzw. türkischen Staatsangehörigen, identifizieren und werden umgekehrt von dieser Gruppe als zugehörig respektiert und anerkannt; sie können sich auf die türkische Nation, den türkischen Staat und dessen Narration berufen und genießen dadurch einen gewissen Schutz. Grundlage dafür ist jedoch die Aufrechterhaltung

der Differenz zwischen einem Wir und einem Nicht-Wir, jenen anderen, die als „landlos“ und „Terroristen“ charakterisiert und verunglimpft werden, während ein davon abzugrenzendes „Wir“ die Kriterien für türkische Staatsangehörige erfüllt.

(Sprachpolitische)

Ausblendungen: Wie das

Kurdische unsichtbar

gemacht wird

Viele kurdische Schüler*innen erzählen, dass sie genau abwägen, in welcher Situation sie sich wem gegenüber als kurdisch zu erkennen geben. Sie achten also darauf, mit wem sie über kurdische Themen sprechen, und sie klären untereinander ab, ob bei ihren türkischen Mitschüler*innen ihr Kurdischsein Platz hat und erwähnt werden darf. Kurdischsein ist immer politisch und birgt immer die Gefahr der Kriminalisierung. Die vielen alltäglichen Situationen, in denen kurdischer Rassismus eine Rolle spielt, lösen bei den kurdischen Schüler*innen Unbehagen aus und durchaus ambivalente Reaktionen. Nicht immer gehen sie aktiv dagegen vor: Einige interviewte Schüler*innen stellen fest, dass dies sowieso keinen Sinn mache und mehr Probleme als Lösungen mit sich bringe. Einigen wurde erst nach Verlassen der Schule klar, wie unglaublich belastend diese alltäglichen Situationen, die Anspannung für sie waren.

Ein Knotenpunkt, an dem viele Fragen und Diskurse rund um Kurdischsein im Kontext Schule zusammenlaufen, ist die kurdische Un-/Sichtbarkeit. Denn das Ausblenden der kurdischen Perspektive ist ein wichtiger Aspekt, den es zu berücksichtigen gilt, um die politische Verortung von Kurd*innen, antikurdischen Rassismus (im deutschen Schulsystem), damit einhergehende Ausschlüsse und Entsolidarisierungen zu verstehen. Daraus lassen sich auch grundsätzliche Erkenntnisse über die Gefahr von kulturellem Rassismus ableiten.

Anmerken möchte ich zunächst, dass ein selbstbestimmtes Nach-Außen-Treten seitens der Kurd*innen dem

⁸ Zur formellen vs. informellen Mitgliedschaft siehe: Mecheril, Paul (2003): Prekäre Verhältnisse. Über natio-ethno-kulturelle Mehrfachzugehörigkeit, Münster.

Wunsch vieler PoC⁹, nicht als anders oder irgendwie besonders markiert zu werden, entgegensteht. Innerhalb der Diaspora lassen sich Differenzen zwischen Kurd*innen, Türk*innen, Syrer*innen, Iraker*innen und Iraner*innen zur Not verbergen, da es keine unent-rinnbare Differenz mittels rassistischer Markierungen gibt. Dennoch sind Kurd*innen von spezifischen Formen der Diskriminierung betroffenen, die sich von jenen unterscheiden, die Menschen mit türkischem, syrischem, irakischem und iranischem Hintergrund erfahren. Die kolonialen Strukturen, die Kurd*innen betreffen, treten dabei erst zutage, wenn man sich als kurdisch definiert. Diesbezüglich hat auch die linke Szene in Deutschland noch viel Nachholbedarf, denn auch dort wird Kurd*innen häufig das Recht auf politische Selbstpositionierung und -bezeichnung verwehrt bzw. sie wird negativ bewertet; die alltägliche Unterdrückung von Kurd*innen bekommt als politisches Thema keinen Raum. Viele Kurd*innen machen die Erfahrung, dass die deutsche, auch linke Zivilgesellschaft bei dem Thema nicht hinterherkommt, perplex ist angesichts von so viel alltäglicher Gewalt und dass sie keinen aktiven Umgang damit hat.

Im Folgenden nun widme ich mich dem Kurdischen als Ausgeblendetem bzw. als blindem Fleck an deutschen Schulen. Für die Schüler*innen bedeutet das konkret unter anderem, dass sie auf Unverständnis bei ihren Mitschüler*innen stoßen:

„Ich glaube, was die nicht so verstehen, wenn ich zum [kurdischen, Anm. d. Autorin] Festival fahre: Wieso machst Du so einen weiten Weg und fährst da hin, und: ist doch total unnötig?! Also die verstehen das nicht. Ich weiß nicht, mir bereitet das sehr viel Freude, wenn ich da hinfahre, weil ich dann halt mit meinen Leuten untereinander bin. Das können die nicht so nachvollziehen.“ (Interview V, 2013, 00:16:22)

Die Ausblendung des Kurdischen geht aber tiefer: Sie betrifft die Identitätsbildung der Jugendlichen. In einem Zitat eines kurdischen Schülers spiegelt sich die ganz Problematik kurdischer Identität wider: „Da haben die [türkische Mitschüler*innen, Anm. d. Autorin] ja recht, eigentlich: Ich habe ja auch kein Land. Ich habe nur eine Flagge und einen Namen.“ (Interview V, 2013, 00:20:01) Wenn Identität jedoch an ein „Land“, an die Zugehörigkeit zu einer Nation, einem Staat gekoppelt wird, hat das Kurdische keinen Platz. Das Zitat eines anderen kurdischen Schülers verdeutlicht dieselbe Problematik:

„Also die Kurden leben ja in der Türkei oder auch so in Syrien, von daher sind das ja auch ... also Kurden ist vielleicht noch so eine kleinere Unterteilung, aber es sind ja irgendwie schon so Türken. Und eigentlich ist ja alles so dasselbe, diese Osmanen, das kommt ja ... Von daher ist es [...] so: Ja, ich komme aus Syrien, ich komme aus der Türkei. Das ist so oberflächlich.“ (Interview I, 2013, 00:20:33)

Kurdische Schüler*innen haben an deutschen Schulen Hemmungen, sich mit ihrer kurdischen Identität, also als Kurd*innen, zu zeigen. Neben der Ausgrenzung durch Peers spielt dabei auch der Aspekt der Illegalisierung eine Rolle. Eine kurdische Schülerin berichtet:

9 Ich orientiere mich an der folgenden Definition: „People of Color (oder Person of Color, PoC) dient als analytischer und politischer Begriff, der sich an all diejenigen Menschen und Communitys wendet, die in kolonialer Tradition als „Andere“ rassifiziert und unterdrückt wurden bzw. werden. Er wird aktiv als Selbstbezeichnung – oft verbunden mit einem politischen Verständnis – verwendet.“ Aus: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismus (o. J.): Glossar, in: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA) (online), <https://www.idaev.de/researchtools/glossar> (abgerufen am 30.05.2023).

„In meiner Schulzeit besaß ich noch einen türkischen Pass. Mein kurdischer Name Nalîn wurde in meinem türkischen Pass auf den türkischen Namen Nalen angepasst. Immer wieder musste ich meinen Lehrern erklären, dass ich Nalîn genannt werden möchte. Es hieß jedoch immer von Lehrerseite, dass es für sie keinen Unterschied gibt. Ich musste ihnen immer erklären, dass [es] doch einen Unterschied gibt.“ (Fallbeispiel I, 2023)

Viele Kurd*innen der zweiten und dritten Generation konnten auch in Deutschland keine kurdischen Namen wählen, da das deutsche Konsulat sich an die Namensvorgaben des türkischen Konsulats hielt. Wenn ein kurdischer Name in der Türkei verboten wird,¹⁰ kann es geschehen, dass die deutschen Behörden diese Form der Diskriminierung übernehmen. Die Schülerin Nalîn musste die Erfahrung machen, dass ihre Bemühungen, ihre Lehrer*innen in Deutschland über diese diskriminierende bürokratische Praxis aufzuklären, erfolglos blieben; es mangelte an Verständnis, und in ihrem Wunsch nach Selbstdefinition wurde sie nicht gesehen. Wenn Schulakteur*innen die institutionelle Diskriminierung von Kurd*innen, die vom türkischen Staat ausgeht, fortführen, reproduziert das deutsche Schulsystem eine Form kolonialer Macht: Kurdische Identität wird abgewehrt, kurdische Schüler*innen werden diskriminiert.

Auch von der Namenspolitik abgesehen, waren oder sind Kurd*innen im schulischen Kontext in Deutschland mit einer türkisch-kolonialen Sprach- und Bildungspolitik konfrontiert. Seit 1990 liegt die Verantwortung

für den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht bei den Konsulaten der ehemaligen Anwerbeländer, unter anderem also bei jenen der Türkei. Viele Kurd*innen erinnern sich noch daran, wie sich im türkischen Konsulatsunterricht der lange Arm des türkischen Staates bemerkbar machte: Der Besuch des Unterrichts hatte nicht selten den Preis, (zumindest scheinbar) den türkisch-ethnischen Nationalismus anerkennen zu müssen. Ebenfalls tief eingepägt haben sich das Unverständnis vieler türkischer Lehrkräfte und der vorwurfsvolle Ton und ebensolche Blicke, falls man sich als kurdische*r Schüler*in gegen den Besuch des Türkischunterrichts entschied. Inzwischen (Stand: 2020) bieten zwölf Bundesländer *staatlichen* Sprachunterricht an, neben oder zusätzlich zum Konsulatsunterricht. Hamburg beispielsweise reagierte 2017 auf den Mangel an Transparenz und Kontrolle bezüglich des (türkischen) Konsulatsunterrichts mit dem Beschluss, zukünftig staatliche herkunftssprachliche Kurse anzubieten, um den Konsulatsunterricht zu beschränken.¹¹

Was es für viele Kurd*innen in Deutschland bedeutet, ihre Muttersprache nicht zu sprechen und sie in der Schule oder anderweitig nicht lernen zu können, ist bislang kaum Thema in der Bildungspolitik. Welche Sprachen gelten in der Schule (oder zum Beispiel im Jugendzentrum) als legitime Sprachen, welche haben ein hohes, welche ein geringes Prestige? Auch zu dieser Frage aus dem Feld Migration und Schule besteht noch Nachholbedarf. Sprache ist ein so wichtiges Mittel, um sich die Welt zu erschließen, an der Gesellschaft teilzuhaben und in ihr handlungsfähig zu sein.¹² Sie bietet Orientierung und verbindet uns mit der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft. Das Sprachverbot des Kurdischen in der Türkei ist ein Aspekt und ein Mittel kolonialer Unterdrückung, das auch auf Schulhöfen und Klassenzimmern in Deutschland Wirkung entfaltet.

Auch im deutschen Schulkontext machen Kurd*innen die Erfahrung, dass ihr Recht auf Selbstbestimmung

10 Offiziell war das Tragen eines kurdischen Namens in der Türkei bis in die Neunzigerjahre nicht möglich: Kinder hatten einen türkischen Namen zu erhalten; wenn ein Name auch in der kurdischen Sprache existierte, musste er an die türkische Schreibweise angepasst werden. Siehe: Ataman, Ferda (2009): Buchstaben als Politikum. Zweijähriger Kurde wird wegen Vornamens staatenlos, in: Tagesspiegel (online), 14.09.2009, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/zweijahrig-erde-wird-wegen-vornamens-staatenlos-7089220.html> (abgerufen am 30.05.2023).

11 MEDIENDIENST INTEGRATION (2020): Wie verbreitet ist herkunftssprachlicher Unterricht? Download-Link: https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Infopapier_MDI_Herkunftssprachlicher_Unterricht_2020.pdf (abgerufen am 20.07.2023); taz (2017): Kontrolle aus der Türkei befürchtet, in: taz (online), 28.11.2017, <https://taz.de/Tuerkischer-Konsularunterricht/!5462872/> (abgerufen am 20.07.2023).

12 Siehe das Kapitel „Die pädagogische Herstellung (il)legitimer Sprachen und Zugehörigkeiten“ (S. 105–110) in: MechEriL, Paul et al. (2010): Migrationspädagogik, Weinheim/Basel.

bestenfalls prekär ist. Die Interviews zeigen, dass kurdische Schüler*innen es unter Umständen vermeiden, offen kurdische Symbole zu zeigen oder ihr Kurdischsein anderweitig nach außen zu tragen. Viele mussten schon in der Grundschule einen Umgang mit dem pädagogischen Handzeichen „Leisefuchs“ finden; dieses Handzeichen gleicht dem Wolfsgruß, einem Symbol der rechtsextremen *Grauen Wölfe*. Je nach Herkunft und Familiengeschichte wissen viele bereits in einem frühen Alter, dass es sich um ein Symbol ethnischer und kultureller Hetze handelt; für kurdische Kinder, die häufig mit generationsübergreifenden posttraumatischen Belastungen zu tun haben, kann das Handzeichen ein Trigger sein. Für einen Teil der Kinder steht das Handzeichen also für Unterdrückung und Gefahr, für Gewalt, Mord oder gar Genozid, während viele Pädagog*innen diesen Symbolwert überhaupt nicht kennen. (Zu den *Grauen Wölfen* siehe v. a. Akbulut, Ermagan, Pfahler und Pontosgriechische Jugend in Europa, Text II.)

Um die Situation für kurdische Schüler*innen zu verbessern, brauchen Lehrkräfte ein differenziertes Wissen über institutionellen Rassismus, über die Geschichte, die rechtlichen Rahmenbedingungen und sozialen Ungleichheiten in der Einwanderungsgesellschaft; diese Notwendigkeit wird jedoch häufig mit dem Argument abgewehrt, es gebe doch keinen Unterschied zwischen verschiedenen migrantischen Communitys. Dass und wie sich kurdische Diskriminierungserfahrungen von beispielsweise türkischen oder arabischen unterscheiden, wissen viele Lehrkräfte nicht. Zudem gehen Kurd*innen äußerlich als Türk*innen, Syrier*innen, Iraner*innen oder Araber*innen durch bzw. werden als solche wahrgenommen.

Kurdische Schüler*innen werden gewissermaßen auf zwei Wegen unsichtbar gemacht: Zum einem wird ihre kurdische Zugehörigkeit im schulischen Kontext nicht wahrgenommen oder nicht anerkannt; zum anderen machen viele ihr Kurdischsein unsichtbar, um sich relativ sicher und ohne viele Konflikte durch den (Schul-)Alltag bewegen zu können. Kurd*innen können sich schließlich jederzeit bzw. *sollen* sich einer hegemonialen/nationalen Gruppe zu- und unterordnen. Die Sicherheit, die daraus entsteht, ist allerdings trügerisch: Denn unter Umständen wird ihr Kurdischsein trotzdem mit etwas irgendwie Bedrohlichem („Terrorist“) assoziiert, und die Schüler*innen verspüren die latente Gefahr, die

ihre Identität zu provozieren scheint. Judith Coffey und Vivien Laumann sprechen in Bezug auf Jüdinnen*Juden in Deutschland von „Unsichtbarkeit als Überlebensnotwendigkeit“.¹³ Auch für Kurd*innen war oder ist Unsichtbarkeit eine unter Umständen lebenswichtige Anforderung oder Strategie: Viele Kurd*innen aus der zweiten oder dritten Migrationsgeneration bringen mit ihrer Familiengeschichte Themen wie Verfolgung, Genozide, Unterdrückung und Leugnung mit nach Deutschland. In ihrem familiären Kontext spielen unter Umständen posttraumatische Belastungsstörungen eine Rolle – die aus Angst, erneut zur Zielscheibe von antikurdischem Rassismus zu werden, nicht als solche benannt oder behandelt werden. Dieses Gepäck, diese Last, ist mehr oder weniger allen Kurd*innen – aus allen Regionen und über verschiedene Religionen und politischen Ideologien hinweg – gemein. Es drückt sich aus in dem berühmten kurdischen Sprichwort: „Die einzigen Freunde der Kurden sind die Berge.“

Kurd*innen, die ausloten möchten, was Kurdischsein bedeuten kann, und die sich um ein positives kurdisches Selbstkonzept bemühen, laufen immer Gefahr, dafür kriminalisiert zu werden; die gesellschaftliche Anerkennung von Kurd*innen bemisst sich am Grad ihrer Assimilation. Auch im schulischen Kontext werden Kurd*innen unsichtbar gemacht oder mit negativen Zuschreibungen wie illegitim, illegal, verboten, kriminell, rückständig, primitiv assoziiert. Ihre Möglichkeiten, sich aus diesen Zuschreibungen zu befreien, sind begrenzt. In der pädagogischen Ausbildung und Praxis braucht es mehr Wissen zu antikurdischem Rassismus sowie Handlungsstrategien für den Umgang damit. Es ist höchste Zeit, dass sich in Deutschland ein Bewusstsein für die Diskriminierung von Minderheiten in der Migrationsgesellschaft etabliert; innermigrantische Auseinandersetzungen sind schließlich kein Problem, das nur unter Migrant*innen zu klären wäre.

Ausblick

Die Aussagen der Schüler*innen zeigen, wie in der Schule antikurdischer Rassismus alltäglich re-/produziert wird. Die Vorurteile gegenüber Kurd*innen, aber auch die kurdische Identitätsbildung sind dabei eng verwoben mit der türkisch-nationalen Identität, und

13 Coffey, Judith/Laumann, Vivien (2021): Gojnormativität. Warum wir anders über Antisemitismus sprechen müssen, Berlin, S. 100.

sie sind geprägt von der kurdisch-türkischen Konfliktthematik. In der Folge steht das Kurdischsein gewissermaßen unter Beobachtung und wird (selbst-)zensiert, und koloniale Mikroaggressionen sorgen dafür, dass es aus diesem zensierten Raum kaum hinauszureichen vermag.

Die Würde, Identität und Sprache von Kurd*innen ist auch in der Diaspora ständig in Verhandlung begriffen und prekär. In Deutschland betrifft dies bis zu 1,2 Millionen Menschen.¹⁴ Kurd*innen gehören zu den größten migrantischen Communities hierzulande. Trotzdem sind kurdische Perspektiven in Politik und Öffentlichkeit kaum präsent, und Menschenrechtsverletzungen gegenüber Kurd*innen werden in den Medien selten adressiert. Dies sind Anzeichen kultureller Diskriminierung; für kurdische Schüler*innen bedeutet es zudem, dass sie keine Anknüpfungspunkte und Vorbilder finden, um mit ihren Sorgen und Ängste umzugehen.

Sprachliche Manifestationen im Kontext Schule können antikurdischen Rassismus normalisieren. Für die Erarbeitung pädagogischer antirassistischer Konzepte ist daher die Beschäftigung mit den Zusammenhängen von Rassismus, Kolonialismus und Sprache hilfreich:¹⁵ Welche rassistischen/ kolonialistischen Bilder und Sprachformen prägen die Aussagen und Gespräche der Schüler*innen? Haben alle Schüler*innen die Chance, sich in ihrem sozialen Umfeld angstfrei mit ihrer Identität zu zeigen und sie (unter anderem) sprachlich auszudrücken? Wessen Perspektiven werden im Unterricht aufgegriffen, welche werden neutralisiert oder ausgeblendet? Etc. Dabei kann die nationale Nichtbestimmbarkeit des Kurdischen auch Möglichkeiten eröffnen, über Identitätsbildung ins Gespräch zu kommen: Identität ist eben nicht zwingend an Nationalstaaten und dessen Grenzen gekoppelt.

In der Politik, in der Wissenschaft, in NGOs, in Literatur, Film und in vielen weiteren Bereichen in Deutschland gibt es heute emanzipierte Kurd*innen, die ein diverses Bild davon zeichnen, was es heißen kann, kurdisch zu sein. Auch Jugendliche eignen sich ihr Kurdischsein neu an oder füllen es neu aus. Themen wie Migrantisierung, Kolonialismus und Rassismus in der Diaspora spielen hierbei eine Rolle. Neue Identitäten bilden sich heraus und ebenso strategische Bündnisse und gemeinsame Kämpfe, deren Beteiligte sich gegenseitig empowerern, statt dem Assimilierungsdruck nachzugeben.

14 Engin, Kenan (2020): 100 Jahre kurdische Einwanderung nach Deutschland, in: Migazin (online), 23.01.2020, <https://www.migazin.de/2020/01/23/chronologie-100-jahre-kurdische-einwanderung-nach-deutschland/> (abgerufen am 30.05.2023).

15 Hilfreich kann dafür die „post- und kontrakoloniale Diskursanalyse“ sein, die Lann Hornscheidt folgendermaßen bestimmt: Jene untersuche u. a., „wie sich in kolonialistischen Diskursen rassistische Vorstellungen normalisieren, wie diese machtvoll re_Produziert werden, wie sie sich institutionell manifestieren, wie sie unhinterfragt bleiben.“ Aus: Hornscheidt: Was ist post- und kontrakoloniale Diskursanalyse? S. 452.

Der türkische Rassismus gegenüber Griech*innen

Erfahrungen und Analysen

Pontosgriechische Jugend in Europa

Als ich nach den Sommerferien 2016 in die Oberstufe einer Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen kam, begann für mich ein neues Kapitel. Ich hatte die Hoffnung gehabt, ich würde nun auf ein besseres Lernumfeld treffen; diese Annahme verflüchtigte sich jedoch schnell. Im Oktober mussten wir zu frei gewählten Themen Referate halten, um das Vortragen zu üben, und ich beschloss, über meine pontosgriechischen Wurzeln zu berichten; das fiel mir besonders leicht. In meinem Vortrag erklärte ich, wer Pontosgriech*innen sind und dass meine Vorfahr*innen den osmanischen Völkermord an den indigenen christlichen Minderheiten (Armenier*innen, Griech*innen, Assyrer*innen/Aramäer*innen) durch die Jungtürken und die Kemalist*innen zwischen 1912 und 1923 überlebt hatten. Zum Schluss ging ich auf heute existierende pontosgriechische Vereine ein, um damit deutlich zu machen, dass unsere Kultur trotz des Genozids weiterhin Früchte trägt. Was ich damals nicht wusste, war, dass sich im Publikum eine Gruppe *Grauer Wölfe* befand. Ab diesem Zeitpunkt änderte sich das Klima zwischen meinen Mitschüler*innen und mir rasant. Von Tag zu Tag redeten weniger Menschen meiner Stufe mit mir, und des Öfteren nahm ich, insbesondere von einer türkischen Jungsgruppe, ein Getuschel wahr, sei es in den Pausen oder im Unterricht. Um ehrlich zu sein, dachte ich mir zunächst nichts dabei, denn auch vor dieser 10. Klasse war ich immer Einzelgängerin gewesen, und mit reichlich Mobbing Erfahrung auf den Schultern - bezüglich meines Aussehens und meiner griechischen Herkunft - war ich daran gewöhnt.

Als ich im Februar 2017 aufgrund einer Erkrankung gefehlt hatte, berichtete mir ein Mitschüler, dass ein großer Teil der Stufe über mich hergezogen sei. Es seien Sätze gefallen wie „Die ungläubige fette Griechin hat uns heute mal verschont mit ihrem Anblick“. Die oben genannte Jungsgruppe habe sich am meisten über mich lustig gemacht. Drei Tage später kehrte ich zurück und

kümmerte mich in der Pause um meine Hausaufgaben, in einem Raum, in dem sich auch jene Gruppe Jungs aufhielt. Diese schikanierten mich mit lauten Geräuschen, und ich bat sie, in einen anderen Raum zu gehen; sie schrien mich an und sagten, ich hätte ihnen gar nichts zu sagen, weil ich eine Frau und eine griechische Nutte sei. Wir schrien uns gegenseitig an. Ich verlangte von ihnen, mich zu respektieren, und daraufhin näherten sie sich mir, und einer schlug auf meinen Tisch. Nun fiel der Satz „Ich respektiere nicht den Feind - hätten die Osmanen euch doch alle verbrannt!“. Es folgten Beschimpfungen, die Gruppe bildete einen Kreis um mich; ich verließ den Raum und versteckte mich auf der Toilette, bis der Unterricht wieder begann.

Anfang März verpetzte jemand einen deutschen Mitschüler bei den Lehrer*innen, ich weiß bis heute nicht, wegen was. Alle beschuldigten mich. Die türkischen Mitschüler beeinflussten mittlerweile die ganze Stufe.

Am 29. desselben Montags lud ein italienischer Mitschüler auf Snapchat ein Video hoch, auf dem einer der türkischen Jungs das Lied „İzmir Marşı“ sang. Ich kannte das Lied nicht. Auf dem Snap waren eine türkische und eine griechische Flagge zu sehen, deshalb wurde ich darauf aufmerksam. Ich machte eine Bildschirmaufnahme und schickte sie meiner türkischen Freundin, die mir erklärte, dass das Lied rechtsextrem sei. Ich fing an zu verstehen, welche Dimensionen das Mobbing hat.

Der 15. Juni 2017 hat sich mir besonders eingepägt. In der Schule nahm ich eine auffallend negative Energie und Wut mir gegenüber wahr, den Grund dafür wusste ich nicht. Dann erfuhr ich, dass die Jungsgruppe ein Bild auf Instagram gepostet hatte, auf dem deutsche und türkische Mitschüler*innen den Wolfsgruß zeigen, im Hintergrund war das Gebäude meiner Schule zu sehen. Durch einen reflektierten Mitschüler gelangte das Bild

mit dem Wolfsgruß in die Hände des Oberstufenleiters. Die Lehrer*innen konfrontierten die Beteiligten damit, und die Jungs wurden verpflichtet, ein halbes Jahr den Schulhof zu reinigen und den Müll aufzusammeln. Diese beschuldigten natürlich mich, das Bild gemeldet zu haben, und die Situation verschlechterte sich erneut. Nur noch drei Personen redeten mit mir. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich Recherchen betrieben und verstanden, dass die *Grauen Wölfe* eine ernsthafte Bedrohung für uns Griech*innen darstellen. Es fiel mir immer schwerer, die Schule zu besuchen; ich wurde von einer permanenten Angst begleitet, und die Folgen der genozidalen Vergangenheit meiner Vorfahren schwirrten mir im Kopf herum.

Im Februar 2018 verschwand meine christlich-orthodoxe Gebetskette aus Jerusalem. Mit ihr hatte ich vor meinen Klausuren gebetet, getragen hatte ich sie am Handgelenk; oft hatte ich beim Beten mitbekommen, dass Mitschüler*innen mich dafür belächelten. An jenem Tag packte ich die Kette vor dem Sportunterricht, wie jedes Mal, in ein Seitenfach meiner Tasche, später stellte ich fest, dass sie nicht mehr da war. In meinem Sportkurs gab es einige, denen ich eine derartige Niederträchtigkeit zutrauen würde.

Meine Noten verschlechterten sich, weil ich oft fehlte. Ein Grund dafür war die psychische Belastung, die der Schulbesuch angesichts der ständigen Konfrontation mit den *Grauen Wölfen* für mich bedeutete. Ich beschloss, die 13. Klasse zu wiederholen. Aber auch diese Genugtuung reichte einigen meiner ehemaligen Mitschüler*innen nicht. Auch nach dem Klassenwechsel traf ich noch auf die Gesichter meiner alten Stufe, da sich mein Spind auf ihrer Etage befand. Kurz vor meinem Schulabschluss bekam ich Briefe in den Spind geworfen, in denen Dinge standen wie „Ich hoffe, der Bus überfährt dich :)“.

Innerhalb jener Zeit, in der ich so massiv diskriminiert worden war, war meine Schule übrigens mit dem Siegel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausgezeichnet worden. Am Abend der Auszeichnung hatte die mobbende Jungsgruppe einen Rap vorgetragen, bei dem es um Rassismus gegen Migranten gegangen war. Welche Ironie, welche Doppelmoral!

Bis heute habe ich Angst oder Bedenken, wenn ich auf Menschen mit türkischem Migrationshintergrund treffe,

und Gespräche über meine pontosgriechische Herkunft vermeide ich. Bis heute schränkt mich die Angst vor türkischen Angriffen in meinem gesellschaftspolitischen Engagement ein. Bis heute schreibe ich anonym, um mich zu schützen. Ich appelliere an den deutschen Staat, an die Integrations-, die Antirassismus- und die Antidiskriminierungsbeauftragte, die *Grauen Wölfe* in Deutschland zu verbieten. Zudem brauchen wir an deutschen Schulen und in anderen Bildungsstätten unbedingt Aufklärung über Genozidtäter wie Mustafa Kemal („Atatürk“) und Mehmet Talaat, wie Cemal und Enver (und über deren Verehrung) sowie allgemein über türkischen Rechtsextremismus.

Die meisten Menschen mit Migrationsbiografie haben schon mal Rassismus, in der einen oder anderen Form, erlebt. Aus diesem Grund gibt es heute diverse Organisationen, Vereine und Antidiskriminierungsstellen, die den von Rassismus und Ausgrenzung betroffenen Menschen rechtlich beistehen, ihnen Schutzräume bieten und sie politisch repräsentieren. Etwas komplizierter wird es, wenn innermigrantischer Rassismus mit ins Spiel kommt, wenn also migrantische Personen durch andere als migrantisch eingestufte Personen Rassismus, Diskriminierung, Exklusion oder Bedrohung erfahren. Eine spezifische Form des innermigrantischen Rassismus ist jene, die von der organisierten türkischen Rechten und von (nicht per se organisierten) rassistisch und/oder faschistisch eingestellten türkischstämmigen Mitbürger*innen ausgeht.

Das Thema innermigrantischer Rassismus ist grundsätzlich eher unterrepräsentiert, wohl aus mehreren Gründen. Zum einen sind die migrantischen Gruppen, die diese Form des Rassismus erfahren, in der Regel eine Minderheit innerhalb der Minderheit – und verfügen über wenig politische Repräsentation. Dies trifft etwa auf griechischstämmige Personen, aber auch auf Armenier*innen, Assyrer*innen, Aramäer*innen und Chaldäer*innen zu. Zum anderen wird im deutschen mehrheitsgesellschaftlichen Diskurs das Augenmerk stark auf „die Migranten“ oder „die Ausländer“ als Ganzes gelegt: wahrgenommen als homogene Masse, in der keine Unterschiede, Konflikte und dergleichen bestünden. Migrant*innen und Menschen mit Migrationsbiografie

als Inkognito-Masse mit vermeintlich gleichen Bedürfnissen, Erfahrungen und Positionen zu kategorisieren, ist seit den Achtzigerjahren leitend für die deutsche Integrationspolitik. Dieser Logik entspricht, dass es heute Antirassismusbeauftragte oder Antidiskriminierungsbeauftragte gibt, die Sprachrohr für alle Betroffenen sein und sich mit sämtlichen Rassismusproblemen beschäftigen sollen. Unvermeidlich fehlt es dann an der Kenntnis und Anerkennung von Aspekten, die für *einige* migrantische Communitys von großer Bedeutung sind; dazu gehört beispielsweise die Geschichte des türkischen Kolonialismus und Faschismus oder der türkischen Genozidpolitik – und ihrer Kontinuitäten oder Auswirkungen in der Gegenwart.

Viele von uns Griech*innen mussten bereits Erfahrungen mit türkischem Rassismus machen und ebenso mit der diesbezüglichen gesellschaftlichen Ignoranz. Das beginnt meistens schon in der Schule, bei manchen sogar im Kindergarten oder in der Grundschule. Die Erfahrungen reichen von verbalen Angriffen bis hin zu physischer Gewalt; sie umfassen Mord- oder Vergewaltigungsandrohungen, Genozidwitze und -leugnung und das Aberkennen der eigenen Identität und Kultur. Ich persönlich und viele in meinem Umfeld haben all diese Formen erlebt. Im Alltagsrassismus ist besonders die Leugnung des Genozids, der Vertreibung, des Landraubs, der Vergewaltigungen und Folter sowie die Leugnung der konstanten militärischen Bedrohung prägend: „Es gab nie einen Genozid/Völkermord, sonst gäbe es euch heute ja nicht mehr!“, „Denkt dran: Was wir gemacht haben, können wir wieder tun!“ (dazu wird das Wolfszeichen gezeigt), „Schwimm zurück!“ (als Andeutung auf den Brand und die Zerstörung von Smyrna sowie die Vertreibungen kleinasiatischer Griech*innen, Armenier*innen und Jüdinnen*Juden 1922), „Deinen Vorfahren haben wir es gezeigt, und wir können es wieder tun!“, „Die Inseln in der Ägäis sind nicht griechisch, sie sind türkisch, und bald werden sie wieder uns gehören!“, „Denk dran: 1453!“ (in diesem Jahr fiel Konstantinopel an die Osmanen, was von manchen als Sieg des Islam über das Christentum gedeutet wird), „Wie die Armenier seid auch ihr Verräter, die unser Vaterland verraten habt – und ihr habt bekommen, was ihr verdient!“. Der Wortlaut der einzelnen Angriffe ist interessanterweise immer derselbe, als sei er von Haus aus gelernt. Dazu kamen in meinem Fall konkrete Drohungen (meist, aber nicht immer von Männern), Belästigungen sowie Mobbing im Schul- und Universitätskontext.

Schutz vonseiten der Schule oder der deutschen Dominanzgesellschaft allgemein gab es nicht für mich (oder für andere Betroffene, mit denen ich gesprochen habe), das kam zu meinen ohnehin negativen Erfahrungen noch dazu. Irgendwie schien es immer als ein ganz eigenes, internes, sehr spezielles Problem wahrgenommen zu werden, als eine sehr spezielle Form des Rassismus, mit der sich Nichtbetroffene nicht auseinandersetzen wollten. Stattdessen stieß ich auf Unkenntnis, Ignoranz oder Relativierung: als könnten Menschen, die selbst Rassismus erleben, nicht ihrerseits rassistisch sein; als könnten Muslim*innen nicht rassistisch gegenüber Nichtmuslim*innen sein. Viele (historische) Realitäten wurden ausgeblendet, um sich der Thematik nicht annehmen zu müssen.

Die Bezeichnung „innermigrantischer Rassismus“ erweist sich derweil als ambivalent: Einerseits ist sie faktisch zutreffend; andererseits vermittelt sie (indem sie eine eigene Rassismuskategorie schafft) den falschen Eindruck, diese Formen des Rassismus ließen sich simpel von anderen abgrenzen. Tatsächlich aber funktioniert antigriechischer, antiarmenischer und antiassyrischer/-aramäischer/-chaldäischer Rassismus wie anderen Rassismen auch. (Kennzeichnend für den türkischen Rassismus kolonialer Prägung, für den sogenannter Panturkismus, ist, dass er in Völkermorden und Massenvertreibung mündet, was nicht für alle Formen des Rassismus gilt.) Zudem signalisiert der Ausdruck „innermigrantischer Rassismus“, dass es sich um ein rein innermigrantisches Problem handle, und das ist ein gefährlicher Fehlschluss.

Migration aus Teilen der Türkei nach Deutschland gibt es seit Jahrzehnten, wobei viele der Eingewanderten Minderheiten angehören – die die Türkei genau deswegen verlassen haben/mussten. „Inermigrantisch“ als Begriff impliziert, dass sich damit die Migrant*innen selbst auseinanderzusetzen hätten, während die deutsche Mehrheitsgesellschaft nichts damit zu tun habe. Viele der (türkischen) Täter*innen oder deren Nachkommen sind heute deutsche Staatsangehörige, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben. Viele der Opfer oder deren Nachkommen sind ebenfalls deutsche Staatsbürger*innen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben; in einer demokratischen Gesellschaft sollte der Rassismus, den sie erlebt haben, anerkannt werden, und sie selbst sollten Schutz erhalten. Somit ist der gegenwärtige

sogenannte innermigrantische Rassismus ein allgemeines deutsches Problem, das nicht länger ignoriert werden darf. (Ganz abgesehen von der Partnerschaft des Deutschen Kaiserreichs mit dem Osmanischen Reich, von der deutschen Rolle beim ersten Völkermord an den ostthrakischen Griech*innen zwischen 1912 und 1914, von dem wissentlichen Wegsehen beim Genozid an den Armenier*innen 1915 und von der deutschen Beihilfe zur Zerstörung der mehrheitlich von Griech*innen bewohnten Stadt Smyrna 1922, um nur einige historische Beispiele zu nennen; siehe dazu: Pontosgriechische Jugend in Europa, Text I.)

Ich bin Pontosgriechin in der dritten Generation nach dem Genozid an den Griech*innen im Osmanischen Reich und lebe seit fünfzig Jahren in Deutschland. Aufgewachsen in einem pontosgriechischen Dorf in Nordgriechenland, verbrachte ich viel Zeit mit meiner Großmutter, einer Überlebenden aus dem Pontos. Täglich erzählte sie mir von ihrer Heimat, von ihrem Leben vor dem Genozid und von dem zwangsweisen Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei im Jahr 1923. Die Erinnerung meiner Großmutter, ihre Geschichte und ihr Leid sensibilisierten mich für die Menschenrechte und weckten mein Interesse an der Selbstorganisation und Aufrechterhaltung der pontosgriechischen Gemeinschaft. So wurde ich aktiv in vielerlei Menschenrechtsorganisationen und im pontosgriechischen Kontext.

In München lernte ich viele Armenier*innen und Assyrer*innen kennen. Bis heute arbeite ich mit ihnen zusammen an der Anerkennung und Aufarbeitung des osmanischen Genozids an unseren Vorfahr*innen. In diesem Rahmen kam ich auch zum ersten Mal mit den türkischen rechtsextremen *Grauen Wölfen* in Berührung.

Graue-Wölfe-Mitglieder versuchten Infoveranstaltungen und Fotoausstellungen zum Genozid an den Pontosgriech*innen und Armenier*innen zu sabotieren, indem sie störten und uns mit ihren Blicken einschüchterten. Sie fotografierten uns und speicherten unsere Gesichter und Daten ab; sie waren sehr arrogant und aggressiv und schienen gewaltbereit zu sein. „Du hast kein Recht, mich zu fotografieren“, sagte ich zu einem.

Darauf antwortete er, dass die Fotoausstellung offen für alle sei. Ich bestand auf meiner Aussage, und andere Anwesenden kamen mir zur Hilfe, trotzdem hatte ich Angst, von ihnen geschlagen zu werden.

Bei einer anderen Zusammenkunft, einer armenischen Infoveranstaltung zum Genozid, umkreisten Anhänger der *Grauen Wölfe* den Eingang, auch mit Autos, und ließen uns nicht mehr raus. Wir riefen die Polizei, die uns nach draußen und in Taxis, deren Nummern sie sich aufschrieb, begleitete. Falls etwas passiere, sollten wir uns melden. Für eine Weile wurde mein Taxi von zwei Autos verfolgt.

2008 riefen *Graue-Wölfe*-Mitglieder bei Menschenrechtsaktivist*innen an, die sich für die Anerkennung des Genozids an den indigenen Christ*innen (1912-1923) im Osmanischen Reich einsetzten. Sie gaben sich als Angehörige türkischer Menschenrechtsaktivist*innen, die auf unserer Seite standen – wie der verstorbene Ali Ertem –, aus und täuschten vor, sie zu suchen. Sie wollten deren Daten.

Nachdem wir uns für die Anerkennung des Genozids ausgesprochen hatten, schauten uns Imame auf öffentlichen Veranstaltungen grimmig in die Augen, um uns einzuschüchtern.

Das waren nur einige Beispiele von vielen. Die *Grauen Wölfe*, die mit dem türkischen Geheimdienst zusammenarbeiten, stellen eine Gefahr für unsere Demokratie dar. Deutschland muss diese rechtsextreme Gruppierung verbieten und ausreichend über sie aufklären.

Es war der 28. November 2022. Ein ganz normaler Arbeitstag. Ich arbeitete in einem iranischen Geschäft, bei christlichen Iranern, weshalb viele Menschen, die Wurzeln in den Ländern des Nahen Ostens haben, das Geschäft besuchten.

An diesem Tag bat mich ein Mann türkischer Herkunft um Beratung. In diesem Job braucht man Zeit, um einem Kunden zu helfen, und im Gespräch kam schließlich das Thema Herkunft auf. Ich versuchte der Frage nach meiner Herkunft zunächst auszuweichen. Schließlich sagte

ich, dass ich Grieche mit Wurzeln in Trapezunt (Trabzon) und Samsunta (Samsun) sei. Er bekam einen grimmigen Blick. Ich sei türkisch, behauptete er, und dass Griechen und Armenier Verräter des türkischen Vaterlandes seien. „Wir haben euch Griechen das Schwimmen beigebracht“, so sagte er. Damit spielte er auf historische genozidale Praktiken an: darauf, dass Griech*innen ertränkt wurden oder wegschwammen, um den Massakern in Kleinasien bzw. der heutigen Türkei zu entkommen. In dem Satz steckt aber letztlich auch die jahrtausendelange griechische Existenz in der Region. Eben noch hatte er sie geleugnet, nun behauptete er, dass wir Griech*innen es nicht anders verdient hätten ...

Was sollte ich entgegnen? Um ihn nicht anzufahren, musste ich mich immer wieder daran erinnern, dass ich auf der Arbeit war. Dann traten einige Kund*innen aus dem Balkan hinzu, um mich zu unterstützen. Schließlich kam mein Chef und warf den Kunden raus, nachdem er gehört hatte, was er gesagt hatte. An der Tür machte dieser den klassischen Gruß der *Grauen Wölfe*. Da habe ich verstanden, warum er so feindselig war. Später, in meiner Pause, stand er scheinbar zufällig ebenfalls draußen. Erneut versuchte er, mich zu demütigen, scheiterte aber: Zu meinem Glück kamen in dem Moment zwei griechische Freunde, gemeinsam stellten wir uns gegen ihn.

Ein Genozid und seine Folgen

Geschichte und Gegenwart der anatolischen und pontischen Griech*innen

Pontosgriechische Jugend in Europa

Die Anwesenheit von Griech*innen am Euxeinos Pontos, der südlichen Schwarzmeerküste, in Kleinasien sowie Ostthrakien hat ihren Ursprung in der Antike. Auf die Zeit um 1000 vor Christus setzt die Forschung die ersten Handelsreisen in diese Gegend an, die vor allem der Suche nach Gold und anderen Erzen dienten. Die Entsendung Iasons und der Argonauten in die Kolchis (heute Westgeorgien), die Abenteuer des Odysseus im Land der Kimmerier*innen, die Bestrafung des Prometheus durch Zeus und seine Fesselung an den Kaukasus, die Fahrt des Herakles im Schwarzen Meer und zahlreiche andere altgriechische Mythen, die auf diese Gebiete Bezug nehmen, verweisen auf die Existenz uralter Handelsrouten und Netzwerke, die die Griech*innen mit der Region Kleinasien und des Pontos' verbanden. Die Besiedlung der südlichen Schwarzmeerküste begann im 8. vorchristlichen Jahrhundert durch ionische Griech*innen, vor allem aus Milet stammend, und führte zur Gründung griechischer Städte wie Sinope (heute: Sinop), Kerasus (Giresun) und Trapezunt (Trabzon). Von den griechischen Küstenstädten breitete sich die griechische Kultur und Bildung auch im Hinterland aus. Bedeutende Pontosgriechen waren Diogenes aus Sinope, Begründer der kynischen Philosophieschule, der Philosoph und Platonschüler Herakleides Pontikos, der Geograf Strabon aus Amaseia, der alten Hauptstadt des Königreichs von Pontos, und die Kirchenväter Basilios der Große und Gregor von Nyssa.¹

Nachdem die Kreuzfahrer („Franken“) Konstantinopel im Jahre 1204 eingenommen hatten, wurde das byzantinische Kaiserreich politisch aufgeteilt in fränkische Kleinstaaten. Gleichzeitig kam es zur Neugründung kleiner griechischer Kaiserreiche. Ein Angehöriger des Herrscherhauses der Komnenen gründete am Pontos mit seinem Bruder David und unter Mithilfe seiner Tante, der georgischen Königin Tamar, das Kaiserreich

der Großkomnenen von Trapezunt. Für mehr als 250 Jahre gelang es den Komnen*innen, geschützt durch die pontische Bergkette, ihre Herrschaft über den Kleinstaat im Pontos aufrechtzuerhalten. Das durch den Seehandel prosperierende Kleinkaiserreich überdauerte den Fall von Konstantinopel (1453) um ganze acht Jahre. Am 15. August 1461 fiel schließlich auch Trapezunt, und das gleichnamige Kaiserreich wurde Teil des Osmanischen Reiches. Von nun an waren Griech*innen der osmanischen Willkür, Gewalt und einer brutalen Zwangsislamisierung ausgesetzt.²

Der Genozid an den Griech*innen im Osmanischen Reich

Der Genozid an der griechisch-orthodoxen Bevölkerung durch das jungtürkische und kemalistische Regime zwischen 1912 und 1923 war ein Teil der systematischen und methodischen Vernichtungspolitik gegen die christlichen indigenen Völker im Osmanischen Reich. Der Genozid an den Griech*innen erfolgte fortwährend und kumulativ. Die Griech*innen Ostthakiens und Anatoliens waren im frühen 20. Jahrhundert die ersten und auch die letzten Opfer des antichristlichen Völkermords. Genozidforschende setzen den Beginn des osmanischen Genozids an den Christ*innen auf 1912 an: mit den Restriktionen, Massakern und Deportationen, von denen die griechische Bevölkerung Ostthakiens (die heutige europäische Türkei) betroffen war. Zur Begründung diente den osmanischen Machthabern die Beteiligung Griechenlands an den Balkankriegen. Das genozidale Vorgehen gegen die Griech*innen Ostthakiens wirkte aber auch als Testlauf für die Todesmärsche der

1 Lymperopoulos, Loukas (2019): Die Pontosgriechen in Geschichte und Gegenwart (Landeszentrale für politische Bildung Hamburg), Hamburg, S. 1-8.
2 Ebd., S. 13-33.

Armenier*innen, die im Ersten Weltkrieg landesweit durchgeführt werden sollten; in Ostthrakien nämlich stellten die regierenden Jungtürken fest, dass über die Grenze Vertriebene nach dem Ende der Balkankriege zurückkehrten, während fast die Hälfte der ostthrakischen Griech*innen, die ins Innere Anatoliens zwangsumgesiedelten worden waren, umkamen.

Seit den Balkankriegen bemühten sich die Jungtürken darum, die Griech*innen durch Unterdrückung und gewaltsam zu verdrängen: Eine harte Besteuerung, Beschlagnahmungen (unter anderem von Ernten und Vieh), der Raub des mobilen und immobilien Vermögens, Vergewaltigungen, Übergriffe auf Bäuer*innen und griechische Reisende sollten Angst und Panik erzeugen und griechisch-orthodoxe Christ*innen zum Exodus treiben. Seit 1912 wurden griechische Geschäfte boykottiert, sodass zahlreiche griechisch-orthodoxe Geschäftsleute Bankrott gingen und Suizid begingen. Noch vor dem Ersten Weltkrieg kam es zu Massakern, zum Beispiel in Phokaia (Foça), und zu Zwangsumsiedlungen.³

Während des Ersten Weltkrieges wurde vielerorts die geistige und geistliche griechische Elite verhaftet, deportiert und oft auch ermordet. Solche Akte eines Elitizids sind für Konstantinopel (Istanbul), Amasseia (Amasya), Amisso (Samsun) und Smyrna (Izmir) belegt. Noch vor Kriegsbeginn wurden Griechen im wehrpflichtigen Alter, also zwischen 18 und 45 Jahren, unbewaffnet in Zwangsarbeitsbataillone (*Amele Taburları*) rekrutiert. Bis zu neunzig Prozent von ihnen starben an Hunger, Entbehrungen, Strapazen, Kälte und Misshandlungen. Wie auch die armenische und ost- und westsyrische Bevölkerung wurden griechisch-orthodoxe Christ*innen vor den Augen ihrer Kinder und sonstiger Angehöriger missbraucht, gedemütigt und ermordet. Ihre Häuser wurden in Brand gesteckt, ihre Kirchen geschändet und in Moscheen umgewandelt, ihre Bildungs- und Kulturzentren wurden vernichtet oder zweckentfremdet. Das Kirchenasyl der Klöster und Kirchen wurde nicht mehr respektiert, diese wurden sogar zu Tatorten. Überlebende griechische Frauen und Mädchen wurden entführt, zwangsislamisiert, in Harems verschleppt oder an

Türken oder Kurden zwangsverheiratet.

Die Lage der kleinasiatischen Griech*innen verschlechterte sich zu Beginn des Jahres 1915, als unter dem Vorwand vorbeugender, mit Kriegserfordernissen gerechtfertigter Maßnahmen die christliche Bevölkerung der Küstengebiete ins Innere Anatoliens umgesiedelt werden sollte. Ein entsprechender Beschluss der jungtürkischen Regierung war auf Drängen des mit dem Osmanischen Sultanat verbündeten Deutschen Kaiserreichs zustande gekommen. Das eigentliche Ziel der aus diesem „Umsiedlungsbeschluss“ resultierenden Vertreibung der Bevölkerung, der Plünderungen, Brandschatzungen in den Dörfern, der Vergewaltigungen und Morde aber war die Enthellenisierung griechischer Gebiete, damit deren Türkisierung anschließend leichter vollzogen werden konnte.⁴ Nach Berichten des damaligen deutschen Botschafters zu Konstantinopel, Paul Graf Wolff Metternich zur Gracht, versuchten die Jungtürken, die Deportation der Griech*innen von der Schwarzmeerküste damit zu rechtfertigen, dass die Russen die griechische Bevölkerung bewaffnet hätten und dass ein griechischer Aufstand drohe. Eine solche Begründung war freilich aus der Luft gegriffen: Die deportierte Bevölkerung bestand größtenteils aus Frauen, Kindern und Greisen; die wehrfähigen Männer waren bereits früher zum Wehrdienst eingezogen worden, hielten sich in den Bergen versteckt oder waren ins Ausland geflüchtet.⁵ Das Vermögen der Griech*innen und Armenier*innen ging in die Hände derer über, von denen sie verfolgt und ermordet worden waren: Das muslimische Bürgertum im Pontos entstand.

Wegen der Proteste der Pontosgriech*innen und anderer Christ*innen gegen die türkischen Raub- und Mordüberfälle unter Druck gesetzt, beschloss die unter britischer Kontrolle stehende Sultan-Regierung zu Konstantinopel, Mustafa Kemal (später „Atatürk“, ein Ehrentitel, den es zu meiden gilt) in den Pontos zu entsenden. Der ranghöchste und erfolgreichste osmanische Militär sollte die irregulären Banden entwaffnen und die Ordnung wiederherstellen. Außerdem wollte man Kemal in der Hauptstadt loswerden, da er mit seinen nationalistischen Ansichten für die Regierung kompromittierend

3 Vakalopoulos, Konstantinos (2007): Vertreibung und Genozid an den Griechen Ost-Thrakiens (1908-1922), in: Hofmann, Tessa: Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Christen im Osmanischen Reich 1912-1922, Berlin, S. 136-141.

4 Fotiadis, Konstantinos (2007): Der Völkermord an den Griechen des Pontos, in: Hofmann: Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung, S. 193-227; siehe auch Sartiaux, Félix (1993): Η Ελληνική Μικρασία (Das griechische Kleinasien), Athen, S. 172.

5 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland (PA/AA), Berlin, Türkei Nr. 168, Beziehungen der Türkei zu Griechenland, Bd. 15, Nr. 532 (7.9.1916).

und den alliierten Besatzern lästig war. Der Sultan-Regierung war Mustafa Kemal als geeigneter Kandidat vorgeschlagen worden, um die Ordnung in den östlichen Provinzen Kleinasiens wiederherzustellen. Diejenigen, die den Vorschlag unterbreitet hatten, beabsichtigten allerdings etwas anderes: den muslimischen Aufstand gegen die alliierten Besatzer und besonders gegen die griechischen Streitkräfte, die einige Tage später bei Smyrna landen sollten, zu stärken. In Reaktion auf den Kampf der Pontosgriech*innen für Gleichberechtigung, Freiheit und ab 1919 gar die Gründung einer unabhängigen Republik steigerte sich die antigriechische Stimmung weiter.⁶

Auch der Fanatismus bei den sunnitischen Türk*innen nahm zu, eine gefährliche Waffe, die Mustafa Kemal und seine Eliteoffiziere zu nutzen wussten. Als der Offizier Topal Osman gemeinsam mit seinen irregulären Einheiten, den *çeteler*, die Griech*innen zu eliminieren suchte, brach Mustafa Kemal im Auftrag des Sultans am 16. Mai 1919 nach Samsun auf, angeblich um die Griech*innen und Armenier*innen zu schützen. Tatsächlich erteilte er Osman den Befehl, keinen einzigen „inneren oder äußeren Feind“ übrig zu lassen.⁷ Der Genozid an den Griech*innen fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Rechtsbeistand statt; um sich vor den Angriffen und Massakern zu schützen, bildeten sich griechische Selbstschutzverbände. In Osmans *çeteler* wirkten neben Personen türkischer auch solche kurdischer Abstammung: Sunnitische Kurden waren am Genozid an den indigenen Christ*innen beteiligt, dies mit der Absicht, deren Land zu bekommen, so das Versprechen von türkischer Seite.⁸

Mit der Einnahme der ionischen Hafen- und Handelsstadt Smyrna (Izmir) durch türkische Truppen markiert das Jahr 1922 das Ende der fast dreitausendjährigen griechischen Präsenz im Pontos und in Kleinasien. Im September 1922, nach dem Abzug der griechischen Verteidigungstruppen und nach der Einnahme der Stadt

durch das kemalistische Militär, setzte dieses das armenische Viertel Hajnoz in Brand; der Brand griff rasch auf das benachbarte griechische Viertel über. Griech*innen und Armenier*innen starben in Smyrna zwischen „Feuer, Wasser und Schwert“, wie es ein armenischer Augenzeuge ausdrückte. Zeitgenoss*innen sprachen von der „Katastrophe von Smyrna“. Danach folgten die Zwangsausbürgerung der Überlebenden und die erneute Zwangsarbeit für Christen im wehrpflichtigen Alter.

Die Zahl der Opfer des zehnjährigen Genozids an den osmanischen Griech*innen liegt bei über einer Million: Von den 2 500 000 Griech*innen, die im Osmanischen Reich gelebt hatten, erreichten nur etwa 1 200 000 Griechenland.⁹

Die Folgen des Genozids

Während und nach dem Genozid an insgesamt etwa drei Millionen Christ*innen im Osmanischen Reich und im zeitweilig osmanisch besetzten Nordwest-Iran – also an Armenier*innen, Griech*innen und Assyrer*innen/Aramäer*innen/Chaldäer*innen zwischen 1912 und 1923 – mussten die Überlebenden ihre Heimat im Pontos (der südlichen Schwarzmeerküste), in Kleinasien (dem zu Vorderasien gehörenden Teil der heutigen Türkei) und in Ostthrakien (der heutigen europäischen Türkei) verlassen. Sie flohen nach Griechenland oder in die damalige Sowjetunion, um ihr Leben zu retten. Der Genozid, der einer Vernichtungspolitik entsprungen war, hatte langfristige demografische Folgen: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten (nach unterschiedlichen Schätzungen zeitgenössischer Autor*innen und des Ökumenischen Patriarchats zu Konstantinopel) zwischen zweieinhalb und drei Millionen griechisch-orthodoxe Christ*innen im osmanischen Staatsgebiet; nach dem Friedensvertrag von Lausanne im Juli 1923 durfte nur die griechisch-orthodoxe Minderheit, die in

6 Ihrig, Stefan (2014): *Ataturk in the Nazi Imagination*, Cambridge (USA)/London, S. 10-48.

7 Fotiadis: *Der Völkermord an den Griechen des Pontos*.

8 De Zayas, Alfred (2012): *The Ottoman Genocide of the Greeks and the Other Christian Minorities in Light of the Genocide Convention*, in: Hofmann, Tessa/Bjørnlund, Matthias/Meichanetsidis, Vasileios: *The Genocide of the Ottoman Greeks. Studies on the State-Sponsored Campaign of Extermination of the Christians of Asia Minor (1912-1922) and its Aftermath: History, Law, Memory*, New York, S. 311-339.

9 Tsirkinidis, Harry (2007): *Der Völkermord an den Griechen Kleinasiens (1914-1923)*, in: Hofmann: *Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung*, S. 144-181; Hofmann, Tessa (2012): *Γενοκτονία εν Ποί: Cumulative Genocide. The Massacres and Deportations of the Greek Population of the Ottoman Empire (1912-1923)*, in: Hofmann/Bjørnlund/Meichanetsidis: *The Genocide of the Ottoman Greeks*, S. 109.

Konstantinopel/Istanbul lebte, bleiben; sie zählte nicht mehr als hunderttausend Mitglieder.¹⁰

Die Leugnung des Genozids ist Staatsdoktrin der Republik Türkei, und zwar seit ihrer Gründung im Oktober 1923. In türkischen Schulbüchern fehlen ihre „Gründungsverbrechen“ (Taner Akçam), oder sie werden zu Notwehrhandlungen umgedeutet, etwa in der Rede vom kemalistischen „Befreiungskrieg“. Dieses verzerrte Geschichtsbild prägt noch heute die Türkei – und ebenso die große türkische Diasporagemeinschaft in Deutschland (s. u.). Die anhaltende Leugnung dieses Staatsverbrechens hinterließ tiefe Wunden bei den Opfern und Überlebenden. Das genozidale Trauma überträgt sich von Generation zu Generation.¹¹

Die Überlebenden organisierten sich nach ihrer Flucht nach Griechenland und in die Sowjetunion in Vereinen, die von ihren Nachfahr*innen weitergeführt werden. Anfangs stand das tägliche Überleben im Mittelpunkt, die humanitäre Hilfe und medizinische Versorgung für die über 1 200 000 kleinasiatisch-, pontos- und thrakisch-griechischen Geflüchteten. Ein wichtiges Ziel war unter anderem, den jungen Geflüchteten schulische Bildung zu ermöglichen. Später versuchten die Vertriebenenvereine, die Geschichte und vor allem die genozidalen Verbrechen zu dokumentieren und publik zu machen. Außerdem boten sie den Überlebenden und ihren Kindern einen Raum, in dem sie sich – ohne Diskriminierung etwa durch einheimische Griech*innen – austauschen und ihre kulturelle Identität bewahren konnten. Heute stehen die Vereine auch für politische Forderungen, für Teilhabe an der Gesellschaft, für die Bewahrung der herkunftsregionalen Identität (in je eigenen Vereinen von und für Pontosgriech*innen, Kappadokier*innen, Konstantinopler*innen, Ionier*innen, Smyrnäer*innen, Thrakier*innen u. a.), für soziales Engagement, humanitäre Hilfe, Wertevermittlung und musikalische Traditionen. Im vergangenen Jahrzehnt wurde zudem die Vermittlung des pontosgriechischen und kappadokischen Dialekts sowie weiterer anatolischer Idiome in die

Agenda aufgenommen, da diese durch den Verlust des geografischen Referenzpunktes der Muttersprachler*innen vom Aussterben bedroht sind.¹²

Um ihrer Nachfahr*innen würdevoll zu gedenken und an die an ihrem Volk begangenen Verbrechen zu erinnern, führten die Überlebenden Gedenkveranstaltungen und -messen ein. In den Siebziger- und Achtzigerjahren intensivierte sich die Forschung über diese Verbrechen, und Anfang der Neunzigerjahre wurden die Gedenktage des 19. Mai für die pontosgriechischen Opfer, des 14. September für die Opfer Kleinasiens (Ionien, Kappadokien, Bithynien) und des 6. April für die thrakische Gemeinde vom griechischen Staat offiziell anerkannt und eingeführt. Die einzelnen Gedenktage haben für die jeweiligen Gemeinschaften eine besondere Bedeutung, und sie wurden von ihnen gewählt.¹³

Der internationale Stand der politischen Anerkennung und Aufarbeitung

Das Europäische Parlament in Brüssel hat seit 1987 in vier Resolutionen den osmanischen Genozid anerkannt und die Türkei aufgefordert, sich mit der osmanischen Vergangenheit auseinanderzusetzen und den Genozid als historische Tatsache anzuerkennen. In der letzten Resolution von 2006 werden auch die Mitopfer der Armenier*innen, also Griech*innen und Aramäer*innen/Assyrer*innen, namentlich erwähnt. 2007 verabschiedete die *International Association of Genocide Scholars* (IAGS) eine Resolution, die den Genozid an den Griech*innen im Osmanischen Reich anerkennt bzw. verurteilt. Die IAGS-Resolution beschränkte sich dabei nicht auf die pontosgriechischen Opfer, sondern schloss alle griechisch-orthodoxen Christ*innen im Osmanischen Reich ein.¹⁴

10 Ökumenisches Patriarchat von Konstantinopel (1919): *The Black Book of the Sufferings of the Greek People in Turkey (1914-1918)*, Konstantinopel/Istanbul, S. 50-56.

11 Akçam, Taner (2019): *Tötungsbefehle. Talat Paschas Telegramme und der Völkermord an den Armeniern*, Weilerswist, S. 33.

12 Samouilidis, Christos (2002): *Die Geschichte des pontischen Griechentums*, Athen, S. 267-273.

13 Bruneau, Michel/Papoulidis, Kiriakos (2012): *Remembering the Genocide and the „Unforgettable Homelands“: The Erection of Commemorative Monuments in Greece by the Refugees of Asia Minor*, in: Hofmann/Björnlund/Meichanetsidis: *The Genocide of the Ottoman Greeks*, S. 351-370.

14 Offizielle Anerkennung des Genozids an den Assyrer*innen und Griech*innen seitens der IAGS: <https://genocidescholars.org/wp-content/uploads/2019/04/IAGS-Resolution-Assyrian-and-Greek-Genocide.pdf> (abgerufen am 04.07.2023).

Staatlicherseits erkennen Griechenland, Zypern, Armenien, Schweden, Österreich, die Niederlande, Südaustralien, außerdem Messina (Italien: Sizilien), der australische Bundesstaat New South Wales, Ottawa, Montreal und Osawa (Kanada) und neun US-Bundesstaaten (New York, New Jersey, Columbia, South Carolina, Georgia, Pennsylvania, Cleveland, Road Island, West Virginia, Alabama) den Genozid an, seit 2016 auch Deutschland: Damals verabschiedete der Deutsche Bundestag eine Resolution zum Genozid an den Armenier*innen und weiteren christlichen Minderheiten. Die Griech*innen wurden dabei allerdings nicht mit ihrem Ethnonym benannt, sondern unter „anderen christlichen Minderheiten“ subsumiert. In der griechischen Wahrnehmung wurde damit eine Opferhierarchie konstruiert, die den historischen Realitäten nicht gerecht wird. Schließlich hatten Griech*innen, syrische Christ*innen (Aramäer*innen, Assyrer*innen, Chaldäer*innen) und Armenier*innen im selben Zeitraum und im selben Staat Verbrechen durch dieselben Verbrecher*innen mit denselben Methoden erlitten.¹⁵

Forderungen

Der Genozid an den Christ*innen im Osmanischen Reich wird seit inzwischen über hundert Jahren vom türkischen Staat und von einem großen Teil der türkischen Bevölkerung geleugnet. Die größte türkische Diasporagemeinschaft lebt in Deutschland. Der Mangel an Information, Aufarbeitung und Sensibilisierung in der Schule befördert, dass der osmanische Genozid und die jahrtausendelange Geschichte der Griech*innen, Armenier*innen und Aramäer*innen/Assyrer*innen in der Region auch hier geleugnet werden. Die Folge sind Anfeindungen gegenüber griechischen Mitschüler*innen und Konflikte am Arbeitsplatz und an der Universität. Diese erschweren das friedliche Mit- und Füreinander, und oft verstoßen sie gegen die Menschenwürde und das Recht auf Erinnerung und Gedenken. Wir fordern deshalb:

- 1. dass die Türkei als Nachfolgestaat des Osmanischen Reichs den Genozid an den Griech*innen anerkennt bzw. verurteilt und aufarbeitet;**
- 2. dass bei der europaweiten und internationalen Anerkennung und Aufarbeitung des Genozids**

alle betroffenen Volksgruppen klar benannt, berücksichtigt und gleichgestellt werden – ohne Opferhierarchisierung;

- 3. dass sich die Bundesregierung ausdrücklich zur Völkermord-Resolutionen des Deutschen Bundestages bekennt, und zwar unter Berücksichtigung der deutschen Mitverantwortung durch das Militärbündnis des Deutschen Kaiserreichs mit dem Osmanischen Reich (Bundestagsresolutionen von 2005 und 2016);**
- 4. dass die historische Aufklärung über den Genozid im Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit verankert, verbindlich in die europäische Erinnerungskultur integriert und durch die zuständigen Bildungsministerien, insbesondere in Deutschland und Österreich, in die Lehrpläne implementiert wird;**
- 5. dass über den türkischen Rechtsextremismus aufgeklärt und dass die Verehrung von Genozid-täter*innen (z. B. von Mustafa Kemal, Mehmet Talat, Cemal und Enver), die in der Türkei und in der türkischen Diaspora zu finden ist, kritisch aufgearbeitet wird; dass die rechtsextremistischen Grauen Wölfe (die eine entsprechende Verehrung betreiben) in Deutschland und anderen EU-Staaten verboten werden;**
- 6. dass die griechisch-orthodoxen Kapellen, Kirchen, Klöster und Friedhöfe, die vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg beschlagnahmt wurden, an das Ökumenische Patriarchat zurückgegeben werden;**
- 7. dass die Konversionen griechisch-orthodoxer Sakralbauten in Moscheen rückgängig gemacht werden;**
- 8. dass griechisch-orthodoxe Kulturgüter in der Republik Türkei durch die UNESCO und durch gemeinsame griechisch-türkische UNESCO-Delegationen geschützt werden.**

¹⁵ Bruneau/Papoulidis: Remembering the Genocide and the „Unforgettable Homelands“.

Antikurdischer Rassismus gegen Jugendliche in Deutschland

Linda Peikert

„Ich habe häufig abgewogen: Wem erzähle ich, dass ich kurdisch bin, und wem nicht?“ Burak Yilmaz ist Pädagoge und im Dichterviertel in Duisburg aufgewachsen. Ein Stadtteil, den er selbst als *divers* beschreibt und wo man bei den Nachbarfamilien regelmäßig ein und aus geht. Sein Familienzweig väterlicherseits ist türkisch, mütterlicherseits kurdisch. Schon früh hat er begriffen, dass *kurdisch Sein* Aufmerksamkeit erregt. Auf der anderen Seite schlug ihm Ignoranz gegenüber seiner Identität entgegen. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft differenziert oftmals nicht zwischen türkisch und kurdisch. „Ach, ihr seid auch Türkei?“, sei er oft gefragt worden. Dass Kurd*innen eine eigene Kultur und eine eigene Sprache haben, ist bis heute vielen nicht bewusst. Dabei kommen Drohungen gegen die Kurd*innen vor allem aus nationalistisch-türkischen Gruppierungen. Die Anfeindungen haben den Ursprung im Herkunftsland und werden in Deutschland weiter ausgelebt.

Wie viele Kurd*innen davon betroffen sind und wie viele insgesamt in Deutschland leben, ist statistisch nicht genau erfasst. Grob kann von etwa 1,2 Millionen Kurd*innen in Deutschland ausgegangen werden. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts wurde Deutschland ein Zielort kurdischer Migrant*innen.¹ Da das BAMF allerdings keine Ethnien erfasst und das kurdische Volk staatenlos ist, werden Kurd*innen je nach Staatsangehörigkeit als türkische, syrische, irakische oder iranische Migrant*innen geführt. Neben Arbeitsmigration und Familienzusammenführung sind jedoch gerade Konfliktsituationen oft der Grund für die Migration und Flucht nach Westeuropa. Vor allem in den letzten 30 Jahren ist politische Verfolgung im Herkunftsland ein

immer stärker ausschlaggebender Migrationsgrund für Kurd*innen.²

Als Yilmaz ein Kind war, wurde 1999 der PKK-Anführer Abdullah Öcalan inhaftiert.³ Yilmaz wusste damals nicht genau, wer dieser Mann mit Schnurrbart war, der da im türkischen Fernsehen oft mit Bomben und Explosionen im Hintergrund gezeigt wurde. Doch die Stimmung hatte sich in seiner Erinnerung verändert. „Das war der erste Moment, in dem ich so richtig verstanden habe, was es bedeuten kann, kurdisch zu sein. Nach der Festnahme ist viel Hass und Rassismus gegen Kurdinnen und Kurden entfacht“, erinnert sich Yilmaz. Wenn er in der Schule sagte, dass er Kurde sei, lachten andere Kinder und meinte, die Kurd*innen hätten doch nicht mal ein eigenes Land.

Dazu kam, dass Yilmaz' Wissen über die kurdische Kultur nur aus Erzählungen der Eltern und Großeltern stammte. „Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich mal ein kurdisches Buch in der Hand hatte oder generell die Möglichkeit hatte, Kurdisch zu lernen“, sagt Yilmaz.

„Keinen Staat zu haben bedeutet in der modernen Welt ganz schnell auch, keine Geschichte zu haben. Und das ist ein großes Problem der kurdischen Bevölkerung. Sie waren, genauso wie andere staatenlose Völker, darauf angewiesen, ihre Geschichte mündlich weiterzutragen, um diese auch möglichst intensiv in ihrem Gedächtnis aufrechtzuerhalten“, sagt die Politikwissenschaftlerin Dastan Jasim. Sie ist selbst Kurdin, ihre Eltern kommen aus der autonomen Region Kurdistan im Nordirak.

1 Engin, Kenan (2019): Kurdische Migrant_innen in Deutschland, in: Engin, Kenan (Hrsg.): Kurdische Migrant_innen in Deutschland. Lebenswelten – Identität – politische Partizipation, Kassel, S. 9.

2 Baser, Bahar (2017): Staatenlose Diaspora – Das Beispiel der Kurdinnen und Kurden in Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung (online), 17.10.2017, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/256424/staatenlose-diaspora-das-beispiel-der-kurdinnen-und-kurden-in-deutschland> (abgerufen am 15.09.2023).

3 Mihatsch, Moritz A. (2020): Kurdenkonflikt, in: Bundeszentrale für politische Bildung (online), 10.12.2020, <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54641/kurdenkonflikt> (abgerufen am 15.09.2023).

„In den Lehrbüchern sind die Migrations- und Fluchtgeschichten der Schülerinnen und Schüler nicht abgebildet. Die Lehrmittel sind auf die Mehrheitsgesellschaft zugeschnitten und lassen außer Acht, wie divers diese Gesellschaft ist“, sagt der Pädagoge Yilmaz. Da viele kurdische Jugendliche trotz wenig Wissen über die Kultur ihrer Familie dieser eine große Bedeutung zuschreiben, kann das zu Romantisierung und Mystifizierung oder zur Abwendung führen.⁴

Während es für Jugendliche mit türkischen Familien die Möglichkeit gab, in Vereinen oder Bildungsangeboten die türkische Kultur besser kennenzulernen, erinnert sich Yilmaz an Angriffe auf kurdische Institutionen. „Das ging so weit, dass ein Jugendzentrum, von dem bekannt war, dass dort viele kurdische Jugendliche waren, von einem faschistischen türkischen Mob angegriffen wurde“, erzählt er.

Bis heute gibt es regelmäßig Angriffe oder Drohungen gegen kurdische Vereine oder kurdische Akteur*innen. Oft gehen diese Angriffe von den rechtsradikalen Ülkücüs, den sogenannten Grauen Wölfen aus. Sie sind eine türkisch-nationalistische Bewegung, die seit Jahrzehnten in hunderten lokalen Vereinen hierzulande organisiert ist und somit die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland darstellt. Ihr Feindbild sind Linke und Nicht-Türk*innen, darunter fallen auch Armenier*innen oder Kurd*innen, die eine türkische Staatsbürgerschaft haben.⁵

Durch Interessensüberschneidungen, wie beispielsweise Antisemitismus, pflegen die Grauen Wölfe ein mehr oder weniger gutes Verhältnis zu deutschen neonazistischen Vereinigungen. Sie werden zwar vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch und türkisch-nationalistisch eingestuft, verboten sind die Grauen Wölfe in Deutschland allerdings bisher nicht.

Die Konflikte innerhalb der Türkei werden also auch in Deutschland weitergeführt, ohne dass dies hierzulande besonders große Aufmerksamkeit generiert. „Es gibt viele Gruppen, die vor Krieg fliehen, aber der

Krieg kommt nicht mit ihnen mit nach Deutschland. Sie müssen nicht davon ausgehen, dass sie auch hier von den gleichen Gruppierungen angegriffen werden“, sagt Jasim. Bei den Kurd*innen sei das anders. Jasims Familie kommt aus dem Irak. „Die Kurd*innen aus dem Irak haben pro forma ihrer Autonomie. Das hat mich aber nicht davor geschützt, den Rassismus zu erfahren, den meine Landsleute in der Türkei erfahren. Nur eben hier in Deutschland.“

Die Rassismuserfahrungen waren für Jasim der Auslöser dafür, sich mehr für Politik zu interessieren. Heute übt sie auch Kritik am staatlichen Handeln oder Nicht-Handeln. „Kurdische Vereine werden angegriffen und gleichzeitig vom deutschen Staat kriminalisiert“, sagt die Politikwissenschaftlerin und führt fort: „Personen mit Migrationshintergrund sind unterprivilegiert, aber nicht alle sind gleich unterprivilegiert.“

Diese Faktoren führen zu Unsicherheit in der kurdischen Community. Yilmaz erinnert sich an seine Kindheit: „Der türkische Teil meiner Familie meinte immer zu mir, dass ich in der Öffentlichkeit so laut auf türkisch reden soll, dass das alle mitbekommen. Auf der kurdischen Seite meiner Familie war es das genaue Gegenteil. Das prägt Kinder und Jugendliche natürlich.“ Mit seinen eigenen Rassismuserfahrungen wollte er als Kind seine Eltern nicht belasten, aus Angst, bei ihnen könnten eigene Traumata wieder wachgerüttelt werden. Heute spricht er sich für mehr Elternarbeit aus: „Ich kann es sehr gut verstehen, wenn Eltern selbst Ängste haben und ihren Kindern vermitteln: Erzähl bitte nicht zu groß, woher wir kommen und wer wir sind und was wir sind und so weiter. Also, da müssen wir auf der einen Seite die Eltern stärken, um eben diese Ängste abzubauen.“ Denn um Kinder und Jugendliche trotz Rassismus und Anfeindungen zu stärken, ist es auch wichtig ihr Umfeld mitzunehmen und sie zu ermutigen, über ihre Erfahrungen zu sprechen.

4 Schleimer, Simon Moses (2019): Zur Integration von kurdischen Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Eine Annäherung aus der Perspektive der Diversity-Pädagogik, in: Engin, Kenan (Hrsg.): Kurdische Migrant_innen in Deutschland. Lebenswelten – Identität – politische Partizipation, Kassel, S. 94.

5 Bozay, Kemal (2017): Graue Wölfe – die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung (online), 24.11.2017, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland/#footnote-reference-1> (abgerufen am 15.09.2023).

Verschwörungsmythen und Feindbilder über Ezid*innen

Ein Interview

Ferda Berse

Einleitung

Der vorliegende Text ist eine Zusammenfassung des Interviews, das Dastan Jasim mit Ferda Berse im Rahmen eines Instagram-Livetalks geführt hat. Ein weiteres Gespräch zum Thema „Doppelt unsichtbar: Türkische Rechte im Klassenzimmer“ mit Burak Yilmaz¹ verdeutlicht ebenfalls den innermigrantischen Rassismus und die Bedrohungslage für Minderheiten innerhalb der Minderheit in der Diaspora.

Der Diaspora-Begriff ist wichtig in der dieser Unterhaltung zugrundeliegenden Analyse. Konkret beschreibt Diaspora eine ethnische oder religiöse Minderheit, die seit Generationen nicht mehr in ihrem Herkunftsgebiet lebt. Ursprünglich nutzte man diesen Begriff, um großflächige geographische Gebiete zu bezeichnen, in denen jüdische Gemeinden angesiedelt waren, die nicht in Israel ansässig waren. Aufgrund des historischen Entstehungskontextes wird der Begriff zugleich mit spezifischen Merkmalen verbunden, wie zum Beispiel mit Verfolgung, erzwungener Migration sowie dem Verlust der Heimatregion, die keine Rückkehr ermöglichen (vgl. Tiesler 2009). Diese Merkmale treffen ganz konkret auf die Ezid*innen zu. Auch sie sind seit Anbeginn ihrer Geschichte mit Vertreibung, Unterdrückung und Genoziden an ihrer Religionsgemeinschaft konfrontiert. In den kurdischen Gebieten schrumpfte die Population durch wiederholte Genozide zahlenmäßig und auch geographisch immer weiter, bis zuletzt das sogenannte Shengal-Gebiet im Nordwesten des Irak ihr letzter Ballungsraum war. Dort erfuhren sie im August 2014 ihren letzten großen Genozid, den durch den sogenannten Islamischen Staat (IS). Die bereits große ezidische Diaspora in Deutschland erweiterte sich in den Folgejahren aufgrund der dadurch ausgelösten Flucht, so dass mittlerweile die größte zusammenhängende ezidische Diasporagemeinde hier lebt. Das Gedankengut, das diese Genozide anfeuerte, ist jedoch ebenfalls hierzulande vertreten, da in Deutschland nicht nur die Opfer des Genozids an den Ezid*innen, sondern auch die Täter*innengruppen leben. So setzen sich Verschwörungsmythen und Feindbilder über die Ezid*innen auch im Zufluchtsland fort. Aus diesem Grund wird im Folgenden der historische Kontext dieser Verfolgung betrachtet und eine Unterscheidung zwischen der Verschwörungserzählung und der Feindbildkonstruktion der Ezid*innen vorgenommen.

¹ Dazu mehr im Beitrag „Türkische Rechte im Klassenzimmer. Ein Gespräch mit Burak Yilmaz“ von Linda Peikert in diesem Heft, S. 64–67.

*Dastan Jasim (im Folgenden DJ): Für viele Menschen erschließt sich oft gar nicht, warum es diesen Hass auf Ezid*innen gibt. Kannst du zunächst erklären, wer die Eziden sind und warum und woher dieser Hass kommt?*

Über die Ezid*innen

Die Eziden sind eine ethno-religiöse Gruppe aus der SWANA-Region und haben ihre Herkunftsgebiete vor allem in den kurdischen Gebieten der heutigen Nationalstaaten Syrien, Irak und Türkei. So wie andere gesellschaftliche Gruppen in der SWANA-Region sind auch die Ezid*innen sehr divers aufgestellt. Durch geopolitische Veränderungen und Interessenlagen sind verschiedene Selbstpositionierungen der Ezid*innen historisch gewachsen. Je nach Herkunftsgebiet unterscheidet sich ihre Selbstwahrnehmung als ethno-religiöse oder nur religiöse Gruppe. So gibt es Ezid*innen, die ihre Gruppenzugehörigkeit sowohl als Ethnie als auch als Religion beschreiben, und andere, die das Ezidentum als Religion betrachten, sich aber der kurdischen Ethnie zugehörig fühlen. Die Ezid*innen glauben an eine Einheit und an einen Gott und vertreten demzufolge eine monotheistische Religion. Darüber hinaus folgt ihre Religion verschiedenen universellen Prinzipien, die aus gesellschaftlichen Fragestellungen abgeleitet sind, die sich beispielsweise mit Ethik, Moral, Gerechtigkeit, Loyalität und Liebe beschäftigen (vgl. Guest 1987, zitiert nach Kizilhan 2014).

Aufgrund des begrenzten Rahmens des Interviews ist es nicht möglich, weitere religiöse Inhalte der Ezid*innen darzulegen. Daher sollen hier vor allem die Aspekte, die für die konstruierten Verschwörungsmymen und Feindbilder relevant sind, im Vordergrund stehen. Zentral ist dabei die Verschwörungserzählung, dass Eziden den Teu*el² anbeten würden. Ezid*innen glauben jedoch nicht an eine böse Kraft, die neben der Gottesfigur bestehen kann, da diese in einer allmächtigen Position verankert ist. Zudem ist dem Engel *Tawisî Melek (Engel Pfau)*³, auf den diese Verschwörungsmymen verweisen, eine besondere Rolle zugeschrieben. Er wurde von Gott zum Oberhaupt der sieben Engel erkoren und ist mit dem Auftrag bedacht, die Erde zu beaufsichtigen (vgl. Kartal 2016).

Selbstverständlich sind solche Fremdzweisungen und Mythen schwer auf inhaltlich-logische Weise auszuhebeln. Daher soll ein größeres Augenmerk darauf gelegt werden, wie die diesen Zuweisungen zugrundeliegenden Feindbilder historisch erwachsen sind.

2 Teu*el ist eine Schreibweise, um den Namen nicht auszuschreiben, da die Ezid*innen – wie oben beschrieben – nicht an das Böse glauben und somit es nicht aussprechen dürfen.

3 Aus dem sakralen Text *Qewlê Mersûma Cebêre*: „*Padsê min xos xaliqa, Ji nûra xo cekîr Tawisî Meleka, Kire serwerê her heft meleke.*“ In direkter Übersetzung: „Mein Herr ist ein guter Schöpfer, aus seinem Lichte erschuf er *Tawisî Melek*, er machte ihn zum Oberhaupt der sieben Engel.“

Historischer Kontext und Institutionalisierung

Gesellschaftliche Phänomene wie Rassismus oder Feindbildkonstruktionen entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern haben immer einen historischen Kern und werden dann strukturell verankert. So auch bei den Ezid*innen, die ab dem 7. Jahrhundert mit dem Anfang der Islamisierung⁴ in den Gebieten, die wir heute als SWANA-Region kennen, mit zunehmenden Hass, wachsender Diskriminierung und genozidalen Prozessen konfrontiert waren. Sie wurden vertrieben, ihre Städte und Gebetsorte wurden niedergeworfen, ihre Schriften verbrannt. Jene, die sich weigerten, zum sunnitischen Islam überzutreten, mussten in die schwer begehbaren Bergregionen flüchten. Die nur schwer kontrollierbaren, enormen Bergregionen Kurdistans gaben den bereits dort lebenden verschiedenen Religionsgemeinschaften und den geflüchteten Ezid*innen Schutz, sodass der Widerstand gegen die Zwangsislamisierung an diesem Ort am stärksten war (Lescot 1938).

In jener Zeit gab es von Seiten der islamischen Reiche nur gegenüber monotheistischen Buchreligionen ein Duldungsgebot. Die Ezid*innen waren in dieser Lesart jedoch keine *Schriftbesitzer*, weil sie aus verschiedenen Gründen ihre religiösen Inhalte mündlich weitergeben mussten. In der heutigen Wissenschaft bezeichnet man das als *Oral History* (vgl. Kizilhan 2014). Zudem wurden die Ezid*innen als „Teu*elsanbeter“, Anbeter*innen des Bösen diffamiert, weil eine zentrale Figur des Ezidentums – wie oben bereits erwähnt – *Tawisi Melek* ist. Aus dem Blickwinkel des Islam glaubten die Ezid*innen also inhaltlich und methodisch an das „Falsche“.

Ab dem 12. Jahrhundert wurden aufgrund dieser Falschinterpretationen viele religiöse *fatwas*⁵ gegen die Ezid*innen erlassen, die zum Teil bis heute in ihren Herkunftsgebieten Irak, Türkei und Syrien rechtlich verankert sind. Im Mittelalter bildete sich aus verschiedenen islamischen Dynastien eine heraus, die den Großteil der Gebiete kontrollierte, in denen Ezid*innen lebten: das Osmanische Reich. Von 1299 bis 1922 regierten die osmanischen Dynastien, und der Großteil der Genozide, die es gegen die Ezid*innen gab, wurde in dieser Zeit von ihnen verübt. Nach der Auflösung des Osmanischen Reichs Anfang des 20. Jahrhunderts setzte sich der Islam von einer imperialen zu einer Staatsreligion durch, und die islamrechtlichen Gutachten sowie das Duldungsgebot nur gegenüber Buchreligionen wurden institutionell verankert.

Der erste Staat, der als Nachfolgestaat des Osmanischen Reichs gegründet wurde, war die moderne Türkei im Jahre 1923 (Lescot 1938). Sie stellt ein gutes Beispiel für diese Institutionalisierung dar. Die staatlichen Dokumente der Türkischen Republik hatten eine spezielle Kennzeichnung für

4 Der Begriff Islamisierung erfährt in der derzeitigen gesellschaftspolitischen Debatte eine inflationäre und unwissenschaftliche Nutzung – hierbei zumeist in einem antimuslimischen und rassistischen Kontext. Im Rahmen dieses Textes findet eine Abgrenzung von diesem Begriffsverständnis statt. Islamisierung meint hier im historischen Sinn die tatsächliche territoriale Ausbreitung des Islams in seiner Frühphase.

5 Fatwas sind islamrechtliche Gutachten, also Rechtsauskünfte.

verschiedene Religionen. Ezid*innen wurden mit einem Pluszeichen kenntlich gemacht. Das hatte weitreichende Konsequenzen, denn so waren sie bei jedem Behördengang identifizierbar (vgl. Kartal 2016). Dies erschwerte viele Zugänge wie etwa auf dem Wohnungsmarkt oder bei der Suche nach Arbeit. Das macht deutlich: Die institutionelle Verankerung und Markierung hielt die bereits existierenden Feindbilder und Verschwörungsmythen am Leben. Entgegen dem verbreiteten Irrtum, der türkische Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk hätte Staat und Religion getrennt, unterstellte er die Religion nur dem Staat und dem Präsidenten. Die staatliche Religionsbehörde *Diyanet İşleri Başkanlığı*⁶ kontrollierte, was in den Moscheen gepredigt, und damit, was in die breite Gesellschaft getragen wurde. Weil die türkische Republik sich jedoch sehr über ethnisch-religiöse Homogenität definierte, nutzte der Staat somit Moscheen, um diese Homogenität mithilfe eben solcher Feindbilder und Verschwörungsmythen in der Bevölkerung herzustellen. Insbesondere in den kurdischen Gebieten der Türkei, wo mehrheitlich muslimische Kurd*innen leben, wurde das getan, um Uneinigkeit zu säen und gemeinsame Aufstände gegen die Republik zu verhindern, wie es über die 1920er und 1930er Jahre hinweg geschah.

Ezid*innen kämpfen demzufolge auch mit rassistischen Anfeindungen im Alltag. Dazu mehr in den folgenden Zeilen.

DJ: Ein wichtiger Punkt ist, dass sich niemand einfach aussucht, rassistisch zu sein, sondern dass das Systeme sind, die durch politische Entscheidungen vorangetrieben werden, um Herrschaft zu festigen.

Du hast öfter über die Unterscheidung zwischen Verschwörungsmythen und rassistischen Feindbildern gesprochen. Kannst du aufzeigen, was Teil dieser Unterscheidung ist, damit wir das analytisch nachvollziehen können und diese Phänomene besser kategorisieren können? Gibt es konkrete Beispiele, die z.B. auch in das Bild der türkischen Rechten passen?

Rassistische Feindbilder

System ist ein gutes Stichwort. Durch die systematische Weitergabe und Verankerung von Ressentiments und rassistischen Inhalten innerhalb der Gesellschaft können diese in unterschiedlichen Sphären gefestigt werden. Das geschieht auf institutioneller und/oder struktureller Ebene sowie im Alltag. Im Fall der Ezid*innen auch mit sexistischen Elementen. Davon sind weiblich gelesene Ezid*innen am meisten betroffen.

⁶ Über die Diyanet als politisches Instrument schreibt unter anderem Lennart Pfahler im Artikel „Zwischen Soft Power und Drohkulisse – eine Bestandsaufnahme des Netzwerks der türkischen Rechten in Deutschland“, S. xy.

Im Alltagsrassismus äußert sich das vor allem durch die Diffamierung von ezidischen Lebensmittelgeschäften oder Restaurants. In ihren Läden wird nicht eingekauft und auch nicht gegessen, weil die Ezid*innen – wie oben bereits erläutert – nach islamrechtlicher Auffassung keine Buchreligion darstellen und somit als „Ungläubige“ markiert sind und als „unrein“ gelten. Damit sind die Ezid*innen aber nicht nur in ihren Herkunftsgebieten konfrontiert, sondern auch innerhalb der Migrationsgesellschaft in Deutschland. Insbesondere in Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen, wo die meisten Ezid*innen leben. Durch das Anwerbeabkommen zwischen der Türkei und Deutschland kamen die ersten Eziden in den sechziger Jahren nach Deutschland und siedelten sich dort an. Aufgrund der zahlreichen Genozide und als verfolgte Minderheit in kriegerischen Auseinandersetzungen flohen viele Ezid*innen zudem seit den 80er Jahren nach Deutschland zu ihren Religionsangehörigen. Heute lebt die größte zusammenhängende ezidische Diasporagemeinde in der niedersächsischen Stadt Celle, unweit von Hannover (vgl. Flick 2014).

Hier sammeln sich natürlich die Alltagsbeispiele für die Diskriminierung, denn auch viele Menschen, die islamischen Regeln folgen, leben hier. In Hannover, beispielsweise, wurde vor einigen Jahren ein als türkisch präsentiertes Restaurant von einer Person eröffnet, die offen damit warb, ein „reines“ Restaurant zu betreiben, das nicht aus ezidischer Hand betrieben werde. Dies muss man in dem Kontext sehen, dass der innermigrantischen Community bekannt ist, dass bis vor einigen Jahren fast alle Geschäfte und Restaurants von ezidischen Kurd*innen betrieben wurden. Interessanterweise hat diese Person die AKP⁷ in ihrem Wahlkampf für das Präsidialsystem 2017 unterstützt und AKP-Politiker in seinem Restaurant empfangen. Eingeladen wurden die Politiker offiziell von der Union Europäisch Türkischer Demokraten, der UETD, die der AKP nahesteht. Das ist aber nur ein Beispiel. Es gibt viele dieser Vorurteile und Ressentiments, die man als Rassismus oder in der Feindbild-Konstruktion darstellen kann.

Institutionellen Rassismus erleben die Ezid*innen vor allem in ihren Herkunftsgebieten. Dort wurden sie, aber auch andere Minderheiten in ländliche Gebiete gedrängt (vgl. Kartal 2016), was individuelle Bildungsaufstiege verhinderte. Es gab kaum Schulen und wenn, dann waren diese nur über einen langen Tagesmarsch erreichbar (vgl. Fuccaro 1997). Aufgrund der oftmals prekären ökonomischen Verhältnisse in der landwirtschaftlichen Selbstbewirtschaftung besuchten die Kinder die Schule häufig nur bis zur vierten Klasse. Auch in deutschen Schulen erleben ezidische Kinder Rassismus, ob nun durch andere Minderheiten, die sie als vermeintliche Teu*elsanbeter diffamieren oder durch soziale Ungleichheit im deutschen Schulsystem. Sie, aber auch Kurd*innen stehen vor dem Problem, keinen Nationalstaat zu haben, der gewissermaßen als Kooperationspartner für ihre Interessen oder für den Schutz gegen Rassismus in der Diaspora eintreten könnte. Aus

7 Die AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi) ist eine rechtskonservative Partei, die wesentlich für eine Vermischung von Islam und Politik steht und seit 2003 die Regierung in der Türkei stellt. Dazu mehr im Beitrag von Lennart Pfahler, s. Fußnote 6.

diesem Grund gründeten sie selbstorganisierte Gemeinden, in denen sie arbeiten, um für ihre Rechte zu kämpfen.

Weiblich gelesene Ezid*innen erleben zudem eine Vermischung von Rassismus und Sexismus. Sie werden hypersexualisiert, indem ihnen äußerliche Attribute wie zum Beispiel eine helle Haut, helle Haare und Augen zugeschrieben werden. Ihnen wird darüber hinaus unterstellt, besonders empfänglich für bestimmte sexuelle Vorlieben zu sein, da sie in einer mehrheitlich muslimisch bewohnten Herkunftsregion kein Kopftuch tragen. Zudem werden ezidische Frauen objektifiziert: Weil sie laut der oben beschriebenen Verschwörungserzählung vermeintliche Teu*elsanbeterinnen und Ungläubige seien, werden sie durch sexualisierte Gewalt entmenschlicht – zuletzt durch den sogenannten Islamischen Staat, als dieser einen Genozid an den Ezid*innen im Shengal-Gebirge verübte. Die Frauen wurden systematisch vergewaltigt, als Sexsklavinnen verkauft und an Sympathisanten des IS verschickt. Wie Genozide durch solche Verschwörungsmymthen legitimiert werden, wird im nächsten Punkt näher beschrieben.

Verschwörungsmymthen

Die Unterscheidung zwischen rassistischen Feindbildern und Verschwörungsmymthen ist der Versuch, nicht alle gesellschaftlichen Konflikte unter einem *anti-rassistischen* Begriff zu subsumieren, da jedes soziale Phänomen einen spezifisch-historischen Kontext hat und im sozialen Tatbestand anders zum Tragen kommt (vgl. Claussen 2016).

Im speziellen Fall der Ezid*innen ist es vor allem die Verschwörungserzählung über sie als sogenannte Teu*elsanbeter, die in der absoluten Vernichtungsideologie mündet. In jeder Verschwörungstheorie steckt zunächst der *Verschwörer*, „[...] eine im Geheimen operierende Gruppe“ (Butter 2018: 21), die weite Teile des gesellschaftlichen Lebens kontrollieren möchte und das bis hin zur Weltherrschaft. Die Ezid*innen wurden seit Anbeginn des Osmanischen Reiches als sogenannte dem Islam abtrünnige Sekte abgestuft (vgl. Kartal 2016, Savucu 2016). Ihnen wurde nachgesagt, dass sie in kleinen Gemeinden im Geheimen in den Bergen leben und von dort aus den Teu*el anbeten würden. In ihren Herkunftsgebieten lebten sie tatsächlich zum Teil in den Bergen. Jedoch nicht, um als Verschwörer*innen im Geheimen den Teu*el anzubeten, sondern um sich vor den genozidalen Prozessen, denen sie seit dem siebten Jahrhundert ausgesetzt waren, zu schützen. Das wurde auch während des Genozids durch den IS im Sommer 2014 deutlich, bei dem die vor den islamistischen Kämpfern fliehenden Ezid*innen sofort die Flucht in die Berge suchten. Sie nutzen aber selbst dann moderne Medien, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen, ganz im Gegensatz zu der vermeintlichen geheimen Lebensweise.

Für die Verschwörungstheorie braucht es zudem immer ein Gegenüber in Abgrenzung zu der Bezugsgruppe. Zentral ist dabei der Freund-Feind-Gedanke, also der Dualismus von Gut und Böse (vgl. Butter 2018). Als Freund gilt in diesem Fall der Islam gegenüber dem Feind – hier die Ezid*innen, die als vermeintliche Teu*elsanbeter das absolut Böse darstellen sollen, das ohne Kompromisse vernichtet werden müsse. So dient der Gut-Böse-Dualismus als Legitimation für die Vernichtungsideologie.

*DJ: Das ist eine interessante Parallele zum Antisemitismus. Da besteht wie über die Ezid*innen das Bild, dass eine Gruppe minderwertig und ihre Religion „falsch“ ist. Auf der anderen Seite jedoch wird dieser Gruppe so eine überdimensionale Macht zugesprochen, dass sie im Grunde genommen für alles verantwortlich sein soll. „Das Wasser ist schlecht“ – sie haben es vergiftet. „Wir haben keine Ernte“ – sie haben sie vergiftet. „Irgendein Haus ist verbrannt“ – das müssen sie gewesen sein. Ich glaube, die Leute müssen verstehen, dass es zwei Seiten gibt, mit denen immer wieder gespielt wird.*

Tatsächlich gibt es verschiedene Ansätze und historische Ereignisse, die genau das bestätigen. Verschwörungstheorien wurden immer wieder herangezogen, um Herrschaftsansprüche sowie Gewalt zu legitimieren und Feindbilder zu konstruieren. Wichtig ist, ob die „Verschwörer“ bereits die Machtposition im gesellschaftlichen Gefüge haben und sie ihre Macht sichern oder ausbreiten möchten. Im Fall der Ezid*innen handelte es sich immer um eine imaginierte Verschwörung „von unten“ (Butter 2018), weil in ihren Herkunftsgebieten der Islam die Vormachtstellung einnimmt, ob nun im Osmanischen Reich oder wie hier der türkische Nationalstaat.

*DJ: Du hattest bereits beschrieben, dass den Ezid*innen vorgeworfen wird, dass sie unter sich leben. Durch deine Erklärung ist ersichtlich, dass dies vor allem eine Überlebensstrategie gegen die Verfolgung und Genozide war. In der Antirassismus-Szene gibt es die Annahme, dass sich was verändert, wenn die Menschen mehr miteinander zu tun haben. Glaubst du, das reicht, oder muss da mehr passieren? Und wenn ja, wie könnte das institutionell aussehen, um zum Beispiel das Leben von Ezid*innen auch in Deutschland sicherer zu machen?*

Schluss und Ausblick

Die Ezid*innen leben seit ca. 60 Jahren in Deutschland und haben sich bereits sehr geöffnet. Wie oben beschrieben sind sie zunächst als sogenannte Gastarbeiter*innen nach Deutschland migriert und später dann aufgrund von Flucht. Durch den Prozess der Verbürgerlichung, also die Teilhabe an Bildung und am gesellschaftspolitischen Leben in der Diaspora, war es ihnen möglich, in der zweiten und dritten Generation über die Situation in ihren Herkunftsgebieten aufzuklären. Sie haben außerdem gemeinnützige Vereine gegründet und wirken an der Aufarbeitung der Genozide mit. Meist selbstorganisiert durch kleine Initiativen. Natürlich braucht es noch die Anerkennung von Ezid*innen auf institutioneller Ebene, so auch bei den Kurd*innen. Das bedeutet, dass sie auch als religiöse Minderheit in Deutschland anerkannt und nicht als muslimisch gelesen werden. Es kann nicht sein, dass zu ezidischen Fragen Moscheegemeinden angefragt werden, was zum Teil noch passiert.

Ein weiterer Aspekt sind geeignete Schutzmaßnahmen. Ezid*innen, die 2014 vor dem Genozid durch den IS geflüchtet sind, erleben in Geflüchtetenunterkünften weiterhin rassistische Anfeindungen durch geflüchtete Muslime. Etliche ezidische Gemeinden und Vereine beauftragen bei größeren Veranstaltungen eine Security Firma, da sie schon mit Bombendrohungen konfrontiert waren. Leider wird das von der Polizei nicht mit ausreichenden Schutzmaßnahmen ernstgenommen. Die Drohungen können dabei von Islamist*innen, von türkischen oder von deutschen Rechten kommen. Ezid*innen sind somit auf mehreren Ebenen bedroht.

*DJ: Genau, in diesem Zusammenhang ist noch anzumerken, dass viele glauben, die türkische Rechte würde sich nur über Rassismus definieren oder durch den klassischen Kemalismus, der eben alle anderen ethnischen Gruppen als nicht präsent erklärt hat. Es ist aber ganz wichtig zu verstehen, dass die Türkei selbst schon immer ein Zusammenspiel aus völkischer, nationalistischer und auch islamistischer Rechter war. Eine Art von Hochzeit zwischen Rechtsradikalen und Islamist*innen – was wichtig für den Faschismus-Begriff ist, den wir verwenden. Und viele Leute, die in der türkischen Rechten sind und mit Ezid*innen ein Problem haben, verbreiten Verschwörungsmymen über sie. Das machen sie auf der einen Seite mit einer islamistischen Legitimierung und auf der anderen Seite mit einer völkischen Legitimierung. Gerade die AKP, die ja schon seit Jahren in einer Regierungskoalition mit der MHP, also der Partei der Grauen Wölfe ist, hat das sehr gut mittlerweile heraus, immer wieder mit solchen Feindbildern zu spielen und so Hass zu schüren.*

Das stimmt. Die Türkei bombardiert immer noch tagtäglich die kurdischen Gebiete. Erst vor kurzem gab es einen Drohnenangriff auf Shengal, das Hauptsiedlungsgebiet der Ezid*innen. So wird immer wieder ezidisches Leben gefährdet. Gleichzeitig agiert der IS immer noch in kurdischen Gebieten. Das verdeutlicht die hohe Gefahrenlage für Ezid*innen, aber auch für andere Minderheiten, ob in ihren Herkunftsgebieten oder in Deutschland. Dennoch wird den Ezid*innen – insbesondere in antirassistischen Kontexten – antimuslimischer Rassismus vorgeworfen, wenn sie über die Genozide und Islamismus sprechen. Oftmals wird dabei die eigene Hegemonialstellung, also die eigene Vormachtstellung sowohl in ihren Herkunftsgebieten als auch in Deutschland als anerkannte Minderheit nicht reflektiert. Ezid*innen und Kurd*innen, aber auch weitere Gruppen sind eine Minderheit in der Minderheit und sind wie oben dargestellt somit auf mehreren Ebenen bedroht.

Literatur

- Butter, Michael (2018): Nichts ist wie es scheint. Über Verschwörungstheorien, Berlin: edition suhrkamp.
- Claussen, Detlev (2016): Was heißt Rassismus? Leo Löwenthal (1900–1933) zur Erinnerung, in: fiph. JOURNAL. Ausgabe Nr. 28, Oktober 2016, https://fiph.de/veroeffentlichungen/journale/cover-downloads/fiph_026_RZ_Journal_Ausgabe_28_Detlev_Claussen.pdf?m=1570630399& (abgerufen am 10.10.2023).
- Flick, Andreas (2014): Êziden. Geschichte – Religion – Kultur. Neue Ausgabe, Celle: Landkreis Celle.
- Fuccaro, Nelida (1997): Ethnicity, State Formation, and Conscriptio in Postcolonial Iraq. The Case of the Yazidi Kurds of JabalSinjar. in: International Journal of Middle East Studies, 29 (4), Cambridge University Press, S. 559–580.
- Kartal, Celalettin (2016): Deutsche Yeziden. Geschichte. Gegenwart. Prognosen, in: Schmitz, Berttram (Hrsg.): Religionen aktuell, Band 17, Marburg: Tectum Verlag.
- Kizilhan, Jan İlhan (2014): Verortete Erinnerungen in der Gegenwart. Das religiöse und kulturelle Gedächtnis der Yeziden in der Türkei, Berlin: VWB – Verlag für Wissenschaft und Bildung.
- Lescot, Roger (1938): Enquête sur les Yezidis de Syrie et du Djebel Sindjâr. Mémoires de l'Institut français de Damas, Tome V.
- Savucu, Halil (2016): Yeziden in Deutschland. Eine Religionsgemeinschaft zwischen Tradition, Integration und Assimilation, Marburg: Tectum Verlag.
- Tiesler, Nina Clara (2009): Diaspora ohne Religion? Zur Konjunktur des Diaspora-Konzepts in den Sozialwissenschaften, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte, 61 (2), S. 157–170.

Glossar

ADÜTDF

Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (türkisch: Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu, ADÜTDF; kurz auch Türk Federasyon, deutsch: Türkische Föderation), 1978 gegründet, eingetragener Verein mit Sitz in Frankfurt am Main

AKP

Adalet ve Kalkınma Partisi (offizielle Kurzbezeichnung AK Parti, inoffiziell oft einfach AKP), türkisch für Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (oder Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), 2001 gegründete politische Partei in der Türkei

Alevit*innen, alevitisch

Mitglieder einer vorwiegend in der Türkei beheimateten Glaubensrichtung, die sich im 13./14. Jahrhundert in Anatolien und Aserbaidschan verbreitete; eine Religionsgemeinschaft, die islamische Glaubensinhalte mit mystischen Lehren vereint

Aramäer*innen, aramäisch

Ethnische und sprachliche Minderheit in der südöstlichen Türkei, im nordöstlichen Syrien und dem nördlichen Irak; aufgrund des Völkermords an den syrischen Christ*innen lebt ein großer Teil des aramäischen Volkes in der westlichen Diaspora

Armenienresolution

Bundestags-Resolution zum Völkermord an den Armeniern 1915–1916 im Osmanischen Reich, in der auch die Rolle Deutschlands thematisiert wird ► s. Beitrag von Ilias Uyar

Armenier*innen, armenisch

Ethnische Gruppe, die seit vermutlich 3500 Jahren vorwiegend im Gebiet zwischen dem Hochland Ostanatoliens und dem Südkaukasus lebt; zugleich bildet sie die den größten Teil der Bevölkerung in der Republik Armenien

Assyrer*innen, assyrisch

Historisches Volk, das im Altertum im mittleren und nördlichen Mesopotamien (dem heutigen Irak und Teilen der Türkei) lebte ► s. Beitrag von Ninve Ermagan

ATIB

Avrupa Türk-İslam Birliği; ein Dachverband türkisch-islamischer Kulturvereine mit Sitz in Köln; die Union entstand als Abspaltung der Auslandsvertretung der Grauen Wölfe

Bergkarabach; Bergkarabach-Konflikt

Ethno-territorialer Konflikt der Staaten Armenien und Aserbaidschan um die Region Bergkarabach (russisch: Nagorno-Karabach, armenisch: Arzach) im Kaukasus; die Ursprünge reichen bis ins 18.

Jahrhundert zurück, er galt als „eingefrorener Konflikt“; 2020 Waffenstillstandsabkommen; Im September 2023 griffen aserbaidische Truppen das Gebiet erneut an, dessen nicht anerkannte De-facto-Regierung kurz darauf kapitulierte.

CHP

Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei); 1923 vom Staatsgründer und ersten türkischen Präsidenten Mustafa Kemal Atatürk gegründet; seit 2002 Hauptoppositionspartei der Türkei; 1979 regierte sie zuletzt allein, 1995 letztmals als Teil einer Koalitionsregierung

DITİB

Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (türkisch: Diyanet İşleri Türk İslam Birliği, abgekürzt DİTİB); ist die größte sunnitisch-islamische Organisation in Deutschland ► s. Beitrag von Akbulut Diyanet

Erdoğan, Recep Tayyip

Türkischer Politiker und seit 28. August 2014 der zwölfte Präsident der Republik Türkei; von 2001 bis 2014 war er und seit 2017 ist er wieder Vorsitzender der Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP)

Ezid*innen, ezidisch (auch Jezid*innen oder Yezid*innen)

Eine zumeist Kurmandschi sprechende ethnisch-religiöse Gruppe mit etwa einer Million Angehörigen, ursprüngliche Hauptsiedlungsgebiete im nördlichen Irak, in Nordsyrien und in der südöstlichen Türkei; Ezid*innen betrachten sich teilweise als ethnische Kurden, teilweise als eigenständige Ethnie

FETÖ; Gülen, Fethullah; Gülen-Bewegung (auch Hizmet-Bewegung)

Transnationale religiöse und soziale Bewegung, vom islamischen Geistlichen Fethullah Gülen geführt; mehr als vier Millionen Mitglieder; Netzwerk von Erziehungseinrichtungen mit über 200 Schulen weltweit; zum Teil als sektenähnliche Organisation angesehen

Graue Wölfe (türkisch: Bozkurtlar oder Bozkurtçular)

Bezeichnung für türkische Ultranationalist*innen: Mitglieder der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) oder der Partei der Großen Einheit (BBP); in Deutschland vertreten durch drei Dachorganisationen von bundesweit rund 303 Vereinen mit mehr als 18.500 Mitgliedern; damit die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland

Islamischer Staat (IS)

Islamistische Terrororganisation, deren Mitglieder sich zu einer radikalen Auslegung des sunnitischen Islam bekennen; der Islamische

Staat kontrollierte Teile Syriens und des Iraks; zur Zahl der IS-Kämpfer gibt es nur Schätzungen, die von einigen Zehntausend bis zu mehreren Hunderttausend reichen

Jungtürken, Jungtürkische Bewegung (türkisch: Jön Türkler, französisch: Jeunes-Turcs)

Eine politische Bewegung im Osmanischen Reich, die ab Ende des 19. Jahrhunderts illegal auf liberale Reformen und eine konstitutionelle Staatsform hinarbeitete; Ziel war die Stärkung des Reiches durch politische, militärische und wirtschaftliche Modernisierung; die wichtigste Partei der Bewegung war die İttihat ve Terakki (Komitee für Einheit und Fortschritt)

Kemalist*innen

Anhänger*innen des Kemalismus (türkisch zumeist Atatürkçülük, wörtlich Atatürkismus, seltener auch Kemalizm), der Gründungs-ideologie der 1923 ausgerufenen Republik Türkei; in der Türkei taucht der Begriff Anfang der 1930er auf und verweist auf die Reformbewegung durch die Republikanische Volkspartei

Kemalistische CHP (kurz CHP; türkisch für Republikanische Volkspartei)

Gegründet 1923 vom Staatsgründer und ersten türkischen Präsidenten Mustafa Kemal Atatürk; somit älteste aktive Partei des Landes; als größte Oppositionspartei seit 2002 wichtigste parlamentarische

Oppositionsfraktion. Seit den 1960er-Jahren nicht nur kemalistische sondern auch sozialdemokratische Partei in der Türkei.

Kurd*innen, Kurdistan, kurdisch

Die kurdischen Sprachen gehören zur nordwestlichen Gruppe des iranischen Zweigs der indogermanischen Sprachen und werden hauptsächlich in Kurdistan gesprochen, in der östlichen Türkei, im nördlichen Syrien, im Norden des Irak sowie im Nordwesten und Westen Irans

Mesopotamien (oder Zweistromland)

Kulturlandschaft in Vorderasien, geprägt durch die großen Flusssysteme des Euphrat und Tigris; zusammen mit Anatolien, der Levante im engeren Sinne und dem Indus gehört es zu den wichtigen kulturellen Entwicklungszentren des Alten Orients

MHP

Milliyetçi Hareket Partisi, eine rechtsextreme, ultranationalistische Partei in der Türkei; Vorsitzender ist seit 1997 Devlet Bahçeli; die MHP gilt als politischer Arm der „Idealisten“ oder Grauen Wölfe des Parteigründers Alparslan Türkeş; seit 2018 befindet sich die MHP im Wahlbündnis „Volksallianz“ mit der regierenden Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP); zusammen mit der MHP stellt die AKP unter Erdoğan die Mehrheit in der Großen Nationalversammlung

Öcalan, Abdullah (auch Apo genannt)

Führer und Gründungsmitglied der u.a. in den USA, in der EU und der Türkei als Terrororganisation eingestuften PKK, von ihrer Gründung 1978 bis zur Umbenennung 2002 ihr Vorsitzender; sitzt in der Türkei in lebenslanger Haft; laut Gründungsvertrag der jüngsten aus der PKK hervorgegangenen Organisation, der KCK, obliegt Öcalan weiterhin die Führung; er gilt als philosophischer Vordenker der kurdischen Befreiungsbewegung

Osmanisches Reich

Reich der Dynastie der Osmanen von ca. 1299 bis 1922; die im deutschsprachigen Raum veraltete, in der englisch- und französischsprachigen Literatur noch anzutreffende Bezeichnung Ottomanisches Reich leitet sich von Varianten der arabischen Namensform Uthman des Dynastiegründers Osman I. her

Othering

Leitet sich vom englischen Wort „other“ (deutsch: anders) ab und bedeutet, eine Person oder Personengruppe zum*zur Anderen und Fremden zu machen; der Prozess, in dem die „Anderen“ als abweichend und nicht zugehörig konstruiert und von einer vermeintlichen „Wir“-Gruppe als Norm unterschieden und abgegrenzt werden; Othering fußt auf hierarchischem und stereotypem Denken und festigt so die bestehenden Herrschaftsverhältnisse

Panarabistisch

Arabisch-nationalistische Ideologie, die als einigendes Identitätsmerkmal eines anzustrebenden gemeinsamen arabischen Nationalstaates die arabische Sprache zugrunde legt; Sonderform des arabischen Nationalismus, zählt zum antikolonialistischen Teil der Pan-Bewegungen

Panturkismus

Idee, alle turksprachigen Völker des Kaukasus, des Wolga-Ural-Gebiets, der Krim, Vorder- und Zentralasiens unter dem Dach eines großtürkischen Staates zu vereinigen; nach Ansicht der Fürsprecher des Panturkismus haben die Turkvölker bestimmte Merkmale gemeinsam: miteinander verwandte Sprachen, vermeintlich gemeinsame Abstammung, eine gemeinsame Geschichte und kulturelle Traditionen

PKK

Arbeiterpartei Kurdistans (kurdisch: Partiya Karkerên Kurdistanê), eine kurdische Untergrundorganisation mit sozialistischer Ausrichtung, die sich militanter Methoden bedient; entstanden in den kurdischen Siedlungsgebieten innerhalb der Türkei, kämpft in der Türkei und teilweise in angrenzenden Ländern für die politische Autonomie kurdisch besiedelter Gebiete; seit 1993 in Deutschland verboten

PoC/Persons of Color/Menschen of Color

Selbstbezeichnung von Menschen, die Rassismus erfahren; in dieser Bedeutung als Begriff seit der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung in den 1960ern verwendet; als Wiederaneignung und positive Umdeutung der abwertenden Zuschreibung „colored“ beschreibt PoC ein solidarisches Bündnis von unterschiedlichen Communities, die strukturelle Ausschlusserfahrungen aufgrund von Rassismus machen

Pontosgriech*innen

Nachfahren jener Griech*innen, die im Altertum die historische Landschaft Pontos besiedelten; ihr Sprachraum erstreckte sich über die heutige östliche türkische Schwarzmeerküste bis hin zu angrenzenden Teilen Georgiens und verbreitete sich bei Wanderungsbewegungen über die Kaukasusregion hinaus bis nach Russland
► s. Der türkische Rassismus gegenüber Griech*innen: Erfahrungen und Analysen der Pontosgriechischen Jugend in Europa

Turanismus

Ideologie, die einen gemeinsamen Ursprung der Türk*innen, Ungar*innen, Finn*innen, Est*innen, Mongol*innen, Mandschur*innen und Jakut*innen annimmt; spekulative Urheimat dieser „Turanier“ ist Turan, eine mythische Landschaft in Zentralasien jenseits des Oxus; gleichzeitig bezeichnet der Begriff das Bestreben, diese Völker zu einer geistigen und kulturellen

Einheit zusammenzufassen; der Turanismus wird zu den sogenannten Pan-Bewegungen gezählt

Turkvölker

Gruppe von etwa 40 Ethnien in Zentral- und Westasien sowie in Sibirien und Osteuropa, deren Sprachen zur Sprachfamilie der Turksprachen gerechnet werden: dazu gehören die türkische Sprache sowie rund 40 relativ nahverwandte Sprachen mit insgesamt ca. 180 bis 200 Millionen Sprecher*innen

UID

Union Internationaler Demokraten; Lobby-Organisation der türkischen Regierungspartei AKP in Europa und insbesondere Deutschland: wirbt bei türkischen Parlamentswahlen für Stimmen und organisiert regelmäßig Auftritte von AKP-Politiker*innen im Ausland; agierte bis zur Umbenennung am 20. Mai 2018 unter dem Namen Union Europäisch-Türkischer Demokraten

Ulcücü-Bewegung, UETD (Union Europäisch-Türkischer-Demokraten)

Heterogene ultranationalistische Bewegung; prägendes Ideologeelement der Ülkücü-Bewegung ist das sogenannte pantürkische oder auch als turanistisch bezeichnete Weltbild; Ziel ist die Vereinigung aller Turkvölker im Staat Turan in den Grenzen des ehemaligen Osmanischen Reiches

Werden Sie aktiv gegen (innermigrantischen) Rassismus und Rechtsextremismus

Was wir wollen

Unser Ziel ist eine Welt ohne Hass – ob aufgrund von Herkunft oder Hautfarbe, Geschlecht(sidentität) oder Religion. Eine Welt ohne Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von Diskriminierung und Gewalt. Eine Welt ohne Nazis und Rechtsextreme jeglicher Couleur. Und vor allem: eine Welt der Gleichwertigkeit und Demokratie – ohne Wenn und Aber. Das ist kein einfaches Ziel. Aber ein wichtiges. Deshalb arbeitet die Amadeu Antonio Stiftung auf mehreren Ebenen, damit aus dieser Vision Realität wird. Die Arbeit der Stiftung fällt in fünf Bereiche, die einander ergänzen: Unterstützung von Betroffenen, Projektförderung, Forschung, Information und Campaigning.

Was wir tun

- **Wir unterstützen Betroffene antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt finanziell – etwa mit dem Opferfonds Cura oder dem Sheroes-Fund.**
- **Wir fördern bundesweit Projekte, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft einsetzen. Besonders im ländlichen Raum.**
- **Wir forschen und monitoren zu den Themen**

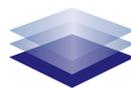
Die Amadeu Antonio Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen, anerkannter Träger der politischen Bildung und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Fachwissen, das in Studien, Broschüren und konkrete Forderungen einfließt.

- **Wir sorgen dafür, dass diese Themen in der Öffentlichkeit bleiben: durch Pressearbeit, Social-Media oder Artikel auf Belltower.News, der journalistischen Plattform der Amadeu Antonio Stiftung. Aber auch durch konkrete pädagogische Arbeit und (Fort-)Bildung für Multiplikator*innen.**
- **Wir setzen uns dafür ein, dass die Perspektiven von Betroffenen rechter, antisemitischer und rassistischer Gewalt oben auf der Agenda bleiben – ob auf der Straße oder im Bundestag.**

Was Sie tun können

Es beginnt mit Ihrer Spende. Denn Spenden sind ein essentieller Bestandteil unserer Finanzierung. Und jede Spende sichert die Zukunft und Unabhängigkeit unserer Arbeit. Damit wir uns weiterhin gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus engagieren können. Zusammen. Seien Sie dabei. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/spenden-und-stiften/>



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

Der Stiftung folgen

- ✕ AmadeuAntonio
- 📌 AmadeuAntonioStiftung
- 📷 amadeuantoniofoundation
- 📺 amadeuantoniofoundation
- 📺 AmadeuAntonioStiftung
- 📺 amadeu-antonio-stiftung

Dass Rechtsextremismus eine der größten Bedrohungen für liberale Demokratien ist, wird zumindest in Teilen unserer Gesellschaft anerkannt. Gleichzeitig bleibt in öffentlichen Auseinandersetzungen zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus eine große Leerstelle: die fehlende Auseinandersetzung mit und fachliche Reflexion von Ungleichwertigkeitsideologien und Formen des Rechtsextremismus, die von migrantisch geprägten Communities ausgehen.

Gruppen wie Assyrer*innen, Aramäer*innen, Armenier*innen, Kurd*innen, Alevit*innen, Ezid*innen werden in der Mehrheitsgesellschaft als türkisch gelesen und diskriminiert und zugleich von türkischen Nationalist*innen in Deutschland diffamiert. Sie erleben innermigrantischen Alltagsrassismus, organisierte Einschüchterung und Terror. Sie leben als Minderheit in der Minderheit. Dieses Verhältnis gilt es anzuerkennen, sonst können Betroffene rechter, rassistischer Gewalt nicht wirksam geschützt werden.

Die Amadeu Antonio Stiftung und das Netzwerk kurdischer AkademikerInnen KURD-AKAD richteten im April 2023 gemeinsam eine Fachtagung aus, die sich am Beispiel der türkischen Rechten mit Rassismus und Ausgrenzung unter Migrant*innen auseinandersetzte. Über diese Bedrohung sprachen Angehörige der Communities aus Wissenschaft, Journalismus und Aktivismus als zugleich Betroffene und Expert*innen. Ihre Überlegungen und Auseinandersetzungen sind im vorliegenden Band zusammengetragen.